

---

# **Zeitfeld**

**Herausgegeben von  
Steffi Richter**



**Leipziger Universitätsverlag 2000**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Comparativ** : Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung / hrsg. im Auftr. der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl.

Früher Schriftenreihe. – Früher außerdem hrsg. vom Interdisziplinären Zentrum zur Vergleichenden Erforschung Gesellschaftlicher Transformationen (IZT) i.G. an der Universität Leipzig.

ISSN 0940-3566

Jg. 10, H. 3. Zeitfeld. – 2000

**Zeitfeld** / hrsg. von Steffi Richter. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl., 2000

(Comparativ ; Jg. 10, H. 3)

ISBN 3-934565-68-9

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 2000

COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 10 (2000) 3

ISSN 0940-3566

ISBN 3-934565-68-9

---

## Inhaltsverzeichnis

<i>Steffi Richter</i>	Synchronisierung von Welt	7
<i>Arndt Brendecke</i>	Vom Zähler Schritt zur Zäsur. Die Entstehung des modernen Jahrhundertbegriffs	21
<i>Suraya Faroqui</i>	Die Zeit der Dynastie und ihre Feiern im Osmanischen Reich	38
<i>Dan Diner</i>	Zeitenemblematisierung der Zugehörigkeit in Israel	54
<i>Andreas Eckert</i>	Zeit, Arbeit und die Konstruktion von Differenz. Über die koloniale Ordnung in Afrika	61
<i>Jutta Scherrer</i>	„Zeit und Sein“ in Rußland	74

### Forum

<i>Arne Heise</i>	Von den Nachbarn lernen. Zur komparativen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Großbritannien und Deutschland	90
-------------------	---	----

### Buchbesprechungen

Helmut Bräuer, „... und hat seithero gebetet“. Bettler und Bettelwesen in Wien und Niederösterreich zur Zeit Kaiser Leopolds I., Wien u.a. 1996 ( <i>Rainer S. Elkar</i> )	112
Rossijskaja Akademija Nauk. Naučnyj sovet po istorii mirovoj kult'ury. Komissija po kult'ure prosvěščenija/Institut Vseobščej Istorii (Hrsg.), Čelovek epochi prosvěščenija, Moskau 1999 ( <i>Matthias Middell</i> )	113
Otfried Dankelmann (Hrsg.), Entdeckung und Selbstentdeckung. Die Begegnung europäischer Reisender mit dem England und Irland der Neuzeit, Frankfurt a. M. u.a. 1999 ( <i>Andreas Schöne</i> )	115
Marcela Suárez Escobar, Sexualidad y Norma sobre lo prohibido. La ciudad de México y las prostrimerías del virreinato, México 1999 ( <i>Ulrike Schmieder</i> )	119

Douglas Peter Mackaman, Leisure settings. Bourgeois culture, medicine, and the spa in Modern France, Chicago/London 1998 ( <i>Andreas Mai</i> )	121
Daniel Mollenhauer, „Auf der Suche nach der „wahren Republik“. Die französischen „radicaux“ in der frühen Dritten Republik (1870–1890), Bonn 1998 ( <i>Thomas Höpel</i> )	125
Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika – Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der fünfziger Jahre, München 1999 ( <i>Friedemann Scriba</i> )	127
Remi Hess/Christoph Wulf (Hrsg.), Grenzgänge. Über den Umgang mit dem Eigenen und dem Fremden (= Europäische Bibliothek Interkulturelle Studien), Frankfurt a. M./New York 1999 ( <i>Matthias Middell</i> )	133
Eric Frère, Vergleich der Kommunen in Deutschland und Frankreich im föderalen und zentralen System, Wiesbaden 1997 ( <i>Thomas Höpel</i> )	134
Rudolf Stöber, Die erfolgverführte Nation. Deutschlands öffentliche Stimmungen 1866 bis 1945, Stuttgart 1998 ( <i>Jörg Roesler</i> )	135
Sebastian Conrad, Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan 1945–1960, Göttingen 1999 ( <i>Matthias Middell</i> )	136
Thomas Groß, Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation (Jus Publicum Bd. 45), Tübingen 1999 ( <i>Helmut Goerlich</i> )	139
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	142

---

**Steffi Richter**

## **Synchronisierung von Welt**

„Zeitfeld 2000“. Jahrhundert(w)enden im Vergleich: Unter diesem Thema fand am 2./3. Dezember 1999 an der Leipziger Universität eine wissenschaftliche Tagung statt, die damit gewiß im Trend des allgemeinen Millenniumbooms lag, dem sich im Zeitalter der Vermarktung auch der kulturellen Aspekte menschlichen Lebens als „events“ selbst akademische Kreise nicht mehr entziehen konnten (und wollten). Ein Blick auf die aktuellen Seiten verschiedenster Medien, auf denen wissenschaftliche Veranstaltungen angekündigt werden, zeigt jedoch, daß „Zeit“ auch „danach“ weiterhin aus sehr unterschiedlichen Perspektiven thematisiert wird, was wohl nicht nur den Verfechtern der Auffassung geschuldet ist, das neue Jahrhundert bzw. Jahrtausend beginne erst am 1. Januar 2001. So wie die zunehmende Synchronität von Lebenswelten, von Prozessen in verschiedenen Regionen der Welt seit dem 19. Jahrhundert zu intensivem Nachdenken über „Zeit“ nicht nur in der Physik oder Philosophie, sondern auch in der damals noch jungen Psychologie führte, sind es heute die unter Schlagworten wie „Globalisierung“, „Computerisierung“ und „Virtualisierung“ von Realität gefaßten Entwicklungen, die bspw. Joseph Vogl (Weimar) in seinem Beitrag „Zeit des Wissens“ zur These kommen ließen, die Zeitenwende 2000 gehe mit einer neuerlichen Wende der Zeit in den Wissensformen einher: zur „achronischen Zeit der virtuellen Ereignisse“, d.h. der „geronnenen Zeit von Virtualitäten, die nur unter bestimmten Bedingungen aktuell werden“. Und schon 1986 forderte Foucault dazu auf, neu über das Verhältnis Zeit und Raum als Kategorien unserer Wissensordnung nachzudenken: die große Obsession des 19. Jahrhunderts sei die Geschichte gewesen, moderne Gesellschaft vor allem historisch gefaßt worden. „Hingegen wäre die aktuelle Epoche eher die Epoche des Raumes.“<sup>1</sup>

Vor diesem Hintergrund sollten nach wie vor ungelöste Probleme des Vergleichs verschiedener Gesellschaften und Kulturen behandelt und diskutiert werden, und zwar über zwei thematische Achsen: Unter dem Motto *Zeit denken* stand der von Ulrich Johannes Schneider (Wolfenbüttel) konzipierte Tagungsteil „Wissensordnungen und geistige Zeit“, dessen Beiträge zeitgleich mit diesem „Comparativ“-Heft in der Zeitschrift „Dialektik“ publiziert werden: der bereits erwähnte von Joseph Vogl „Zeit des Wissens“, „Konfuzianische Wissensordnung und Weltgesellschaft. Vom ‘Ergründen der Dinge’ im alten und neuen China“ von Ralf Moritz (Leipzig),

---

1 M. Foucault, „Andere Räume“, in: Zeitmitschrift 1/1990, S. 4-15.

„Orte und Zeiten des Wissens“ von Helmut Zedelmaier (München), „Zwischen zwei Sonnen. Japans Weg in moderne Zeiten“ von Steffi Richter (Leipzig). Die Frage nach einer objektiven Zeit von Wissen – in seinem Bestand ebenso wie in seinem Entstehen und Vergehen –, also nach zeitlich zu denkenden Wissensordnungen wurde hierbei in Beziehung gesetzt mit der nach ihren Anwälten, den Wissenschaftlern, Gelehrten und Intellektuellen und den von ihnen formulierten Weltorientierungen als einem Bestand an Werten und Informationen, aus dem „wir“ und „die anderen“ ableiten, wer „wir“ und „sie“ sind, was „wir“ und „sie“ erwarten und erhoffen.

*Zeit leben* lautete das Motto des zweiten, von Steffi Richter konzipierten Teils „Synchronisierung von Welt“, in dem lebensweltliche Realitäten in unterschiedlichen Kulturen nach ihrem Umgang mit verschiedenen Zeitkonzeptionen und -dimensionen vor allem in Umbruchsphasen befragt werden sollten. Nicht selten wurden und werden letztere (sowohl um 1900 als auch in der Gegenwart) mit der zunächst „leeren chronologischen Hülle des Jahrhunderts“ in Verbindung gebracht, mit Identität versehen und als historische Narration präsentiert (Brendecke): „1900“ (bzw. „1901“) als Blütezeit der elektrischen und Stahl-Epoche (auf der Pariser Weltausstellung), das 20. Jahrhundert als das „Zeitalter der Extreme“, das 21. als das „Pazifisch-Asiatische Jahrhundert“. Die Beiträge dieses Komplexes werden nun in diesem Heft vorgestellt.

Schnell wurde deutlich, daß immanente Vergleiche auf der Tagung nur schwerlich zu erbringen waren. Das hat sowohl mit dem unterschiedlichen Forschungsstand in den einzelnen Disziplinen zu den vorgegebenen Fragestellungen zu tun als auch mit generellen methodischen-methodologischen und theoretischen Schwierigkeiten komparativer Unternehmungen, die von der herkömmlichen Art, wissenschaftliche Tagungen vorzubereiten und durchzuführen auch nicht gerade gemildert werden. Nichtsdestotrotz können im Rückblick einige Problemfelder herausgehoben werden, die in allen Beiträgen eine mehr oder minder große Rolle gespielt und demzufolge Erkenntnis- und Wissensgewinn auch in vergleichender Hinsicht gebracht haben:

- „Zeit“ als Symbolsystem, als kulturelle Konstruktion und soziale Resource findet von jeher in Kalendern Ausdruck, in denen Ereignisrhythmen verzeichnet sind und die das alltägliche und festliche Zusammenleben der Menschen strukturieren und ordnen; über die Macht und Fähigkeit zu verfügen, Kalender zu produzieren und zu verbreiten – sowohl intra- als auch Interkulturell –, bedeutet demnach Verfügungsgehalt auch über konkrete menschliche Lebenswelten und Formen des Kommunizierens;
- Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Kulturen finden daher auch in „Kämpfen um Kalendersysteme“ statt, und das bedeutete für viele sich unter (kolonial wie nicht-kolonial ge-

- prägtem) Einfluß „westlicher Muster“ formierende moderne Staatswesen und Gesellschaften eine wesentlich vom Gregorianischen Kalender geprägte Synchronisierung;
- Rezeptionsprozesse dieser Art vollziehen sich widerspruchsvoll: so verläuft etwa „offizielle“ bzw. „öffentliche“ Zeit nunmehr im Rahmen moderner Institutionen kontinuierlich, gleichmäßig – eben säkular, rational, meßbar durch verlässliche Uhren sowie historisch (in retrospektiver Hinsicht) rekonstruierbar und (in prospektiver Hinsicht) planbar; zugleich ist diese „moderne Zeit“ von Beginn an verwoben mit sakralen, mythischen Elementen, auf die vom Staat und anderen Mächten zur Legitimation ihrer Herrschaft zurückgegriffen wird und die auch kalendarisch (z.T. neu) verankert sind: als Feiertage werden sie national begangen, als Freizeit Erholung bietend von Fabrik- u.a. Arbeit;
  - In neuen, über den Markt vertriebenen Medien finden Diskurse über das Aufeinandertreffen verschiedener Zeitordnungen statt, die von intellektuellen Eliten nicht nur auf ihre Funktionalität hin bewertet, sondern auch mit symbolischer Bedeutung versehen werden, artikuliert zumeist in essentialisierenden Dichotomien wie „alt vs. neu“, „traditionell vs. modern (= westlich)“, „Eigenes vs. Fremdes“;
  - Im Mittelpunkt akademischer Reflexionen über das Problem sozialer Zeit haben bislang vor allem offizielle bzw. von geistigen Eliten verfaßte Quellen gestanden, weshalb darüber, wie der Fluß der Zeit in gesellschaftlichen Kreisen und Räumen erlebt und mental sowie intellektuell verarbeitet wurde, wesentlich weniger Wissen zur Verfügung steht, auf das sich auch komparative Studien stützen können; aber vielleicht wird ja auch das Anliegen des Vergleiches, das Fragen danach, wie verschiedene Kulturen miteinander interagier(t)en, einen Wechsel bzw. eine Erweiterung des Blicks hin zu Quellen befördern, die bisher nicht für Wert erachtet wurden, bedacht und analysiert zu werden.

Alle diese Problemfelder lassen sich zunächst am besten in Fallstudien durchführen. Hierzu möchte ich im folgenden am Beispiel der Verflechtung eines modernen Ortes des Konsums – des „Kaufhauses“ – mit der überkommenen Institution des Begehens „jahreszeitlicher Ereignisse (Jahresfeste)“ (jap. *nenjūgyōji*) darstelle, wie verschiedene Zeitordnungen im Prozeß gesellschaftlicher Modernisierung aufeinander treffen und interagieren: wie (aus dem „Westen“) Übernommenes Japan in den Prozeß der Synchronisierung von Welt eintaktete und dabei Überkommenes durch Tradierung zugleich dafür sorgte, daß das – auch zeitlich – keine völlige kulturelle Homogenisierung bedeutete.

## Säkularisierung von Zeit durch Kommerzialisierung und Ästhetisierung: „Kaufhaus“ und „Jahresfeste“ in Japan

1. „Jahresfeste“ (*nenjūgyōji*) ist ein terminus technicus aus der Volkskunde: dieser Begriff umfaßt entweder religiöse Feste, Rituale und Zeremonien, die von alters her zu bestimmten Jahreszeiten in Familien, Dörfern oder in städtischen Räumen begangen werden; oder er steht allgemein für den Rhythmus des Alltagslebens einer bestimmten Gemeinschaft in einer bestimmten Region, das jahraus, jahrein durch den Wechsel zwischen täglicher harter produktiver Arbeit zum einen (*ke*) und gemeinsamem Begehen von Festen zum anderen (*hare*) strukturiert wird. So ist dieser Begriff an Vorstellungen von überkommenem Volks-, aber auch herrschaftlichem Brauchtum gebunden, die zudem eng mit dem Lauf der Natur verflochten sind.<sup>2</sup>

Dem Thema „Kaufhaus“ hingegen begegnete man bislang eher in sozialwissenschaftlichen Kontexten. Es weckt ganz andere Assoziationen: großflächige Distribution und Massenverbrauch von „anonymen“ Waren statt Herstellung und Gebrauch von Dingen im *ke-hare*-Rhythmus auf lokaler Ebene; sporadisch-individuelles Eintauchen in moderne Urbanität statt Begehen von gemeinschaftlichen Festen; Entfachen von Begierden durch immer rascheren Wechsel von Moden statt naturgebundene Gleichmäßigkeit. Interessiert man sich für diese „Tempel des Konsums“ jedoch nicht nur unter dem Aspekt wirtschaftlich rational funktionierender, umsatzorientierter moderner Unternehmen<sup>3</sup>, sondern auch dafür, wie in ihnen zugleich Identitäts- und Bedeutungsproduktion auf individueller, gruppenbezogener und nationaler Ebene stattfindet, dann stößt man alsbald auf das Phänomen *nenjūgyōji*. Es waren – neben Institutionen wie Schule, Armee, Fabrik, moderne Verkehrssysteme – auch die Kaufhäuser, wo neue Raum- und Zeitvorstellungen eingeübt, das Bedürfnis nach Neuem geweckt sowie zu gutem Geschmack erzogen werden konnte<sup>4</sup>, und wo gleichzeitig überkommene Zeitstrukturen – nunmehr in nationalen Kontexten – tradiert und re-produziert wurden. Durch die Verknüpfung der beiden (in den Themenfeldern „Konsum“ und „Zeit“ verankerten) Phänomene „Kaufhaus“ und *nenjūgyōji* kann daher gezeigt werden, daß sich die Formation nationaler „Wir“-Identität in Japan nicht nur über staatliche Bildungspolitik, Ideologie- und andere Bewußtseinsproduktion vollzog.

2 Als wichtigste alte Jahresfesttage gelten auch heute noch in Japan die „Fünf Großen“ *gosekku* 7. Januar, 3. März, 5. Mai, 7. Juli und 9. September.

3 Klassische Merkmale, die für diese Modernität seit der Eröffnung des Pariser „Au Bon Marché“ im Jahre 1852, aber auch des im Jahre 1904 eröfneten *Mitsukoshi gofukuten* immer wieder angeführt werden, sind: das Schaufenster als Prinzip der Präsentation der Waren, feste Preise, Sofortbezahlung, moderne Buchhaltung.

4 Vgl. Jinno Yuki: *Shumi no tanjō. Hyakkaten ga tsukutta teisto* (Geburt des Geschmacks. Wie Kaufhaus *taste* schuf). Tōkyō: Keisō shobō, 1994.

Sie resultiert auch aus der Entwicklung moderner Markt- und Infrastrukturen und Formen medialer Kommunikation, über die diese Ideologien und Diskurse vermittelt werden. Der Anfang dieser komplexen Zusammenhänge liegt im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, in der *Meiji*-Zeit (1868–1912), und soll zunächst kurz skizziert werden, um daran einige Betrachtungen zu den o.g. Problemstellungen anzuschließen:

2. Nur kurz nach der Inthronisation des noch jungen japanischen Kaisers (*Tennō*, Himmlischer Herrscher) Mutsuhito (geb. 1852) im September 1868 wurde die „Ein-Herrscher-eine-Ära“-Institution (*issei ichigen*) eingeführt.<sup>5</sup> Diese Institution bedeutete eine Modifizierung der bisherige Praxis, Jahre nach verheißungsvollen Devisen (*nengō*) zu zählen, unter denen eine Regierung stand, indem eine Devise strikt an die volle Regierungszeit eines Himmlischen Herrschers gebunden wurde. Einst 645 u.Z. aus China eingeführt, wurde *nengō* in Gestalt von *issei ichigen* in die ethnozentrische Ideologie vom „Landeskörper“ (*kokutai*) integriert, in deren Rahmen diese diskontinuierliche Jahreszählung fortan als ein wichtiges zeitliches Instrument für die Formation eines modernen Nationalstaatsbewußtseins mit dem *Tennō*-Haus als integrativem Zentrum für ein sich ebenfalls erst formierendes Staatsvolk fungierte. Dieser Ideologie zufolge bilde Japan einen organischen Körper, dessen Herzstück, der göttliche *Tennō*, mit seinem Untertanenvolk durch gleiche Abstammung von der Sonnengottheit *Amaterasu Ōmikami* untrennbar verbunden sei. In deren Auftrag habe einst *Jimmu-Tennō* den irdischen Thron bestiegen und die angeblich seither ununterbrochene Dynastie japanischer *Tennō* begründet. Als zum Jahreswechsel von 1872 auf 1873 der erste offizielle Sonnankalender herausgegeben wurde, war diesem neben der Jahresangabe „Meiji 6“ unter anderem auch zu entnehmen, daß diese Genealogie bereits 2533 Jahre währe.

Diese linear-kontinuierliche Zählweise war zwar bislang nicht völlig unbekannt, aber unüblich. Daß sie nun in Verbindung mit der „Ein-Herrscher-eine-Ära“-Institution an Bedeutung gewann, hing mit einem weiteren staatlichen Eingriff in überkommene Zeitverhältnisse zusammen: dem sog. *kaireki*, also der Erneuerung des Mondkalenders *taiin reki* (bzw. einer Mischform, aus an Mond und Sonne orientiertem Kalender *taiin taiyō reki*) durch den westlichen gregorianischen Sonnenkalender *taiyō reki*.<sup>6</sup>

5 Ende des gleichen Jahres trat der letzte *Shōgun* des Tokugawa-Clans zurück; die Tokugawa hatten seit 1600 an der Spitze des herrschenden Militäradels gestanden und die eigentliche politische Macht in ihren Händen gehalten, die nun – im Zuge der politischen Revolution der *Meiji ishin* – formal wieder an den vom Hofadel umgebenen *Tennō* „zurückgegeben“ werden mußte (*Meiji* bedeutete „erleuchtete Regierung“ als Devise für die neue Herrschaft). Dieser hatte sie jahrhundertlang nicht oder nicht direkt ausüben dürfen und war in die Schranken seiner sakralen bzw. symbolisch-kulturellen Funktion verwiesen worden.

6 Vgl. Okada Yoshirō: *Meiji kaireki* (Die Meiji-Kalenderreform). Tōkyō: Daishūkan shoten, 1994, als der einschlägigsten Studie zu dieser Frage, auf die ich auch meine Aus-

Nur wenige Wochen nach einem entsprechenden Kaiserlichen Erlaß wurde der nach dem alten Kalender dritte Tag des zwölften Monats des Jahres *Meiji 5* (1872) zum 1. Januar des Jahres *Meiji 6* (1873) erklärt. Damit, daß auf dem behördlich herausgegebenen Kalender auch das „Jahr 2533 seit der Inthronisierung des *Jimmu-Tennō*“ angegeben war, sollte zugleich zu verstehen gegeben werden, daß der aus dem Westen übernommene, am Lauf der Sonne orientierte Kalender zwar genauer, rationaler und ökonomischer<sup>7</sup> sei. Der christlichen Jahreszählung aber habe der weitere Flug des Zeitpfeils nicht zu folgen, zumal die eigene mythische Vergangenheit, auf die der neue Staat sich berief, ja angeblich auch älter war.

*Kaireki* bedeutete neben der – auf den Westen abgestimmten – Einführung eines 365 Tage bzw. 12 Monate langen Jahres außerdem: Übernahme der Teilung des Tages in 24 sommers wie winters gleich lange Stunden; Festlegung zentraler Feiertage, die sich allesamt an der Sakralität des *Tennō*-Hauses orientierten und die an die Stelle der bisher viel zahlreicheren sowie lokal und berufsspezifisch verschieden begangenen arbeitsfreien Tage im Rahmen der Jahreszeitfeste treten sollten.

Beide neuen Zeitkonzepte waren untrennbar miteinander verflochten: die sich auf die Vergangenheit, auf die „mythische Sonne“ beziehende *Tennō*-Zeit und die an der „wissenschaftlichen Sonne“ orientierten aufgeklärten Zeitmaße des Westens, der gleichzeitig als Projektionsfläche der Entwicklung in die Zukunft fungierte. Und beide drangen zunächst vor allem über staatlich-offizielle und öffentliche Orte und Räume in die Alltagswelten ein, darunter eben auch über Handelseinrichtungen. An öffentlichen Gebäuden wehte – zumindest an nationalen Feiertagen – mit der japanischen Flagge das Symbol der aufgehenden Sonne. Zugleich förderten angebrachte Uhren, Zeitpläne oder Öffnungszeiten die Erziehung zu Pünktlichkeit, die allmähliche Verinnerlichung der neuen Zeitordnungen. Und Anwälte der neuen Ordnungen klärten durch genaueste Beschreibungen in Zeitungen, Zeitschriften oder amtlichen Dokumenten darüber auf, wie diese Feiertage zu begehen, wie die Uhren, Fahrpläne usw. zu handhaben seien.

Mit den Neuerungen selbst formierten sich also auch medial vermittelte Diskurse, die über Zweck und Funktion informierten und ihnen damit zugleich symbolischen Charakter verliehen. Wer mit der Uhr umgehen konnte oder gar selbst eine Taschen- oder Armbanduhr besaß, galt nicht nur als praktisch veranlagt. Er wurde auch als „modern“ beschrieben und bekam so ein bestimmtes kulturelles Prestige verliehen. Das Neue Jahr nach dem

---

fürungen stütze.

7 Vgl. ebenda, S. 174-183. Okada gibt als einen wesentlichen Grund für die Durchsetzung von *kaireki* genau zu diesem Zeitpunkt an, daß die Staatskasse – im Zuge der neuen Besoldung von Beamten u.a. Offiziellen nicht per Jahr, sondern per Monat – damit sowohl das Gehalt des 12. Monats 1872 als auch das des 13. Monats des nächsten Jahres hat sparen können, denn nach dem Mondkalender hätte es 1873 wieder einen (alle drei Jahre erforderlichen) Schaltmonat geben müssen.

Sonnenkalender zu begrüßen, den Geburtstag des *Meiji-Tennō*, das Darbie- ten des ersten neu geernteten Reises der Sonnengottheit durch den Kaiser oder zweimal jährlich – im Frühjahr und im Herbst – eine Gedenkfeier für die Seelen aller je direkt zum *Tennō*-Familie gehörenden Mitglieder mit entsprechenden Zeremonien und Ritualen zu begehen, galt als patriotisch (und damit ebenfalls als modern). Beamte, Journalisten, Intellektuelle schrieben darüber, wie in den verschiedenen Regionen auf die Maßnahmen reagiert wurde. Berichte über Aufruhr und Widerstand in Provinzen, Lob und Tadel zeugen von einem allgemeinen „Ringens mit der bzw. um die Zeit“.

So verursachte die Vorverlegung des Neujahrsfestes um fast einen Monat für die direkt oder im Umfeld vor allem der Reisproduktion Beschäftigten große Probleme: zum einen wegen der Nähe zur gerade abgeschlossenen Ernte; zum anderen, weil auch bestimmte Dinge, die für herkömmliche religiöse Prozeduren erforderlich waren, noch nicht zur Verfügung standen. Gleiches galt für Feste im Gefolge der Jahreszeiten wie z.B. Blütenschauen *hanami*, die nun plötzlich alle einen Monat früher stattfinden sollten. Kompromisse mußten gefunden werden und wurden gefunden.<sup>8</sup> Das ging mit Auseinandersetzungen darüber einher, was unter „modern/Moderne“ und „traditionell/Tradition“ zu verstehen und wie beides je und im Verhältnis zueinander zu bewerten ist. Mit anderen Worten, auch in Japan formierten sich in diesem „Ringens um die Zeit“ moderne Dichotomien wie „Stadt vs. Land“, „Zentrum vs. Peripherie bzw. Provinz“, „Gesellschaft vs. Gemeinschaft“ – angefüllt mit entsprechenden Bedeutungen wie: Beschleunigung, Fortschritt ebenso wie Chaos, Bedrohung von Gemeinschaft auf der einen Seite; Rückständigkeit, „ewige Wiederkehr des Gleichen“ bzw. – als erinnerte Vergangenheit – Einfachheit, Gemeinschaftsgeist, kultureller Identität auf der anderen.

8 Fukuzawa Shōji: „Koyomi to jikan“ (Kalender und Zeit). In: Akata Mitsuo u.a. (Hg.): *Nihon no minzokugaku 6. Jikan no minzoku* (Japanische Volkskunde Bd. 6. Das Volk, aus der Sicht der Zeit). Tōkyō: Yūsankaku, 1998, S. 42 – 50); Fukuzawa beschreibt vier Formen des „Arrangements“ zwischen neuem und altem Kalender (nun oft als „*Tokugawa-sama*-Kalender“ bezeichnet) und dem Neujahrsfest: es wird – vor allem in der Stadt – „neu“ gefeiert, es wird einfach weiter „alt“ (also Ende Januar bis Anfang Februar) gefeiert, es werden beide Daten gefeiert (wobei hier die Behörden über die ökonomische Ineffektivität klagen), alle fünf großen Jahresfeste *gosekku* werden – mit Einverständnis der Provinzbehörden – um genau einen Monat nach hinten verschoben; in der gleichen Aufsatzsammlung verweist Kuraishi Tadahiko darauf, daß sich vor allem in ländlichen Gebieten so etwas wie ein am naturgebundenen Produktionszyklus orientierter Kalender für das Alltags- und Festleben *seikatsu koyomi* erhalten hat, der mit dem administrativen oder offiziellen Kalender *gyōsei koyomi* nicht unbedingt übereinstimmte, während in der Stadt lokale Feste *matsuri* einfacher an den Wochen(ende)- und Monats-Produktionsrhythmus und damit an den offiziellen Kalender *ōyake koyomi* angepaßt werden konnten (vgl. vgl. Kuraishi Tadahiko: „Nenjūgyōji no kōzō“ (Die Struktur der jahreszeitlichen Feste), S. 131-134).

3. Auch die beiden Themenfelder „Kaufhaus“ und *nenjūgyōji* lassen sich im Kontext solcher spannungsgeladenen Verflechtungen von „alt“ und „neu“, „traditionell“ und „modern“ und deren diskursive Neubewertung als „gut“ und „schlecht“ bzw. als „schön“ und „häßlich“ betrachten.

So bezeugen zahlreiche Texte, in denen japanische „Kaufhaus-Pioniere“ des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts ihre Bemühungen um die Erneuerung traditionsreicher Handelshäuser, der sog. *gofukuten*, schilderten<sup>9</sup>, daß sie nicht nur darauf gerichtet waren, diese in profitable Unternehmen zu verwandeln (wozu sie u.a. ausgedehnte Studienreisen in die USA und nach Westeuropa unternahmen). Als Nachfolger der Kaufleute, die in der Ständehierarchie der frühneuzeitlichen *Edo*-Zeit (1600–1868) an unterster Position rangiert hatten, mußten sie zugleich um die Verbesserung des Prestiges ihrer Tätigkeit – und des Ortes, an dem sie dieser nachgingen: des Kaufhauses – ringen. Daher waren ihre unternehmerischen Konzepte stets auch von Willensbekundungen durchdrungen, der neu entstehenden nationalen Gemeinschaft als ganzer dienen, einen Beitrag zur Verbesserung des „Lebens des Volkes“ leisten zu wollen – z.B. durch Erziehung zu „gutem Geschmack“. Dafür richteten sie Design- und Musterabteilungen für die Gestaltung neuester Produkte ein. Diese wurden dann in kaufhauseigenen PR-Organen vorgestellt. Auf diese Weise wurde allmählich der Boden für die Akzeptanz von Mode als ein Phänomen bereitet, in dem Neuheit und Nutzen, Genuß und Rentabilität sinnvoll synthetisiert werden konnten.

Auch für *nenjūgyōji* läßt sich eine solche diskursive Umwertung im Laufe der Meiji-Zeit nachvollziehen, hier allerdings zunächst in umgekehrter Richtung: Dem Festhalten vor allem der ländlichen Bevölkerung an alten religiösen Festen (*matsuri*) und Bräuchen, die bislang als „gut“, weil Stabilität garantierend galten, begegnete die politischen und intellektuellen Eliten mit immer größerem Mißtrauen. So wurde es in behördlichen Berichten als unökonomisch und verschwenderisch beklagt, daß bestimmte Gemeinden das Neujahrfest doppelt – nach neuem Sonnen- und altem Mondkalender – begingen. „Altes“ galt nunmehr als irrational, zuweilen gar als widerspenstig und bedrohlich, zumindest aber grotesk. In anderen Zusammenhängen hingegen konnten überkommene, aber von solchen negativen Aspekten bereinigte Bräuche durchaus in den Bestand dessen eingehen, was im weiteren Modernisierungsprozeß zum Kanon einer „Japanischen Tradition“ wurde. Das soll nun am Verflechtungszusammenhang von „Kaufhaus“ und „*nenjūgyōji*“ konkretisiert werden.

---

9 Gemeint sind nicht nur Biographien bzw. Autobiographien solcher „Pioniere“ wie Hibi Ōsuke (1860–1931) für *Mitsukoshi* oder Kobayashi Ichizō (1873–1957) für *Hankyū*, sondern auch ursprünglich in den PR-Journalen dieser Kaufhäuser erschienene Texte. Quellen dieser Art werden von der Wissenschaft erst neuerdings ernst genommen, sie sind für die Erforschung von Alltagskultur von großem Wert.

4. Der bereits erwähnte Hibi Ôsuke – seit 1898 für die Öffentlichkeitsarbeit des ersten modernen Kaufhauses Japans *Mitsukoshi* verantwortlich – stellte das ab März 1911 unter dem neuen Titel „*Mitsukoshi*“ erscheinende haus-eigene Journal unter das Motto *gakuzoku kyôdô*. Ganz im Sinne der intendierten Symbiose von Kultur und Wirtschaft versprachen seine einleitenden Worte, damit einen weiteren Beitrag zur Prosperität des Unternehmens und des ganzen Landes zu leisten. Das Motto war nicht neu, doch gab die Situation sowohl von *Mitsukoshi* selbst als auch der japanischen Gesellschaft als ganzer der Realisierung dieser Vorhaben neuen Auftrieb. Im Gefolge des russisch-japanischen Krieges (1904/05) waren allmählich die Voraussetzungen für neue Formen industrieller Produktion und damit auch des Konsums geschaffen worden, deren soziale Träger neue Mittelschichten waren – exemplarisch repräsentiert durch die sog. *white collar*-Angestellten (*sarariman*) und deren (Haus-)Frauen (*shufu*). Neben den bereits etablierten Eliten der *Meiji*-Zeit waren sie es, an die sich Publikationen wie „*Mitsukoshi*“ wandten.

Letztere waren wiederum das Resultat gereifter Unternehmensstrategien, die ihren Ausdruck in eingängigen Slogans wie dem von Hibi's *gakuzoku kyôdô* fanden. Diesen Anspruch zu realisieren waren inzwischen eine Reihe von Einrichtungen geschaffen worden, in denen Unternehmer und von diesen engagierte Intellektuelle, Gelehrte, Schriftsteller, Künstler und Journalisten zusammenwirkten. Als Beispiele seien hier genannt:

- die 1895 eröffnete „Abteilung zum Entwerfen von Stoffmustern“ (*ishôbu*), die 1909 um die „Allgemeine Musterabteilung“ (*zuanbu*) erweitert und ab 1910 vom „Ahn der Designerprofession in Japan“, Sugiura Hisui (1876–1965), geleitet wurde;
- der im März 1900 erstmals zusammengekommene „Zirkel zur Beratung von Handelsangelegenheiten“ (*shôdankai*), der u.a. über marktgerechte Waren beriet und sich bei seinen Entscheidungen auf Musterhefte stützte, die aus oft jahrhundertealten Beständen von Handwerkshäusern aus allen Regionen des Landes stammten und eine wichtige Basis für künftige Ausstellungen zum Thema „Japanisches Kunsthandwerk“ in kaufhaus-eigenen Räumen darstellten;
- der im Juni 1905 gegründete „Modezirkel“ (*ryûkôkai*), der einen besonders großen Beitrag zur Herausbildung eines „*Mitsukoshi*-Geschmacks“ leistete; im Rahmen dieses Studienzirkels kamen wiederum verschiedene kleinere Gruppen zusammen, die themenbezogen arbeiteten und unter denen wohl der seit 1909 jede Woche mittwochs zusammenkommende „Studienzirkel Gebrauchsgegenstände für Kinder“ (*jidô yôhin kenkyûkai*) zu erwähnen ist, der mit seinen jährlichen Ausstellungen kräftig an einer japanischen Version der „Entdeckung von Kindheit“ mitgewirkt hat.

Intellektuelle Netzwerke dieser Art, die es auch in anderen Kaufhäusern gab, bewirkten, daß sowohl überkommene Jahreszeitfeste (*nenjūgyōji*) tradiert als auch neue eingeführt wurden, sie trugen damit zur Modernisierung dieser Institution als solcher bei. Die darin eingebundenen Männer agierten dabei in durchaus widersprüchlicher Weise. Denn zunächst einmal waren sie im Kaufhaus-Kontext für den Markt und das Handelskapital tätig. Das aber war auf permanenten, von Konkurrenz getriebenen, sich immer weiter beschleunigenden Umschlag von Dingen angewiesen. Hannah Arendt hat in ihrer „Vita Activa“ auf den Zusammenhang zwischen sich verändernden Formen von Produktion und Konsumtion in aufsteigenden industriellen Gesellschaften verwiesen: „Herstellen“ verschiebe sich in Richtung „Arbeiten“ und parallel dazu werde „Gebrauchen“ mehr und mehr zu „Verbrauchen“; immer mehr Gebrauchsgegenstände, deren Beständigkeit bislang Vertrautheit und Lebensorientierung vermittelten, würden zu Konsumgütern, deren Zweck es vor allem ist, verbraucht zu werden. Zu Konsumgütern geworden, verschwänden diese Dinge dann auch kulturell, da ihre Funktion, als Träger des kulturellen Gedächtnisses Identität, Sinn und Bedeutung von Generation zu Generation zu überliefern, verloren ginge.<sup>10</sup>

Diese Einschätzung trifft auch auf die Unternehmungen der in den o.g. Netzwerken tätigen Akteure im *Meiji*-Japan zu, die auf der ständigen Suche nach marktfähigen und gut gestalteten Produkten waren. Doch wirkten sie zugleich in eine andere Richtung, indem sie den Zwang zur permanenten Erneuerung und Beschleunigung kulturell zähmten, ihn in einen mäßigen Rhythmus einbanden, der nicht zuletzt von den überkommenen „Jahreszeitfesten“ bestimmt wurde und diese zugleich in einen neuen Kontext integrierte. Das trug wesentlich dazu bei, daß „Kaufhaus“ in Japan eine eigene, eine *japanische* Kaufhauskultur ausprägen konnte. Deren Spezifik sehe ich u.a. darin, daß der Verbrauch von Konsumgütern und damit der potentielle Schwund an vertrauten Dingen von einer Ästhetik eingefangen wurde, die an die seit der buddhistisch beeinflussten Hofadelskultur der späten *Heian*-Zeit (11./12. Jahrhundert) tradierte Idee des *mono no aware* – „Von den Dingen und ihrer Vergänglichkeit gerührt sein“ erinnert.<sup>11</sup> Die „Jahreszeitfeste“ wiederum erfuhren auf diese Weise nicht nur eine Nationalisierung, Säkularisierung und Kommerzialisierung, sondern sie wurden auch ästhetisiert.

Ihre Ästhetisierung war einmal eine eher indirekte Begleiterscheinung der bereits erwähnten behördlichen Versuche, sie von Elementen des Eigensinnigen, Grotesken, Irrationalen zu bereinigen. Sie vollzog sich aber

---

10 Vgl. H. Arendt, *Vita Activa oder vom tätigen Leben*. München/Zürich 1999, S. 104-106 und 156-158.

11 *Mono* – ein Begriff, der einst auch den Bereich des Immateriellen und Spirituellen einschloß – meint hier jedoch nur noch den engeren, materiellen Bedeutungsbereich von „Ding“.

auch über die Mode- und Designentwürfe für jene Waren, die – dem Kalender folgend – in Kaufhaus-Vitrinen und Schaufenstern, auf Postern und in der Werbung zum Verkauf angeboten werden. Und da die Kreation solcher Neuheiten in den o.g. Abteilungen und Zirkeln auch auf der Sammeltätigkeit von überlieferten Mustern und Gegenständen aus allen Regionen des Landes beruhte, wurden solche Sammlungen oftmals zeitgleich mit der jahreszeit- und ereignisbezogenen Warenpräsentationen in den kaufhauseigenen Ausstellungsräumen gezeigt, über die die renommiertesten von ihnen seit Beginn des 20. Jahrhunderts in der Regel verfügten. Herausgelöst aus den einstigen lokalen, alltäglichen Zusammenhängen, in denen sie hergestellt und gebraucht wurden, erfuhren sie nun hier mit ihrer Musealisierung als „traditionelle japanische Handwerkskunst“ eine weitere Form der Ästhetisierung. Auch dafür war übrigens eine entsprechende Institution geschaffen worden.<sup>12</sup>

Auch diese Verknüpfung von Waren- und Kulturkonsum hat dazu beigetragen, daß ein Teil der Festtage des alten Kalenders, die offiziell nicht mehr begangen werden durften, doch in den nationalen Kanon der Erinnerung integriert und als „Japanische Sitten und Bräuchen“ (*nihon fūzoku*) reproduziert wurden. Darüber, wie das geschah, geben Quellen Auskunft, die lange Zeit außerhalb des akademischen Blickfeldes lagen. Allein in den Archiven des *Mitsukoshi*-Kaufhauses aufbewahrte Zeitschriften, Kataloge, Poster, Aufzeichnungen über Ausstellungen und Kritiken darüber in den Medien bieten eine Fülle an Material, das den hier thematisierten Verflechtungszusammenhang zwischen „Kaufhaus“ und *nenjūgyōji* (wie auch die Metapher des „moderne *mono no aware*“) über einen Zeitraum von mehr als einhundert Jahren nachvollziehen und exemplarisch zu belegen erlaubt. In welchem der zahlreichen Hefte des PR-Journals „*Mitsukoshi*“ man auch blättert – es findet sich gewiß ein Verweis auf das gerade im Erscheinungsmonat stattfindende oder ein demnächst bevorstehendes *nenjūgyōji*: sei es das kunstvoll gestaltete Titelblatt, das Herausgebervorwort, eine passende Kurzgeschichte, das neueste Warenangebot, die Bekanntgabe der Gewinner von Preisausschreiben usw.

So wird etwa im Mai-Heft des Jahres Meiji 44 (1911) unter der Überschrift „Das Knabenfest erfreut sich wieder wachsender Beliebtheit!“ Auskunft darüber gegeben, welche für dieses Ereignis am 5. Mai erforderlichen Gegenstände in den Vitrinen welcher Etage arrangiert sind und zu welchem Preis sie erworben werden können. Der Liste vorangestellt ist ein Text mit etwa folgendem Inhalt: Angespornt durch den wachsenden Austausch mit dem Ausland werde sich auch das japanische Volk mehr und mehr seiner

12 Vgl. Tsuganesawa Toshihiro, „Hyakkaten no ibento to toshibunka“ (Kaufhaus-event und Stadtkultur), in: Yamamoto, Taketoshi und Nishizawa, Tamotsu (Hrsg.), *Hyakkaten no bunkashi. Nihon no shōhi kakumei* (Kulturgeschichte des Kaufhauses. Die Konsumrevolution Japans). Tōkyō 1999, S. 139.

eigenen Sitten und Bräuche bewußt. Neben staatlichen Feiertagen würde auch den bereits fast aufgegebenen jahreszeitlichen Ritualen und Festen wieder große Aufmerksamkeit geschenkt. So auch das Knabenfest, das zudem aufs beste geeignet sei, einen Beitrag zur Erziehung zu militärischem Geist zu leisten. In diesem Sinne folgt einige Seiten weiter der Aufsatz „Sitten und Bräuche der ausgehenden Edo-Zeit“, der sich wohl nicht zufällig mit Schwertern und ihrem kunstvollen Zubehör befaßt.

Mit diesem Beispiel soll noch auf einen weiteren Aspekt des Wechselverhältnisses zwischen „Kaufhaus“ und *nenjūgyōji* aufmerksam gemacht werden: die Rolle, die sie bei der Formation der kulturellen Identitätsmerkmale „Japanisch“ und „Westlich“ gespielt haben. Der „wachsende Austausch mit dem Ausland“ habe auch dazu geführt, daß man sich wieder eigener Traditionen besinnt. Und zahlreiche Artikel befassen sich über Jahre hinweg mit der Frage, wie Japan – und speziell *Mitsukoshi* – es schaffen könne, seinen Kunden ebenso schöne Dinge aus eigener Produktion anzubieten wie die Importartikel aus Westeuropa und Amerika, für die in jedem Heft geworben werde; wie man dazu beitragen könne, zu einem Geschmack zu erziehen, der in der Lage ist, „Westliche Errungenschaften“ auch in das Alltagsleben des Volkes einfließen zu lassen, ohne die eigenen, „Japanischen Traditionen“ dem Verlust preiszugeben. Solche Texte erschienen oft zum Zeitpunkt bestimmter Feierlichkeiten für eine Leserschaft, die beim nächsten Kaufhausbesuch auch entsprechende Waren „made in Japan“ (*kokusan*) in den Verkaufsräumen sowie Exponate in den Ausstellungsräumen bewundern konnte – eine Verknüpfung von Elementen also, die auf subtile Weise an der Reproduktion von Japanizität (als Tradition, Eigenes) mitwirkte.

Eine komplementäre Verkettung läßt sich auch für die kulturelle Verortung bestimmter Dinge, Bräuche, Ereignisse, (Lebens-) Stile und Verhaltensweisen als „Westlich“ feststellen, wobei hier der Zusammenhang von Kaufhaus und modernem Massenkonsum zum einen, und die „Erfindung von Traditionen“ im Bereich *nenjūgyōji* zum anderen noch unmittelbarer und offensichtlicher ist. Es ist wohl nicht übertrieben zu sagen, daß eine Reihe von „westlichen“ – einschließlich ihrem Ursprung nach christlichen – Fest- und Feierlichkeiten vor allem aufgrund der Werbe- und Verkaufsstrategien der Kulturindustrie Eingang in breite Bevölkerungskreise Japans gefunden hat. Weihnachtsmotive schmücken die Titelblätter der Dezemberausgaben von „*Mitsukoshi*“ schon in den ersten Jahren ihres Erscheinens, und natürlich beinhalten sie auch Ideen und Angebote für entsprechende Weihnachtsgeschenke. Für den „Valentinstag“ soll erstmals in der englischsprachigen Zeitung „Japan Adviser“ vom 12. Februar 1936 eine Werbekampagne stattgefunden haben<sup>13</sup>, wirklichen Eingang in den „Event-

13 Vgl. Yoshida, Kikujirō, *Depāto B1 monogatari* (Geschichten aus dem Kaufhaus-B1). Tōkyō 1999, S. 129.

Kalender“ der Kaufhäuser und damit auch breiter Bevölkerungskreise hat er aber erst seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre gefunden. Gleiches gilt für den „Muttertag“ am zweiten Sonntag im Mai oder den „Vatertag“ am dritten Sonntag im Juni, „Halloween“ habe sich erst seit den achtziger Jahren durchsetzen können. „White day“ (15. März) sei gar ein „westliches“ Ereignis, das in Japan erfunden wurde, und zwar in den siebziger Jahren von Spezialisten „westlicher Süßigkeiten“ (*yôgashi*), deren berühmteste ihre Leckereien im B1-floor der Kaufhäuser verkaufen: Sie hätten sich gleich nach dem Mädchen- bzw. Puppenfest (*hinamatsuri*, am 3. März) – einem kommerziellen Höhepunkt für die Fraktion der „Japanischen Süßigkeiten“ (*wagashi*) einen ähnlichen Verkaufserfolg erhofft. Genau einen Monat nach dem „Valentinstag“ sollten nun die Männer ihre süßen Gegen geschenke an die von ihnen auserwählten Frauen tätigen. Die männliche Phantasie habe aber meist nicht weiter gereicht, als von der einmal auserwählten Sorte Schokolade oder Süßigkeiten gleich zehn Portionen zu kaufen. Andere Konsumgüterbranchen und Kaufhausabteilungen – z.B. die der Damenunterwäsche, des Schmuckes oder Lederwaren – hätten das als einseitigen kommerziellen Vorteil für die *yôgashi*-Fraktion empfunden und sich um die Erweiterung des Marktes für Geschenke zu diesem Ereignis um ihre Produkte bemüht. Das sei der Grund, warum sich die ursprüngliche Bezeichnung „Candy day“ in „White day“ gewandelt habe.<sup>14</sup> Ein – wie ich finde – imponantes Beispiel für die Interdependenzkette von Kommerz, Geschenk- und Ereigniskultur, für die Verflechtung und Verwurzelung „eigener“ und „fremder“ Traditionen“, für die Einbettung eines übernommenen Brauches des Schenkens in spezifische soziokulturelle Formen.

Es zeigt zudem, daß die Formen dieser Interdependenz ebenso wie die Vorstellungen bzw. das Image, die mit den Etiketten „Eigenes/Japanisches“ und „Fremdes/Westliches“ verbunden wurden, sich mit Japans Entwicklung hin zu einer Konsumgesellschaft der Massen bzw. heute der sog. „Teilmassen“ wandelten. Spätestens seit der Zeit der ökonomischen Hochwachstumsphase der fünfziger und sechziger Jahre und des damit gereiften Marktes ist das Verhältnis von „Kaufhaus“ und *nenjûgyôji* durch eine noch intensivere Kommerzialisierung der *nenjûgyôji* einerseits und der „Eventisierung“ des Kaufhauses andererseits charakterisiert. Diese Prozesse des Perpetuierens der Ereignisse in den Verkaufs- und Veranstaltungsräumen von Kaufhäusern (und neuerdings auch von *malls*) sind im Gesamtzusammenhang der Entwicklung moderner Gesellschaften hin zu „Erlebnis- und Vergnügungsgesellschaften“ zu sehen und somit natürlich nichts Japanspezifisches.<sup>15</sup> Spezifisch „Japanisch“ (*nihonrashii*) scheint allerdings sowohl

14 Vgl. ebenda.

15 Eine Entwicklung, die in der Sprache der Designer als Wandel vom modernistischen Slogan „Die Form folgt der Funktion“ hin zum postmodernen Prinzip „Die Form folgt dem Bedürfnis nach Lust und ‚Fun‘“ zum Ausdruck gebracht wird.

die stark ausgeprägte kulturelle Funktion des modernen Kaufhauses zu sein, als auch die recht problemlose Integration „traditioneller Bräuche“. Denn trotz ihrer Vermarktung und damit auch ihrer permanenten „heimlichen“ Modernisierung gelten diese nach wie vor als „japanisch“.

Dafür noch ein abschließendes Beispiel: In der heißesten Sommerzeit wird seit Jahrhunderten mit *o-chûgen* das Ereignis begangen, daß man die erste Hälfte des Jahres gut überstanden hat. Yoshida, der bereits zitierte Autor, der in Japan auch als *yôgashi*-Spezialist bekannt ist, meint, die „Japanizität“ dieses Ereignisses mit folgender Aussage „belegen“ zu können: „Was eigentlich ist dieses *o-chûgen*? Die Japaner sind ein Volk, das ungemein großen Wert auf Etikette legt. Von alters her existiert der Brauch, den 15. Januar als *jôgen* und den 15. Oktober als *kagen* zu feiern. Und auch der 15. Juli gilt mit *chûgen* als Festtag. An diesem Tag feiert man, ein halbes Jahr ohne Zwischenfälle verbracht zu haben, und das Ereignis *urabon*<sup>16</sup> ehrt die Seelen der Verstorbenen mit einer Totenmesse.“ Damit diesem Brauch auch unter modernen Massenkonsum-Bedingungen stilgerecht und zugleich bequem und effektiv nachgekommen werden konnte, sei – wieder einmal – *Mitsukoshi* im Jahre 1964 erstmals auf die Idee gekommen, am 30. Juni den *o-chûgen-sale* über ein *gift center* zu organisieren, das in der Folge auch für andere *nenjûgyôji* funktionierte. Es bietet den Service guter Auswahl, schönen Verpackens und pünktlichen Versandes an, dabei auch technisch immer dem Trend der Zeit folgend.<sup>17</sup>

So wächst die Quantität des Warenumschlags zwar, und mit den vielen technischen Neuerungen auch das Tempo des kulturellen Verbrauchs der Dinge. Aber sowohl Einbettung dieses Konsums in überkommene Zeitbezüge und Jahresrhythmen als auch die Diskurse in den Medien darüber sorgen dafür, daß kollektive (einschließlich nationale) Identitäten, kulturelles Gedächtnis doch nicht so einfach verschwindet, wie oft beklagt, sondern reproduziert wird. Die „Erfindung von Traditionen“ geht also weiter, und das „Gefühl, von der Schönheit der Dinge und ihrer gleichzeitigen Vergänglichkeit gerührt zu sein“, wird wohl ebenfalls auf absehbare Zeit Bestand haben. Es kommt daher darauf an, deren jeweils konkreten historischen Inhalte und Bedeutungen herauszuarbeiten. Für die Zukunft heißt das wohl danach zu fragen, wie *nenjûgyôji* sich mit anderen, neuen Formen des Konsums arrangiert und tradiert: Mit den japanweit inzwischen fast 40 000 zählenden, rund um die Uhr geöffneten *convenience stores* (*kombini*)? Oder mit den virtuellen Internet-Kaufhäusern?

---

16 Buddhistisches Totenfest.

17 Vgl. Yoshida (Anm. 13), S. 161-167.

---

## Arndt Brendecke

### Vom Zähler Schritt zur Zäsur. Die Entstehung des modernen Jahrhundertbegriffs

Normalerweise hängt er still an der Wand oder er liegt flach auf dem Schreibtisch: Der Kalender ist stets bereit, Ereignisse zu empfangen, er verzeichnet Erlebtes. Dann und wann aber zieht er alle in seinen Bann und schafft es, selbst ein Ereignis zu produzieren. Die Glocken läuten, Raketen krachen und die Feuilletons füllen sich mit Kommentaren. Für einen Moment, so scheint es, herrscht der Kalender selbst, zumindest stimuliert er unsere Phantasien, und beginnt dabei, sich selbst in die Wirklichkeit einzuschreiben.

Jede menschliche Technik der Umweltbeherrschung beherrscht den Menschen auch ein wenig selbst, dies ist nicht neu. Die Techniken der Kalenderzählung formen unseren Umgang mit der Zeit ebenso, wie Längenmaße, Kommunikations- und Fortbewegungsmittel unseren Umgang mit dem Raum. Der Reiz, solche Techniken zu untersuchen, besteht darin, daß sie die Veränderlichkeit der menschlichen Wahrnehmung mit übergroßer Deutlichkeit vor Augen führen. Zeit und Raum sind eben keineswegs Apriori unseres Daseins, sondern historisch geworden und kulturell geformt. Man trägt eine Vorstellung von seiner Welt im Kopf und diese bestimmt das eigene Handeln mit gelegentlich unerbittlicher Konsequenz. Um ein Beispiel aus der Geographie zu geben: Deutsche Soldaten, die im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg kämpften, hatten nicht immer klare Vorstellungen von der Gestalt der Kontinente. So desertierten einige und gingen dabei der ebenso tragischen wie trügerischen Hoffnung nach, von den Schlachtfeldern Nordamerikas über Spanisch-Amerika und Frankreich nach Deutschland zurückwandern zu können.<sup>1</sup>

Was die Geschichte der Zeitvorstellungen betrifft, liegen bereits hervorragende Studien zu den kürzeren Zeitzyklen des Tages und Jahres vor, die technische Veränderungen mit mentalitätsgeschichtlichen Konsequenzen in Verbindung brachten; so etwa zur Geschichte der Uhr und der Stunde, zur Entstehung der durch Werkglocken getakteten Arbeitszeit oder zur zeitlichen Orientierung im Kirchenjahr.<sup>2</sup> Weniger gut sind die längeren Zeitein-

1 H. Dippel, *Germany and the American Revolution. A Sociohistorical Investigation of Late Eighteenth-Century Political Thinking*, Wiesbaden 1978, S. 9.

2 Vgl. hier seit G. Bilfinger, *Die mittelalterlichen Horen und die modernen Stunden. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte*, Stuttgart 1892, v. a. G. Dohrn van Rossum, *Die Geschichte der Stunde. Uhren und moderne Zeitrechnung*, München 1992; J. Le Goff, *Die Arbeitszeit in der ‚Krise‘ des 14. Jahrhunderts. Von der mittelalterlichen zur modernen*

heiten erforscht, die unser historisches Weltbild formen. Man kann sich hierbei zwar an den Ergebnissen der Historiographiegeschichte orientieren, doch die Geschichtsschreibung gerade des Mittelalters und der Frühen Neuzeit dürfte allenfalls für das Zeitverständnis einer schmalen Schicht repräsentativ sein, entwirft sie doch ein hochgradig artifizielles Modell von Zeit, das den Traditionen des historischen Genres folgt. Zeitgenössische Orientierungsbedürfnisse spiegeln sich darin nur sehr bedingt wieder. Eine gewisse Hoffnung bringt die zunehmende Beachtung von Zeugenaussagen vor Gericht mit sich.<sup>3</sup> Zum einen kommen hier auch illiterate Zeitgenossen zu Wort, zum anderen beantworten sie einfache Fragen wie etwa die nach dem Zeitpunkt eines zurückliegenden Ereignisses. In ihren Antworten wird erkennbar, auf welche Weise sich die Zeugen in mittleren und längeren Zeitperioden orientierten.

Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, seit wann und in welchen Bereichen man sich im Rahmen des ‚Jahrhunderts‘ orientierte. Die Relevanz dieser Fragestellung ergibt sich aus der jüngeren Geschichte, in der das ‚Ende‘, der ‚Anfang‘ oder die ‚Wende‘ eines Jahrhunderts die Zeitgenossen in der ein oder anderen Weise beeindruckt und betroffen hat. Es ist jedoch vorwegnehmend darauf hinzuweisen, daß Jahrhundertwenden entgegen verbreiteter Annahmen keineswegs ‚zu allen Zeiten‘ die Menschen in ihren Bann gezogen haben. Gänzlich irreleitend ist die Annahme, das moderne Jahrhundertwendebewußtsein wäre eine Schwundstufe mittelalterlicher Endzeitängste.<sup>4</sup> In Wahrheit verhält es sich umgekehrt: Jahrhundertwenden wurden zumindest bis in das Jahr 1300 hinein, nach allem was wir darüber wissen, ignoriert. Erst 1800 läßt sich die Jahrhundertwende als ein ‚Ereignis‘ belegen, das breitere Bevölkerungsschichten interessierte. Eine nennenswerte negative Konnotation erfuhr das Symbol der Jahrhundertwende zudem nicht vor den 1890er Jahren, als das Schlagwort vom *Fin de siècle* zu kursieren begann.<sup>5</sup> Das ‚Jahrhundert‘ hat sich mittlerweile als

---

Zeit (1963), in: ders., Für ein anderes Mittelalter. Zeit, Arbeit und Kultur im Europa des 5.-15. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1984, S. 29-42; G. T. Moran, Conceptions of Time in Early Modern France. An Approach to the History of Collective Mentalities, in: Sixteenth Century Journal, 12, 4, 1981, S. 3-19.

- 3 W. Schulze, Zur Ergiebigkeit von Zeugenbefragungen und Verhören, in: ders. (Hrsg.), Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte (=Selbstzeugnisse der Neuzeit, 2), Berlin 1996, S. 319-325.
- 4 Z. B. „Jahrhundertwenden, im Mittelalter regelmäßig Anlaß eschatologischer Spekulationen und oft hochgespannter chiliastischer Erwartungen, üben doch auch in aufgeklärteren Zeiten noch starke Faszination aus.“, vgl. G. Mattenklott, Wendezeiten – Zeitwenden, in: Runa. Revista portuguesa de estudos germanísticos, Nr. 20, 2, 1993, S. 235-247, hier, S. 235.
- 5 Zur Forschung vgl. A. Brendecke, Fin(s) de siècle und kein Ende. Wege und Irrwege der Betrachtung von Jahrhundertwenden, in: HZ 268 (1999), S. 107-120, zur These: A. Brendecke, Die Jahrhundertwenden. Eine Geschichte ihrer Wahrnehmung und Wirkung. Frankfurt a. M./New York 1999.

chronologische Basiseinheit der Geschichtsbetrachtung durchgesetzt. Diese Entwicklung ist ohne den Siegeszug des Dezimalsystems kaum zu verstehen, dessen anthropologische Basis zweifelsohne in der Tatsache zu suchen ist, daß der Mensch zehn Fingern besitzt.<sup>6</sup> Interessant wird diese anthropologische Tatsache dort, wo sich das dezimale Muster der Hände auf das Geschichtsbild übertragen hat; ein Zusammenhang, auf den schon 1884 der Berliner Physiologe Emil Dubois-Reymond hinwies: „Es ist eine merkwürdige Betrachtung, welche wohl verdiente, weiter ausgesponnen zu werden, einen wie großen Einfluß auf unsere Anschauungen der Umstand geübt hat, daß wir zehn Finger haben, indem er bei dem größten Teil der Kultur Menschheit dem dekadischen Zahlensystem zum Siege verhalf, und den Potenzen von zehn in unserer Vorstellung eine ganz unberechtigte Bedeutung gab. Durch keine Überlegung vermögen wir das Bild der in Jahrhunderte geteilten Weltgeschichte los zu werden.“<sup>7</sup> Es ist in der Tat nicht von der Hand zu weisen, daß die kalendarische Einteilung der Weltgeschichte unser Geschichtsbild auch in seinen Inhalten prägt. Der französische Historiker Daniel Milo veranschaulichte dies durch ein anderes Gedankenspiel: Wie nähme sich unser Geschichtsbild aus, wenn wir die christliche Ära nicht von der angenommenen Geburt Christi, sondern von seinem Tod an zählen würden. Die Anwendung dieser Zählweise, die als ‚Passionsära‘ im Mittelalter neben der heute geläufigen ‚Inkarnationsära‘ durchaus geläufig war, ließe Dante (1265–1321) gänzlich ins 13. Jahrhundert rutschen, Dürer († 1528), Raphael († 1520) und Da Vinci († 1519) ganz ins 15. Jahrhundert und Hitlers Machtergreifung wäre, um ein jüngeres Beispiel hinzuzufügen, in das Jahr der Jahrhundertwende 1900 gefallen.<sup>8</sup>

Solche Gedankenspiele sind nicht kontrafaktisch im strengen Sinne, da sie nicht an den Fakten rütteln, sondern an der chronologischen Meßplatte unseres Geschichtsbildes. Das ‚Jahrhundert‘ prägt nicht nur die Sprache des Historikers, sondern auch sein täglich Arbeiten, etwa dort, wo sich historischen Zeitschriften, Arbeitsgruppen und Verbände einzelnen ‚Jahrhunderten‘ verpflichtet fühlen. Ein Beispiel wäre das *Centre Méridional de Rencontres sur le XVII<sup>e</sup> siècle* aus Marseille, das im Januar 1986 ein Kolloquium über die *Querelle des anciens et des modernes* abzuhalten gedachte. Es mußte zunächst ein Jahrhundertproblem lösen: Der historische Gegenstand, also die *Querelle*, begann zwar im 17. Jahrhundert (1683), sie endete jedoch nicht vor 1715, d.h. im 18. Jahrhundert, für das ein Zentrum für die Geschichte des 17. Jahrhunderts nicht zuständig ist, zumindest nicht allei-

6 Vgl. K. Menninger, *Zahlwort und Ziffer. Eine Kulturgeschichte der Zahl*, Göttingen 1979, I. Teilband, S. 46–49.

7 E. Dubois-Reymond, *Zu Diderot's Gedächtnis*. In der Leibniz-Sitzung der Akademie der Wissenschaften am 3. Juli 1884 gehaltene Rede, in: ders., *Reden*, 2 Bde., hrsg. von E. Dubois-Reymond, Bd. 2, Leipzig 1912, S. 285–300, S. 285.

8 D. S. Milo, *Une histoire-fiction. L'ère de la Passion*, in: ders., *Trahir le temps (histoire)*, Paris 1991, S. 17–28.

ne. Mit leiser Ironie kommentierte die damalige Vorsitzende, Isabell Bonnot, die schließlich gewählte Vorgehensweise: Man traf sich erstmals mit dem 18. Jahrhundert. „Mais cette fois, la curiosité du C.M.R. 17 franchit les siècles, il dialogue avec le XVIIIe siècle, et sonde les ruptures du temps“. So wurde die Tagung gemeinsam mit dem C.A.E.R. XVIII abgehalten, dem *Centre Aixois d'Etudes et de Recherches sur le XVIIIe siècle*.<sup>9</sup>

Wie gerieten solche Grenzen der Zuständigkeit in unser Geschichtsbild? Historisch gesehen, konnte sich das Jahrhundertwendebewußtsein nur dort entfalten, wo eine ganze Reihe von Voraussetzungen erfüllt waren. So bedurfte es einer gemeinverbindlichen Jahreszählung und nicht zuletzt der Idee des ‚Jahrhunderts‘. Um die Entwicklung dieser Voraussetzungen nachzuzeichnen und das schrittweise Hervortreten des modernen Jahrhundertgedankens möglichst plastisch vor Augen zu führen ist ein im weitesten Sinne begriffsgeschichtliches Verfahren notwendig. Dabei ist eine Besonderheit des Jahrhundertbegriffs zu berücksichtigen: Der Gedanke des ‚hundertjährigen Zeitraums‘ kombiniert eine Zeit- mit einer Zahlenvorstellung. Da Zeit- und Zahlenvorstellungen in vielen Bereichen gegenwärtig sind, ist es notwendig, ein vergleichsweise weites Feld kultureller Äußerungen in Betracht zu ziehen.<sup>10</sup> Um diese Komplexität der modernen Jahrhundertvorstellung abzubilden, werden im folgenden sieben einzelne Komponenten des modernen Jahrhundertbegriffs voneinander unterschieden. Ich fasse dabei Ergebnisse zusammen, die ich im Rahmen meiner Untersuchung der Entstehung des Jahrhundertwende­phänomens angestellt habe.<sup>11</sup> Zu beginnen wäre mit einem grundlegenden Ansatz des Jahrhundert- und Säkularbegriffs, der bereits angesprochen wurde.

## 1. Der natürliche Jahrhundertbegriff

Der ‚natürliche‘ Jahrhundertbegriff geht davon aus, daß das menschliche Leben ca. hundert Jahre umfaßt.<sup>12</sup> Schon bei Herodot findet sich die Bemerkung, „drei Menschenalter sind 100 Jahre“ (Historien II, 142). Für ihn dauerte also eine Generation jeweils 33 Jahre. Geht man davon aus, daß etwa drei Generationen jeweils zusammen leben, so ergäbe sich ein ‚lebendiger‘ Erinnerungs- und Erzählzeitraum von hundert Jahren. Diese Vor-

9 Vgl. D'un siècle à l'autre. Anciens et Modernes. Actes du XVIe colloque du Centre Méditerranéen de Rencontres sur le XVIIe siècle. (Janvier 1986), Marseille 1987, S. 5.

10 Unzureichend wäre es, lediglich die wortgeschichtlichen Spur von ‚Jahrhundert‘ oder ‚saeculum‘ nachzuzeichnen, wie dies in der älteren Begriffsgeschichte gelegentlich geschah. Vgl. dazu W. Feldmann, Jahrhundert und seine Sippe, in: Zeitschrift für deutsche Wortforschung, Bd. 6 (1904), S. 229-237; E. Lewalter, Das Jahrhundert als Epoche (aetas, centuria, saeculum). (= Romanische Forschungen, Bd. 49), 1935, S. 343-351; G. Stadtmüller, Saeculum. Wortgeschichtliche Untersuchung, in: Saeculum, Bd. 2 (1951), S. 152-156.

11 A. Brendecke, Jahrhundertwenden (Anm. 5).

12 Diese Begriffsbildung orientiert sich an Censorinus, De die natali, II 17.

stellung blieb in der ein oder anderen Weise bis in die Gegenwart geläufig, obgleich man mittlerweile weiß, daß sich das ‚kommunikativen‘ Gedächtnis eher über einen Zeitraum von achtzig denn hundert Jahren erstreckt.<sup>13</sup>

Einen gleichfalls am menschlichen Leben orientierten Ansatz zum Jahrhundertbegriff findet man in der römischen Antike. Das lateinische *saeculum* faßte jedoch in der Regel bloß einen nicht genau bemessenen größeren Zeitraum, die Zeit einer Generation oder die maximale Lebenszeit eines Menschen, nicht aber einen Zeitraum von exakt hundert Jahren.<sup>14</sup> Gestalt gewann diese Vorstellung im Rahmen der zunächst etruskischen Säkularbräuche, die das Ende des einen und den Beginn eines neuen Jahrhunderts mit Säkularspielen, den *ludi saeculares*, begleiteten. Der Abstand zwischen solchen Spielen war unregelmäßig, er betrug teils 100, im Schnitt 110 Jahre, gelegentlich wurden Säkularspiele auch in kürzerem Abstand gefeiert, spätestens dann, wenn es politisch opportun erschien.<sup>15</sup> Bekannt wurden die Spiele des Augustus 17 v. Chr., zu denen Horaz ein *carmen saeculare* dichtete. In seiner Bedeutung blieb dieser Säkularbegriff auf den Bereich des Kultes beschränkt. So gliederte die römische Geschichtsschreibung die Zeit keineswegs nach *saecula*.<sup>16</sup> Eine Jahrhunderteinteilung der geschichtlichen Zeit wird nicht vor dem 16. Jahrhundert gebräuchlich.<sup>17</sup>

Bemerkenswert erscheint mir zweierlei. Zum einen, daß sowohl die *ludi saeculares* als auch der exakte lateinische Säkularbegriff, der unter einem *saeculum* hundert Jahre verstand, im Mittelalter wieder gänzlich verloren gingen: *Saeculum* stand nun für ‚Zeit‘ oder ‚Zeitalter‘, vor allem aber schlicht für die ‚Welt‘.<sup>18</sup> Zum anderen aber, daß die Evidenz einer hun-

13 J. Assmann, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1999, S. 48-51.

14 Vgl. L. Nadjo, *Saeculum et la notion de ‚fin de siècle‘*, in: *Fins de siècle. Colloque de Tours 4-6 juin 1985. Textes recueillis par P. Citti*, Bordeaux 1990, S. 37-48.

15 Vgl. E. Diehl, *Das saeculum, seine Riten und Gebete*, in: *Rheinisches Museum für Philologie, N.F.*, Bd. 83 (1934), S. 255-272 u. S. 348-372.

16 Zu einer Ausnahme bei Piso Censorius vgl. Censorinus, *De die natali*, 17, 13.

17 Grundlegend dazu: J. Burkhardt, *Die Entstehung der modernen Jahrhundertrechnung. Ursprung und Ausbildung einer historiographischen Technik von Flacius bis Ranke*, Göppingen 1971; ergänzend: U. Goerlitz, *Humanismus und Geschichtsschreibung am Mittelrhein. Das ‚Chronicon urbis et ecclesiae Maguntinensis‘ des Hermannus ‚Piscator OSB (=Frühe Neuzeit. Studien und Dokumente zur deutschen Literatur und Kultur im europäischen Kontext, 47)*, Tübingen 1999, S. 174-183; Brendecke, *Jahrhundertwenden* (Anm. 5), S. 75-81. Obgleich sich im Spätmittelalter einige Handschriften finden lassen, die jeweils 50 Zeilen und Jahre auf einer Seite zusammenfaßten, so etwa in der einzigen Kopie der Chronik Martins von Troppau aus dem Jahr 1277, waren diese Jahrfünzige (*Quinquagenen*) nicht als historische Einheiten präsent: Ihre Anwendung erleichterte es, den Abstands historischer Daten zu berechnen. Vgl. zu diesem Phänomen: A.-D. Von den Brincken, *Hodie tot anni sunt – große Zeiträume im Geschichtsdanken der frühen und hohen Scholastik*, in: A. Zimmermann (Hrsg.), *Mensura. Maß, Zahl, Zahlensymbolik im Mittelalter (=Miscellanea Mediaevalia, Bd. 16)*, Berlin 1983, S. 192-211.

18 Vgl. dazu die in Anm. 10 genannten begriffsgeschichtlichen Arbeiten.

dertjährigen Zeitspanne – etwa als Grenze menschlicher Lebenszeit – nie ganz verloren ging. So blieb etwa das Bild des hundertjährigen Greises in Sprichwörtern geläufig.<sup>19</sup>

Einschränkend ist hinzuzufügen, daß dezimale Einteilungen in vormodernen Zeiten gewiß nicht dieselbe Evidenz besaßen wie heute. So steht uns die auffällige dezimale Stellenschreibweise der indisch-arabischen Ziffern ständig vor Augen, während sie in der lateinischen Buchstabenschreibweise kaum auffiel. Zudem wurden die meisten Maß- und Währungseinheiten erst nach der Französischen Revolution sukzessive auf dezimale Werte umgestellt. Wie aber veränderten sich die zeitgenössischen Orientierungspraktiken in ‚langer Zeit‘? Seit wann etwa, so wäre zu fragen, war breiten Bevölkerungsschichten die Jahreszahl überhaupt geläufig? In den mir bekannten Beispielen von Zeugenaussagen herrschen sowohl im Hoch- und Spätmittelalter wie auch noch im 17. Jahrhundert relationale, personale und okkasionelle Datierungen vor. Man orientierte sich am menschlichen Leben und Altern, an Herrscherjahren, bzw. einem ganzen Netzwerk menschlicher Lebenszeiten der eigenen Familie und des familiären Umkreises sowie an einschneidenden Ereignissen, wie Hunger-, Kriegs- und Pestjahren, nur selten jedoch am abstrakt gezählten Kalenderjahr.<sup>20</sup>

## 2. Der juristische Jahrhundertbegriff

Eng verwandt mit der Idee des natürlichen Jahrhundertbegriffs ist der juristische, der zuerst in einem unter Kaiser Hadrian verfaßten Provinzialedikt des Gaius entgegentritt. Hier wurde das städtische Recht auf Nießbrauch (*usus fructus*) an eine Frist von hundert Jahren gebunden. Da eine Stadt

19 Vgl. etwa die Einträge bei K. Fr. W. Wander (Hrsg.), Deutsches Sprichwörter-Lexikon. Ein Hausschatz für das deutsche Volk, Leipzig 1867, Sp. 988-998. Die Figur des Hundertjährigen, des *Centenarius*, lebt nicht nur von der Evidenz der dezimalen Zählschwelle. Hinzu kommt, daß der ‚Hundertjährige‘ bereits seit der Antike als idealtypischer Greis geläufig ist, da er die Grenze des menschenmöglichen Lebensalters erreicht hat. So leitete Varro den Begriff *saeculum* von *senex* ab, vgl. Varro, De lingua lat., VI, 11; zu griechischen Zyklen vgl. J. Schlobach, Zyklentheorie und Epochenmetaphorik. Studien zur bildlichen Sprache der Geschichtsreflexion in Frankreich von der Renaissance bis zur Frühaufklärung, München 1980, S. 140, bzw. Platon, Staat, X, 615; ähnlich dann Vergil, Aeneis VI, 329 und VI, 748.

20 Vgl. u. a.: M. Bourin, Quel jour, en quelle année?, in: Le Temps, sa mesure et sa perception au Moyen Âge. Actes du Colloque Orléans 12-13 avril 1991, sous la direction de B. Ribémont, Caen 1992, S. 37-46; J. Delumeau, La mémoire des gens d'Arezzo et de Sienna à travers des dépositions de témoins (VIIIe-XIIIe s.), in: Temps, mémoire, tradition au moyen-âge. Actes du XIIIe Congrès de la Société des Historiens médiévistes de l'Enseignement Supérieur Public, Aix-en-Provence, 4-5 juin 1982. Aix-en-Provence 1983, S. 43-67; N. Coulet, Quel âge a-t-il? Jalons et relais de la mémoire. Manosque, 1289, in: Histoire et société. Mélanges offerts à Georges Duby, Bd. 4, Aix-en-Provence 1992, S. 9-20.

nicht stirbt, so argumentierte man, ihr Recht auf Nießbrauch aber nicht ewig dauern könne, sollte ihr Schutz hundert Jahre dauern, weil das die Lebensgrenze eines sehr langlebigen Menschen sei: „quia is finis vitae longaevis hominis est“.<sup>21</sup> Diese Rechtsvorstellung fand Eingang in das Kirchenrecht. So ist an eine spätere Bestimmung Justinians zu erinnern, die sich ebenfalls auf die maximale Länge des menschlichen Lebens bezieht, und nun den Kirchen statt der üblichen 10- bis 40jährigen Verjährungsfristen das Privileg einer 100jährigen Verjährung (*praescriptio*) einräumt. Ein Sonderrecht, das von Justinian selbst bald wieder eingeschränkt wurde und in der Nachfolge umstritten blieb.<sup>22</sup> Kirchenbesitz wurde durch diese Regelung quasi unveräußerlich, denn sie bedeutete, daß kirchlichen Besitzstände, die von der Kirche vorübergehend nicht beansprucht wurden, erst dann gewohnheitsrechtlich an einen Dritten fielen, wenn sie sich nachweislich hundert Jahre in seiner Hand befunden hatten.<sup>23</sup>

Die hundertjährige Verjährungsfrist kam insbesondere im Hochmittelalter zur Anwendung, so etwa bei Papst Bonifaz VIII. Hier ist auf eine bemerkenswerte Parallelität hinzuweisen, war es doch auch dieser Papst, der im Jahr 1300 mit der Bulle *Antiquorum habet* das Institut des ‚Heiligen Jahres‘ bzw. ‚Jubeljahres‘ ins Leben rief. Dieses besondere Ablassjahr sollte in Abständen von je hundert Jahren stattfinden und es dem frommen Rompilger ermöglichen, einen vollständigen Erlaß seiner Sündenstrafen zu erwirken. Obwohl sich diese Einrichtung auf das Vorbild des althebräischen Jubeljahres (3. Mos 25) bezog, das ein Erlaß- und Ruhejahr in jedem 50. Jahr vorsah, übernahm man nicht das dort genannte Intervall von 50 Jahren, man bevorzugte statt dessen ein hundertjähriges.<sup>24</sup> Bonifaz VIII. habe den hundertjährigen Abstand gewählt, so kommentierte es der Kanonist Johannes Monachus, weil die „periodus humanae vitae annum centesimum (nisi in paucissimis) non transcendit“.<sup>25</sup> Vergleicht man diese Argumentation mit der Kaiser Justinians für die hundertjährige Verjährungsfrist, so stellt man fest, daß man sich in beiden Fällen, d.h. in Hinsicht auf die Hundertjahrsfrist des Sündenerlasses wie auch der Verjährung, auf das Argument des ‚natürlichen Jahrhunderts‘ stützte, wonach das menschliche Leben nie (oder nur äußerst selten) über hundert Jahre hinausreicht.

21 CIC, Digesten, 7.1.

22 Zu den Debatten vgl. H. G. Walther, Das gemessene Gedächtnis. Zur politisch-argumentativen Handhabung der Verjährung durch gelehrte Juristen des Mittelalters, in: A. Zimmermann (Hrsg.), *Mensura. Maß, Zahl, Zahlensymbolik im Mittelalter* (=Miscellanea Mediaevalia, Bd. 16/1), Berlin/New York 1983, S. 212-233; K. A. D. Unterholzner, *Ausführliche Entwicklung der gesamten Verjährungslehre aus den gemeinen in Deutschland geltenden Rechten*, 2 Bde., 1. Bd., Leipzig 1828, S. 138-154.

23 Vgl. dazu: E. H. Kantorowicz, *Die zwei Körper des Königs. Eine Studie zur politischen Theologie des Mittelalters*, München 1994, S. 193f.

24 Die Bulle ist ediert bei: H. Schmidt, *Bullarium anni sancti*, Rom 1949, S. 33f.

25 Vgl.: *Extravagantes tum viginti Ioannis vicesimisecondi, tum communes cum glossis & epitomis assuetis, & recognitae, & emendatae ...* Leiden 1553, S. 249.

### 3. Der technische Jahrhundertbegriff der Komputistik

Während sich der ‚natürliche‘ Jahrhundertbegriff in der ein oder anderen Form seit der Antike nachweisen läßt, dürfte der nun vorzustellende Jahrhundertbegriff eine Innovation des Hochmittelalters sein. Er bezieht sich nicht auf die Länge des menschlichen Lebens, sondern auf ein mathematische Praxis des Rechnens mit langen Zeiträumen. Komputistik ist eine heutzutage beinahe vergessene Disziplin mittelalterlicher Wissenschaft: Sie betrieb die Kunde vom Kalender und seiner Berechnung, war also eine zwischen Mathematik und Astronomie angesiedelte Wissenschaft.<sup>26</sup> Komputistik war jedoch mehr als eine Wissenschaft. Sie war eine bedeutsame Praxis, die jeder Pfarrer in Grundzügen beherrschen mußte, um etwa das richtige Datum des Osterfestes ausrechnen zu können. Erst als billige, gedruckte Kalender verfügbar wurden, verlor sich diese Kunst.<sup>27</sup>

Es erscheint im Rahmen eines Überblicks über die Entwicklung des Jahrhundertbegriffs gerechtfertigt, sich auf einen schmalen Ausschnitt der komputistischen Rechenpraxis zu konzentrieren und den mathematischen wie auch astronomischen Hintergrund weitgehend auszublenken.<sup>28</sup> Ein zumindest flüchtiger Blick auf die Komputistik ist jedoch zugleich unumgänglich, weil er verdeutlichen kann, daß die bisher geläufige Annahme, im Mittelalter hätte es keinen Jahrhundertbegriff gegeben, allenfalls in Hinsicht auf die Einteilungsweisen der Historiographie zu halten ist.<sup>29</sup>

Die Kalenderrechnung mußte mit langen Zeiträumen rechnerisch umgehen, um beispielsweise die astronomische Zyklen von Sonne und Mond berechnen zu können. Deshalb war es hier in verstärktem Maße notwendig, Jahreszahlen handhabbar zu gestalten. Eine entsprechende Maßnahme, die schon bei Beda Venerabilis zu finden ist, bestand in der Aufteilung der Jahreszahl in zwei Hälften, d.h. in die Tausender und Hunderter einerseits, die beiden letzten Stellen, d.h. in die sogenannte ‚Mindere Zahl‘, andererseits: Anstatt beispielsweise mit der Jahreszahl ‚1432‘ zu rechnen, zog man es in

26 Einführend dazu: A. Borst, *Computus. Zeit und Zahl in der Geschichte Europas*, Berlin 1991.

27 A. T. Grafton, *Joseph Scaliger. A Study in the History of Classical Scholarship*. Bd. 2: *Historical Chronology*, Oxford 1993, S. 6.

28 Nähere Erläuterungen finden sich in Brendecke, *Jahrhundertwenden* (Anm. 5), S. 53-55 u. S. 81-90.

29 Vgl. die in Anm. 10 genannten Arbeiten zur Begriffsgeschichte sowie Paul J. G. Lehmann, *Einteilung und Daticierung nach Jahrhunderten*, in: ders., *Erforschung des Mittelalters*, 5 Bde., Bd. 1, Stuttgart 1959, S. 114-129. Zum Jahrhundertbegriff im Mittelalter zudem: Von den Brincken, *Hodie* (Anm. 17), S. 198. Zum französischen *siècle* vgl. W. Krauss, *Der Jahrhundertbegriff im 18. Jahrhundert*, in: ders., *Studien zur deutschen und französischen Aufklärung*, Berlin 1963, S. 9-40; D. Gembicki, *Siècle*, in: R. Reichardt/E. Schmitt (Hrsg.), *Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680-1820*, Heft 16/18, München 1996, S. 235-272.

häufig vor, die Werte für 1400 und für 32 getrennt zu berechnen und die ermittelten Ergebnisse anschließend wieder zusammenzuaddieren.

Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: Zur Berechnung der sogenannten ‚Goldenen Zahl‘, eines für den Mondstand stehenden Parameters, ist es notwendig, die (um 1 erhöhte) Jahreszahl durch 19 zu teilen. Gesucht ist dabei der unteilbare Rest der Division. Eine Division etwa der Zahl 1433 durch 19 läßt sich natürlich nur schwer im Kopf durchführen, weshalb man Divisionstabellen zur Hand hatte. Diese Tabellen enthalten jedoch in der Regel nicht sämtliche Vielfachen von 19, sondern – und auf diese Besonderheit ist hier zu achten! – eine nach Hundertschritten gestaffelte Liste der Divisionsergebnisse. So findet sich schon im zwischen 1263 und 1265 entstandenen *Computus* des Roger Bacon eine entsprechende Tabelle, die das Divisionsergebnis für jedes einzelne Jahrhundert einzeln ausweist. Im Ergebnis bedeutet dies, daß der Benutzer dieser Tabelle die Jahreszahl, die er zur Berechnung heranziehen möchte, zunächst dem richtigen Jahrhundert zuzuweisen hat. Ein Beispiel. Man möchte die Goldene Zahl des Jahres 1403 errechnen. Mathematisch ist folgendes erforderlich: Man erhöht die Jahreszahl um 1 (=1404), teilt sie dann durch 19 (=73, Rest 17). Der unteilbare Rest 17 ist die gesuchte Goldene Zahl. Da es jedoch schwer fällt, eine solche Division im Kopf durchzuführen, bietet es sich an, Bacons Tabelle zu benutzen. Sie weist zwar nicht das Ergebnis der Division von 1404 aus, wohl aber das der Division von 1400 und aller anderen ganzen Jahrhundertzahlen zwischen 100 und 1400. Nachdem man ihr den Teilungsrest von 1400 entnommen hat (= 13), muß man lediglich noch den Teilungsrest der übriggebliebenen Minderen Zahl ‚04‘ hinzufügen. ( $4 / 19 = 0$ , Rest 4). In der Summe ergibt sich die Goldene Zahl ( $13 + 4 = 17$ ).

Zumindest seit der Mitte des 13. Jahrhunderts waren also Tabellen in Gebrauch, die einem die Zuweisung des Kalenderjahres zu einem bestimmten Jahrhundert abverlangten. Aus der Fülle ähnlicher Methoden wurde hier lediglich das Baconsche Beispiel angeführt; es sei jedoch darauf verwiesen, daß dieses komputistische Jahrhundertmuster nicht nur in Tabellenform, sondern später auch in Fingerrechenmethoden entgegengrat, die jedem Fingergelenk der linken Hand ein eigenes Rechenjahrhundert zuweisen.<sup>30</sup>

Festzuhalten bleibt, daß hier bereits mit fixen kalendarischen ‚Jahrhundertern‘ operiert wird, während die Geschichtsschreibung noch keine Jahrhundertrechnung praktizierte. In den komputistischen Texten wurde statt des unscharfen Begriffes *saeculum* zumeist eine Umschreibung wie *centenarius (annorum)* bevorzugt.<sup>31</sup>

30 Vgl. dazu meine ausführliche Erläuterung der entsprechenden Vorgehensweise: Brendecke, *Jahrhundertwenden* (Anm. 5), S. 83-86.

31 Zur Ausnahme einer frühen komputistischen Definition von *saeculum* als „spacium 100. annorum“ bei Johannes de Sacrobosco (um 1235) siehe: Libellus Iohannis de Sacro Bu-

Jahreszahl	Ergebnis der Division durch 19	Rest der Division durch 19
100	5	5
200	10	10
300	15	15
400	21	1
500	26	6
600	31	11
700	36	16
800	42	2
900	47	7
1000	52	12
1100	57	17
1200	63	3
1300	68	8
1400	73	13

Schema der komputistischen Tabelle Roger Bacons: *Computus fratris Rogeri*, British Library, Roy 7 F VIII, fol. 136, ediert in: Ders.: *Opera hactenus inedita Rogeri Baconi*. Ed. Robert Steele, Fasc. IV, Oxford 1926, S. 1-198.

#### 4. Ein eschatologischer Jahrhundertbegriff

In möglicherweise engem Zusammenhang zur Entstehung des technischen Jahrhundertbegriffs steht ein eschatologischer Jahrhundertbegriff, den ich ebenfalls kurz vorstellen möchte. Seine Existenz ist insofern erstaunlich, als die komplizierten Endzeitberechnungen des Mittelalters und der Frühen Neuzeit in der Regel nicht mit der Kategorie einer hundertjährigen Zeit operierten. Diese Zeitspanne spielte – anders als die tausendjährige Zeit – weder in der Bibel noch in den traditionsbildenden eschatologischen Texten des Christentums eine nennenswerte Rolle. Das eschatologische Desinteresse am ‚Jahrhundert‘ wurde im Jahr 1204 durch einen äußerst ungewöhnlichen Endzeittraktat mit dem Incipit *De semine scripturarum* durchbrochen, den man der Feder eines unbekanntes Bamberger Mönches zuschreibt.<sup>32</sup> Der Text entwirft das folgende Szenario: Die Zeit von der Gründung Roms bis ans Ende der Welt ist durch die 23 Buchstaben des römischen Alphabets gegliedert. Jedem Buchstaben des Alphabets sind hundert Jahre beizumessen. Diese ‚Buchstabenjahrhunderte‘ sollen einen je

sto, de Anni Ratione, sev ut vocatur uulgo COMPUTUS Ecclesiasticus. Cum praefatione Philippi Melanthonis, Wittenberg 1545, O8b u. Q1a.

32 Eine Edition des Textes wird von Matthias Kaup, Konstanz, vorbereitet. Zu seiner Bedeutung und Vorgeschichte siehe Von den Brincken, *Hodie* (Anm. 17), S. 200; B. Hirsch-Reich, *Zur ‚Noticia saeculi‘ und zum ‚Pavo‘*. Mit einem Exkurs über die Verbreitung des pseudojoachimitischen Büchleins ‚De serdine scripturarum‘, in: *MIÖG*, Bd. 38, Wien 1921/22, S. 580-610; H. Grundmann, *Über die Schriften des Alexander von Roes*, in: *Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters*, 8 (1950), S. 154-237.

eigenen Charakter besitzen: So würde nach dieser Berechnung beispielsweise das Leben Jesu im Bereich des Buchstabens ‚H‘ liegen, eines Hauchlauts also, der die Dominanz des Geistigen in diesem ‚Jahrhundert‘ verdeutlicht. Das um 1300 regierende ‚X‘ dagegen, würde als Kreuzsymbol auf die Wiedereroberung Jerusalems und die Reinigung der Kirche von allen Ketzern hinweisen. Die Quelle ist ungewöhnlich: Sie könnte ihre Jahrhundertgliederung aus dem Bereich der Komputistik entnommen haben, die in Bamberg zu dieser Zeit aufblühte,<sup>33</sup> oder aber sie bezog ihr Modell direkt aus arabischen Quellen, deren Eschatologie schon sehr viel früher mit der Idee hundertjähriger Zyklen experimentierte.<sup>34</sup> Rezipiert wurde der Text, den man zunächst fälschlich Joachim von Fiore zuschrieb, zunächst in Italien und in Südfrankreich.<sup>35</sup> Seine größte Popularität erreichte er um 1300, als er von dem Katalanen Arnaldus von Villanova kommentiert wurde.<sup>36</sup> Danach verloren sich seine Spuren mehr und mehr. Daß Endzeitberechnungen, die das Jahrhundert zum Maßstab ihrer Deutung nahmen, auch im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit weiterhin eine seltene Ausnahme bleiben, verwundert vor allem deshalb, weil das geläufige Bild vom *Fin de siècle* suggeriert, Jahrhundertenden seien stets Zeiten der Verunsicherung und Angst, ja der akuten Endzeiterwartung gewesen. Dieses Bild vom *Fin de siècle* besitzt jedoch selbst legendenhafte Züge und es erscheint deshalb lohnenswert, sich diesem Gedanken des fatal endenden Jahrhundertbegriffs eigens zuzuwenden.

### 5. Das ‚fatale‘ Jahrhundert der Politischen Theorie

Woher also kommt sie, die Vorstellung, daß immer am Jahrhundertende eine Krise sei, daß man das Ende des Jahrhunderts wie das Ende einer Welt erwartet? Populär wurde diese Vorstellung gewiß in den 1890er Jahren, in denen sich das Schlagwort vom *Fin de siècle* verbreitete und rasch zum Epochensignum avancierte. Immer wieder haben die Zeitgenossen des ausgehenden 19. Jahrhunderts ihre eigene Befindlichkeit, ihr *être fin de siècle*, mit der angeblich schon an früheren Jahrhandertenden vorherrschenden Stimmung verglichen. Bei Joris-Karl Huysmann heißt es etwa: „les queues

33 Vgl. dazu: O. Meyer, Weltchronistik und Computus im hochmittelalterlichen Bamberg, in: ders., *Varia Franconiac Historica*, Bd. 2, 1981, S. 768-787, hier S. 779-782.

34 Vgl. dazu: E. Landau-Tasserón, *The ‚Cyclical Reform‘. A Study of the Mujaddid Tradition*, in: *Studia Islamica*, Bd. 70, 1989, S. 79-117.

35 Zur Rezeption: B. Hirsch-Reich, *Alexanders von Roes Stellung zu den Prophetien*. Unter besonderer Berücksichtigung des Traktats ‚De semine scripturarum‘ in der ‚Noticia seculi‘, in: *MIÖG*, Bd. 67 (1959), S. 306-316, 307ff.

36 Zum bisherigen vgl. ausführlicher: Brendecke, *Jahrhundertwenden* (Anm. 5), S. 55-63; zur Rezeption bei Arnald von Villanova siehe: M. Gerwing, *Vom Ende der Zeit*. Der Traktat des Arnald von Villanova über die Ankunft des Antichrist in der akademischen Auseinandersetzung zu Beginn des 14. Jahrhunderts, Münster 1996.

des siècles se ressemblent. Toutes vacillent et sont troublés.“<sup>37</sup> Obgleich sich diese Vorstellung, wie bereits erwähnt, keineswegs mit den historischen Befunden deckt, gehört sie zu den Gemeinplätzen der Zeit um 1900. Sie dürfte als solche auf das eigene Selbstverständnis des *Fin de siècle* zurückgewirkt haben.

Verfolgt man nun die Entstehungsgeschichte dieser Idee der krisenhaften Jahrhundertenden, so stößt man auf einen Jahrhundertbegriff, den ich als den ‚fatalen‘ Jahrhundertbegriff bezeichnen möchte, da er von seinem unglücklichen, krisen- und schicksalhaften Ende her Gestalt annimmt. Er wird erstmals im Rahmen der Politischen Theorie des ausgehenden 16. Jahrhunderts formuliert und entstand vermutlich, als man damit begann, antike Zyklen-theorien zu rezipieren und in die Politische Theorie der Zeit zu integrieren.<sup>38</sup> In den antiken Zyklen-theorien fehlen allerdings hundert-jährige Zyklen. Vorherrschend waren zunächst andere und unbestimmte Intervalle. Bekannt ist etwa das siebenstufige Lebensmodell des Hippokrates, das zwar nicht das Staats-, aber doch das Einzelleben des Menschen und seine Gesundheit betreffen sollte. Bodin griff diesen Gedanken auf und übertrug ihn auf die Entwicklung der Staaten, die seiner Ansicht nach wie die Menschen in ihrem 49 und 63 Jahr einen *annus criticus* zu überstehen hätten.<sup>39</sup> Dieser Gedanke wurde anschließend in der Staatslehre des Pierre Grégoire (Tholozanus) von 1596 aufgegriffen, jedoch nun auf den dezimalen Zahlenwert des Jahrhunderts bezogen, so daß nunmehr das hunderste Jahr als Krisenjahr hervorstach.<sup>40</sup> Tholozanus verwendete somit meines Wissens erstmals hundertjährige Fristen zur Erklärung historischer Veränderung. Am markantesten wurde diese Idee wohl in einer Leipziger Disputation von 1694 ausformuliert: Dort richtete man das Augenmerk prüfend auf die tatsächlichen Endjahre der Jahrhunderte, ob denn tatsächlich jeweils eine Umwälzung der Staaten stattgefunden habe. Zugleich gab man dem gesuchten Phänomen, also den angeblich wiederkehrenden Ausnahmesituationen des Jahrhundertendes, einen ersten, noch tentativen Namen: Man sprach von den ‚*funesta terminalia*‘, den ‚unheil- oder todbringenden Endjahren‘ des Jahrhunderts, und meinte damit die jeweils letzte Dekade des Jahrhunderts.<sup>41</sup> Das geschichtsphilosophische Gedankenspiel dieser Dispu-

37 J.-K. Huysmann, *Là-bas*. [zuerst Paris 1891], Paris 1978, S. 238, zit. nach A. Beilharz, *Die Décadence und Sade*. Untersuchungen zu erzählenden Texten des französischen *Fin de siècle*, Stuttgart 1996, S. 251.

38 Vgl. dazu allgemein v. a. J. Schlobach, *Zyklen-theorie* (Anm. 19).

39 Vgl. J. Bodin, *Methodus, ad facilem historiarum cognitionem*, Paris 1566, S. 265-280 sowie das 4. Buch der *Six livres de la République*.

40 P. Grégoire, *De republica libri sex et viginti antea in duas distincti tomos, nunc uno concise & artificiose comprehensi*. S. l. 1597, S. 1307f.

41 G. Ludwig (praes.), Chr. Leonhardi (auct.), *Terminalia seculorum a nativitate Christi ejusdem ecclesiae funesta, dissertatione historica indulto amplissimae facultatis philosophicae ... Ad d. XXVI. Maj. Anno MDCXCIV in Academia Lipsiensi ... Leipzig 1694*.

tation ist in der Tat bemerkenswert, nimmt es doch die Vorstellungen des *Fin de siècle* theoretisch vorweg. Sein Ausgangspunkt scheint mir nicht in einer wie auch immer gearteten *Fin-de-siècle*-Erfahrung der 1690er Jahre zu liegen, sondern in dem Bedürfnis, die auf das Jahrhundert bezogene Kulturzyklentheorie theoretisch durchzuspielen. Ähnliche, auf das Zahlenbild der Jahre bezogene Geschichtsspekulationen, gibt es etwa auch als Listen von Geschichtsereignissen, die sich in Jahren mit einer ‚6‘ in der Jahreszahl ereigneten.<sup>42</sup> Im Rahmen der Leipziger Disputation wurden nicht die Endjahre des eigenen Jahrhunderts betrachtet, sondern die jeweils letzten Dekaden der ersten neun nachchristlichen Jahrhunderte, die man als „terminalia saeculorum“ bezeichnete.<sup>43</sup>

Daß in diesem Fall nicht mehr wie noch bei Bodin die Zahlen 49 oder 63 als kritisch angesehen wurden, sondern das sich füllende Hundert, dürfte auf die wachsende Evidenz des Dezimalsystems zurückzuführen sein. Arabische Ziffern finden sich nun beinahe überall, in den Rechenbüchern der Handelskontore, in Inschriften und in der Mathematik der Zeit.<sup>44</sup> Am deutlichsten zeichnet sich der Siegeszug dezimaler Einteilungen wohl am Beispiel der sogenannten Lebensaltertreppen ab, die in Kupferstichen das Menschenleben vor Augen führten und sich in der Frühen Neuzeit einer großen Popularität erfreuten. Hier läßt sich eine ganz ähnliche Verschiebung hin zu einer dezimalen Form beobachten wie in der Politischen Theorie: Galt in den Lebensaltertreppen bis in das 15. Jahrhundert hinein das antike Schema von sieben Lebensaltern, so setzte sich im Verlauf des 16. Jahrhunderts vergleichsweise rasch ein neues, zehnstufiges Modell durch, das den Lebenslauf des Menschen in zehn Stufen à zehn Jahre gliederte.<sup>45</sup> Der idealtypische Mensch, wie ihn diese neuen Lebensaltertreppen vor Augen führten, entwickelte sich somit in dekadischen Schritten, stand mit fünfzig in der Höhe seines Lebens und starb nach einem Jahrhundert.

Erneut berühren sich an dieser Stelle Bilder vom menschlichen Leben mit der Form des Jahrhunderts. Dies wird sich nicht ändern, betrachtet man die beiden zuletzt zu nennenden Komponenten des modernen Jahrhundertbegriffs. Im ersten Fall handelt es sich um den Jahrhundertbegriff des Jubiläums, dessen Bindung an ein freudvoll gefeiertes Ende von hundert Jahren

42 Vgl. das *Inventarium historicum. Oder Historisches Zeit-Register / Über die Sechste Zahl / von der Geburt Christi bis auff dises 1666. Jahr ... Augsburg 1666.*

43 Ludwig / Leonhardi, *Terminalia saeculorum* (Anm. 41), A4a.

44 Zur Mathematik vgl. etwa die Vorstöße des Mathematikers Simon Stevin, dazu: R. Taton, *La Tentative de Stevin pour la Decimalisation de la Métrologie*, in: *Acta Metrologiae Historicae. Travaux du IIIe Congrès International de la Métrologie Historique, organisé par le Comité International pour la Métrologie Historique*, Linz, 7. bis 9. Oktober 1983. Linz 1985, S. 39-56.

45 Vgl. zu diesem Genre: *Die Lebenstreppe. Bilder der menschlichen Lebensalter. Eine Ausstellung des Landschaftsverbandes Rheinland, Rheinisches Museumsamt, Brauweiler in Zusammenarbeit mit dem Städtischen Museum Haus Koekoek, Kleve. Köln 1983*, sowie insbesondere den Beitrag von R. Schenda, ebenda, S. 11-24.

ihn wie das Gegenteil des fatalen Jahrhundertbegriffs der Politischen Theorie erscheinen läßt.

## 6. Das fidele Jahrhundert der Jubiläumskultur

Das Jahrhundert ist ein chronologischer Baustein moderner Geschichtskultur. Es prägt nicht nur die historische Sprache, sondern auch das historische Feiern und Gedenken und zwar nicht nur an Jahrhundertwenden der christlichen Zeitrechnung, sondern auch im Rahmen der vielen Jubiläen, die mittlerweile unsere moderne Erinnerungs- und Festkultur strukturieren.

Das Wort ‚Jubiläum‘ erinnert nicht ohne Grund an die mit Bonifaz VIII. im Jahr 1300 einsetzende Tradition der ‚Heiligen Jahre‘ bzw. ‚Jubeljahre‘. Der päpstliche *annus iubilaeus* bezog sich, wie bereits erwähnt, auf die mosaische Beschreibung des althebräischen Jubeljahres, zu dessen Beginn ein Widderhorn (*yobel*) geblasen wurde.<sup>46</sup> Interessant ist nun weniger die Voralts die Nachgeschichte des päpstlichen Jubeljahres von 1300. Im 16. Jahrhundert finden die päpstlichen Jubeljahre bereits in einem 25-jährigen Rhythmus statt. Da dieses Institut in seinem Kern einen Ablaßbrauch barg, der zudem immer wieder einen erhebliche Zahl an Pilgern nach Rom zog, war er den Protestanten ein Dorn im Auge. Schon Luther hatte gegen das Jubeljahr von 1525 polemisiert und auch in den Jahren 1550 und 1575 erhob sich eine Welle des protestantischen Protests gegen diesen Ablaßbrauch.<sup>47</sup> 1575 etwa disputierte man an der Tübinger Universität *de anno iubilaeo*, um die Herkunft der ‚Jubel‘-Tradition zu erläutern und sie in ihrer päpstlichen Variante zugleich zu verurteilen. Es scheint kein Zufall, daß es die Tübinger Universität war, die drei Jahre später das Fest ihrer hundertjährigen Gründung feierte und dazu den selben Begriff des Jubeljahrs (*annus iubilaeus*) heranzog. Man versäumte es dabei nicht, sich vom katholischen Jubelbrauch abzugrenzen. Das Jubelfest der protestantischen Universität sollte keinen Sündenablaß gewähren, es war vielmehr ein Fest der Erinnerung. Das Prinzip des ‚historischen Jubiläums‘, des fristgerechten Feierns und Erinnerns einer Gruppe, war geboren.<sup>48</sup>

In der Regel dient das Jubiläum dazu, die eigene Gruppenidentität durch feierliche Erinnerung zu stärken. So ist sein Aufblühen im Milieu der Universitäten wenig verwunderlich, existierte dort doch ein ausgeprägtes kor-

46 Zur Etymologie vgl. H. Grundmann, Jubel, in: Festschrift für Jost Trier zu seinem 60. Geburtstag am 15. Dezember 1954, hrsg. von B. von Wiese und K. H. Borck, Meisenheim/Glan 1954, S. 477-511. Wieder abgedruckt, in: ders., *Ausgewählte Aufsätze*, Teil 3, Stuttgart 1978, S. 130-162.

47 Zu Luthers Aktivitäten von 1525 siehe etwa dazu Luther, *Weimarer Ausgabe*, Bd. 18, S. 251-269.

48 Vgl. insbesondere: W. Müller, *Erinnern an die Gründung. Universitätsjubiläen, Universitätsgeschichte und die Entstehung der Jubiläumskultur in der frühen Neuzeit*, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte*, Bd. 21 (1998), S. 79-102, sowie zu Einzelheiten und Belegen: Brendecke, *Jahrhundertwenden* (Anm. 5), S. 91-96.

poratives Bewußtsein, das sich zudem historisch orientierte, indem es sich auf einen Gründungsakt bezog. Im Falle des spezifisch ‚protestantischen‘ Jubilierens, wie es in Tübingen 1578 seinen Anfang und mit dem ersten Reformationsjubiläum von 1617 seinen vorläufigen Höhepunkt fand, dürfte der päpstliche Jubeljahrsbrauch der entscheidende ‚Auslöser‘ gewesen sein. In der Folge kam es zu einem regelrechten Wettstreit der Jubiläen. So setzte Paul V. dem protestantischen Jubel von 1617 ein außerordentliches römisches Jubeljahr entgegen, das eigens der Bekämpfung der Häresie gewidmet war.<sup>49</sup>

Am Jahrhundertbegriff der Jubiläen zeigt sich besonders augenfällig, daß sich das zu feiernde Jahrhundert keineswegs an der Chronologie der christlichen Jahreszählung orientieren muß. Es folgt dem Rhythmus der Eigenzeit einer Gruppe. Letztlich verhält es sich mit den hier zur Debatte stehenden natürlichen, juristischen und eschatologischen Jahrhundertbegriffen nicht anders und selbst der fatale Jahrhundertbegriff der Politischen Theorie kann sich von der Chronologie der Inkarnationsära lösen: So wurde in einigen Schriften der Politischen Theorie die Hundertjahrsfrist auf die Herrschaft einzelner Adelsgeschlechter bezogen, von denen dann zu sagen war, daß sie im hundertsten Jahr ihrer Herrschaft in eine kritische Phase geraten würden.<sup>50</sup>

Jahrhunderte, die an die christlichen Ära gebunden waren, blieben zunächst v. a. der Komputistik vorbehalten, bis sie sich schließlich auch im Bereich der Geschichtsschreibung fanden.

## 7. Der historische Jahrhundertbegriff

Das Jahrhundert war für die Geschichtsschreibung zunächst lediglich ein Hilfsmittel, um die Fülle des Stoffes chronologisch zu gliedern. Zugleich ersparte man sich mit der Verwendung der Jahrhundertrechnung den Rekurs auf die übliche Reihe der Könige, Kaiser und Päpste oder gar auf die der Monarchienlehre, d.h. auf chronologische Ordnungsstrukturen, die im 16. Jahrhundert – jede auf ihre Weise – umstritten waren. Bis vor kurzem glaubte man, daß die eigentliche ‚Erfindung‘ des historischen Jahrhundertbegriffs den sogenannten ‚Magdeburger Zenturien‘ zuzuschreiben sei.<sup>51</sup> Diese erste große Kirchengeschichte lutherischer Provenienz, die von einem Magdeburger Autorenkreis verfaßt wurde und in den Jahren 1559 bis 1574 in Basel gedruckt wurde, faßte jeweils hundert Jahre in einen Band

49 Vgl. R. Kastner, Geistlicher Rauffhandel. Form und Funktion der illustrierten Flugblätter zum Reformationsjubiläum 1617 in ihrem historischen und publizistischen Kontext, Frankfurt a. M. 1982, S. 31.

50 So argumentierte z. B. G. Richter, *Editio nova axiomatum oeconomicorum, Accessione multarum novarum Regularum, multarumque Sententiarum & Exemplorum aucta locupletata*, Görlitz 1604, S. 19.

51 Vgl. Burkhardt, Entstehung (Anm. 17), S. 3.

als *centuriae*, ‚Hundertschaften‘, zusammen. Die Münchner Germanistin Uta Goerlitz konnte jedoch nachweisen, daß es ein früheres Geschichtswerk gab, das nach Jahrhunderten gliederte. Es handelt sich um die Mainzer Stadtchronik des Benediktiners Hermann Piscator, die indes lediglich handschriftliche Verbreitung fand.<sup>52</sup> Wichtiger als diese ideengeschichtliche Erstlingstat dürfte die Verbreitung sein, die das Modell der Jahrhundertgliederung durch die Magdeburger Zenturien fand. Die historische Jahrhundertrechnung dürfte sich auch deshalb im historischen Schrifttum vergleichsweise rasch durchgesetzt haben, weil sie sich auf die komputistische Jahrhundertrechnung stützen konnte, die zumindest seit dem 13. Jahrhundert gebräuchlich war und in den artistischen Fakultäten einiger Universitäten vermittelt wurde.<sup>53</sup>

Daß das Jahrhundert bald mehr wurde, als eine bloß formale Gliederungseinheit, die etwa die Bandenteilung einer Kirchengeschichte betraf, das verdankte es wohl vor allem der Geschichtsdidaktik. Bei ihrem Versuch, die Chronologie zu vereinfachen, begann sie verstärkt mit dezimalen Zeiteinheiten zu arbeiten, d. h. die Zeit in Dekaden, Jahrhunderte und Jahrtausende zu gliedern. Da sich solche abstrakten Geschichtsräume jedoch dem Gedächtnis des Schülers nicht gut einprägen ließen, ging man zu Beginn des 17. Jahrhunderts verstärkt dazu über, dezimale Zeiträume mit markanten Bildern und memorablen Begriffen zu verknüpfen. Es muß hier weniger auf die mnemotechnischen Methoden im einzelnen eingegangen werden, als auf ein Resultat dieser Praktiken, das bis heute spürbar blieb: Den einzelnen Jahrhunderten, zum Teil auch den Jahrzehnten, wurde im Rahmen dieser didaktischen Umgestaltung der Chronologie eine je eigene ‚Identität‘ zugeschrieben, die teils in allegorischen Motiven, teils in Beinamen ihren Ausdruck fand. So lernte man beispielsweise in einem Nürnberger Lehrbuch von 1698, das 5. Jahrhundert als das ‚barbarische‘, das 14. Jahrhundert als das ‚böhmische‘, das 15. als das ‚hussitische‘ und das 16. Jahrhundert als das ‚Reformations-Saeculum‘ zu bezeichnen.<sup>54</sup>

Bemerkenswerterweise wurden im Zuge dieser didaktischen Aufbereitung der historischen Chronologie die leere chronologische Hüllen des Jahrhunderts mit historischer Identität versehen und somit ihr Epochencharakter unterstrichen. Das dabei generierte Geschichtsbild gewann eine neue Dynamik, da es fortan mehr und mehr als Abfolge von hundertjährigen ‚Epochen‘ eigenständigen Charakters vor Augen stand. Wie diese didaktische Überzeichnung des Eigenwerts kalendarischer Jahrhunderte auf die historische Narration zurückwirkte, kann hier nicht eigens untersucht wer-

52 U. Goerlitz, *Humanismus und Geschichtsschreibung am Mittelrhein. Das „Chronicon urbis et ecclesiae Maguntinensis“ des Hermannus Piscator OSB*, Tübingen 1999.

53 Vgl. dazu im einzelnen Brendecke, *Jahrhundertwenden* (Anm. 5), S. 88.

54 Vgl. *Sculptura Historiarum et Temporum Memoratrix...*, Nürnberg 1698, S. 45, 165, 185, 207.

den. Der Jahrhundertbegriff jedenfalls, der im Rahmen der Komputistik noch allenfalls die Zähler Schritte historischer Zeit markierte, implizierte nun eigenständige Zäsuren: So blieb die ‚Lücke‘ zwischen zwei hundertjährigen Zeitblöcken der Ort, an dem Geschichtsschreiber historischen Wandel nachholen konnten, um etwa den Übergang vom hussitischen zum reformatorischen Jahrhundert zu erklären. Der Zähler Schritt des Kalenders bot sich fortan als Erzähler Schritt der Historie an.

Daß der Wechsel der Jahrhunderte nicht nur im Rahmen der historischen Erzählung zum Ort der Wende wurde, zeigt die Geschichte der Jahrhundertwenden seit 1800. Seitdem sich nämlich im 18. Jahrhundert ein verstärktes historisches Bewußtsein ausprägte, sahen sich viele Zeitgenossen selbst als ‚Bürger eines Jahrhunderts‘ an.<sup>55</sup> Mit anderen Worten: Was in den historischen Lehrbüchern seit dem 17. Jahrhundert vermittelt wurde, nämlich, daß ein jedes Jahrhundert eine eigenständige Identität besitzt, fand nun seine Anwendung. Jahrhundertwenden vergehen seither nicht ohne die Frage nach dem historisch ‚Neuen‘ des ‚neuen‘ Jahrhunderts. Und sie bringen eine Diskussion über den richtigen ‚Beinamen‘ mit sich, dem man einerseits dem zu Ende gehenden, andererseits dem beginnenden Jahrhundert beilegen kann, ganz so, wie es die historische Didaktik seit dem 17. Jahrhundert einfordert.

Und so gilt mit wenigen Einschränkungen noch heute, was Ludwig Stein vor hundert Jahren anmerkte: „Die Einteilung nach Jahrhunderten ist nun eine der Neuzeit ganz geläufig gewordenen Gedankenassociation. Unser Kulturkreis hat sich in die Inventarisierung alles geschichtlichen Erlebens nach dem Jahrhundertbegriff vollkommen eingelebt; er ist der unserem universalgeschichtlichen Interesse adäquate cyclische Rhythmus. Stellt die Universalgeschichte gleichsam den Archivschrank des Menschengeschlechts dar, so können wir uns heute in diesem kostbaren Schrein die Schubfächer nur noch nach Jahrhunderten eingeordnet denken. An der Wende unseres Jahrhunderts wird nun dieses Schubfach fein säuberlich abgestäubt und sorgsam verschlossen, um dem neuen, mit der Aufschrift ‚zwanzigstes Jahrhundert‘ das zu registrierende Material zu überweisen.“<sup>56</sup>

Ob aber diese Archivschränke so passiv sind, das neue Schubfach so neu und leer, das sind Fragen, die hier nicht zu vertiefen sind. Eines jedoch ist deutlich geworden: Der Kalender wirkt nicht nur in seltenen Augenblicken, etwa dann, wenn sich das Jahrhundert wendet. Er bestimmt vielmehr von seinen komputistischen Grundlagen her das Bild der Geschichte, das wir in den Köpfen tragen.

55 Zur entsprechenden Metaphorik siehe: J. Golz, Welt- und Gegen-Welt in Jean Pauls ‚Titan‘. Stuttgart/Weimar 1996, S. 48.

56 L. Stein, An der Wende des Jahrhunderts, Freiburg im Breisgau 1899, S. 11.

---

## Suraya Faroqui

### Die Zeit der Dynastie und ihre Feiern im Osmanischen Reich

Über das Zeitbewußtsein bzw. die Aufteilung der Zeit im Osmanischen Reich gibt es nur sehr wenige Vorarbeiten<sup>1</sup>. Das Problem, wie Bewohner des Osmanischen Reiches den Fluß der Zeit erlebt haben, ist noch kaum studiert worden.<sup>2</sup> Man würde gern Näheres darüber wissen, wie osmanische Autoren den Prozeß des Alterns bei Welt und Menschen gesehen haben. Diese breite Forschungslücke läßt sich z.T. durch die Quellenlage erklären. Wegen der großen Zahl von bekannten, vor allem aber von kaum bekannten Archivmaterialien lag und liegt es für Historiker/innen des Osmanischen Reiches nahe, ihre Anstrengungen auf die Bereitstellung und erste, grobe Auswertung von Urkunden und Akten zu konzentrieren. Dazu kommt die positivistische Ausrichtung vieler Osmanisten/innen; man sucht nach den *hard data*, die, wie man hofft, die osmanische Geschichte als 'ernsthafte' Forschung unter den Sozialwissenschaften etablieren werden<sup>3</sup>. Literaturhistoriker/innen beschränken sich ihrerseits oft auf die mehr oder weniger unkommentierte Textedition, was für unser Anliegen auch nicht sehr hilfreich ist.

Insgesamt scheint das Interesse an einer Problematik wie der Mentalitätsgeschichte, und dazu muß man die Frage des Zeitbewußtseins zählen,

- 
- 1 Eine Pionierleistung ist F. Georgeon, *Le ramadan à Istanbul de l'Empire à la république*, in: F. Georgeon/P. Dumont (Hrsg.), *Vivre dans l'Empire ottoman, Sociabilités et relations intercommunautaires (XVIIIe-XXe siècles)*, Paris 1997, S. 31-114. Hier geht es um die Manier, in der vor etwa hundert Jahren die Nächte des Fastenmonats Ramadan von der Istanbuler Bevölkerung festlich begangen wurden: insbesondere durch Theatervorstellungen.
  - 2 Eine Ausnahme bildet der eschatologische Aspekt; allerdings sind sich auf diesem Gebiet die Fachleute uneinig. C. Fleischer, *The Lawgiver as Messiah: The Making of the Imperial Image in the Reign of Süleyman*, in: G. Veinstein (Hrsg.), *Soliman le Magnifique et son temps*, Paris 1992, S. 159-178 bringt eine interessante Diskussion der Werke einiger Autoren aus dem 16. Jahrhundert. Diese betrachteten Süleyman den Prächtigen als Endzeitmonarchen und implizierten damit, daß das Jüngste Gericht nicht mehr fern sein könnte. Dafür hat Laban Kapteijn (*Eindtijd en Antichrist [ad-Daggal] in de Islam*, Leiden 1997, S. 52) die Meinung vertreten, daß eschatologische Motive, im Osmanischen Reich wie anderswo, reine Topoi sind und nicht auf bestimmte Zeitereignisse bezogen werden können. Wenn man diese Ansicht akzeptiert, können eschatologische Texte für Historiker/innen allerdings nur einen geringen Stellenwert haben.
  - 3 C. Kafadar, *Self and Others: the Diary of a Dervish in Seventeenth-century Istanbul and First-person Narratives in Ottoman Literature*, in: *Studia Islamica*, LXIX (1989), S. 121-150.

erst aufzukommen, wenn die Quellenlage bereits einigermaßen geklärt ist. Zwar betonen Mentalitätshistoriker gern, daß sie neue Quellen (er)finden, aber diese kreative Tätigkeit setzt wahrscheinlich doch voraus, daß man bereits einen Überblick über die Gesamtlage besitzt. Dies ist in der Osmanistik jedoch noch lange nicht der Fall. Übrigens wird diese Hypothese dadurch gestützt, daß mehrere wichtige Arbeiten zum Bild der osmanischen Herrschaft, die in den letzten Jahren erschienen sind, ausgerechnet von Kunsthistorikerinnen stammen; in der Kunstgeschichte ist nämlich die Zahl der osmanischen Primärquellen überschaubar, um nicht zu sagen klein<sup>4</sup>.

Unter den gegebenen Umständen kam ich lediglich die ersten, noch zögernden Schritte unternehmen zu einer Erforschung des osmanischen Zeitbewußtseins. Zu diesem Zweck sollen hier die Ergebnisse derjenigen Forschungen zusammengefaßt werden, die zwar in der Hauptsache andere Themen behandeln, jedoch auch für unser Anliegen potentiell relevant sind. Dabei sollen mögliche Forschungslinien für die Zukunft aufgezeigt werden. Wie sich leicht vorstellen läßt, sind alle Schlußfolgerungen nur sehr provisorisch. Letztendlich betreffen auch meine eigenen Arbeitserfahrungen eher Archivmaterialien als literarische Quellen; letztere sind jedoch für das Problem der Zeiterfahrung meist relevanter als Urkunden und Akten. Deshalb werde ich mich unter den Festen, die im Osmanischen Reich gefeiert wurden, auf diejenigen konzentrieren müssen, die von der Regierung des Sultans angeordnet wurden waren, sowie auf die durch diese Feste markierten Zeitspannen. Es handelt sich also gewissermaßen um eine 'offizielle' Zeit, eine Zeit des Staates, deren Einheit die Regierung des jeweiligen Sultans bildet. Wir werden uns also mit einer 'Zeit der Dynastie' in ihren verschiedenen Dimensionen befassen.<sup>5</sup> Sowohl in Istanbul als auch in Kairo und Damaskus gab es außerdem besondere Festlichkeiten, die von dem Sultan bzw. dem Gouverneur der jeweiligen Provinz ausgerichtet wurden und mit dem Auszug der Pilgerkarawane nach Mekka zusammenhingen. Die osmanischen Archive enthalten zu diesem Thema ein vielfältiges, noch kaum benutztes Material.

Weil in den letzten Jahren einige wichtige Arbeiten zu Sultansbegräbnissen erschienen sind, die Zeremonien der Thronbesteigung aber deutlich

4 T. Artan, *The Kadırga Palace Shrouded by the Mists of Time*, in: *Turcica*, XXVI (1994), S. 55-124; Gülrü Necipoglu-Kafadar, *The Süleymaniye Complex in Istanbul: an Interpretation*, in: *Muqarnas*, III (1986), S. 92-117; ders., *Süleyman the Magnificent and the Representation of Power in the Context of Ottoman-Habsburg-Papal Rivalry*, in: *The Art Bulletin*, LXXI (1989) 3, S. 401-427; ders., *Architecture, Ceremonial and Power, The Topkapı Palace in the Fifteenth and Sixteenth Centuries*, Cambridge MA 1991.

5 Außerdem feierten osmanische Sultane natürlich auch die muslimischen Jahresfeste, oft in aufwendiger Form. So wurde im 18. Jahrhundert das Opferfest (Kurban Bayramı) durch ein dem Polo ähnliches Reiterspiel begangen, bei dem im Namen des Herrschers zwölf Schafe geopfert wurden: Başbakanlık Arşivi – Osmanlı Arşivi, Cevdet Saray 8152 (1175/1761-62). Auch die Verteilung von Stoffen sowie Salutschüsse gehörten zum Programm (Cevdet Saray 8046 [1173/1759-60] und 8442 [1192/1778]).

weniger Interesse erregt haben, wird das Ende einer Sultansherrschaft hier stärker betont werden müssen als der Neubeginn.<sup>6</sup> Überdies gab es Feste, weitaus aufwendiger als Thronbesteigungen und Begräbnisse, die sich mitten in der Regierungszeit des gerade herrschenden Sultans abspielten. Den Zeitpunkt dieser Festlichkeiten, nämlich der Beschneidungen von Prinzen sowie der Hochzeiten von Prinzessinnen, konnte der Herrscher selbst bestimmen. Wir werden uns also besonders mit dem Sultan als Herrn der schon erwähnten 'dynastischen Zeit' befassen. Aber so absolut wie diese Herrschaft in gewissen Fällen sein mochte, zeitlich gesehen war sie eng begrenzt. Denn wie wir noch beobachten werden, kamen beim Tode eines Sultans gerade diejenigen Aspekte zum Tragen, die der Herrscher mit einem jeden seiner muslimischen Untertanen teilte.

Gegenüber dieser herrscherlichen Zeit und der Art und Weise, wie sie zelebriert wurde, konnten Feste, die die Untertanen selbst ausrichteten, und bei denen der Zyklus des islamischen Mondjahres die zentrale Rolle spielte, zwangsläufig zu kurz. Bei dem jetzigen Stand der Forschung ist eine eingehende Diskussion des Zeitbewußtseins muslimischer und nicht-muslimischer Untertanen noch kaum möglich, besonders für die hier zur Debatte stehende Epoche der frühen Neuzeit (spätes 15. bis spätes 18. Jahrhundert). Aber immerhin werden wir einen Anfang machen mit der schwierigen Erforschung des osmanischen Zeitverständnisses.

### Die Regierungszeit eines Sultans als Einheit der Dynastiegeschichte.

Osmanische Sultane bildeten ein Glied in einer dynastischen Kette. Diese Binsenweisheit muß man betonen, weil sie zumindest im Spätmittelalter keine Selbstverständlichkeit war. So kannten die Mamluken, als Beherrscher Syriens und Ägyptens mit die wichtigsten Rivalen der Osmanensultane im Nahen Osten, keine dynastische Erbfolge. Vielmehr wurde der Herrscher durch die Positionskämpfe der Chiefs der großen Mamlukenhaushalte bestimmt.<sup>7</sup> Dagegen hat bei den Osmanen das dynastische Bewußtsein spätestens vom 15. Jahrhundert an eine zentrale Rolle gespielt. Im 15. und 16. Jahrhundert sprach man gern von dem 'Hause Osman', wenn man den osmanischen Staat meinte; die Dynastie stand also für den Staat. Erst vom 17. Jahrhundert an, so lehrt uns eine noch unveröffentlichte Studie von Christoph Neumann, wurde die abstraktere Bezeichnung vom 'ho-

6 N. Vatin, *Aux origines du pèlerinage à Eyüp des sultans ottomans*, in: *Turcica*, XXVII (1995), S.91-100; ders./G. Veinstein, *La mort de Mehmed II (1481) und Les obsèques des sultans ottomans de Mehmed II à Ahmed Ier*, in: G. Veinstein (Hrsg.), *Les Ottomans et la mort. Permanences et mutations*, Leiden 1996, S. 187-206 und 208-244; N. Vatin, *Relevés de dépenses à l'occasion des funérailles de membres de la famille ottomane dans la seconde moitié du XVIIIe siècle*, in: *Turcica*, S. 347-372.

7 Vgl. den Artikel „Mamluk“ in der *Encyclopedia of Islam* (fortan EI) 2. Ausgabe, von D. Ayalon und P. Holt.

hen osmanischen Staat' allgemein üblich.<sup>8</sup> Spuren dieser späteren Terminologie finden sich übrigens bis heute: In der Forschung ist es üblich, vom 'osmanischen Staat' oder von 'der osmanischen Herrschaft' zu reden, auch wenn eigentlich konkrete Personen gemeint sind. Ein solcher Nachdruck auf die Geschlechterfolge der Herrscher lag nahe in einer Umwelt, in der die osmanische Dynastie auf Dauer eingerichtet schien, aber die meisten ihrer Konkurrenten – und damit oft auch deren Staaten – kurzlebig waren. Letzteres trifft auf die meisten anatolischen Kleinfürstentümer des Spätmittelalters ebenso zu wie auf die christlichen Balkanstaaten derselben Epoche.

Ein osmanischer Sultan war also nicht nur Sohn und Enkel von anderen Sultanen, sondern stellte sich auch als solcher öffentlich dar: zusammen mit dem Zusatz 'der immer Siegreiche' bildete diese Kurzgenealogie den Inhalt der berühmten Tugras, die einer feierlichen Sultansurkunde ein so dekoratives Aussehen verleihen. Aber über die Tatsache hinaus, daß er ein Glied in einer dynastischen Kette bildete, besaß jeder Herrscher dennoch eine gewisse Autonomie gegenüber seinen Vorgängern. Diese kam besonders durch das Prinzip zum Ausdruck, daß ein neu inthronisierter Herrscher nicht durch die Entscheidungen seiner Vorgänger gebunden war. Alle Privilegien, gleich ob an Untertanen oder an Vertreter auswärtiger Mächte vergeben, mußten deswegen bei einem jeden Thronwechsel zur Bestätigung vorgelegt werden.<sup>9</sup> Aus dem 18. und dem frühen 19. Jahrhundert besitzen wir große Register, in denen nur die von dem jeweils neuen Herrscher bestätigten Dokumente Aufnahme gefunden haben. So wurde in der Verwaltungspraxis bei jeder Thronbesteigung gleichsam ein neuer Anfang gemacht.

Andere Praktiken verstärkten die Tendenz zum Neubeginn; denn bis zum Ende des 16. Jahrhunderts hielten die Prinzen, die im Prinzip alle nachfolgeberechtigt waren, in der Provinz Hof.<sup>10</sup> Leute, die an diesen 'Schattenhöfen' dem späteren Sultan positiv aufgefallen waren, mochten nach dessen Thronbesteigung in hohe Ämter berufen werden.<sup>11</sup> Persönlichkeiten, die zu sehr mit der Herrschaft des verstorbenen Sultans identifiziert

8 Siehe Ch. Neumann, *Devletin Adı Yok*, unveröff. Ms. Ich danke dem Autor dafür, daß er mir die Einsicht gestattet hat.

9 Deshalb besitzen wir ganze Serien von Privilegien, die die osmanischen Sultane an den Dogen von Venedig oder die Könige von Frankreich und England verliehen haben. Für eine ausführliche Studie des venetianischen Falles vgl. die leider noch immer ungedruckte Arbeit von H. Theunissen, *Ottoman-Venetian Diplomats: The 'Ahid-names*, phil. Diss. Univ. Utrecht, 1991.

10 Zur Interpretation der osmanischen Nachfolgeregelung durch einen Sinologen und Mongolisten, den leider viel zu früh verstorbenen Joseph Fletcher, vgl. *Turco-Mongolian Monarchic Tradition in the Ottoman Empire*, in: ders., *Studies on Chinese and Islamic Inner Asia*, hrsg. von B. Forbes Manz, Aldershot 1995, No VII.

11 Bisweilen ging die Spekulation auf den Nachfolger nicht recht auf, wenn nämlich der alte Sultan länger lebte als erwartet. Vgl. C. Fleischer, *Bureaucrat and Intellectual in the Ottoman Empire. The Historian Mustafa Ali (1541–1600)*, Princeton 1986, S. 39.

waren, wurden oft, wenn auch keineswegs immer, von den Schalthebeln der Macht entfernt. Es fand also jedenfalls im 15. und 16. Jahrhundert ein regelrechter Regierungswechsel statt; nicht nur der Sultan, sondern auch ein guter Teil der hohen Amtsträger wurde dabei ausgetauscht.

Diese Tendenz zum Neubeginn ist auch in der osmanischen Geschichtsschreibung reflektiert. Die Chronik bildete eine der wichtigsten Gattungen der osmanischen Kunstprosa. Sie wurde oft von amtierenden und ehemaligen Würdenträgern geschrieben; im 18. und 19. Jahrhundert gab es außerdem offiziell ernannte Reichschronisten.<sup>12</sup> Amtliche wie nichtamtliche Geschichtsschreiber behandelten hauptsächlich Feldzüge, Ernennungen von Würdenträgern und gelegentlich dramatische Ereignisse in der Hauptstadt, wie etwa Feuersbrünste. Seit den Anfängen des Chronikenschreibens im 15. Jahrhundert war es üblich, jeder Sultansregierung ein eigenes Kapitel zuzuweisen. Die Epoche eines jeden Sultans fungierte damit ähnlich wie bei uns das Jahrhundert, nämlich als allgemeine Zeiteinteilung. Regierungsepochen wurden als Zeitmaß auch bei der Diskussion von Themenkreisen benutzt, die mit Regierung und Verwaltung nichts zu tun hatten. So wurden etwa biographische Lexika von Gelehrten oder Dichtern nach den Todesdaten der Betroffenen angeordnet, während man diese Serien ihrerseits gern nach den Regierungszeiten der jeweiligen Sultane zusammenfaßte. Die Zeiteinteilung nach Jahrhunderten, wobei neben dem Mondjahr die Datierung von der Hidschra des Propheten Muhammad (622) zur Anwendung kam, war nicht unbekannt, spielte aber vor dem 19. Jahrhundert nur eine Nebenrolle.

### Ein Neuanfang trotz 'altem Herkommen'

Der Neuanfang bei Regierungswechsel war also von Wichtigkeit, aber seine Tragweite muß trotzdem eingeschränkt werden. Betrachtete doch die osmanische Herrschaftspraxis, von der Bindung an das ewig gültige islamische Religionsgesetz (*seriat*) einmal abgesehen, das 'alte Herkommen' (*adet-i kadime*) als ein zentrales Legitimationsmotiv.<sup>13</sup> In der Verwaltungspraxis war es üblich, untergeordnete Amtsträger anzuweisen, in Streitfällen

12 Im 16. Jahrhundert existierte zeitweilig ein sogenannter *şehnameci*, dessen Aufgabe es war, die Taten des jeweiligen Herrschers in epischen Versen zu besingen. Dieses Amt verschwand etwa um 1600, und als es wiederbelebt wurde, erwartete man von den offiziellen Geschichtsschreibern einen oft auf dokumentarischer Basis beruhenden Prosabericht: vgl. den Artikel „Shahnamedji“ in: EI, 2. Aufl. von Christine Woodhead.

13 Der Wirtschaftshistoriker Mehmet Genç betrachtet 'fiscalism' (das Bestreben, möglichst hohe Steuererträge zu erzielen), 'provisionism' (das Interesse an der Versorgung von Heer, Staatsapparat und Bevölkerung) neben 'traditionalism' (Orientierung an der Vergangenheit als Modell) als die drei Hauptcharakteristiken osmanischer Wirtschaftspolitik selbst noch im 18. Jahrhundert. Vgl. M. Genç, *Ottoman Industry in the Eighteenth Century: General Framework, Characteristics and Main Trends*, in: D. Quataert (Hrsg.), *Manufacturing in the Ottoman Empire and Turkey, 1500–1950*, Albany 1994, S. 60.

nach dem 'alten Herkommen' zu verfahren. Dabei war es allerdings oft genug strittig, was denn unter diesem Herkommen zu verstehen wäre. Wenn jede Sultansherrschaft einen Neubeginn, in gewisser Weise den Anbruch eines neuen Zeitabschnittes, darstellte, dann nur innerhalb der Grenzen, die von religiösem Recht und Herkommen gesetzt waren. Aber wie wir sehen werden, gab es, selbst bei gewissenhafter Beachtung dieser Grenzen, durchaus einen Spielraum für neue Initiativen. Schließlich war das 'alte Herkommen' nur selten schriftlich niedergelegt, so daß die Herrschenden wie die Beherrschten sich einen gewissen Spielraum bewahrten.

Osmanische Autoren waren vorsichtig, wenn sie einem neu inthronisierten Sultan rieten, mit der bisherigen Praxis zu brechen. Aber es geschah trotzdem. So wagte es der Historiker und Literat Mustafa Ali, dem im Jahre 1595 gerade zur Herrschaft gekommenen Sultan Mehmed III nahezu legen, er möge die Fehler seines verstorbenen Vaters nicht wiederholen.<sup>14</sup> Eine direkte Reaktion des neuen Sultans auf diese Kritik ist nicht bekannt; aber eine Katastrophe in Alis bürokratischer Karriere scheint sie nicht ausgelöst zu haben. Vielleicht wünschte auch der junge Sultan, sich von seinem als *roi fainéant* verschrieenen Vater zu distanzieren.

Andere Autoren, die Kritik an einem Sultan der jüngeren Vergangenheit üben wollten, beriefen sich gern auf ein weiter zurückliegendes Herkommen, etwa die Praktiken der Dynastiegründer Osman I und Orhan I, über die man schon im fünfzehnten Jahrhundert kaum etwas Konkretes wußte. Aber auch die 'geistliche' Geschichte der muslimischen Welt, wie sie besonders unter Derwischen tradiert wurde, konnte als Maßstab benutzt werden. Betrachten wir ein relativ gut erforschtes Beispiel: als Mehmed II, der Eroberer Istanbuls, gestorben war, erschienen kleine, vielleicht aus Gründen der Vorsicht anonyme Texte. In diesen *pour les besoins de la cause* oftmals neu erfundenen Geschichten über Konstantinopel und die Aya Sofia (Hagia Sophia) wurden die Orientierung des Eroberersultans am Vorbild von teilweise keineswegs islamischen 'Weltherrschern' sowie die Wahl der alten byzantinischen Kaiserstadt Istanbul als Reichszentrum harsher Kritik unterzogen.<sup>15</sup> Offensichtlich hofften die Autoren, die wohl in Derwischkreisen zu suchen sind, mit dem wegen seiner Frömmigkeit bekannten Sultan Bayezid II könnte ein neues Zeitalter angebrochen sein. Die Brüder Yâzicioğlu, Mehmed und der asketische Derwisch Ahmed Bican, betrachteten die Eroberung Konstantinopels offenbar in einem apokalyptischen Kontext.<sup>16</sup> Neben der Einnahme durch das Schwert sollte die Eroberung durch das Gebet stehen. Tatsächlich zeigte Bayezid II sogleich, daß er andere Prioritäten setzen wollte als sein Vater. Die italienischen Gemälde,

14 Fleischer, *Bureaucrat and Intellectual* (Anm. 11), S.301-303.

15 S. Yérasimos, *La Fondation de Constantinople et de Sainte-Sophie dans les traditions turques*, Istanbul/Paris 1990.

16 Ebenda, S. 193f.

mit denen Mehmed II seinen neuen Palast hatte schmücken lassen, wurden entfernt, und auch die Festung Otranto, wahrscheinlich als Brückenkopf für eine Eroberung Italiens gedacht, gaben die Osmanen ohne größeren Widerstand auf.<sup>17</sup> Aber Istanbul blieb Hauptstadt und wurde weiterhin ausgebaut. Leider ist die ganze Epoche recht spärlich dokumentiert. So können wir nicht wissen, ob die Autoren der Schriften, die von dem neuen Sultan eine radikale Wende forderten, überhaupt Kontakte in seinem Umfeld besaßen.

### Das 'Idealzeitalter' als Maß der Sultansherrschaft.

Sultan Bayezid II stellte, bei aller Frömmigkeit, nach seinem Tode im Bewußtsein osmanischer Chronisten nur ein – keineswegs besonders herausgehobenes – Glied in einer langen Herrscherkette dar. Dagegen bewahrte sein Vater Mehmed der Eroberer, mit arabischem Titel Abu-'l-feth, immer eine Sonderstellung als Begründer osmanischer Macht. In noch viel deutlicherer Weise läßt sich dies von Bayezids Enkel Süleyman Kanuni ('dem Gesetzgeber'; in europäischen Quellen: 'dem Prächtigen', 1520–1566) behaupten.

Wie schon angedeutet, wird von einigen neueren Historikern/innen vermutet, daß die Verehrung, die Süleyman entgegengebracht wurde, auch eine eschatologische Komponente besaß. In den ersten fünfzehn Jahren seiner Regierung hatte dieser Herrscher an allen Fronten eine Kette von außerordentlichen militärischen Erfolgen zu verbuchen. Die Eroberungen von Belgrad (1521), Rhodos (1522), Ungarn (1526–1547) und Irak (1534) folgten einander in kurzem Abstand, und auch die Belagerung von Wien (1529) war mehr am schlechten Wetter als an der Macht der Habsburger gescheitert. Dies veranlaßte einen gewissen Mevlana Isa zu der Annahme, daß Süleyman der Endzeitherrscher sein könnte, der in der christlichen wie der islamischen Eschatologie eine Rolle als Vorläufer von Jesus' zweitem Kommen spielt. Allerdings kam es nicht, wie offenbar am Hofe Süleymans zeitweilig erwartet, zur Eroberung Wiens, Roms und möglicherweise ganz Italiens. Spätestens als die Söhne Süleymans um die Herrschaft zu kämpfen begannen, war die Vision vom Endzeitsultan hinfällig geworden. Die spätere Herrschaftspropaganda zielte deshalb eher auf den Sultan als Bewahrer des sunnitischen Islams ohne jede eschatologische Komponente.<sup>18</sup> Jedenfalls kommt im osmanischen Zeitbewußtsein dem Jahr 1000 der Hidschra

17 Zu der 'kleinen' Kampagne, in der die Osmanen diesen Brückenkopf verloren, vgl. Hans Joachim Kissling, *Sâh Ismâ'il ler, la nouvelle route des Indes et les Ottomans*, in: ders., *Dissertationes orientales et balcanicae collectae II*, Sultan Bajezid II und der Westen, hrsg. von B. Moser-Weithmann, München 1988, S. 291.

18 B. Flemming, *Sahib-kiran und Mahdi: Türkische Endzeiterwartungen im ersten Jahrzehnt der Regierung Süleymans*, in: G. Kara (Hrsg.), *Between the Danube and the Caucasus*, Budapest 1987, S. 43-62.

(1590/91), im Gegensatz zu früher in der Forschung weit verbreiteten Annahmen, kaum eine größere Rolle zu.

Um etwa 1566, zur Zeit des Todes von Süleyman, wurde es für ein gutes Jahrhundert in Chroniken und Fürstenspiegeln üblich, die 'ideale Zeit' des osmanischen Staates mit der Herrschaft dieses Sultans gleichzusetzen. Damit stellte Süleyman das Maß dar, an dem seine Nachfolger von Mitgliedern der osmanischen Oberschicht gemessen wurden<sup>19</sup>. In mehreren Schriften, die sich vom späten 16. Jahrhundert an mit krisenhaften Erscheinungen im osmanischen Staatsleben befaßten, wurde den Sultanen die Praxis Süleymans als leuchtendes Vorbild dargestellt<sup>20</sup>. Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begegnen wir, soweit mir bekannt, einer ersten ausformulierten Kritik an der Politik dieses Sultans; und das bedeutet ein wirkliches Novum in der osmanischen Geschichtsschreibung. Wird doch Süleyman dem Prächtigen von dem Diplomaten Ahmed Resmi (1700–1783) vorgeworfen, er habe sich mit seinen Seekriegen im Bereich des Indischen Ozeans, sowie mit der Unterstützung französischer Politik, an Unternehmungen versucht, die die Möglichkeiten des Reiches überstiegen<sup>21</sup>. Deshalb sei auch bei diesen Unternehmungen nichts Bleibendes erreicht worden.

Diese 'Umwertung der politischen Werte', die Ahmed Resmi damit unternahm, war natürlich zu verstehen auf dem Hintergrund der osmanisch-russischen Konfrontation des 18. Jahrhunderts. Mehr als die vorausgegangenen Kriege mit den Habsburgern hatte eine ganze Serie von Feldzügen gegen die Zaren, und besonders die Katastrophe von 1768–1774, nachdenkliche Osmanen dazu veranlaßt, über die Grenzen der Sultansmacht zu reflektieren. Es ist noch nicht untersucht, ob und gegebenenfalls inwieweit Ahmed Resmis Beispiel 'Schule gemacht' hat und die Bewertung Süleymans im 19. Jahrhundert zurückhaltender ausfällt. Wie dem auch sei, über ein Jahrhundert lang hat das Zeitalter Süleymans als Gipfelpunkt osmanischer Dynastiegeschichte eine herausragende Stellung im osmanischen Zeit- und Geschichtsbewußtsein bewahrt.

19 Diese Wertung finden wir nicht selten sogar bei Historikern unserer eigenen Zeit wieder. Erst seit den achtziger Jahren gibt es Versuche, die Vorstellung vom Zeitalter Süleymans als nie überschrittenen Gipfelpunkt nicht unbesehen als realistische Bewertung zu akzeptieren. Zuweilen fungierte dieses Werturteil als Argument im Machtkampf und zuweilen sogar als simples Stereotyp. Neben Fleischer, Bureaucrat and Intellectual (Arm. 11), passim, vgl. auch Rifa'at Abou-El-Haj, *Formation of the Modern State, The Ottoman Empire, Sixteenth to Eighteenth Centuries*, Albany 1991.

20 So beschreibt Kâtib Çelebi (1609–1657) (vgl. Kâtib Çelebi'den Seçmeler, hrsg. von Orhan Şaik Gökyay, Istanbul 1968, S. 157–158) Zustände unter Süleyman offensichtlich in der Absicht, daß sie als Maßstab dienen sollen. Als erfahrenes Mitglied der osmanischen Oberschicht konzidiert er allerdings auch, daß es unter den Bedingungen seiner Zeit oftmals nicht möglich ist, diese Standards zu wahren.

21 V. H. Aksan, *An Ottoman Statesman in War and Peace, Ahmed Resmi Efendi, 1700–1783*, Leiden 1995, S. 197.

Auf einem Gipfel ist nicht gut verweilen; und wenn man ihn einmal erklimmen hat, bleibt auf längere Sicht nichts anderes übrig, als wieder herabzusteigen. So ist auch die Idealisierung des Zeitalters von Süleyman untrennbar mit der Vorstellung eines nachfolgenden Niederganges verbunden. Tatsächlich spielt das Motiv des Verfalls in Fürstenspiegeln, Ratschlägen an Wesire und anderen politischen Texten des späten 16. und des 17. Jahrhunderts eine große Rolle.<sup>22</sup> Wahrscheinlich hat die in dieser Zeit betriebene Münzverschlechterung (die allerdings in der osmanischen Geschichte keineswegs beispiellos war) zur Verbreitung dieser Vorstellung vom Niedergang erheblich beigetragen.<sup>23</sup>

Vom 16. Jahrhundert an wurde das Modell des Historikers Ibn Khaldun (1332–1382) von manchen osmanischen Autoren auf ihr eigenes Staatswesen angewandt. Dieses teilt die Geschichte eines jeden Staates in Stadien, die 'naturgemäß' zu durchlaufen seien. Dabei meinten osmanische Autoren oft, daß ihr Staat zwar seinen Höhepunkt überschritten haben mochte, daß man aber durch kluge und vorsichtige Politik noch auf längere Zeit Krise und Zusammenbruch hinauszögern könnte.<sup>24</sup> Einzelne Sultane und auch Wesire konnten dann danach bewertet werden, ob sie bei dieser 'holding operation' Erfolg hatten. So waren nach den Vorstellungen mancher osmanischer Autoren die Zeitalter der einzelnen Sultane auf einer Kurve anzusiedeln. Die Richtung dieser Kurve lag im ganzen fest; aber wie stark ihre Neigung war, wurde nicht von unpersönlichen Mächten, sondern von den Herrschern und ihren wichtigsten Beratern selbst bestimmt.

### Ein schwieriger *rite de passage*: die ständige Erneuerung der Dynastie

Obwohl osmanische Sultane religiöse Prädikate, wie etwa die Formel vom 'Beschützer der heiligen Städte (d.h. Mekka und Medina)' gern benutzten und auch den Kalifentitel führten, ist die Dynastie primär als ein in der Welt existierendes Phänomen angesehen worden.<sup>25</sup> Daß die osmanischen Sultane keine Araber waren, also nicht zu dem Stamme des Propheten Muhammad (den Kuraysh) gehörten, dem der Kalif entstammen sollte, dürfte

22 Für ein frühes und einflussreiches Beispiel vgl. A. Tietze (Hrsg.), *Mustafa 'Ali's Counsel for Sultans of 1581*, 2 Bde., Wien 1979 und 1982.

23 C. Kafadar, *Les troubles monétaires de la fin du XVI<sup>e</sup> siècle et la prise de conscience ottomane du déclin*, in: *Annales ESC* (1986), S. 381-400.

24 C. Fleischer, *Royal Authority, Dynastic Cyclism and 'Ibn Khaldunism' in Sixteenth Century Ottoman Letters*, in: B. B. Lawrence (Hrsg.), *Ibn Khaldun and Islamic Ideology*, Leiden 1984, S. 46-67.

25 C. Imber, *Süleyman as Caliph of the Muslims: Ebû's-Suûd's Formulation of Ottoman Dynastic Ideology*, in: Veinstein (Hrsg.), *Soliman le Magnifique* (Anm. 2), S. 179-184. Zu den Sultanstiteln, wie sie in an venezianische Dogen verliehenen 'ahidnames' vorkommen, vgl. Theunissen, *Diplomatics* (Anm. 9), S. 262 ff.

der religiösen Legitimation der Dynastie gewisse Grenzen gesetzt haben.<sup>26</sup> Sich durch eine fiktive Genealogie an die Frühzeit des Islams sozusagen 'anzuhängen', wie es etwa der Safawidenherrscher Schah Isma'il I praktiziert hat, haben die osmanischen Sultane stets vermieden.

Man hat also als Legitimationsgrundlage praktische Motive betont, insbesondere die Dienste, die der Sultan, z. B. als Beschützer der Heiligen Städte, der muslimischen Gemeinschaft leistete. Daneben bildete aber auch die lange Dauer der Dynastie, mitsamt der Berufung auf das 'alte Herkommen', ein nicht unwichtiges legitimierendes Motiv. Dies bedeutete aber, daß die Abfolge der Generationen ein Problem darstellte. Die osmanische Dynastie hat nämlich keine Ideologie entwickelt, die der in Europa verbreiteten Vorstellung von 'the King's two bodies' entsprochen hätte. So hatte ein Interregnum jedes Mal ernste Konsequenzen. Falls der neue Sultan beim Tode des alten sich nicht in der Hauptstadt befand – und das war bis zum Ende des 16. Jahrhunderts, solange nämlich die Prinzen in der Provinz residierten, der Normalfall – kam es öfter zu Ausschreitungen der Janitscharen.<sup>27</sup> Diesen Plünderungen fielen zuweilen die jüdischen Viertel zum Opfer, aber auch andere als wohlhabend betrachtete Häuser.

Die Gefahr von unkontrollierbaren Raubzügen der Janitscharen führte wiederum dazu, daß osmanische Wesire versuchten, den Tod des Sultans geheimzuhalten, bis sein Nachfolger den Thron eingenommen hatte. In manchen Fällen mögen solche Manöver auch bezweckt haben, einem vom jeweiligen Großwesir bevorzugten Kandidaten den raschen Zugriff auf den Osmanenthron zu ermöglichen. Aber das spektakulärste Beispiel einer solchen List gehört in einen Zeitraum, als es nur noch einen einzigen Thronkandidaten gab, nämlich die Tage und Wochen, die unmittelbar auf den Tod Sultan Süleymans des Prächtigen folgten (1566). Dieser starb bei der Belagerung der ungarischen Festung Szigetvar, und wie üblich verlangten die Janitscharen, ihren alten Herrscher zu sehen und sich zu überzeugen, daß er noch am Leben war.<sup>28</sup> Der Großwesir, der politisch bemerkenswert geschickte und langlebige Mehmed Sokollu, ließ nun den Leichnam aufsetzen und dessen Hand von einem den Betrachtern unsichtbaren Pagen bewegen. Erst als die Festung Szigetvar erobert war und Selim II das Sultanslager erreicht hatte, wurde der Tod Süleymans bekanntgegeben. Vermutlich wurde mit dieser List beabsichtigt, Überfälle der Janitscharen auf unbeliebte Kommandanten zu verhindern. Eine Stadt, die sie hätten plündern können, war nämlich weit und breit nicht zu finden, wenn man von der durchaus erlaubten Plünderung des soeben eroberten Szigetvar einmal absieht.

26 Fleischer, *Bureaucrat and Intellectual* (Anm. 11), S. 276.

27 Vatin/Veinstein, *La mort de Mehmed II* (Anm. 6), S. 206.

28 Vatin/Veinstein, *Les obsèques* (Anm. 6). Für eine Abbildung der relevanten osmanischen Miniaturen sowie einer deutschen Übersetzung der das Ereignis behandelnden Chroniktexte vgl. G. Feher, *Türkische Miniaturen, Aus den Chroniken der ungarischen Feldzüge*, Leipzig/Weimar 1978, III. XLV-XLVII.

## Das Sultansbegräbnis als Symbol dynastischer Kontinuität

Zeitgenössische Miniaturen zeigen Szenen von der Überführung der Leiche Sultan Süleymans von Ungarn nach Istanbul, wo der Verstorbene in einem neu errichteten Mausoleum neben seiner großen Moschee bestattet wurde. Diese Stiftung hatte Süleyman schon zu Lebzeiten errichtet und auch seine Gemahlin Hürrem Sultan (Roxelane) neben der Moschee beerdigen lassen. Offenbar hatte der Sultan auch testamentarisch verfügt, daß er selbst ebenfalls an dieser Stelle beerdigt sein wollte. Doch scheint zumindest im 16. Jahrhundert eine solche Verfügung nur dann zur Ausführung gekommen zu sein, wenn sie von dem neu inthronisierten Sultan durch einen ausdrücklichen Befehl bestätigt wurde.<sup>29</sup> Man hat das so interpretiert, daß der Verstorbene eben nicht mehr der Herrscher war, sondern diese Würde jetzt seinem Nachfolger zukam. Aber im Sinne unserer Erörterung kann man diese Praxis auch als ein Anzeichen für die relative Autonomie eines jeden Sultans gegenüber seinen Vorgängern auffassen.

Die Riten, die mit dem Sultansbegräbnis zusammenhingen, haben sich zwischen dem 15. und dem 17. Jahrhundert erheblich gewandelt, und zwar in dem Sinne, daß aus der türkischen Vergangenheit herrührende Bräuche, deren Status nach dem islamischen Recht zweifelhaft war, zurückgedrängt wurden.<sup>30</sup> Dies gilt zum Beispiel für das Tragen von schwarzer oder brauner Trauerkleidung, das Zerkratzen des Gesichts und das Ausschütten von Erde auf die Häupter der Trauernden. Alle diese Praktiken sind für das Begräbnis Mehmeds des Eroberers (1481) gut bezeugt. Eine der Miniaturen vom Begräbnis Süleymans des Prächtigen zeigt, daß Trauerkleidung auch im späteren 16. Jahrhundert noch üblich war; die assistierenden Persönlichkeiten sind in Gewänder von dunkelblauer oder schwarzer Farbe gehüllt.<sup>31</sup> Im 17. Jahrhundert schwand allerdings dieser Brauch, und im 18. war er nicht mehr anzutreffen.<sup>32</sup>

## Thronbesteigungen.

In der neueren Forschung herrscht die Annahme vor, daß das Begräbnis eines Sultans wohl eher die Botschaft vermittelte, daß mit dem Tode alle Herrschaft zu Ende war<sup>33</sup>. Deshalb wurde mit dem Leichnam des vormaligen Sultans nicht wesentlich anders verfahren als mit dem irgendeines anderen Muslims. Um so wichtiger waren die Zeremonien, die aus demjenigen Prinzen, der den Thronstreit gewonnen hatte bzw. der unangefochten

29 Vatin/Veinstein, *Les obsèques* (Anm. 6), S. 230.

30 Ebenda, S. 241.

31 Ebenda, S. 212-216.

32 Für eine bekannte Miniatur, die den Großwesir Sokollu Mehmed Pascha zeigt, wie er seinen toten Herrn Sultan Süleyman beweint, vgl. M. Sözen/S. Güner, *Arts in the Age of Süleyman*, Ankara 1988, S. 218.

33 Vatin/Veinstein, *Les Obsèques* (Anm. 6), S. 236-237.

die Nachfolge antrat, einen Sultan machten; denn damit begann die neue Zeiteinheit, deren Bedeutung für die osmanische Politik wir hier herauszuarbeiten versuchen.

Der entscheidende Akt, mit dem ein Sultan die Nachfolge antrat, bestand aus einer Thronbesteigung (*cülus*), verbunden mit der Anerkennung und Loyalitätsbezeugung durch die Großen des Reiches (*bi'at*). Wer auf dem Thron gesessen und diese Huldigungen entgegengenommen hatte, war der anerkannte Sultan, auch wenn er noch ein Kind sein mochte. Aber dieser Akt spielte sich im Inneren des Palastes ab und war deshalb für die Untertanen unsichtbar. Doah sind seit dem 16. Jahrhundert auch Zeremonien bezeugt, in denen der neue Herrscher sich seiner Hauptstadt gleichsam vorstellte. Nach dem Tode Süleymans des Prächtigen vor Szigetvar war sein Nachfolger Selim II in die Hauptstadt geeilt, um zunächst die Huldigung entgegenzunehmen und seine Regierungszeit zu beginnen; dabei zelebrierte er einen festlichen Einzug und besuchte die Gräber seiner Vorfahren sowie das Heiligtum des Prophetengenossen Eyüp vor den Toren Istanbuls. Danach verließ er die Stadt wieder, um dem Leichenzug seines Vaters entgegenzuweisen.

Gelegenheiten zum festlichen Einzug in die Hauptstadt ergaben sich seit dem Ende des 16. Jahrhunderts seltener, weil der Thronfolger sich jetzt normalerweise schon in Istanbul befand. Aber dafür beobachteten wir jetzt, daß der neue Herrscher bald nach der Thronbesteigung regelmäßig, und nicht nur in besonderen Fällen, die Gräber seiner Vorgänger besuchte. Nun hatten die Sultane mit der Übersiedlung nach Istanbul die ältere Praxis aufgegeben, alle Mitglieder der Dynastie auf demselben Friedhof zu bestatten, wie das vorher in Bursa üblich gewesen war. Die Gräber der Sultane seit Mehmed II befinden sich an weit auseinanderliegenden Stellen der neuen Hauptstadt Istanbul, so daß ein feierlicher Besuch dieser Stätten nicht nur dynastisches Bewußtsein sichtbar machte, sondern auch als eine symbolische Inbesitznahme der Stadt fungieren konnte. Außerdem bürgerte sich die Praxis ein, seit dem 17. Jahrhundert sicher bezeugt, daß der neue Sultan sich in dem schon erwähnten Heiligtum *extra muros* mit einem Schwert umgürten ließ, von dem man glaubte, es habe dem Dynastiegründer Osman gehört. An diesen Ort begab sich der Sultan entweder zu Schiff durch das Goldene Horn, oder zu Lande durch die Vorstädte. In beiden Fällen waren der neue Herrscher und sein Gefolge weithin sichtbar<sup>34</sup>.

34 Vatin, Eyüp (Anm. 6), S. 98 schlägt vor, daß der Ritus des Sultansbesuchs in Eyüp zu Beginn einer Regierungsperiode aus einer Verkettung eher zufälliger Umstände entstanden ist. Selim II bereitete sich 1566 darauf vor, dem Sarg seines Vaters entgegenzuziehen, eine Aktion, die er wie einen Feldzug verstanden wissen wollte. Den Segen des Prophetengenossen Eyüp für diesen Anlaß einzuholen, erschien sinnvoll; spätere Sultane, auch wenn sie keineswegs die Absicht hatten, ihre Hauptstadt zu verlassen, machten es Selim II nach.

Die neue Betonung von Gräberbesuch und Pilgerfahrt zum Heiligtum von Eyüp, die man gegen Ende des 16. und zu Anfang des 17. Jahrhunderts beobachten kann, steht wahrscheinlich in Zusammenhang mit anderen, in etwa gleichzeitigen Veränderungen der dynastischen Praxis. Ganz grob gesehen, kann man diese beschreiben als eine Zurückdrängung des charismatischen Momentes in der Sultansherrschaft. Der Herrscher kommandierte von nun an nur noch in Ausnahmefällen seine Armeen selbst, und auf längere Sicht gewann die osmanische Bürokratie ein beträchtliches Eigengewicht. Trotzdem blieb der Sultan wichtig; selbst wenn es sich um einen *fai-néant* handelte, war seine Gegenwart notwendig, um die Aktivitäten des bürokratischen Apparates zu legitimieren.<sup>35</sup>

Aber diese Gegenwart des Herrschers ist im täglichen Leben des Osmanenstaates seit dem späteren 16. Jahrhundert wenig spürbar gewesen: seit dieser Zeit spricht der Sultan etwa nicht mehr persönlich mit fremden Gesandten, ist auch nur als stummer Zuschauer am Rat der Wesire beteiligt. Aber trotzdem muß seine Gegenwart sichtbar gemacht werden; die Untertanen müssen spüren, daß trotz allem mit dem neu intronisierten Herrscher ein neues Kapitel in der Geschichte der Dynastie begonnen hat. Dies würde erklären, warum früher nur gelegentlich bezeugte Zeremonien, wie der Besuch der Sultansgräber und des Mausoleums in Eyüp, sowie später auch die Schwertumgürtung, zu etablierten Riten der Thronbesteigung wurden. Im gleichen Sinne kann man es auch verstehen, daß ein Sultan, der die Moschee seines Vorgängers zu Ende führte, ihr seinen eigenen Namen gab, auch wenn er selbst nur wenig Anteil an dem Bau gehabt hatte.<sup>36</sup>

### Freudenfeste, dynastische Kontinuität und die Initiative des Sultans

Eine Thronbesteigung war mit Zeremonien verbunden, aber zumeist nicht eigentlich ein Fest. Es gab aber auch eine ganze Reihe von Anlässen, zu denen die immerwährende Erneuerung der Dynastie durch Freudenbezeugungen sichtbar gemacht wurde. Das begann mit der Geburt von Söhnen und Töchtern des regierenden Herrschers. Daß dabei das Weiterleben der Dynastie im Vordergrund stand, wird dadurch sichtbar, daß die Erstgeborenen mehr gefeiert wurden als die Jüngeren; der Unterschied zwischen Prinzen und Prinzessinnen trat demgegenüber zurück. Wieviel Aufwand bei einem solchen Anlaß getrieben wurde, war also nicht durch Regeln vorgegeben, sondern der Herrscher entschied von Fall zu Fall.<sup>37</sup> Eine Festbeleuchtung stand zumeist auf dem Programm, und auch Salutschüsse waren beliebt.

35 Vgl. z.B. Abou-el-Haj, *Formation* (Anm. 19), S. 38.

36 P. Hochhut, *Die Moschee Nüruosmâniye in Istanbul*, Beiträge zur Baugeschichte nach osmanischen Quellen, Berlin 1986, S. 6.

37 Metin And, *Osmalı Şenliklerinde Türk Sanatları*, Ankara 1982, S. 11 ff.

Andere Feste sollten die Tatsache herausstellen, daß ein Prinz die gefährlichen Jahre der frühen Kindheit heil überstanden hatte. Mit fünf bis sieben Jahren trat er aus dem Haremsteil des Palastes heraus, um einem Lehrer anvertraut zu werden; dies geschah zumindest im 18. und frühen 19. Jahrhundert in der Öffentlichkeit, oft unter einem Zelt. So sollte wohl der Eintritt eines jungen Prinzen ins aktive Leben vor der Bevölkerung der Hauptstadt sichtbar gemacht werden. Dabei nahm man gern das Erwachsensein vorweg, indem man den kleinen Prinzen auf ein (sicherlich ruhiges) Pferd setzte.<sup>38</sup>

Aber die größten Feste fanden statt, wenn Prinzen beschnitten wurden oder wenn Prinzessinnen zu verheirateten waren. Diese beiden Anlässe wurden oft kombiniert; auch verheiratete man, zumindest im 18. Jahrhundert, eine Prinzessin oft als kleines Kind, so daß sie ihren viel älteren Gatten überlebte und mehr als einmal verehelicht werden konnte. Auch hier entschied der Sultan, wie aufwendig das Fest gefeiert werden sollte. Dabei spielten persönliche Gesichtspunkte eine Rolle, wie etwa als Süleyman der Prchtige seine Schwester mit seinem damaligen Günstling und Großwesir Ibrahim Pascha verheiratete.<sup>39</sup> Aber zuweilen konnten auch politische Gesichtspunkte zum Tragen kommen. So wurde manchmal ein prächtiges Fest unmittelbar nach einem nicht allzu erfolgreichen Feldzug anberaumt.

Osmanische Chroniken, aber auch unmittelbar für diesen Anlaß geschriebene Festbücher, haben die glänzendsten Prinzenbeschneidungen und Hochzeiten von Prinzessinnen dokumentiert. Die übrigen, weniger glanzvollen, wurden mit einem einzigen Satz erwähnt oder gar ganz übergangen. Diese mit besonderem Glanz umgebenen Festlichkeiten lagen zumeist einige Jahrzehnte auseinander, so daß ein solches Ereignis von vielen Menschen nur einmal in ihrer gesamten Existenz – wenn überhaupt – miterlebt wurde. Auch gab es deutliche Rückbezüge von manchen dieser 'Jahrhundertfeste' auf die unmittelbar vorangegangenen. So waren bei der Planung des Festes von 1582, womöglich das aufwendigste, das ein Sultan je hat feiern lassen, wahrscheinlich die Feste Süleymans des Prchtigen als Präzedenzfälle herangezogen worden.<sup>40</sup> Als 1720 die Beschneidung der Söhne Ahmeds III mit großem Prunk begangen wurde, zog man Dokumentation über ein vergleichbares Fest heran, das 45 Jahre früher bei der Beschneidung desjenigen Prinzen gefeiert worden war, der jetzt als Sultan regierte.<sup>41</sup> So wurde das Weiterleben der Dynastie routinemäßig herausgestellt, in größerem oder bescheidenerem Rahmen, aber das 'besondere Fest' beruhte auf einer Entscheidung des ausrichtenden Sultans. Wenn der Herrscher es

---

38 Ebenda, S. 22f.

39 Ebenda, S. 15.

40 Nurhan Atasoy, 1582 Surname-i Hümayun, An Imperial Celebration, Istanbul 1997, S. 17.

41 Istanbul Müftülüğü, İstanbul Bab Mahkemesi, 124, Bl. 204a.

wünschte, konnte er sich seinen Untertanen durch ein solches selten gesehenes Fest ins Bewußtsein rufen. Daß letztere über die damit verbundenen Ausgaben nicht unbedingt glücklich waren, steht allerdings auf einem anderen Blatt.

Zugleich muß aber zugegeben werden, daß nach dem Verständnis osmanischer Chronisten Feste sich zwar durchaus zur zelebrierenden Beschreibung eigneten, aber ein Sultan wirklichen Ruhm doch auf ganz anderem Gebiete erwarb: nämlich durch Feldzüge und öffentliche Bauten. Mit den Bauwerken waren insbesondere die großen Komplexe von Moscheen, Schulen und öffentlichen Küchen gemeint, die noch heute das Stadtbild Istanbuls, Edirnes und Bursas prägen. Dabei waren Feldzüge und Bautätigkeit miteinander verknüpft, indem nämlich zuerst der kriegerische Erfolg kommen sollte und dann das Bauen. Als unter allen Umständen legitimierend wirkte nur der kriegerische Erfolg – und zwar hauptsächlich gegen die Ungläubigen, aber auch gegen das als ketzerisch angesehene Iran. Die Bautätigkeit nahm den zweiten Rang ein. Selbst die Ausrichtung eines noch nicht dagewesenen Festes konnte, bei aller Aufmerksamkeit, die sie erregte, mit diesen beiden Quellen religiösen Verdienstes keinesfalls konkurrieren.

### Zum Abschluß

Wir haben uns in diesen kurzen Zeilen auf die dynastische Zeit konzentriert, die ihren Rhythmus erhielt durch die Abfolge der Herrscher. Trotz aller Bindung an unveränderliche Normen wie religiöses Recht und 'altes Herkommen' galt der Beginn einer neuen Regierung immer auch als Neuanfang. Dies traf auch und gerade dann zu, als gegen Ende des 16. Jahrhunderts das charismatische Moment der Sultansherrschaft durch die Etablierung einer bürokratischen Routine in den Hintergrund gedrängt wurde. Von dieser Zeit an betonte das Zeremoniell des Herrschaftsantritts die Gegenwart des Sultans in seiner Hauptstadt. Das Feiern glanzvoller Feste mit starker Öffentlichkeitswirkung, auch in früheren Zeiten nicht unbekannt, wurde wahrscheinlich in diesem Sinne neu instrumentalisiert. Als der Herrscher noch in Person seine Feldzüge leitete und auch in Friedenszeiten regelmäßig vor den Janitscharen erschien, waren solche Auftritte weniger notwendig gewesen.

Die wichtigste Frage ist nun, welche Wirkung diese Maßnahmen hatten. Wie wurden Thronbesteigungen, Sultansbegräbnisse und 'große' Feste sowohl von Mitgliedern der Oberschicht als auch von Stadtbewohnern aus dem Untertanenstande aufgenommen? Sahen diese hauptsächlich die Kontinuität der Dynastie, oder bemerkte man auch die Elemente des Neubeginns, die uns hier beschäftigt haben? Daß diese Fragen am Schluß unserer Erörterung stehen, deutet schon darauf hin, daß wir sie bislang kaum beantworten können. Hier müssen Quellen herangezogen werden, deren Auswertung z. Zt. noch in den Anfängen steckt, wie etwa Tagebücher und

Erinnerungen. Deren Zahl ist zwar nicht sonderlich groß, aber es ist doch bedeutend mehr vorhanden, als in der älteren Forschung angenommen wurde.

Auch wäre es lohnend, die Quellen, die in den letzten Jahren zur Erforschung von Herrschaftszeremoniell benutzt worden sind, einmal daraufhin abzuklopfen, ob ihre Autoren etwas über Zeitablauf und Zeitgliederung zu sagen haben. Etwa sechzig oder siebzig Jahre, nachdem diese Thematik zu einem Hauptarbeitsfeld der europäischen Mediävistik wurde, ist die Erforschung sultanischer Herrschaftssymbole auch bei den heutigen Osmanenhistorikern 'angekommen'. Die Diskussion der 'offiziellen oder dynastischen Zeit' bildet nur ein Teilgebiet dieser Forschungen. Im vorliegenden Bericht habe ich versucht, die Kontrolle des Sultans über die Aufteilung der dynastischen Zeit herauszustellen. Dabei haben wir aber auch gesehen, daß religiöse Vorgaben und die Begrenzungen der physischen Existenz diese Kontrolle stark einschränkten. Alle Herrschaft endet mit dem Tod.

---

**Dan Diner**

## **Zeitenemblematisierung der Zugehörigkeit in Israel**

Israel gehört zu jenem Typus von Gemeinwesen, der sich auf eine weit zurückliegende, eine gleichsam mythische Vergangenheit beruft. Im Falle des jüdischen Staates handelt es sich um eine biblische Rechtfertigung. Solche biblische Rechtfertigung erheischt nicht allein bei gläubigen, bei religiösen Menschen Geltung. Der Rückgriff auf weit zurückliegende historische Zeiten ist nicht weniger ein säkulares Phänomen. Freilich ist der säkulare Diskurs der Selbstbegründung und Selbstrechtfertigung im Unterschied zur Dogmatik des Religiösen um einen empirischen, sprich einen historisch nachvollziehbaren Nachweis und seine universelle Kommunizierbarkeit bemüht.

Der Rückgriff auf weit zurückliegende, historisch gewesene Wirklichkeiten als Grundlage für die in der Gegenwart zu verwirklichenden Forderungen dünkt nicht unproblematisch. Schließlich soll ein solcher Anspruch nicht etwa in einem virtuellen historischen Jenseits erfolgen, sondern im Hier und Jetzt. Für das jüdische Gemeinwesen sind die Folgen eines solchen Anspruchs problematisch. Schließlich war beabsichtigt, sich im Raume Palästinas als dem ursprünglich biblischen Lande Israel festzusetzen und dort eine zukünftige Gegenwart für die Juden als Volk und Nation zu etablieren, und dies angesichts der Präsenz einer anderen, einer arabischen Bevölkerung. Allein schon wegen dieser Präsenz eines anderen am gleichen Ort war man veranlaßt, eine noch weiter zurückliegende Vergangenheit zu berufen. Und gegen die Gegenwart wurden schließlich zwei Zeiten aufgeboten: Jene weit zurückliegende Vergangenheit und der mit ihr verbundene Anspruch historischer Anciennitäten – und eine erst in ferner Zukunft zu etablierende Utopie, in der alle in der Gegenwart vorfindlichen Widersprüche und Gegensätze sich wie von selbst auflösten.

Im Unterschied zum selbstgenügsamen Status quo stehen die virtuellen Zeiten unter einem Zwang der Selbstrechtfertigung. Schließlich rühren sie an einen Zustand, der mit dem Frieden und einer gleichsam anthropologisch allgemein geltenden Verpflichtung zu seiner Wahrung einhergeht. Schon immer steht die Absicht der Veränderung des bestehenden Zustandes in der Pflicht, ihr Vorhaben zu legitimieren. Die Rituale der Rechtfertigung wiederum üben sich in Gestalt historischer Diskurse, einer schier obsessiven Beschäftigung mit weit zurückliegenden Vergangenheiten zur Beschwörung von Anciennität, um gegen die geltende Gegenwart gerichtete Ansprüche zu begründen. In einem solchen Diskurs richten sich Anwartschaften zeitverschoben gegeneinander. Und in einem solchen Gegen-

einander der Zeiten verfehlen sich die Argumente notwendig. So verbleibt als einziges Mittel der Kommunikation die Sprache der Gewalt.

Der Zusammenstoß unterschiedlicher Zeiten ist die Grundkonstante des Konfliktes zwischen Arabern und Juden in Palästina/Israel. Zeitkonflikte und dabei periodisch aufbrechende Spannungen walten im übrigen auch zwischen den verschiedenen ethnischen jüdischen Bevölkerungen in Israel. Diese Konflikte sind bei weitem weniger dramatisch als der fundamentale Grundkonflikt zwischen den in ihren Legitimationsdiskursen das Land für sich beanspruchenden Völkern. Im Zeitkonflikt zwischen jüdischen Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft geht es vielmehr um Rang und Geltung von jeweils differentiellen Vorgeschichten im Rahmen eines ihnen gemeinsamen politischen Verbandes – dem Staate Israel. Vor dem Hintergrund solcher Gemeinsamkeit ist ihnen im Konflikt um Rang und Geltung ein hohes Maß an Zurückhaltung auferlegt, und dies, obschon auch im Ringen untereinander jene eherne anthropologische Regel Geltung erheischt – die Regel vom Vorrang zeitlicher Anwartschaft, der Anciennität. So ist es dem Neuankömmling in Israel auferlegt, durch tätiges Anhäufen von Zeit Zugehörigkeit unter Beweis zu stellen. Insofern unterscheidet sich Israel nicht von anderen Gemeinwesen, die auf Einwanderung gründen – wäre da nicht der äußere, mit Präsenz wie Dauer der arabischen Bevölkerung am Ort verbundene und belastete Legitimationsdiskurs. Ein grundlegender Widerspruch tut sich auf: Der Widerspruch zwischen der Geltung einer virtuellen Legitimationszeit weit zurückliegender, gleichsam mythischer Vergangenheiten einerseits mittels derer das im Entstehen begriffene ebenso wie das entstandene jüdische Gemeinwesen sich zu rechtfertigen sucht – vor sich selbst wie vor anderen –, und der Geltung der wirklich gewordenen Zeit andererseits. Die Rechtfertigung mittels mythischer, mittels der biblischen Zeit gilt vornehmlich den Arabern, den Palästinensern gegenüber. Zueinander wiederum, im Innenverhältnis der jüdischen Bevölkerungen in Israel, gilt wiederum das Zeitmaß der Präsenz am Ort als ein untergründiges Maß des Ranges wie der Geltung. Und doch vermag die durch Anhäufung von Zeit am Ort gewachsene Rangordnung der jeweiligen Attribute durch das vornehmlich nach außen geltende Zeitmaß mythischer Vergangenheiten durchbrochen zu werden. Eine solche Annullierung gewachsener Legitimation am Ort erfolgt durch eine Berufung auf das sakrale Zeitverständnis, wie es dem religiösen Diskurs eigen ist. Die Evokation des Religiösen und des damit einhergehenden Zeitverständnisses von Ewigkeit bricht die Geltung säkularer Zeit. Nicht zuletzt aus Gründen der Legitimation des jüdischen Gemeinwesens nach außen kommt der religiösen Deutung der mythischen Geschichte nach innen so etwas wie ein Vetorecht gegenüber den historisch realen Zeitfolgen am Ort zu.

Die unterschiedlichen, miteinander in Konflikt um Rang und Geltung befindlichen jüdischen Bevölkerungsgruppen in Israel werden von ver-

schiedenen Zeitschichten und ihrer jeweiligen Emblematisierung symbolisiert. Dabei verhalten sich die zeitlich nacheinander geschichteten Einwanderergruppen und ihre Nachfahren analog einem für Einwanderergesellschaften signifikanten und ständig sich reproduzierenden Verhaltensmuster: Es gilt die Überlegenheit des Eingesessenen gegenüber dem Neuankommeling. Diese anthropologische Konstante und ihr alltäglicher wie sozialer Niederschlag wird durch eine weitere Differenz der Zugehörigkeit überformt. Es handelt sich um die Differenz zwischen den westlichen, sprich aschkenasischen Juden und den Juden des Orients, gemeinhin, wenn auch ungenau, als Sefarden bezeichnet. Jenseits aller Äußerlichkeiten, die europäische Juden von denen des Orients unterscheiden mögen, kommen verschiedene kulturelle Prägungen des Selbstverständnisses zur Geltung. Die westlichen Juden entwickelten bei allen zwischen ihnen bestehenden Unterschieden ein Bewußtsein von einem Zusammenhalt der Juden als Volk, einem Zusammenhalt, der sich dem westlichen Verständnis von Nation annähert – das jüdische Volk *ha'am ha-jehudi*. Ein derartiger Begriff vom jüdischen Volk reichert sich im 19. Jahrhundert mit Inhalten an, die zunehmend dem einer europäischen Nationalität entsprechen wollen. Während das Einhalten des religiösen Ritus und von der Religion präformierter Sitten und Gebräuche nach und nach abflacht, treten die den Zusammenhalt und die kollektive Gemeinsamkeit kennzeichnenden Sprachen und säkularen Kulturen mehr und mehr in den Vordergrund. Die Vorstellung der Juden als Nation, wie sie etwa für den Zionismus ost- und mitteleuropäischer Prägung signifikant gewesen war, blieb nicht allein auf diese wohl klarste Form des jüdischen Nationalbewußtseins beschränkt, sondern galt auch für andere Entwürfe kollektiven jüdischen Selbstverständnisses im europäischen Osten. Dort verstanden sich die Juden zunehmend auch – modern gesprochen – als ethnische Volksgruppe.

Um Rang und Geltung stehen sich in Israel religiöse und nationale Attribute von Zugehörigkeit gegenüber. Diese Anteile können sich durchaus mittels des „ethnischen“ Unterschieds zwischen *am jehudi* und *am israel* aufladen, zwischen westlichen und orientalischen Anteilen jüdischer Zugehörigkeit. Sucht ein Jude orientalischer Herkunft sich von den religiösen Anteilen seiner Herkunft zu distanzieren, indem er sich westliche, sprich nationale Attribute von Zugehörigkeit zu eigen macht, so assimiliert er sich einem Diskurs und den damit einhergehenden Maßstäben von Rang und Geltung, die eher dem Selbstverständnis westlicher Juden entsprechen. Ein solcher Diskurs wiederum ist in hohem Maße historisch gehalten. *Historisch* wiederum bedeutet, sich Begriffswelten anzuverwandeln, die das europäische Geschichtsdenken widerspiegeln. Das europäische Geschichtsdenken seinerseits knüpft an säkular gehaltene Vorgaben der Aufklärung an und folgt damit dem Reigen historischer Zeitenfolge der westlichen Zivilisation. Übertragen auf den innerisraelischen Konflikt um Rang und Gel-

tung schreibe ein solches Geschichtsverständnis eine Zeitabfolge wie eine ihr angemessene Wertigkeit fest, die der zeitlichen Schichtung der Einwanderungsquellen entspräche. Daß eine solche geschichtlicher Zeitfolge verpflichtete Reihung und eine dem Prinzip der Anciennität verbundene Zuordnung von Rang und Geltung, wie sie vornehmlich in Einwanderungsländern gang und gäbe, in Israel aber durchbrochen ist, wird dem Absolutheitscharakter der religiösen Legitimation und des mit ihr verbundenen gegenhistorischen Zeitverständnisses geschuldet. Die einem Zeitverständnis von Ewigkeit verpflichtete religiöse Deutung des mythischen Narrativs annulliert das (westliche) historische Zeitverständnis und vermag all jenen einen Gewinn im Kampf um Rang und Geltung zu verschaffen, die sich der religiösen Emblematisierung verschreiben. Die Berufung auf die Religion, der öffentliche Vollzug des Ritus ebenso wie das politische Zurschaustellen religiöser Symbolik vermögen den ansonsten langen Weg des Immigranten oder des sozial Marginalisierten ins Zentrum der Zugehörigkeit zu verkürzen und hierfür sonst an Zeitläufe gebundene Anwartschaften gleichsam außer Kraft zu setzen. Es gilt das Prinzip, daß sakrale Zeit säkulare Zeit annulliert.

Die Verschränkung sakraler mit säkularen Anteilen der Anwartschaft auf Zugehörigkeit, auf Teilnahme und Teilhabe am jüdischen Gemeinwesen, ist notorisch. So wird etwa der jüdische Neuankömmling im Unterschied zum Immigranten in einem gewöhnlichen Einwanderungsland nicht als ein sich zu akkulturierender Fremder angesehen, sondern als „Rückkehrer“ betrachtet. Eine solche Rückkehr ist nicht individuell gemeint, sondern gilt dem einzelnen nur insoweit, als sich dieser als Teil eines transhistorischen, einem gleichsam zeitlosen, sprich ewigen Zeithorizont verpflichteten Kollektivs begibt. Eine solche Fiktion macht folgende Verwandlung möglich: Mit seiner Ankunft im gelobten Land streift der als Rückkehrer verstandene Einwanderer die an seiner Biographie haftende historische Zeit ab, um sich ein sakral eingefärbtes Zeitverständnis anzueignen. Eine solche fiktive, erst in Zukunft zu verwirklichende Konversion bedarf zu ihrer Geltung keiner wirklichen Akkulturation. Vielmehr erfolgt sie mittels der Geltung jener juristischen Sekunde, in der die Verteilung der israelischen Staatsangehörigkeit erfolgt. Es ist die religiös begründete Anwartschaft der Juden auf das Land, die alle sonstigen in realer Zeit angelegten Attribute des Anspruchs auf Zugehörigkeit annulliert. Wäre dem anders, würde jener fiktive, überhistorische Geltung erheischende Anspruch auf das Land gleichsam zugunsten jener erlöschen, die sich bereits am Ort befanden sowie zum Teil auch weiterhin befinden und somit der Realität der Gegenwart entsprechen – der Araber.

Der sakrale Charakter der mythischen Zeit als Anspruchsgrundlage von „Rückkehr“ und damit einer Berufung auf die Legitimität einer Vor-Zeit wird durch religiöse Begriffswahl offenkundig. Der zuvor in den Jischuw

(die jüdische Bevölkerung Palästinas vor der Staatsgründung) oder später nach Israel einwandernde Jude ist nicht bloß ein privilegierter Immigrant, der seinen bisherigen Aufenthaltsort aus welchen guten Gründen auch immer mit einem anderen auszutauschen gedenkt; seine historische Zeitlichkeit annullierende „Rückkehr“ ist zudem eine Alija, ein „Aufstieg“ ins gelobte Land – und dies im Sinne einer Wallfahrt ohne Wiederkehr. Als *oleh* (Einwanderer nach Erez Israel) verpflichtete sich der Immigrant, alle Zeit, die sich zwischen dem historischen Weggang oder der Vertreibung der Juden aus dem biblischen Lande und ihrer gegenwärtigen Rückkehr ereignete, gleichsam als wertbeständige historische Zeit aus dem kollektiven Gedächtnis zu streichen. „Alija“ bedeutete insofern nicht nur Ortswechsel, sondern einen nicht weniger sakral konnotierten Zeitenwechsel.

Als konstitutive Zeitikone demonstriert das Jahr 1948 so etwas wie einen Erzählkompaß zweier Narrative von ursprünglich ungleicher Wertigkeit: Das Narrativ des Jischuw, ein vorgeblich autochthones und authentisches Gemeinwesen, das sich obendrein allen anderen jüdischen Narrativen überlegen dünkt – und die Geschichtserzählung der Überlebenden des Holocaust, die dem Selbstbild jener in neuem Glanze historischer Bestätigung erscheinenden Ursprünglichkeit offensichtlich zur Schande gereichte. Sie war jedenfalls zum Schweigen angehalten – demonstrierte sie doch in aller Erbärmlichkeit die Niederlage jener Lebenswelten, die dem *dort* und *damals* erwachsen waren. Die Narrative der europäischen Diaspora duckten sich unter der Last ihrer Widerlegung und begaben sich dankbar der Konversion in der Geste großen Vergessens, wie sie mit der Annahme von Symbolik und Emblematis des Jischuw einmorging. Erst der Eichmann-Prozeß 1961 rechtfertigte ihre Klage, wenn auch ihre Zeugenschaft in Namen und Sprache des kollektiven Gedächtnisses erfolgte.

Die Zeitikone 1948 symbolisiert einen Kompromiß zwischen der heilsgeschichtlich anmutenden Chronologie des Jischuw und den sie konstituierenden Alijot mit eben jenen Geschehnissen in Europa, für die wiederum die Epochengrenze des Jahres 1945 steht. Im Gründungsjahr des Staates Israel haben sich nicht nur zwei gegenläufige Narrative miteinander verbunden; auch zwei gänzlich unterschiedliche Legitimitäten haben sich in diesem Zeitdenkmal zusammengefunden. Angesichts der verschiedenen Herkünfte, aus denen in Zukunft die jüdische Bevölkerung des Staates Israel komponiert sein wird, handelt es sich beim Jahr 1948 um ein durchweg aschkenasisches Datum. In diese Zeitikone und in die mit ihr verbundenen Gedächtnisse geht eine Erfahrungsgeschichte ein, die fast ausschließlich die europäische Zeitenfolge widerspiegelt. Auch die unmittelbar auf das Jahr 1948 folgenden Einwanderungen assimilieren sich diesem Narrativ an, indem sie es zu dem ihren machen. Dazu verhelfen ihnen wiederum ihre europäische Abkunft bzw. ihre an Europa und an die dortigen Geschehnisse gebundenen Erfahrungsgeschichten sowie das davon ausgehende Gedäch-

nis. Die damals gesetzten Grenzen des Staates Israel schöpfen trotz aller autochthoner Durchsetzungskraft ihre universelle Legitimität aus dem kataklystischen Geschehen in Europa. So waren die Grenzen des Staates Israel bis 1967 letztendlich vom Holocaust legitimiert worden. Insofern handelte es sich in einem symbolischen, in einem legitimatorischen Sinne durchaus um die Grenzen von „Auschwitz“.

Mit dem Jahr 1967 ward Israels große Verwandlung angezeigt. Mit der Eroberung des biblischen Kernlandes brach der zuvor einer im wesentlichen säkularen Emblematisierung verpflichtete jüdische Staat vollends ein in die Gewölbe mythischer Zeit. Diese Zeit war nicht just erfunden worden, sondern lauerte in den Poren der rechtfertigenden Geschichtserzählung. Von den durch „Auschwitz“ legitimierten Grenzen des Jahre 1948 eingeschlossen, fristete jene mythische Geschichtserzählung ein eher marginales Dasein – bis sie durch das unverhoffte Kriegsglück an die Oberfläche getrieben wurde. Jedenfalls schien von besonnener Seite nichts unternommen zu werden, um dem aus tiefster Tiefe nach oben drängenden Bewußtsein Kautelen der Vernunft anzulegen. Dem biblischen Mythos von Erez-Israel kam von nun an so etwas wie eine Supralegitimität zu. Für andere Begründungen des Gemeinwesens galt Rechtfertigungsnotstand. Jedenfalls schien der Zeitikone des Jahres 1967 eine höhere Legitimität zuzukommen als der des Jahres 1948.

Vom Gegensatz zwischen Erez-Israel und Medinat-Israel ist viel die Rede gewesen. Dieser Gegensatz steht nicht allein für die Gegenläufigkeit nationalreligiöser Mythologeme und säkularer Legitimationen. Ihm ordnen sich sukzessive unterschiedliche Schichtungen der jüdischen Bevölkerung und ihre Herkünfte zu. Schließlich zeigten die Ereignisse des Jahres 1967 eine Ablösung der Herrschaft eines Narrativs durch ein anderes an. Für die überwiegende Mehrheit der orientalischen Israelis jedenfalls bedeutete der Juni-Krieg als „Sechs-Tage-Krieg“ so etwas wie das eigentliche Gründungsereignis des Gemeinwesens. Schließlich stellte dieser Krieg für sie als Israelis so etwas wie den ersten relevanten Waffengang dar. Und die Beteiligung an den Kriegen Israels bedeutet für durch Alija dem Gemeinwesen beitretende Juden so etwas wie ein Initiationsritus, mit dem ihre Konversion vom *Dort* und *Damals* zum *Hier* und *Jetzt* angezeigt wird. Zudem gab die Eroberung des biblischen Kernlandes und die damit einhergehende Aufwertung der mythischen Legitimation des Gemeinwesens der orientalischen Variante jüdischer Zugehörigkeit und ihrer religiösen Emblematisierung und Symbolik bei weitem mehr Raum als die mit dem Jahre 1948 verbundenen säkular-ashkenasischen und somit ethnisch-nationalen Insignien. Das jüdische Gemeinwesen wurde zunehmend auch für jene zuträglich, deren Selbstverständnis weniger den nationalen Maßgaben eines jüdischen Volkes europäischer Abkunft, sondern der Religiosität des Volkes Israel entsprach. Die national-religiöse Emblematisierung durchdrang die politi-

sche wie öffentliche Sphäre des Gemeinwesens, um nach einer zehnjährigen Inkubationszeit 1977 auch den Staat zu erobern. Bis dahin hatte die orientalische Widerständigkeit gegen die aschkenasische Hegemonie und ihre gesellschaftlichen Institutionen sich in der Forderung nach Erfüllung eines national behaupteten Gleichheitsideals erschöpft. Es war über das für Einwandererländer gängige Argument gewachsener Anciennitäten und mit ihr verbundener Anwartschaften auf Rang und Geltung abgewiesen worden.

Das säkulare israelische Gedächtnis ist ein Konfliktgedächtnis. Es knüpft an die vorstaatliche Zeitählung an, um letztendlich vom Jahre 1948 als dem konstitutiven Gründungsereignis neuer Legitimität auszugehen. Von da an durchläuft dieses Gedächtnis die existentiellen Einschnitte der Konfliktgeschichte mit den Arabern, um dabei zu Einsicht und Reife zu gelangen. Stand das Jahr 1956 mit dem Selbstbild der defensiven Nation im Widerstreit, so schien 1967 ebenso das Holocaust-Narrativ wie das eschatologische Erlösungsvorstellungen zu evozieren. Eine Weile liefen sie hintereinander her, entfremdeten sich aber einander zusehends. Das Jahr 1973 mit dem „Yom-Kippur-Krieg“ steht für die Rücknahme der Selbstgewißheit von 1967 und gibt unterschiedlichen ebenso wie gegenläufigen Entwicklungen Raum. Es verstärkt eschatologische Strömungen ebenso, wie es wenig artikullerten untergründigen Tendenzen des Zweifels Auftrieb gibt. Der Libanon-Krieg 1982 wiederum trägt zu einer moralischen und politischen Wende bei. Sie wird durch den stetigen Flächenbrand der im Jahre 1987 ausbrechenden palästinensischen Intifada am Leben erhalten, um sich mit den Verträgen von Oslo endlich zu verwirklichen. Das Alter des israelischen Gemeinwesens und die mit ihm verbundene „Bildungsgeschichte“ als Genesis des Konflikts neigte zu einer Anerkennung der am Ort vorherrschenden Wirklichkeit und fand in der Gestalt Ilzchak Rabins ihre angemessene Personifizierung. Seine Ermordung öffnete die mit seiner Person verbundene Erfahrungszeit wieder neu. Ihr Ausgang bleibt ungewiß.

---

## Andreas Eckert

### Zeit, Arbeit und die Konstruktion von Differenz. Über die koloniale Ordnung in Afrika

#### I.

Die Zeit ist eine kulturelle Konstruktion<sup>1</sup> und eine soziale Ressource. Wenn es heißt, Zeit werde „gemessen“, so verdeckt sich dahinter der Sachverhalt, daß diese Zeit zunächst im Rahmen einer Kultur konstruiert wird und überhaupt nur deswegen meßbar ist. Aber Zeit ist auch eine Ressource, über welche soziale Gruppen verfügen. In den Auseinandersetzungen um die soziale Zeit spielt etwa der Kalender eine wichtige Rolle. Er „homogenisiert die Rhythmen einer stattlichen Anzahl sozialer Funktionen und Tätigkeiten und fixiert sie dauerhaft“.<sup>2</sup> Es erwies sich häufig als ausgesprochen schwierig, in einer Kultur einen neuen Kalender einzuführen. Untersuchungen etwa zu den Kalendern der französischen und russischen Revolution zeigen, daß auch moderne Staaten mit bürokratischen Erzwingungsstäben bei solchen Versuchen nicht geringe Probleme hatten.<sup>3</sup> Als die europäischen Mächte sich Ende des 19. Jahrhunderts daran machten, in Afrika ihre koloniale Herrschaft zu etablieren, war die Kolonisierung der Zeit ein wichtiger Aspekt ihrer Anstrengungen. Die Einführung des Gregorianischen Kalenders, von christlichen Feiertagen, einem arbeitsfreien Sonntag sowie die Transition von lokalen Zeiten zur europäischen Leitzeit<sup>4</sup> markierten das Bemühen der Kolonialherren, die Zeit unter ihre Kontrolle zu bringen. Die wachsende Verbreitung von Uhren und Kalendern sollte die Ko-

---

1 Vgl. dazu zuletzt A. Assmann, *Zeit und Tradition. Kulturelle Strategien der Dauer*, Köln u.a. 1999.

2 E. Flaig, *Kampf um die soziale Zeit – in der römischen Antike*, in: *Historische Anthropologie* 4 (1996), S. 280.

3 Vgl. etwa M. Meinzer, *Der französische Revolutionskalender und die ‚Neue Zeit‘*, in: R. Kosseleck/R. Reichardt (Hrsg.), *Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins*, München 1988, S. 23-60.

4 Es ist eine interessante Koinzidenz, daß im Jahr 1884 eine internationale Konferenz beschloß, die britische Standardzeit als Referenzpunkt für alle anderen Zeitzonen zu nutzen und Greenwich als Nullmeridian zu bestimmen, in jenem Jahr also, in dem der imperialistische „Wettlauf um Afrika“ mit der Berliner „Kongo-Konferenz“ seinen Höhepunkt erreichte. Die Folgen der neuen Weltzeitordnung waren weitreichend. Nicht nur steigerte sich die Effizienz des internationalen Handels, auch die imperialen Staaten vermochten nun aufgrund der besseren Koordinationsmöglichkeiten ihrer administrativen Bereiche ihre Übersecterritorien effektiver zu integrieren. Vgl. Anthony G. Hopkins, *Back to the Future: From National History to Imperial History*, in: *Past and Present* 164 (1999), S. 237f.

lonisierten daran erinnern, daß die Zeit nicht mehr ihre eigene war. Die – oft nicht sehr erfolgreichen und dennoch folgenreichen – Versuche der Kolonialherren, in Afrika die Zeit in Ordnung zu bringen, versucht dieser Essay an einigen Beispielen nachzuzeichnen.<sup>5</sup>

Im Zentrum stehen dabei einmal die Anstrengungen der Europäer, die afrikanischen Stadtbewohner (insbesondere die Arbeiter und afrikanischen Verwaltungsangestellten) zu bewegen, sich den Arbeitsrhythmen des industriellen Kapitalismus und der staatlichen Bürokratie anzupassen, und sich der Vorstellung zu verschreiben, daß Arbeit beständig, regelmäßig und sorgfältig zu kontrollieren ist. Wenn auf der einen Seite die Schaffung einer neuen Zeitordnung wichtiger Bestandteil der kolonialherrlichen Bemühungen war, bürokratische und kapitalistische Strukturen in Afrika durchzusetzen, nutzten auf der anderen Seite Afrikaner Konflikte über die „Zeit“, um sich in der neuen kolonialen Ordnung einen Platz zu verschaffen, aber auch um sich der europäischen Fremdherrschaft zu widersetzen, Sand in das Getriebe dieser Herrschaft zu bringen. Unnötig zu betonen, daß weder Europäer noch Afrikaner in diesem Kontext monolithische Blöcke darstellten. „Zeit“ war in Afrika eine Arena der Auseinandersetzungen sowohl zwischen Kolonisierenden und Kolonisierten als auch innerhalb dieser Gruppen.<sup>6</sup>

Die Konflikte über die von den Europäern eingeführte Zeitordnung lassen sich im städtischen Afrika quellenmäßig noch vergleichsweise gut nachvollziehen. Gerade in den rasch wachsenden Städten des kolonialen Afrika waren soziale Beziehungen und kulturelle Ausdrucksformen durch einen höheren Grad an Auswahl und mehr Experimentiermöglichkeiten gekennzeichnet als in ruralen Gebieten.<sup>7</sup> Der Prozeß des Aushandelns war in den urbanen Zentren besonders intensiv. Zudem sorgte hier eine Kombination unterschiedlichster Pressionen, die sich nicht allein auf Arbeit bezogen, sondern auch mit städtischen Regularien, mit regelmäßigen religiösen und säkularen Ereignissen zusammenhingen, dafür, daß das Bewußtsein über die neue Zeitordnung verbreiteter war als auf dem platten Land. Selbst die Stadtbewohner ohne Uhren, und davon gab es im kolonialen Afrika eine ganze Menge, entwickelten ein solches Bewußtsein wesentlich schneller als die ländliche Bevölkerung. Die europäische, industriell-kapitalistisch

5 An dieser Stelle sei nachdrücklich betont, daß die folgenden Ausführungen lediglich provisorischen Charakter haben und nur schlaglichtartig bzw. pointillistisch einige Aspekte dieses großen, bislang nur wenig erforschten Themas diskutieren.

6 Wie verschwommen die Grenzen sein konnten, zeigen zum Beispiel Konflikte über den arbeitsfreien Sonntag, wo in vielen Kolonien afrikanische Christen und europäische Missionare gegen afrikanische Ladenbesitzer und europäische Unternehmer Position bezogen.

7 Vgl. zu diesem Aspekt etwa F. Cooper, *Urban space, industrial time and wage labor in Africa*, in: ders. (Hrsg.), *Struggle for the city: migrant labor, capital and the state in urban Africa*, Beverly Hills 1983, S. 7-50.

geprägte Zeitordnung wurde rasch Teil der urbanen Normalität, war gleichsam Teil des Prozesses, ein Stadtbewohner zu werden. Selbst jene, die nicht unmittelbar in die Lohnarbeit involviert waren, haben entsprechende Zeitpläne akzeptiert und übernommen, etwa dahingehend, den Sonntag als den für Freizeitaktivitäten reservierten Tag zu nutzen.<sup>8</sup> Dieser Prozeß der Adaptation an die neue Zeit war jedoch alles andere als linear. Er war lang, ambivalent und er blieb gewissermaßen unvollständig.

Die Frage nach der Durchsetzung einer europäischen Zeitordnung in Afrika ist zudem, und das ist das zweite Thema dieses Essays, Teil einer der großen Debatten in der afrikanischen Geschichte, die vielleicht nicht immer explizit benannt, aber doch kontinuierlich im Hintergrund mit gedacht wird: das Thema des „Eigenen“ und des „Fremden“. Die Frage also, ob wir uns mit einer grundsätzlich anderen und fremden Welt beschäftigen, die wir letztendlich nicht verstehen können.<sup>9</sup> Sind nun kulturelle Differenzen lediglich Oberflächenphänomene, die auf einer allen Menschen gemeinsamen Rationalität aufbauen, oder gilt, daß unterschiedliche Kulturen ihre je eigenen Rationalitäten haben? Entgegen einer solchen Dichotomie sollte es darum gehen, der Exotisierung afrikanischer Gesellschaften zu entgehen, ohne jedoch ihre Spezifität zu leugnen. Das Plädoyer für einen weltgeschichtlichen Zugang, der anstelle des *cultural clash*<sup>10</sup> die historischen Gemeinsamkeiten betont, kann jedoch nicht davon absehen, daß in der konkreten kolonialen und nach-kolonialen Situation tatsächlich unterschiedliche und manchmal entgegengesetzte Konzepte beispielsweise von Zeit aufeinandertrafen. Seit spätestens dem 19. Jahrhundert sind in Afrika europäische und lokale Gesellschaften jedoch in einer Weise miteinander verflochten, daß ein simpler Dualismus des Eigenen und des Fremden hier nicht mehr greift. Vielmehr fand das Aufeinandertreffen afrikanischer und europäischer Konzepte nicht in einem Rahmen kultureller Mißverständnisse statt, welcher das gegenseitige Verstehen unmöglich machte, sondern, so könnte man argumentieren, es zeigten sich häufig gewollte, „strategische“ Mißverständnisse, die für beide Seiten Räume eröffneten, um politische, soziale und ökonomische Interessen durchzusetzen.

---

8 Vgl. Ph. M. Martin, *Leisure and Society in Colonial Brazzaville*, Cambridge 1995.

9 Für die folgenden Ausführungen vgl. A. Eckert/G. Krüger, *Kulturelle Mißverständnisse als Strategie: Raum, Zeit und Kolonialherrschaft in Afrika*, in: *Intentionen – Wirklichkeiten*. 42. Deutscher Historikertag in Frankfurt a. M., 8.-11. September 1998. Berichtsbänd, München 1999, S. 30f. Vgl. allgemein zur Thematik u.a. M. Broucké/H. Nau (Hrsg.), *Ethnozentrismus. Möglichkeiten und Grenzen des interkulturellen Dialogs*, Darmstadt 1997; J.-F. Bayart, *L'illusion identitaire*, Paris 1996.

10 Die wirkungsmächtige These, daß unser aller Zukunft durch einen Krieg der Kulturen geprägt sein werde, hat der konservative amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington am deutlichsten formuliert. Vgl. „*The Clash of Civilizations*“ (New York 1996).

Auf Seiten der Kolonialherren fügt sich die Strategie in ein übergeordnetes Konzept, das bestimmte Maßstäbe für Modernität, Fortschritt und Zivilisation wie eben Pünktlichkeit und eine spezifische Zeitordnung setzt und dann konstatieren kann, daß die Afrikaner noch lange nicht diesen Stand der Zivilisation erreichen werden. Auf Seiten der Afrikaner ermöglicht das Beharren auf bestimmten, von kolonialer Seite als „traditionell“ und „rückständig“ charakterisierten Zeitvorstellungen die Möglichkeit, Handlungsspielräume zu erweitern und eigene Interessen zu verfolgen. Würden Taktiken der Verweigerung kolonialer Ansprüche durch die Übernahme kolonialer Stereotype auch oft nicht als solche erkannt, war den Kolonialherren der Widerspruch zwischen zugeschriebener Rückständigkeit und geforderter Anpassung durchaus bewußt. Auf lange Sicht mußten die Afrikaner freilich die Konsequenzen dafür tragen, daß sie nicht in der Weise dienstbar waren, wie es europäische Planer und Militärs, Kaufleute und Missionare, Wissenschaftler und Lehrer wünschten. Der Preis für den erfolgreichen Widerstand gegen die Entwicklung der Logik von Ausbeutung und Akkumulation, ein Widerstand, der sich eben auch in den Auseinandersetzungen um die Zeitordnung manifestierte, ist indessen hoch. Afrika hat ihn nicht nur im Niedergang seiner wirtschaftlichen Bedeutung und in Form zunehmender Verletzlichkeit gezahlt. Als mindestens ebenso kostspielig erweist sich die Repräsentation von und die Diskussion über den Kontinent als „rückständig“.<sup>11</sup>

## II.

Alles, was uns heute an „Zeit“ selbstverständlich erscheint – die physikalische Bedingtheit, die lineare Richtung, die Unumkehrbarkeit, die Meßbarkeit – ist in früheren Gesellschaften keineswegs in gleicher Weise gewiß. Zur Zeit der kolonialen Eroberung Afrikas am Ende des 19. Jahrhunderts hatte der industrielle Kapitalismus in Europa ein Stadium großer Komplexität erreicht sowie beträchtliches (und kaum in Frage gestelltes) Selbstbewußtsein entfaltet. Europäer glaubten zu wissen, welche ökonomischen Strukturen Fortschritt sowohl in den Kolonien als auch zu Hause ermöglichen würden. Die Industrialisierung in Europa setzte eine neue Zeitordnung voraus bzw. sie ging damit einher. E. P. Thompson hat in einem berühmten und viel zitierten Aufsatz zeigen können, daß die Durchsetzung einer linearen Zeit eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der industriellen Revolution war.<sup>12</sup>

11 Vgl. zu diesem Aspekt ausführlich F. Cooper, *Africa in a Capitalist World*, in: D. C. Hine/J. McLeod (Hrsg.), *Crossing Boundaries. Comparative History of Black People in Diaspora*, Bloomington 1999, S. 391-418.

12 Vgl. E. P. Thompson, *Time, work discipline and industrial capitalism*, in: *Past and Present* 38 (1967), S. 56-97.

Glocken und Uhren entwickelten sich zu Vehikeln ökonomischer, sozialer und politischer Herrschaft;<sup>13</sup> Zeit kostete jetzt Geld. Zeitpläne und Kalender wurden zu Instrumenten zeitlicher Regularien, ersetzten die Jahreszeiten und die Kontrolle der Natur mit sozialer Kontrolle. Der Arbeitsrhythmus des modernen Europa – die „clock time“ – hat E. P. Thompson als Folge des Aufstiegs von Lohnarbeit und Disziplinierung von oben gesehen. Die Arbeiter haben jedoch von der Entwicklung der kapitalistischen Zeitordnung auch profitiert, denn die Uhren haben eine Präzision der Zeitmessung eingeführt, die sie zu ihrem Vorteil nutzen konnten. In den industrialisierten Gesellschaften des 19. Jahrhunderts war die Genauigkeit, mit der Zeit gemessen wurde, eben nicht nur ein Mittel der Unternehmer, Arbeitsdisziplin zu erzwingen, sondern war ebenso ein zentraler Anhaltspunkt für die Arbeiter, die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen einzuklagen – etwa die Forderungen nach einem Zehnstundentag und nach genauen Arbeitspausen.

In diesem Zusammenhang bildete sich auch die Aufteilung in Arbeitszeit und Freizeit heraus, wobei bestimmte Tage wie der Sonntag ihren spezifischen Charakter als Ferientage oder zumindest Tage ohne Arbeit entwickelten. In der Folge der Industrialisierung ließen die Verdichtung der Arbeitszeit und die Ausdehnung der Freizeit, das Auseinanderfallen von Produktion und Reproduktion, zwei getrennte Sphären von fremdbestimmter Zeit (Arbeitszeit) und disponibler Eigenzeit (Freizeit) mit unterschiedlichen Lebensgefügen und Lebensgefühlen entstehen: Disziplin, Unterwerfung und Einordnung auf der einen, Lustprinzip und Selbstverwirklichung auf der anderen Seite. Beide Erfahrungswelten bedingten sich in ihrer Widersprüchlichkeit. Die Intensivierung der Arbeit war ohne Extensivierung der Freizeit physisch und psychisch nicht mehr möglich. Andererseits hatte auch selbstbestimmte Freizeit ihre Grenzen. Sie durfte die Wiederherstellung der körperlichen und nervlichen Leistungsfähigkeit, den Verkauf der eigenen „Ware Arbeitskraft“ nicht gefährden. Insgesamt handelte es sich hierbei keineswegs – wie von Thompson unterstellt – um eine gradlinige Entwicklung. Die Uhr und die Dichotomie von Arbeit und Freizeit haben keineswegs vollständig und überall die Rhythmen von Familie und Gemeinschaftsleben dominiert. Vielmehr hat es auch im industrialisierten Europa immer die Ko-Existenz verschiedener Zeitrhythmen gegeben.<sup>14</sup>

---

13 Vgl. in diesem Zusammenhang auch J. Le Goff, Für ein anderes Mittelalter. Zeit, Arbeit und Kultur im Europa des 5. bis 15. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. u.a. 1984, der einen Zusammenhang zwischen der Regulierung und Segmentierung von Zeit und den Bedürfnissen der mittelalterlichen Kirche und frühen Formen des Kapitalismus hergestellt hat. Vgl. ferner D. S. Landes, *Reinvention in Time: Clocks, and the Making of the Modern World*, Cambridge/Ma. 1983; C. M. Cipolla, *Gezählte Zeit. Wie die mechanische Uhr das Leben veränderte*, Berlin 1997.

14 Vgl. R. Whipp, „A Time to Every Purpose“: An Essay on Time and Work, in: P. Joyce (Hrsg.), *The Historical Meanings of Work*, Cambridge 1987, S. 210-236; G. Mai, *Die*

Die europäischen Kolonialherren, mit diesen Erfahrungen und Praktiken sowie handfesten Vorurteilen über den „faulen Neger“<sup>15</sup> im Gepäck, trafen nun in Afrika auf in der Regel ländliche Gesellschaften mit zum Teil fundamental unterschiedlichen Zeitordnungen. Die Palette ist zu vielfältig<sup>16</sup>, als daß sie an dieser Stelle adäquat präsentiert werden könnte. Einige Skizzen mögen genügen. Der berühmte Ethnologe Evans-Pritchard hat in seiner Studie über die Nuer im heutigen Sudan erstmals darauf hingewiesen, daß „Zeit“ im ländlichen Afrika als eine soziale Konstruktion betrachtet werden muß, die in die Tätigkeiten des alltäglichen Lebens eingebettet war. Zeit orientierte sich an den Aufgaben, die zum ökonomischen Leben notwendig sind.<sup>17</sup> Studien über die ländliche Zeit in Zentralafrika, wie sie etwa Jan Vansina im Rahmen seiner Arbeiten über das Tio-Königreich vorgenommen hat, verweisen auf ähnliche Aspekte.<sup>18</sup> Dorfbewohner hatten einen ausgeprägten Sinn für „Zeit“, der sich an ihrem ökonomischen, religiösen und sozialen Leben orientierte. Das Leben wurde nach Anforderungen, Aufgaben und Aktivitäten geordnet beziehungsweise bewertet, so daß Arbeit, die Waren oder Dienstleistungen produziert, als sozial signifikante, bedeutsame Zeit galt, die anders bewertet wurde als die Zeit der Erholung und Entspannung. Es gab in diesen ländlichen afrikanischen Gesellschaften einen ausgeprägten Sinn für die Verknüpfung von verschiedenen Aktivitäten mit „Zeit“; es gab die „Zeit des Vergnügens“ in Abgrenzung zu wichtigeren Bereichen wie die „Zeit der Arbeit“, die „Zeit für wichtige Gespräche“ oder die „Zeit der Trauer“. Immer war Zeit um ein Ereignis herum konstruiert und stand damit Vorstellungen von Zeit in industriellen Gesellschaften diametral gegenüber.

Vorkoloniale afrikanische Gesellschaften mit bereits stärker ausgeprägten staatlichen und bürokratischen Strukturen entwickelten eine Vielfalt von Systemen zur Messung von Zeit und Bewegung. Ivor Wilks hat etwa für die Ashanti in Ghana zeigen können, wie in Ermangelung von Uhren die Geschwindigkeit in Relation zum rhythmischen Gehen im normalen

---

Ökonomie der Zeit. Unternehmerische Rationalisierungsstrategien und industrielle Arbeitsbeziehungen, in: *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), S. 311-327.

- 15 Eine generelle Auseinandersetzung mit der Figur des „lazy native“ findet sich bei S. H. Alatas, *The Myth of the Lazy Native*, London 1977. Vgl. ferner R. Gronemeyer (Hrsg.), *Der faule Neger. Vom weißen Kreuzzug gegen den schwarzen Müßiggang*, Reinbek 1991.
- 16 Vgl. J. S. Mbiti, *African Religions and Philosophy*, Oxford<sup>2</sup>1989, Kap.3. Die ethnologischen Debatten über Zeitkonzepte faßt zusammen: Alfred Gell, *The Anthropology of Time. Cultural Constructions of Temporal Maps and Images*, Oxford/Washington D.C. 1992.
- 17 Vgl. E. E. Evans-Pritchard, *The Nuer: A Description of the Modes of Livelihood and Political Institutions of a Nilotic People*, Oxford 1940.
- 18 Vgl. J. Vansina, *The Tio kingdom of the middle Congo 1880–1892*, London 1973.

Tempo errechnet wurde.<sup>19</sup> Berechnungsgrundlage war die Zeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, also die Phase, in der Reisen gewöhnlich stattfanden; auf diese Weise wurde es möglich, die Position eines Boten zu jeder Zeit zu bestimmen. Das Ashanti-Reich wurde als Kreis gedacht, dessen Durchmesser 42 Tagen (des Reisens) entsprach. Der Kreis umfaßte all jene Gebiete, über die das Oberhaupt der Ashanti seine Herrschaft beanspruchte. Indem die Berechnung der Reisezeit auf die Matrix eines „42-Tage Imperiums“ gelegt wurde, vermochte die Ashanti-Regierung einen Zeitplan für ihre Geschäfte zu etablieren, der offenbar bemerkenswert gut funktionierte.

Zeit war im vorkolonialen Afrika immer auch an Herrschaft gebunden. Die Autorität lokaler Herrscher war nicht zuletzt mit ihren Privileg verknüpft, öffentliche Zeremonien und Feste einzuberufen, wenn die Zeit gekommen war. Die Verfügung über die Ordnung der Zeit gehörte in allen Gesellschaften zu den wesentlichen Machtressourcen. Die Tatsache, daß die europäischen Kolonialherren sich die Herrschaft über die Zeit sichern wollten, daß ein neuer Herrscher auch die Zeit neu zu ordnen gedachte, war für Afrikaner potentiell keine neue Erfahrung, weil bereits vor der Ankunft der Europäer Zeitordnungen in Frage gestellt und verändert wurden.

### III.

An drei unterschiedlich ausführlichen Beispielen soll im folgenden die „Aushandlung der Zeitordnung“ im kolonialen Afrika knapp illustriert werden. Der erste Fall führt nach Südafrika im späten 19. Jahrhundert. Eigentlich fand südlich der Sahara nur in Südafrika so etwas wie die Marxistische Vision der ursprünglichen Akkumulation tatsächlich statt. Hier hatte eine weiße Siedlerschaft die Kontrolle über die Beschäftigungsmöglichkeiten, hier kontrollierte eine große Bürokratie ein rassistisch bestimmtes Wanderarbeitssystem – all dies finanziert von der Goldgräberindustrie.<sup>20</sup> Aber selbst unter diesen Bedingungen bestimmten afrikanische Arbeiter in vielfacher Weise die Grenzen ihrer eigenen Ausbeutung, insbesondere durch ihren Druck, Tagelohn einzuführen oder zu erhalten, durch ihr Drängen auf Arbeitervereinigungen in den Städten und ihr Beharren auf Systemen der Pachtarbeit, welche Familienarbeit und darauf bezogene Arbeitsrhythmen ermöglichten oder erleichterten.<sup>21</sup> Die afrikanischen Arbeiter in der Hafenstadt Durban hatten zum Beispiel eine eigene, an eine spezifische

19 Vgl. I. Wilks, On mentally mapping Greater Asante: a study of time and motion, in: *Journal of African History* 33 (1992), S. 175-190.

20 Vgl. etwa S. Marks/R. Rathbone (Hrsg.), *Industrialisation and Social Change in South Africa: African class formation, culture and consciousness, 1870–1930*, London 1982.

21 Vgl. z.B. W. Beinart/C. Bundy, *Hidden Struggles in Rural South Africa*, Berkeley 1987; P. Harries, *Work, Culture, and Identity: Migrant Laborers in Mozambique and South Africa, c.1860–1910*, London 1994.

Zeitordnung gekoppelte Arbeitsethik, die jedoch nicht jener der kolonialen Arbeitgeber entsprach. Enorme Konflikte entstanden dadurch, daß einerseits zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Kontrakte auf Monatsbasis abgeschlossen wurden, andererseits die afrikanischen Arbeiter im Mondrhythmus zählten und ihr Monat daher maximal 28 Tage zählte. Und genau nach dieser Zeit forderten sie ihren Lohn: „The moon is dead! Give us our money!“<sup>22</sup> Ein offenbar konsternierter Missionar notierte angesichts des Protestes: „[...] They cannot understand there being more than 28 days in a month. It is impossible to make them believe there are 31.“<sup>23</sup> Die Afrikaner hatten jedoch das Gefühl, um ihre Zeit betrogen zu werden. Ein weiterer wichtiger Konfliktpunkt betraf die Länge des Arbeitstages. Die Zulu-Arbeiter im Hafen von Durban weigerten sich, bei Dunkelheit zu arbeiten, weil sie fürchteten, in der Nacht Opfer von Hexen oder anderen bösen Geistern zu werden. Die südafrikanischen Arbeitgeber mochten das als primitiven Aberglauben abtun, letztlich waren sie gezwungen, auf Nacharbeit zu verzichten. 1895 schrieb ein resignierter Kolonialbeamter: „Our initial difficulties in regulating their hours of labor have not yet been overcome, notwithstanding a half a century of experience acquired in prisons, garrisons, railways and mining camps.“<sup>24</sup>

Ähnliche Erfahrungen mußten die Kolonialherren überall in Afrika machen.<sup>25</sup> Der partielle Erfolg von Afrikanern in Auseinandersetzungen über die zeitliche Ordnung der Arbeit wurde von europäischen Autoren in der Regel allerdings umstandslos auf die Frage nach den „faulen Kaffern“ reduziert – ein eindrückliches Beispiel dafür, wie entscheidend die Vorstellungen sind, mit denen Wirklichkeit(en) repräsentiert werden. In ihren jeweiligen Regionen Afrikas begannen britische wie französische Herrscher in den 1920er Jahren zu behaupten, daß die Fehlschläge, die sie bei den Versuchen, Afrika umzubauen, zu verzeichnen hatten, in Wirklichkeit den Erfolg ihrer Politik zeigten. Als Ziel der Politik wurde auf einmal definiert, afrikanische Kultur zu bewahren und diese allmählich – im Rahmen der den Afrikanern zugestandenen Möglichkeiten – zu verändern. Die vor allem in Britisch-Afrika zur kolonialen Doktrin par excellence erhobene „indirekte Herrschaft“ konstituierte gleichsam den administrativen Kontext dieser Politik.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg die zweite große Reformwelle in Afrika anrollte, begleitet von großen Entwicklungsprogrammen wie FIDES und

22 Vgl. K. Atkins, *The moon is dead! Give us our money! The Cultural Origins of an African Work Ethic*, Natal, South Africa, 1843–1900, London 1993; dies., „Kafir Time“: Preindustrial Temporal Concepts and Labour Discipline in Nineteenth-Century Colonial Natal, in: *Journal of African History* 29 (1988), S. 229–244.

23 A. Rivett, *Ten Years Work in Natal*, London 1890, zit. nach Atkins, *Kafir Time* (Anm. 22), S. 231.

24 Zit. nach Atkins, *The moon is dead* (Anm. 22), S. 87.

25 Für die folgenden Ausführungen vgl. Cooper, *Africa in a capitalist world*.

dem *Colonial Development and Welfare Fund* und von einigen Autoren nicht zu Unrecht als „second colonial occupation“ charakterisiert,<sup>26</sup> versuchten sich viele Kolonialverwaltungen erneut daran, die kapitalistische Zeitordnung in afrikanischen Städten und Minenregionen zu implementieren. Wie sich etwa am Beispiel der kenianischen Hafenstadt Mombasa zeigen läßt, war die endgültige Durchsetzung der kolonialen Konstruktion von Zeitdisziplin in den Docks von Mombasa jedoch nur möglich, indem man die räumliche Arena verkleinerte, für die diese Zeitdisziplin gelten sollte.<sup>27</sup> In anderen Worten: Der kapitalistische Zeitrhythmus wurde – unter großem Aufwand – nur noch einem kleinen Teil der Arbeiterschaft oktroyiert. Auf diese Weise verstärkten die verantwortlichen Kolonialbeamten einen Diskurs über afrikanische Gesellschaften, der mehr als je zuvor zwischen einem kolonial restrukturierten Arbeitermilieu, sozusagen den modernen Arbeitern, und einer außerhalb davon existierenden undisziplinierten Arbeitskultur trennte. Zu Beginn der Kolonialperiode war es den Briten in Kenia nicht gelungen, in ihrer wichtigsten Hafenstadt ihre Vision von einer regelmäßigen und streng zu kontrollierenden Arbeitszeit durchzusetzen. Das Gros der Arbeitskräfte bestand aus Gelegenheitsarbeitern. Diese vermochten die europäischen Arbeitgeber weder durch Rausschmiß („sanction of the sack“) zu disziplinieren, noch blieben die Arbeiter lange genug, um nach britischen Vorstellungen „akkulturiert“ werden zu können. Statt dessen unterliefen sie durch ihre täglich praktizierte Wahl zwischen Plage und Müßiggang auch noch jene Lektionen, die dem kleinen Kreis der „stabilen“ Arbeiter zugeordnet waren.

Nach den großen Streiks der 1930er und 40er Jahre und angesichts des massenhaften Zuzug von Menschen in die Städte nach dem Zweiten Weltkrieg erachteten es die Kolonialadministratoren als notwendig, einen „neuen Arbeiter“ zu schaffen. Der afrikanische Arbeiter mußte gleichsam aufhören, „Afrikaner“ zu sein. Seine Ernährung, sein Familienleben und seine Einstellung zu Arbeit, Karriere und Besitz sollten die des modernen europäischen Arbeiters werden. Diese „Umerziehung“ implizierte die Neudefinition von Zeit während und außerhalb der Arbeit; am Arbeitsplatz mußte das Konzept der Zeitdisziplin erneut und mit Nachdruck gelehrt werden: In diesem Sinne schrieb beispielsweise 1949 ein britischer *Labour Officer* in Kenia:

26 Vgl. J. D. Hargreaves, *Decolonization in Africa*, London<sup>2</sup>1996; vor allem aber F. Cooper, *Decolonization and African Society. The labor question in French and British Africa*, Cambridge 1996. Den Begriff der „second colonial occupation“ haben geprägt: D. A. Low/J. Lonsdale, Introduction, in: D. A. Low/A. Smith (Hrsg.), *History of East Africa*, Bd. 3, Oxford, S. 12.

27 Vgl. für die folgenden Ausführungen F. Cooper, *Colonizing Time: Work Rhythms and Labor Conflict in Colonial Mombasa*, in: N. B. Dirks (Hrsg.), *Colonialism and Culture*, Ann Arbor 1992, S. 209-245; ders., *On the African Waterfront: Urban Disorder and the Transformation of Work in Colonial Mombasa*, New Haven 1987, bes. S. 142ff.

„The East African has not bent under the discipline of organized work. In his primitive economy, the steady, continuous labour is carried out by women... Though the tasks he performed were prescribed by tribal law and custom, he could do them in his own way and at his own speed, for to him time had no economic value... To work steadily and continuously at the will and direction of another was one of the hard lessons he had to learn when he began to work for Europeans.“<sup>28</sup>

In Mombasa entstand in den 1950er Jahren eine kleine Gruppe von regulären (im Gegensatz zu Gelegenheits-)Dockarbeitern, die sich dem von den Europäern vorgegebenen Zeitrhythmus und festen, regelmäßigen Arbeitsschichten unterwarf. Der Triumph beziehungsweise die Durchsetzung der Zeitdisziplin war aber eben nur möglich durch die starke Eingrenzung des Bereiches, der transformiert werden sollte. Die britischen Offiziellen überzeugten sich dabei selbst, daß diese Umformung letztlich nur machbar sei, indem man ein kleines, reformiertes Milieu afrikanischer Arbeiter schuf und gewissermaßen vom Rest Afrikas trennte. Dieser Dualismus spiegelte sich im zunehmend dichotomischen zeitgenössischen Denken der Sozialwissenschaften und der Kolonialpolitik, insbesondere im Dualismus von „traditionell“ und „modern“. Der „traditionelle Afrikaner“ erschien nicht mehr, wie noch in der Zwischenkriegszeit, als irgendwie kurioses, manchmal gefährliches, in jedem Fall „natürliches“ Wesen, dessen Konservierung durchaus kompatibel mit der kolonialen Ordnung war. Von nun an wurde er beschuldigt, ein Hindernis auf dem Weg zum Fortschritt nach westlichem Muster zu sein, der jetzt auch für Afrika möglich schien.<sup>29</sup>

Die britische Verwaltung glaubte, mit der Durchsetzung einer formal strukturierten Arbeitszeit auch ihre Kontrolle über die Dockarbeit wiedererlangt zu haben und feierte diese Entwicklung als Erfolg. In den zahlreichen zeitgenössischen Studien, welche die Administration zu diesem Thema in Auftrag gab, wurden die Feinheiten des Arbeitsprozesses sowie dessen weiterer sozialer und politischer Nexus jedoch nicht adäquat erfaßt. So gelang die Kolonisierung von Zeit im Hafen von Mombasa innerhalb eines engen sozialen Rahmens und trug zur Entwicklung einer soziologischen und politischen Sprache bei, in welcher afrikanische Arbeiter als universale, kulturlose Wesen erschienen, die von einem gefährlichen, kulturspezifischen Milieu, das den Arbeitsplatz umgab, abzugrenzen waren. Solch eine Vorstellung stellte sich rasch als nicht-kompatibel mit den konkreten Problemen der Herrschaftsausübung über eine kolonisierte Gesellschaft heraus. Ihre Auswirkungen auf die Art und Weise, in der soziale Politik und sozialer Wandel in den unabhängig gewordenen Nationen und in interna-

28 Zit. nach Cooper, *Colonizing Time* (Anm. 27), S. 229.

29 Vgl. F. Cooper, *Modernizing Bureaucrats, Backward Africans, and the Development Concept*, in: ders./R. Packard (Hrsg.), *International Development and the Social Sciences. Essays on the History and Politics of Knowledge*, Berkeley 1997, S. 64-92.

tionalen Organisationen diskutiert wurden, erwiesen sich jedoch als dauerhaft und machtvoll.

Die Durchsetzung von Zeitvorstellungen und -ordnungen spielte schließlich eine besonders große Rolle im Kontext kolonialer Verwaltung und Bürokratie. Dieser Aspekt soll im folgenden kurz am Beispiel von British-Tanganyika (heute Tansania) diskutiert werden.<sup>30</sup> Die Disziplinierungsanstrengungen der britischen Kolonialherren, die Regulierung von Zeit, Raum, Kleidung und Nahrung, wird von jener Generation afrikanischer *government clerks*, die in den gut drei Jahrzehnten zwischen Weltwirtschaftskrise und Ende der kolonialen Herrschaft ihre Ausbildung erhielt und dann in der kolonialen Verwaltung ihren Dienst tat, als eine zentrale Erfahrung beschrieben.<sup>31</sup> Im kolonialen Tansania waren Zeitdisziplin und Pünktlichkeit „Essentials“ in der Ausbildung künftiger afrikanischer Verwaltungsmitarbeiter. Der Schultag in der *Tabora Secondary Government School*, der wichtigsten Kaderschmiede der Kolonie, war streng in verschiedene Phasen eingeteilt, die jeweils durch Glocken beziehungsweise Klingeln eingeleitet wurden. Die Uhr wurde schließlich zu einem wichtigen Symbol des administrativen Alltags. Pünktlichkeit war ein wichtiger Faktor für das berufliche Fortkommen und Anlaß für ein Lob des Kolonialherren. Aber nur eine kleine Gruppe hat es aus der Sicht der Kolonialherren geschafft, „modernes“ Zeitmanagement zu internalisieren: Die kolonialen Akten ebenso wie die Memoiren aus der Feder ehemaliger britischer Kolonialbeamten enthalten regelmäßig Klagen über afrikanische Verwaltungsmitarbeiter, die zu spät kommen oder unter fadenscheinigen Erklärungen der Arbeit fernbleiben. Die Beschwerden über Unpünktlichkeit haben sich zu einem Stereotyp verdichtet, das auch heute noch sehr präsent ist.

In den Konflikten um Zeit im administrativen Alltag zeigen sich Herrschaftsstrategien sowie Strategien der Herrschaftsverweigerung.<sup>32</sup> Macht haben hieß hier, mit der Zeit wie mit einem Besitz umzugehen. Der Herrscher ließ die Beherrschten warten, die von seiner Macht abhängig sind. Doch die Zeit konnte Machtquelle für die „herrschenden“ Kolonialherren ebenso wie für die „beherrschten“ Kolonisierten sein. Wenn die „Zeit“ unmittelbar Gegenstand des Konfliktes war, ging es etwa um die Länge der

---

30 Der folgende kurze Abschnitt beruht auf Forschungen zu meiner in Arbeit befindlichen Habilitationsschrift „Staat, Verwaltung, Dekolonisation. Bürokratie und afrikanische Bürokraten in Tansania, 1920–1970“.

31 Vgl. etwa E. A. M. Mang'anya, *Discipline and Tears. Reminiscences of an African Civil Servant on Colonial Tanganyika*, Dar es Salaam 1984. Diese Erfahrung wurde zudem von zahlreichen von mir interviewten ehemaligen tansanischen Verwaltungsmitarbeitern und Lehrern betont.

32 Vgl. für die folgenden Ausführungen die grundlegenden Überlegungen bei T. von Trotha, *Kolonial Herrschaft: Zur Soziologischen Theorie der Staatsentstehung am Beispiel des Schutzgebietes Togo*, Tübingen 1994, S. 422ff.

„Dienst-Zeit“ und der „Frei-Zeit“. Eine Strategie der tansanischen *government clerks*, Sand in das Getriebe der kolonialen Herrschaft zu bringen, bestand etwa darin, daß sie nicht im Zeitbudget blieben, welches ihnen die Herrschenden zugeteilt hatten. Sie hielten sich nicht an Bürozeiten oder kamen an bestimmten Tagen, etwa an nicht-christlichen religiösen Feiertagen, nicht zur Arbeit. Für beide Gruppen eröffneten die Auseinandersetzungen über die Zeitordnung Spielräume für Politik, keine Partei hatte letztendlich ein Interesse, dieses Dilemma aufzulösen. Auf Seiten der Kolonialherren fügte sich diese Strategie in ein übergeordnetes Konzept ein: Man setzte bestimmte Maßstäbe beziehungsweise Kriterien für Modernität, Fortschritt und Zivilisation wie eben Pünktlichkeit und eine spezifische Zeitdisziplin und konnte dann konstatieren, daß die meisten Afrikaner noch lange nicht diesen Stand der Zivilisation erreichen würden. Auf Seiten der Afrikaner ermöglichte die Durchsetzung eigener, von kolonialer Seite als „rückständig“ charakterisierter Zeitordnungen die Möglichkeit, Macht oder zumindest Widerständigkeit, also Spielräume im kolonialen Herrschaftsapparat zu demonstrieren.

#### IV.

Am Ende des 20. Jahrhunderts nahmen mit den wachsenden, oft unlösbar erscheinenden Problemen auf dem afrikanischen Kontinent auch wieder essentialistische Interpretationen scheinbar unverständlicher Konflikte zu.<sup>33</sup> Möglicherweise hat der französische Politologe Jean-François Bayart Recht, wenn er behauptet, daß der Kolonialismus und koloniale Konzepte vornehmlich einen symbolischen Einfluß in Afrika hatten.<sup>34</sup> Tatsächlich war die Epoche des Kolonialismus vergleichsweise kurz. Geschichten von Verweigerungen und dem Insistieren auf eigene Interpretationen von Zeit unterstützen die These von einer eigenen Logik der afrikanischen Geschichte. Allerdings wird hier die These vertreten, daß „Fremdheit“ zum einen vom kolonialen Staat bewußt eingesetzt worden ist, um das Bild von den primitiven Stämmen aufrechterhalten zu können – die volle Partizipation der Afrikaner an der kolonialen Gesellschaft war schließlich nie das Ziel der Europäer. Gegen Ende der Kolonialzeit hatte man eine kleine Gruppe „moderner“ afrikanischer Verwalter und Arbeiter geschaffen, die nach dem Rückzug der Europäer aus den zu teuer gewordenen Kolonien die Sache des Fortschritts und der Modernisierung weiter vorantreiben könnten; eine kleine Gruppe Einheimischer auf der Höhe der Zeit. Zu anderen handelte es sich auch um eine Strategie von Afrikanern, von der Bevölkerung wie von Chiefs und Politikern, um Handlungsspielräume offen zu halten. Liest man die Geschichten von der Verweigerung europäischer Zeitdisziplin oder

33 Der folgende Abschnitt verdankt viel den Diskussionen mit Dr. Gesine Krüger, Hannover.

34 J.-F. Bayart, *L'Etat en Afrique. La politique du ventre*, Paris 1993.

von „faulen, unpünktlichen Eingeborenen“ auf diese Weise, zeigt sich eine ganz andere Erbschaft des Kolonialismus. Nicht die verfehlte, graduelle Anpassung an eine von Europa gesetzte Moderne, die sich in Afrika nie recht durchsetzen konnte und eher eine Rückbesinnung auf das „Eigene“ forcierte, ist das Problem. Vielmehr scheint die bewußte, seit Generationen erprobte Verweigerung gegenüber dem Staat und seinen Institutionen problematisch. Das Potential und die Macht des „Eigenen“ zeigt sich gleichzeitig als Ohnmacht, denn die afrikanischen Staaten haben beides geerbt: den Kolonialstaat, der keine Grundlage für Demokratie und Zivilgesellschaft gelegt hat, und die Abwehr dieses Staates in vielfältigen, unsystematischen Formen, die nicht zur Herausbildung alternativer Strukturen oder Institutionen geführt hat.

---

**Jutta Scherrer**

## **„Zeit und Sein“ in Rußland**

Stereotypen und Topoi von Zeit haben seit dem frühen 18. Jahrhundert auch in „Völkertafeln“ Verbreitung gefunden, die die Eigenschaften der einzelnen Völker beschrieben. In einer solchen „Völkertafel“ steht zu lesen, daß sich der „Moskowier“ die Zeit am liebsten „mit Schlafen“ vertreibt<sup>1</sup>. In „Zauberberg“ läßt Thomas Mann seinen jungen Helden Hans Castorp, den „Sohn des Westens“, von dem älteren Literaten und „homo humanus“ Ludovico Settembrini warnen, sich nicht von russischen Begriffen infizieren zu lassen und die Zeit heilig zu halten: „Diese Freigiebigkeit, diese barbarische Großartigkeit im Zeitverbrauch ist asiatischer Stil... Haben Sie nicht bemerkt, daß, wenn ein Russe ‚vier Stunden‘ sagt, es nicht mehr ist, als wenn unsereins ‚eine‘ sagt. Leicht zu denken, daß die Nonchalance dieser Menschen im Verhältnis zur Zeit mit der wilden Weiträumigkeit ihres Landes zusammenhängt. Wo viel Raum ist, da ist viel Zeit, man sagt ja, daß sie das Volk sind, das Zeit hat und warten kann. Wir Europäer, wir können es nicht.“<sup>2</sup>

Denis Sdviškov vom Moskauer Institut für Geschichte an der Russischen Akademie der Wissenschaften und ich wollten auf der Leipziger Konferenz über das „Zeitfeld 2000. Jahrhundert(w)enden im Vergleich“ gemeinsam über „Zeit und Sein“ in Rußland reflektieren. Vorgesehen war ein Dialog zwischen uns, gleich dem zwischen Oblomov und Stolz, den Hauptcharakteren in Gončarovs bekanntem Roman „Oblomov“. Wobei allerdings nicht der Russe die Partie des nie aus seinem Bett herausfindenden Oblomov übernehmen sollte oder die Deutsche die des akkuraten, pragmatischen und ach so pedantischen Stolzes. Viel eher wollten wir den Vorstellungen, aber auch den Klischees, Stereotypen und Mythen nachgehen, die unsere unterschiedliche oder auch gar nicht so unterschiedliche Auffassung von Zeit in der russischen Kultur kennzeichnen und dabei auch, sozusagen als Nebenprodukt, die Zeitauffassung des Russen von derjenigen des „Westlers“ unterscheiden.

Nun, Denis Sdviškov hat ein ausgesprochen akkurates Zeitgefühl und ist nicht auf die Leipziger Konferenz gekommen, weil er meinte, aus zeitlichen Gründen die gründliche Vorbereitung für unseren Dialog nicht lei-

---

1 Vgl. F. Stanzel (Hrsg.), *Europäischer Völker Spiegel. Imagologisch-ethnographische Studien zu den Völkertafeln des frühen 18. Jahrhunderts*, Heidelberg 1999.

2 Th. Mann, *Der Zauberberg*, in: Taschenbuchausgabe in zwölf Bänden, Frankfurt a. Main 1967, Bd. I, S. 257-258.

sten zu können. Ich fand mich also allein mit einem viel zu großen Thema, das ich hier nur essayistisch andeuten kann.

\* \* \*

Bis zum Februar 1918 hat Rußland seine Zeit anders gezählt als der „andere“ Teil Europas. Nach der Christianisierung der Kiever Rus übernahm diese im 13. Jahrhundert auch den Julianischen Kalender. Die Jahre wurden gezählt von der „Erschaffung der Welt“ an, d. h. 5508 Jahre „vor Christi Geburt“.

Bis 1492 begann in der Rus das Jahr am 1. März (wie im alten Rom vor der Einführung des Julianischen Kalenders): Der erste März galt als der erste Tag nach der Erschaffung der Welt und war ein Freitag. Von diesem Datum aus wurde ein ewiger Kalender, *vrucęleto*, errechnet, nach welchem dann die Wochen und Tage für jedes Datum erstellt wurden. Seit 1492 begann in Rußland das Jahr nach byzantinischem Vorbild am 1. September, wobei die vorangegangene Errechnung „seit Beginn der Welt“ beibehalten wurde. Die kirchlichen Feiertage waren überhaupt nur bis zum Jahre 1492 vorausgerechnet worden – bis zu dem Zeitpunkt, als das siebente Tausendstel der altrussischen Ära endete ( $1492 + 5508 = 7000$ ) und das Ende der Welt angenommen wurde.

1699 feierte Rußland das neue Jahr gleich zweimal: den ersten September als das Jahr 7208 „seit Erschaffung der Welt“ und – per Erlaß Peters I. vom 15. Dezember 1699 – den 1. Januar als das Jahr 1700 „nach Christi Geburt“. Der Ukas Peters I. ordnete ausdrücklich an, die Benennung „nach Christi Geburt“ einzuführen und auf das Epitheton „seit Erschaffung der Welt“ zu verzichten. Der Julianische Kalender blieb in Rußland nach wie vor in Kraft. Peter I. führte übrigens auch die in Westeuropa bereits gebräuchliche Form des gedruckten tabellarischen (Wand-)Kalenders ein – russisch *mesjačeslovo*<sup>3</sup> (mit Angaben über Astrologie, Wetter, Ernten, Kriege, Krankheiten etc.). Seit dem 16. Jahrhundert waren hauptsächlich aus Polen und Schweden sogenannte Almanache nach Rußland gekommen, die dort selbst seit 1664 erschienen. In Moskau gab es serienmäßige Kalender seit 1709, in St. Petersburg seit 1713. Anfänglich wurden diese Kalender aus westeuropäischen Sprachen übersetzt. Seit 1727 hatte die St. Petersburger Akademie der Wissenschaften das ausschließliche Druckprivileg für Kalender und seit 1865 wurden die Kalender, die vor allem in der Volkserziehung eine bedeutende Rolle spielten, auch von privaten Unternehmen gedruckt.

Als Peter der Große die Zeitrechnung „seit Erschaffung der Welt“ aufhob, hatten die katholischen Nationen Europas den 1582 von Papst Gregor XIII. geschaffenen Gregorianischen Kalender bereits eingeführt, während

3 *Mesjačeslovo*: ursprünglich die Bezeichnung für den Kalender der Kirche, seit 1770 offiziell als Bezeichnung für den Kalender benutzt.

die evangelisch-protestantischen Länder nur zögernd folgten, manche erst im 18. Jahrhundert: Deutschland im Jahre 1700, England 1752, Schweden 1753. Rußlands Verhältnis zum Katholizismus, um nicht zu sagen seine Feindschaft gegenüber dem Papsttum war der Hauptgrund dafür, daß im 19. Jahrhundert verschiedene Versuche fehlschlügen, den „neuen Stil“ der Zeitrechnung zu übernehmen: so etwa die Initiative eines im Jahr 1830 hierfür speziell gegründeten Komitees der Russischen Akademie der Wissenschaften. Doch der Minister für Volksbildung, Fürst Lieven, lehnte eine neue Datierung ab mit dem Hinweis auf die ungebildeten Volksmassen, unter denen der neue Kalender nur Verwirrung stiften würde. Ein internationaler statistischer Kongreß mit russischer Beteiligung schlug 1863 einen ganz neuen Kalender vor, da auch der Gregorianische Kalender nicht fehlerlos war. Katharina II. hatte übrigens den Juliahischen Kalender in den weißrussischen Gouvernements einführen lassen, „die an Rußland zurückkamen“, wie es euphemistisch in der Ende des 19. Jahrhunderts herausgegebenen *Brokgaus-Efron-Enzyklopädie* zu lesen steht: gemeint war der östliche Teil Polens.

Der in Rußland bis 1918 gültige Gebrauch des Julianischen Kalenders stiftete mit seiner sich vom Westen unterscheidenden Datierung zahlreiche Verwirrungen beim Vergleich russischer und „westlicher“ Daten. Das galt besonders seit dem 18. Jahrhundert, als die politischen und kulturellen Verbindungen Rußlands mit dem Westen sehr viel intensiver wurden. Während des 17. Jahrhunderts hinkte der russische Kalender dem Gregorianischen zehn Tage nach, und in jedem folgenden Jahrhundert fiel Rußland nochmals je einen Tag hinter den Kalender der restlichen Welt zurück. Nicht nur Historiker, sondern vor allem Politiker, Diplomaten und später auch Geschäftsleute, die Verträge und Abkommen abschließen mußten, haben unter den durch die verschiedenen Datierungen entstandenen Komplikationen gelitten. Aber auch von Zug- und Hotelreservierungen abhängige Reisende kamen mit der unterschiedlichen Zeitrechnung häufig nicht zurecht. Korrespondenzen von Staatsmännern, Schriftstellern und Privatpersonen weisen das eindrücklich nach. Aufschlußreich ist in dieser Hinsicht die Beobachtung von „Bewegungen“ russischer Revolutionäre in Westeuropa durch die Ochrana, deren Agenten sich nicht selten bei der Verfolgung ihrer „Helden“ in den Daten verhedderten, die St. Petersburg nach Paris weitergab, wo die Ochrana eine Agentur unterhielt. Die Historiker haben sehr früh die Hilfswissenschaft „Historische und technische Chronologie“ eingeführt und unumgängliche Umrechnungstabellen für die verschiedenen Kalender erstellt. Die Datierung von Ereignissen der russischen vorrevolutionären Vergangenheit, beispielsweise in Geschichtsbüchern, nennt die Daten zumeist nach dem Gregorianischen Kalender als „neuer Stil“ und nach dem Julianischen Kalender als „alter Stil“. Doch herrschte auch hierüber bis in die allerletzte Zeit Verwirrung. Prak-

tisch muß der sich mit Rußland befassende Historiker jedes einzelne Datum überprüfen.

Am 26. Januar 1918 wurde vor allem auf Initiative des bolschewistischen Außenministers beschlossen, den „westeuropäischen Kalender“ einzuführen, den die junge Sowjetmacht allerdings nicht als „Gregorianischen Kalender“ bezeichnet haben wollte. Das geschah am 1. Februar 1918, der damit von einem Tag auf den anderen in ganz Sowjetrußland zum 14. Februar wurde.

Kennzeichnend sind unter dem Datum des 14. (1.) Februar 1918 abgefaßte Tagebuchaufzeichnungen und Briefe von Zeitgenossen. So schreibt der damals schon physisch wie psychisch erschöpfte Dichter Alexandr Blok in seinem Tagebuch vom 14. Februar 1918 lakonisch: „Gestern war der 31. Januar.“ Einige Zeilen weiter erwähnt Blok ebenso lakonisch die „neue Schrift“, d. h. die neue Orthographie, die die Sowjetregierung an diesem Datum gleichfalls einführte.<sup>4</sup>

Die Angleichung an den westlichen Kalender, die insbesondere zur Modernisierung und Tehnologisierung Rußlands beitragen sollte, stellte in einem gewissen Sinn jedoch auch einen Kompromiß dar: Die von allem Anfang an mythologisierend gebrauchte Bezeichnung „Oktoberrevolution“ trifft nur nach dem Kalender „alten Stils“ zu – nach „westlicher“ Zeitrechnung fällt der 25. Oktober auf den 7. November. Seit 1918 wird der Jahrestag der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ am 7. November begangen, doch niemals wurde der Versuch unternommen, sie etwa als „Novemberrevolution“ zu erinnern. Selbstverständlich schaffte das neue, atheistische Sowjetrußland die Datierung „vor“ und „nach Christi Geburt“ ab und führte dafür die Bezeichnung „vor unserer Zeitrechnung“ und „neue Ära“ (*novaja era*) oder „unsere Ära“ (*naša era*) ein.

Das von Lenin unterzeichnete Dekret über die Einführung des neuen Kalenders, der Rußland „mit den meisten zivilisierten Völkern in Einklang bringen“ sollte, hatte für Traditionalisten auch eine antireligiöse Implikation: Die russische orthodoxe Kirche schien nunmehr zwei Wochen hinter der Welt zurück. Dasselbe Dekret hob kirchliche Feiertage, die in Verbindung zur Dynastie der Romanovs standen, auf und ordnete Sonntage und sowjetische Feiertage als Ruhetage an.<sup>5</sup> Die russische orthodoxe Kirche behielt den Julianischen Kalender bis heute bei, da sie den Gregorianischen Kalender für nichtkanonisch hält. Der Kalender der Kirche, der nach sogenannten Paschalien (*pašalija*) berechnet wird, läßt sich allerdings nur schwer in den neue Kalender des Menschen übersetzen, was häufig Verwirrung stiftet.

4 A. A. Blok, *Sobranie sočinenij v vos'my tomach*, Moskau/Leningrad 1960–1963, Bd. 7, S. 324.

5 Vgl. Richard Stites, *Revolutionary Dreams*, New York/Oxford 1989, S. 87.

Für traditionell denkende Russen, vor allem für die russische Emigration nach 1917, galt der alte Kalender – der jetzt zum Kirchenkalender stilisiert wird – als „wahrhaft russisch“, „national“ und „volksnah“, als Ausdruck des „eigentlichen“ Rußland. In der Emigration erscheinende Zeitschriften führten häufig eine Doppeldatierung ein: nach dem „alten“ und „neuen“ Stil. In Korrespondenzen wurde meistens das Datum „alten Stils“ angeführt, sowie diese Kreise bewußt auch an der alten, vorrevolutionären Orthographie festhielten. Nicht zuletzt sollte hiermit der Unterschied zwischen dem authentischen Rußland und dem profanen Sowjetrußland der Bolschewisten markiert werden.

Dieser Kalender-Dualismus spiegelte sich natürlich im Geschichtsbewußtsein wider, so etwa wenn von der Opposition zwischen dem „vorrevolutionären“ und dem „nachrevolutionären, d. h. „sowjetischen Rußland“ die Rede war, oder wenn es um die Frage nach Diskontinuität und/oder Kontinuität im historischen Prozeß Rußlands ging – eine Problematik, die im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Kalenders jedoch niemals genauer untersucht worden ist. Dabei hat gerade diese Dichotomie, die auch aus der schöngestigten Literatur ersichtlich wird, sehr stark das Lebens- und Zeitgefühl einer oder zweier Generationen geprägt.

Das nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1991 erneut als offizieller Feiertag eingeführte Osterfest wie auch andere seitdem wieder begangene kirchliche Festtage folgen wiederum der alten, vorrevolutionären Berechnung – was in eher verwestlichten Städten wie Moskau und St. Petersburg zum Anlaß genommen wird, sowohl das westliche Weihnachten vom 24. bis 26. Dezember zu begehen (weil an diesen Tagen die westlichen Firmen geschlossen bleiben) als auch das neu eingeführte russische Weihnachten am 7. Januar. Das gleiche gilt für das westliche und russische Neujahr, das sowohl am 1. als auch am 14. Januar gefeiert wird. Derart sorgt im postkommunistischen Rußland die Rückkehr zu den eigenen Traditionen, verbunden mit der Übernahme westlicher Lebensgewohnheiten, für eine mehrwöchige Unterbrechung des ansonsten so zeitbewußt gewordenen Lebens.

Im russischen Imperium hat es außer dem Julianischen Kalender auch noch andere Zeitberechnungen gegeben wie den islamischen und den türkisch-mongolischen Kalender. Auch Georgien und Armenien hatten andere Zeitrechnungen, und ebenso einige baltische Völker im 13. und 14. Jahrhundert. Sowjetische Historiker und Ethnologen haben die unterschiedlichen Kalender der „Völker der UdSSR“ zu einem großen Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung gemacht und vergleichende chronologische Tabellen erarbeitet, die die Zeiten von den einzelnen Kalendern, besonders die islamischen Feiertage, in den Julianischen wie in den Gregorianischen Kalender umrechnen.

Das russische und sowjetische Imperium wie die heutige Russische Föderation leben aber auch in unterschiedlichen Zeitzonen. Zwischen dem westlichen Moskau und Wladiwostok im fernen Osten liegen acht Zeitzonen, die einen Unterschied von elf Stunden ausmachen. Dieser Faktor trägt nicht unwesentlich zu einem sehr unterschiedlichen Zeit- und Lebensgefühl bei, außerdem werden gewisse politische Vorgänge hierdurch ungemain kompliziert: So können in der Russischen Föderation Wahlen oder öffentliche Feiertage mit den hiermit verbundenen Ritualen niemals an demselben Tag durchgeführt werden. Erinnerung sei auch daran, daß die Siegesfeiern über das faschistische Deutschland auch im westlichen Rußland nicht am 8., sondern am 9. Mai stattfinden, da zu der späten Abendstunde, als am 8. Mai in Berlin-Karlshorst die Kapitulationsurkunde unterzeichnet wurde, Moskau bereits den 9. Mai begonnen hatte. Nicht zuletzt sei im Zusammenhang mit Rußlands unterschiedlichen Zeitzonen auch auf das Verhältnis Zeit/Raum hingewiesen, das russische Historiker seit dem 18. Jahrhundert immer wieder hervorgehoben haben, um Rußlands Unterschied zu Europa zu erklären. Heute wird das russische Zeit-Raum-Verhältnis besonders in den geopolitischen und geostrategischen Spekulationen der politischen Eliten geltend gemacht, die einer Identifikation mit „Eurasien“ das Wort reden.

\* \* \*

Ich möchte im folgenden an einigen konkreten Daten des russischen 20. Jahrhunderts den Impakt von Zeit und Zeitwenden kurz andeuten. Wobei meine Zeitgrenze von den „zehn Tagen, die die Welt erschütterten“ (wie der amerikanische Journalist John Reed seinen Bericht über die Oktoberereignisse von 1917 nannte) bis zu den „Feiertagen“ (*prazdniki*) am 7. und 8. November reicht, die auch im letzten Jahre wieder begangen wurden – obwohl offiziell der Gedenktag an die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ gar nicht mehr existiert.

Es scheint wenig angebracht, auf einer in Leipzig stattfindenden Tagung von der „historischen Mission“ der Oktoberrevolution zu sprechen. Doch die Vorstellung der Mission der Revolution hat insbesondere das Zeitgefühl der Generation der zwanziger und dreißiger Jahre stark geprägt – und das nicht nur innerhalb der Sowjetunion: das „Prinzip Hoffnung“, der auf Zukunft und Weltrevolution gerichtete Menschheitstraum hat auch zahlreiche Zeitgenossen in anderen Ländern in seinen Bann gezogen. François Furet legte davon in seinem letzten autobiographischen Buch *La fin d'une illusion* Rechnung ab – obwohl er mit dem Begriff der „Illusion“ wohl nicht die ganze Problematik des Glaubens an eine zukünftige Epoche traf.<sup>6</sup>

6 Für die deutsche Übersetzung s. F. Furet, *Das Ende der Illusion: der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München/Zürich 1998.

Das ausschließlich nach vorn gerichtete Zeitgefühl des jungen Sowjetrußland, das in der bis in die letzten Zeiten der Sowjetunion geltenden Devise „vorwärts“ – „vpered“ – Ausdruck fand,<sup>7</sup> hat in den zwanziger Jahren parallel zur „Neuen ökonomischen Politik“ geradezu phantastische utopische bzw. futuristische Projekte gezeitigt: Sie alle postulierten die Schaffung der „neuen Welt“, des „neuen Menschen“ und einer „neuen Lebensform“ (*byt'*) im totalen Gegensatz zu dem „alten“, „gewesenen“ Menschen und einer historischen Zeit. Das Zeitgefühl des Kommunismus war in den ersten Jahren nach der Zeitenwende 1917 ausschließlich an „dem Neuen“ orientiert, das die „Vorgeschichte“ der Menschheit abgelöst hatte. Ein markiger Kult von Jugend, Stärke, Vitalität und jugendlicher Formbarkeit bis hin zum Kult der Avantgarden zeichnete die Anfangsjahre des kommunistischen Regimes aus. So ist bezeichnend, daß auf dem Höhepunkt des Bürgerkriegs und inmitten seiner Grauen Bucharin und Preobraženskij 1919 mit dem gemeinsam verfaßten „ABC des Kommunismus“<sup>8</sup> die größte Utopie der neuen Zeiten schufen. Seite für Seite steht hier nachzulesen und nachzufühlen, wie die Autoren von dem Tempo der zerberstenden alten Zeit als notwendiger Voraussetzung für die neue Gesellschaft beflügelt werden. Eine Million Exemplare wurden allein in den ersten Monaten nach Erscheinen des Buches verkauft und weitere Millionen die ganzen zwanziger Jahre hindurch. Noch 1925 schrieb Bucharin in einem Beitrag über „alte“ und „neue Moral“, es gelte, den „alten Traditionen die Zähne auszubrechen“<sup>9</sup>.

Die bolschewistische Festkultur, auf die ich hier nicht näher eingehen kann, orientierte sich besonders in den zwanziger Jahren an mythischen Bildern vom Ende der Geschichte und vom menschheitsgeschichtlichen Neubeginn, der kommunistischen Ära. Wobei jedoch das beschworene „Ende der Geschichte“ keine Erinnerung an Vergangenheit aufkommen läßt: Die Revolution erinnert sich nicht. Sie ist Zukunft. Allerdings erinnerte sich der zehnte Jahrestag, 1927 an den Ursprung der Zukunft zurück – das Jahr 1917.

Zu den Visionen, Utopien und Projekten, die der programmatischen Beschleunigung der Zukunft dienen sollten, gehört vor allem der Versuch, den Taylorismus in die Realität des Sowjetrußland der frühen zwanziger Jahren einzuführen. Die erste Konferenz über Taylorismus ließ 1921 ein „Institut für Wissenschaftliche Organisation der Arbeit und Mechanisierung des Menschen“ entstehen, NOT (*Naučnaja organizacija truda*)<sup>10</sup>, ein

7 Vgl. hierzu auch den Roman von V. Kataev, *Vremja vpered*.

8 N. Bucharin, E. Preobraženskij, *Das ABC des Kommunismus*, Hamburg 1921.

9 Zitiert von G. Koenen, *Utopie der Säuberung*, Berlin 1998, S. 129.

10 R. Fülöp-Miller, *Geist und Gesicht des Bolschewismus*, Zürich-Leipzig-Wien 1926, S. 281. Hier auch aus einem Gedicht Gastev der Vers: „Es ist wichtig, nicht nur zu rasten, sondern diese Rast auch auszunützen, zu organisieren.“

Netzwerk von Instituten, die sich mit Effizienz und Produktivität der Arbeit beschäftigten: Es galt, die Massen als kollektive Arbeitsmaschine zu organisieren, um die Zeit für den technischen Fortschritt zu ökonomisieren. Die NOT, die unter Leitung des proletarischen Schriftstellers Alexej Gastev die zentrale wirtschaftliche Planung vorausnahm, bestand bis in die dreißiger Jahre, als die Stachanov-Bewegung begann. Gastevs Traum war eine neue Menschheit, die durch Uhr und die Maschine transformiert würde – durch eine Revolution in der Zeit.

Eine ähnliche Organisation, NET – „Zeitliga“ – genannt, wurde von dem Theatermenschen Kerzencev geschaffen. Sie gründete vor allem auf den Ideen Henry Fords. Seine in den zwanziger Jahren entstandenen Schriften *The Meaning of Time* und *Machinery, the New Messiah*, die sich gegen die Vergeudung von Zeit, Material und Energie richteten, waren damals auch in Sowjetrußland weitverbreitet. Henry Fords *My Life* erschien in acht Auflagen und war Pflichtlektüre für Parteimitglieder, Ökonomen, Ingenieure, Manager und Studenten der Technik. Während des ersten Fünfjahrplans wurde ein Abkommen mit der „Ford Motor Plant“ geschlossen, das nicht nur Traktoren und technische Bestandteile, sondern auch Ingenieure aus Detroit nach Sowjetrußland brachte. Fords Erfindung des Fließbands galt hier als positives Mittel für die Ökonomie von Zeit, Ford selbst als Manager von Raum, Volk und Zeit. Einige russische Zeitgenossen sahen in Fords Fließband nicht nur das Modell der Fabrik, sondern das Modell der Gesellschaft überhaupt. Die Beschleunigung des Gangs der Zeit ließ Kerzencev als ersten in Sowjetrußland die Chronokarte einführen. Die Organisation der Jungen Pioniere wurde ursprünglich als „Zeitliga“ konzipiert, um Zeit zu kontrollieren und damit zur Selbstdisziplin beizutragen.

Während im westlichen Europa der zwanziger Jahre der Fordismus höher als der Taylorismus – die Ausbeutung schlechthin – eingeschätzt wurde, gingen in Sowjetrußland beide Bewegungen ineinander über; sie wurden Vorbild für Modernität und Modernisierung. „Amerikanisierung“ (*amerikanizacija*) wurde zur Metapher für beschleunigtes Industrietempo, Effizienz, schnelles Wachstum und Produktivität und der von Lenin verpönten *aziatčina* gegenübergestellt. Erinnerung sei an die von Stalin propagierte Verbindung amerikanischer Effizienz und russischen revolutionären Elans für den Aufbau des Kommunismus.

Die ersten Fünfjahrpläne, die Planifikation der Produktion und vor allem die „vorzeitige“ Planerfüllung sowie die Stachanov-Bewegung (1931) mit den ersten Schockbrigaden waren Stützpfeiler von Stalins Kulturrevolution der dreißiger Jahre und Symbole des Aufbruchs. Es geht um die fanatische Beschleunigung der Zeit, um Tempo und Dynamik für eine Welt, die noch nicht hier ist, doch die es geben wird. Es geht um Zeit, die in die

„lichte, strahlende Zukunft“ weist. *Svetloe buduščee*, die „lichte Zukunft“ – wird zum Lebenssinn der Sowjetmenschen.

Alexander Bogdanovs technische Utopien, die der *science fiction* nahe kamen und Kybernetik und Computerwissenschaft vorausnahmen, waren noch in den frühen dreißiger Jahren, als ihr Verfasser längst in Ungnade gefallen war, Pflichtlektüre an den Parteischulen<sup>11</sup>. Die Utopie war gleichsam die „*conditio humana*“ der frühen Sowjetgesellschaft, die in einem Zeitrausch ohnegleichen lebte: Zeit bedeutete, über die Geschichte zu siegen.

Allerdings gab es auch Gegenstimmen, die in der Form sozialer Anti-Utopien vehement kritisierten, daß die Produktion des Arbeiters von Zeitmessungen abhängig gemacht wurde. So polemisierte Evgenij Zamjatin 1920 in „Wir“ (*My*) gegen die Tayloristen mit ihren schnellen und rhythmischen Bewegungen, die Zeit ersparen sollten, um aus dem Menschen eine einzige Maschine zu machen.

Es war in dieser Epoche des propagandistischen Appells an die „neue Moral“ und die „neue Zeit“, daß der „sowjetische“ Kalender zwischen 1929 und 1940 dreimal revidiert wurde. Als Grund hierfür wurde neben „Produktionszwängen“ der definitive Bruch mit der Vergangenheit angeführt und der Wunsch, sich die Zeit zu unterwerfen, um den Schritt in die Zukunft zu tun. Es ging zunächst darum, die Sonntage aufzuheben, insbesondere weil die russische Bezeichnung für Sonntag *voskresenie* – „Auferstehung“ – lautet; auch sollte die Vorstellung vom Sonntag als erster Tag der Woche ausgemerzt werden. Gedacht wurde ebenfalls daran, die Wochentage überhaupt aufzuheben oder an ihrer Stelle ganz neue Bezeichnungen einzuführen wie „Marx“, „Lenin“, „Industrialisierung“, „Kommune“. Desgleichen sollten neue sowjetische Feiertage geschaffen werden. Ende der zwanziger Jahre wurde verboten, das „Neue Jahr“ mit dem Symbol der Tanne zu begehen – ein Feiertag, der jedoch am 1. Januar 1936 wieder eingeführt wurde. Vorschläge gingen auch in Richtung auf eine neue Jahreszählung, wobei der erste Tag im Jahr der 7. November sein sollte und 1917 das erste Jahr der neuen Ära.

Einer dieser Kalender, der acht Monate lang, vom Oktober 1929 bis zum Juni 1930, existierte, setzte der siebentägigen christlichen Woche ein Ende und führte die fünftägige „sowjetische“ Woche ein – mit fünf Arbeitstagen, der sechste Tag war frei.<sup>12</sup> Der zweite Kalender, ebenfalls mit fünf Arbeitstagen, galt bis zum Juli 1931. Der dritte Kalender ging zur

11 A. Bogdanovs utopische Romane *Krasnaja Zvezda* (Roter Stern) und *Inžener Menni* (Ingenieur Menni) waren noch vor dem ersten Weltkrieg entstanden. Desgleichen seine Organisationswissenschaft, *Tektologija* genannt.

12 Hierzu ein berühmt gewordenes Gedicht von Daniil Charms aus dem Jahre 1929 „*Io Razrušenie*“. Vgl. auch M. Heller/A. Nekrič, *Geschichte der Sowjetunion*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1985, S. 214.

Sechs-Tagewoche über und hielt sich ganze neun Jahre lang bis zum 26. Juli 1940, als die traditionelle Länge der Woche und die traditionellen Namen der Wochentage wieder eingeführt wurden und die sowjetische Regierung den Werktätigen den Sonntag als freien Tag schenkte.

Es ist aufschlußreich, daß diese Experimente in keinem der großen sowjetischen Referenzwerke – etwa den drei Editionen der Großen Sowjetenzyklopädie – angeführt sind und auch in der westlichen Literatur über Revolutionskultur<sup>13</sup> nicht erörtert werden. Einzig ein polnisches Nachschlagewerk weist auf dieses Phänomen hin mit Angabe der einschlägigen Quellen.<sup>14</sup>

Eklatante Zukunftsvisionen des materiellen Wachstums der Sowjetunion gab es auch unter Chruščov. Das auf dem 22. Parteikongreß 1961 angenommene Programm der KPdSU verkündete, daß „die Sowjetunion im nächsten Jahrzehnt (1961–1970) beim Aufbau der materiell-technischen Basis des Kommunismus die USA – das mächtigste und reichste Land des Kapitalismus – in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung überflügeln wird“. Im übernächsten Jahrzehnt (1971–1980) „wird die materiell-technische Basis des Kommunismus errichtet, die für die gesamte Bevölkerung einen Überfluß an materiellen und kulturellen Gütern sichert“, versprach Chruščov im Parteiprogramm, ohne allerdings sein Zukunftsprojekt an die Durchführung weiterer revolutionärer Umwälzungen „von oben“ anzubinden.<sup>15</sup> Nur wenige Jahre nach Chruščovs Proklamation stellte der Dissident Andrej Amalrik in einem berühmt gewordenen Essay die Frage „Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?“ (1966/67).<sup>16</sup> Die Antwort, die er in seiner Anti-Utopie gab, brachte ihn sofort ins Gefängnis: Amalrik zufolge würde der Untergang der Sowjetunion im Jahr 1984 erfolgen.

Verglichen mit den letzten Herrschaftsjahren Stalins war die Bezeichnung der Periode der Regierungsherrschaft Chruščovs als „Taufwetter“ insofern berechtigt, als die schöpferische Intelligencija erstmals wieder einen gewissen Spielraum erhielt. Erstmals erfuhr in der Periode des „Taufwetters“ aber auch die sich immer nur positiv weiterentwickelnde lineare Zukunftszeit einen gravierenden Einschnitt: Die Verbrechen, auf denen die „lichte Zukunft“ gründete, wurden benannt. 1956, auf dem 20. Parteitag, legte Chruščov, wenn auch nur in Form einer Geheimrede, Stalins Verantwortung für die großen Säuberungen und die Massenrepressionen offen. Die von Solženizyn im November 1962 in der Zeitschrift *Novyj Mir* veröffentlichte Erzählung „Ein Tag aus dem Leben des Iwan Denisso-

13 Z. B. R. Stites, *Revolutionary Dreams* (Anm. 5) und S. Plaggenborg, *Revolutionskultur*, Köln/Weimar/Wien 1996.

14 Vgl. „Kalendar“, in A. de Lazari (Hrsg.), *Idee v Rossii. Idee w Rosju. Ideas in Russia. Leksykon rososko-polsko-angielski*, Bd. 1, Warschau 1999, S. 190-196.

15 Vgl. W. Süß, *Die Sowjetunion – Machtentfaltung und Niedergang*, Frankfurt a. M. 1997, S. 32-33.

16 Vgl. A. A. Amalrik, *UdSSR – 1984 und kein Ende*, Frankfurt a. M. 1981.

vitsch“ machte die „lichte Zukunft“ zumindest in Kreisen der Intelligencija ein für allemal zur Illusion.

Der die Magie der Zukunft etwas hinten an stellende „reale Sozialismus“ der Brežnev-Epoche ist im Nachhinein von Gorbačov als Stagnation (*zastoj*) bezeichnet worden, womit der neue Parteichef sein „neues Denken“ und die Dynamik für dringend notwendige Reformen zu rechtfertigen suchte. Was als Perestrojka bekannt werden sollte, begann 1986 mit Gorbačovs Konzept der „Beschleunigung“ – *uskorenje* – der „sozial-ökonomischen Entwicklung auf der Grundlage des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts“: „Mehr Sozialismus bedeutet mehr Dynamik, mehr Elan...“<sup>17</sup> Beschleunigung und Innovation, die den Wertehorizont der Perestrojka ausmachten, setzten in einem gewissen Sinne die sowjetische Utopie fort, den Glauben an die „lichte Zukunft“. Das galt bis Ende Dezember 1991 als Jelzin verkündete, daß „der Untergang der UdSSR nicht der Untergang von Rußland, sondern derjenige der kommunistischen Utopie ist“.<sup>18</sup>

Sämtliche Perioden der sowjetischen Epoche haben unmittelbar mit der Referenz auf Zeit zu tun, der „von oben“ vermittelten Vorstellung, in einer permanenten Bewegung nach vorn, im ungebrochenen Fortschritt der Geschichte zu leben. Chruščov hat schließlich nur Stalin, nicht aber das System für die Verbrechen beschuldigt und in ihnen keinen Hinderungsgrund für die „lichte Zukunft“ gesehen.

Wie aber nahm sich gegenüber der mythischen Zeit der kommunistischen Ideokraten die gelebte Zeit der Russen aus? In welchem Verhältnis befand sich die konkrete Zeit des Sowjetbürgers zur abstrakten Zeit der Sowjeteschatologie? Hierüber sollte der Dialog mit meinem russischen Kollegen und Freund Denis Sdviškov gehen, der auch das von der Belletristik gezeichnete Zeitbild des Sowjetmenschen miteinbeziehen wollte. Ich kann im folgenden nur meinen subjektiven Eindruck wiedergeben und weiß nicht, ob Denis Sdviškov mit mir übereinstimmen würde: daß die Russen, was immer ich in Vor-Perestrojka-Zeiten von ihrem „kommunistischen“ Alltag wahrnahm, mit Zeit so umgingen, als existierte sie nicht; daß sie eigentlich immer Zeit hatten insofern der Alltagszeitbegriff nicht nach vorn gerichtet war, sondern am Augenblick fixiert blieb. Als ob der Exzeß an Zukunft und die Magie der Zukunft einen gleichsam zeit- und richtungslosen Alltag provozierten. Daran vermochte auch der propagandistische Hinweis auf den Plan und seine zeitliche Abkürzung durch die Übererfüllung des Solls nichts zu ändern.

Man stand zwar stundenlang in Schlangen für nahezu alle lebensnotwendigen Gebrauchsgüter wie Lebensmittel und Bekleidung, aber auch für Fahrkarten, Aufenthaltsgenehmigungen, Bezugsscheine für Wohnungen,

17 Zitiert von G. Koenen, Utopie der Säuberung (Anm. 9), S. 395.

18 Jelzin in einer Ansprache am russischen Fernsehen vom 29. Dezember 1991.

Umzüge, Ferien etc. und stand somit im „Streß“, doch das „time is money“-Syndrom kapitalistischer Gesellschaften war in der Sowjetunion unbekannt – und natürlich auch ein Äquivalent für den Begriff Streß. In den Straßen der großen Städte, auf den Bahnsteigen der Metro und Vorortbahnen hielt man vergeblich nach Uhren Ausschau. Auch Privatpersonen schauten nicht auf die Uhr, ja meine Bekannten unter der *Intelligencija* besaßen zum großen Teil gar keine Uhren und kamen entsprechend auch zu Verabredungen oft um Stunden zu spät. „Ničego“, es machte nichts, man hatte ja Zeit. Man saß Nächte hindurch in den Küchen und sprach über Leben, Liebe und Tod – Themen, die sehr viel Zeit erfordern. Die Manuskripte meiner *Intelligencija*-Freunde lagen oft jahrelang in den Tresoren der Abteilungsleiter ihrer Institute, bis der von Parteikadern erstellte „Plan“ ihre Veröffentlichung mit einer im normalen Wissenschaftsbetrieb nicht vertretbaren Verspätung ermöglichte. In der sozial- und geisteswissenschaftlichen Forschung stand die Zeit oft still – ganz im Unterschied zu den Raketenprogrammen und der militärischen Aufrüstung, wo sich Rußland im zeitlichen Wettbewerb mit der anderen Großmacht der Welt befand.

Das in der gesellschaftlichen Praxis stagnierende Zeitgefühl wurde durch das Beschleunigungsmoment (*ustroenie*) der Perestrojka total erschüttert. Die mit Perestrojka und Glasnost' in der Gesellschaft einhergehenden Veränderungen vollzogen sich von allem Anfang an in einem rasanten Tempo, mit einer Dynamik, die vor allem den von Gorbačov geplanten Erneuerungskurs – die Beschleunigung der ökonomischen und sozialen Reformen – aufs schnellste überholten.

Angesichts der rapiden sozialen Veränderungen warnte Gorbačov bereits in einer frühen Rede vor Vertretern der Massenmedien und Künstlerverbände: „In Zusammenhang damit, daß sich die Bewegung beschleunigt, muß man immer 'die Uhren vergleichen' –, und das bezieht sich sowohl auf die Partei als auch auf die Massenmedien“.<sup>19</sup> „Bewegung“, „Beschleunigung“, „Tempo“, „Dynamik“, „Wettlauf mit der Zeit“ kommen in allen von Gorbačov während der Perestrojka gehaltenen Reden immer wieder vor. Sein Zukunftsprojekt war jedoch der von ihm ausgelösten Dynamik nicht gewachsen. Es blieb hinter der von ihm selbst anvisierten Zeit zurück, so daß Gorbačov schließlich an dem von seinen Reformen ausgelösten Tempo scheitern mußte.

Das enorme Tempo der Glasnost', die kurze Zeitspanne, in der die sowjetische Gesellschaft mit Informationen aus der politischen Realität des Landes, die sie jahrzehntelang nicht zur Kenntnis nehmen durfte, überhäuft wurde, hat zu einer tief eingreifenden Transformation ihres Denkens

19 M. S. Gorbačov, Rede beim Treffen mit den Leitern der Massenmedien und der Künstlerverbände im Zentralkomitee der KPdSU, in: Pravda, 15. Juli 1987, zitiert von W. Kabanow (Hrsg.), Perestrojka in der Diskussion, München 1989, S. 345.

über ihre eigene, die sowjetische Zeit und erstmals auch wieder über die Vergangenheit geführt. Sie hat ebenso die Erinnerung an Zeit in eine qualitativ neue Perspektive gestellt.

Die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“, die nicht nur die Legitimität des sowjetischen Staates begründete, sondern die Identität ganzer Generationen markierte, wurde nach 1991 zum „Putsch“, zum „Staatsstreich“ abgewertet. Das Denkmal der Aussöhnung von „Roten“ und „Weißen“, das Jelzin 1997 für die Opfer der Oktoberrevolution versprach, ist bisher nicht errichtet worden. Dafür ließ Jelzin im Sommer 1998 einen Staatsakt für die Beisetzung der Überreste des letzten Zaren, Nikolaj II., und seiner Familienangehörigen ausrichten: Auf den Tag genau achtzig Jahre nach dem Massaker in Jekaterinburg (am 18. Juli 1918) wurden sie in der Peter- und Pauls-Festung in St. Petersburg der historischen Gemeinschaft der Romanov-Herrscher übergeben. Jelzin sprach zwar von einem „Akt der Aussöhnung der russischen Gesellschaft“ und der „nationalen Reue“, doch ging es ihm bei der Inszenierung des Staatsakts weit mehr darum, die Kontinuität des Staates der Russischen Föderation mit dem Staat des zaristischen Rußland zu bezeugen, der durch die Abdankung Nikolajs II. am 2. März 1917 aufgehört hatte zu existieren. Mit anderen Worten: Es ging um die Rechtsnachfolge des zaristischen Imperiums durch die heutige Russische Föderation und damit um historische Kontinuität, deren Nachweis seit den letzten Jahren zahlreiche Politologen und Juristen zu erbringen suchen.<sup>20</sup>

Der Staatsführung im Jelzin-Rußland wie auch der russischen orthodoxen Kirche, die im August 2000 Nikolaus II. heilig sprechen ließ, geht es um die Kontinuität der russischen Geschichte, die die Unbilden der sowjetischen Periode gleichsam ausklammert und die „lichte Zukunft“ in die vorrevolutionäre Vergangenheit zurückprojektiert. Die allseits beschworene „Wiedergeburt“ Rußlands macht sich um so mehr an der weit zurückliegenden Vergangenheit fest, als es für die Zukunft kein konkretes Projekt gibt. Die Suche nach historischer Kontinuität bezeugt die Trikolore, die Peter der Große einst aus Holland nach Rußland brachte und die seit 1991 an Stelle der mit Hammer und Sichel gezeichneten roten Flagge als Staatsflagge dient, desgleichen die Wiederbenutzung des doppelköpfigen zaristischen Doppeladlers als Staatselement, welches die Uniformen der russischen Armee seit dem ersten Tschetschenien-Krieg ziert. Die neue Nationalhymne wurde Michail Glinkas Oper „Ein Leben für den Zaren“ entliehen – ohne daß man sich allerdings auf einen entsprechenden Text einigen konnte.

Alexander Jakovlev hatte als Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Mitglied des Politbüros mit der Verantwortung für das Ressort Ideologie Gorbachov die Grundideen von Perestrojka und Glasnost geliefert.

20 Vgl. hierzu besonders die Aufsätze von Alexej Salmin in der Zeitschrift Politija.

Seit 1992 vertritt er jedoch die Devise „in die Geschichte zurückkehren“, was für ihn bedeutet, vom ideologischen Fundament des Oktober auf dasjenige des Februar zurückzugehen. „Der Oktober hat den Februar gestürzt. Die Diktatur des Bolschewismus hat die Bewegung zur Demokratie unterbrochen.“<sup>21</sup>

Der Kommunismus war keine Geschichte und hat keine Geschichte gehabt – das, was Jakovlev und andere Angehörige der ehemaligen kommunistischen Eliten seit 1992 propagieren, war vormals Gemeingut der Dissidenten. Einige mußten für derartige Aussagen ihre Karrieren opfern. Bezeichnend für diese Auffassung ist u.a. das von Michail Heller und Alexander Nekrič gemeinsam in der Emigration verfaßte Werk „Die Utopie an der Macht“.<sup>22</sup>

Die Intelligencija hat nicht nur in dem für sie bezeichnenden Selbstmitleid die Formel lanciert „wir sind aus der Geschichte herausgefallen“, womit der Verlust ihres sozialen und intellektuellen Prestiges in der „Transformationsperiode“ gemeint ist. Einige ihrer Vertreter setzen in der sogenannten „Kul'turologija“ wieder bei vorrevolutionären Wert- und Glaubensvorstellungen an, um die alte „russische Idee“ für Rußlands Weg in die postkommunistische Zukunft zu mobilisieren.<sup>23</sup>

Als Gegenkultur zur „lichten Zukunft“ und Gegenentwurf zum Fortschritt als bestimmendem Prinzip der Geschichte erfährt heute die „zyklische Zeit“ ihre Wiedergeburt: Zivilisationen haben ihren „Anfang“, ihre „Blüte“ und ihren „Zerfall“. Die kulturhistorische Typenlehre des Geschichtsphilosophen Nikolaj Jakovlevič Danilevskij (1822–1885), mit Versatzstücken aus Spenglers, Toynbees und unlängst auch Huntingtons Vorstellungen über „Zeit in der Geschichte“ und Rußlands spezifischen Ort in der Universalkultur verbrämt, stellt seit Mitte der neunziger Jahre die Grundlage einer neuen, die Stelle des dialektischen Materialismus einnehmenden „metaphysisch“-spekulativen Geschichtskonzeption dar. Als „Kul'turologija“ wird sie von ehemaligen Dozenten des Marxismus-Leninismus seit 1992 als neues allgemeinbildendes Pflichtfach unterrichtet. Unhinterfragt gehen in die Kul'turologija auch die Sinnvorstellungen der russischen Religionsphilosophen des vorangegangenen *fin de siècle* ein, die wie Vladimir Solov'ev, Berdjaev, Bulgakov, Rozanov, Florenskij ihre messianischen, eschatologischen und apokalyptischen Erwartungen dem Materialismus und Positivismus ihrer Zeit entgegenhielten. Auch dieser Bereich der vorrevolutionären „vaterländischen Philosophie“ (*ote-*

21 A. Jakovlev, Uroki odnoj revoljucii, in: Svobodnaja mysl', 7, 1992, S. 93.

22 M. Geller/A. Nekrič, Utopija v vlasti. Istorija Sovetskogo Sojuza s 1917 goda do našich dnej, London 1982. Für die deutsche Übersetzung vgl. M. Heller/A. Nekrič, Geschichte der Sowjetunion 1914–1980, 2 Bde., Königstein/Taunus 1981; 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1985, 2 Bde.

23 Hierzu J. Scherrer, Kul'turologija als ideologischer Diskurs, in W. Kissel/F. Thun/D. Uffelmann (Hrsg.), Kultur als Übersetzung, Würzburg 1999, S. 279-292.

*čestvennaja filosofija*) setzt heute dort an, wo der normale Lauf der russischen Geschichte unterbrochen wurde. Die christliche Konzeption der Zeit der russischen Religionsphilosophie, die erneute Referenz auf Ewigkeit und das „ewige Rußland“ sind aufgerufen, das marxistische Verständnis des historischen Prozesses, den Sprung von Quantität in Qualität – das Neue –, verstanden als ein „zeitliches“ Phänomen, zu überwinden.

Bemerkenswerterweise sind es in erster Linie kaum Fachhistoriker, sondern Wissenschaftler anderer Disziplinen, die heute die typologische, zyklische Variante des kulturhistorischen Prozesses in Rußland propagieren und eine neue Periodisierung der russischen und sowjetischen Geschichte vorschlagen. Hierunter sind in erster Linie der Ökonom Alexandr Samoilovič Achiezer zu nennen mit seinem dreibändigen monumentalen Werk *Rossija: Kritika istoričeskogo opyta* (Rußland: Kritik der historischen Erfahrung)<sup>24</sup> und der Mathematiker Anatolij Fomenko, der in den letzten Jahren zahlreiche Bände vorgelegt hat mit einer Meister-Erzählung der neuen „globalen Chronologie“, die nicht nur auf der Kritik der klassischen Chronologie beruht, sondern auf ihrer totalen Revision.<sup>25</sup>

Die verschiedenen im Jelzin-Rußland unternommenen Versuche, siebzig Jahre sowjetischer Zeit gleichsam in Klammern zu setzen, um mittels einer rückwärtsgewandten Utopie bzw. der kulturalistischen Wende zu der eigentlichen, authentischen russischen Kultur vor 1917 zurückzukehren (die einzig in der russischen Emigration weitergeführt wurde), haben eine kritische Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit durch die russische Öffentlichkeit bisher verhindert. Wie aber lebt der postsowjetische Bürger mit seiner historischen Erinnerung? Was bedeutet es für ihn, daß er die Feiertage vom 7. und 8. November nach wie vor begeht? Feiertage, die ihre Bedeutung verloren, weil sie auf ihren Inhalt, das Ereignis der Feier verzichtet haben?

Interviews, die ich im letzten Jahr zum Zeitpunkt der vormaligen „Revolutionsfeierlichkeiten“ in Moskau durchführte, haben nicht viel ergeben: Man feiere den 7. und 8. November, weil man das immer tat. Es sei eine Tradition, und der Anlaß hätte nie jemanden interessiert. Außer bei den Kommunisten, in deren dünnen Demonstrationenzug ich mich einreichte und die selbst auch nicht an ein Auferstehen der revolutionären Tradition glaubten, feierte man zwei Tage lang, während derer sich das Land in einer nahezu totalen Ruhepause befand, ohne jegliche Erinnerung und ohne Bewußtsein von Zeit. Eric Hobsbawms Hinweis, daß die Welt, die Ende der

24 A. S. Achiezer, *Rossija: kritika istoričeskogo opyta*, 3 Bände, Moskau 1991; zweite überarbeitete und ergänzte Ausgabe, 2 Bände, Nowosibirsk, 1997. Eine Kurzdarstellung der Thesen Achiezers wurde unter dem Titel *Social'no-kul'turnye problemy razvitiya Rossii* 1992 vom INION in Moskau herausgegeben.

25 Vgl. G. V. Nosovskij/A. T. Fomenko, *Novaja chronologija i koncepcija drevnej istorii Rusi, Anglii i Rima: fakty, statistika, gipotezy*, Moskau 1994, 2 Bde.

achtziger Jahre in Stücke brach, eine von den Auswirkungen der Russischen Revolution geprägte Welt war und wir alle von ihr gekennzeichnet waren,<sup>26</sup> trifft heute wohl eher für den westlichen Zeitzeugen als den post-sowjetischen Menschen zu. So hatte es zumindest in Moskau den Anschein.

Ich möchte abschließend ein Beispiel aus der Literatur erwähnen, die für das Thema der Zeitenwenden in Rußland eine so entscheidende Rolle gespielt hat und dabei auf die Verknüpfung von Zeit und Raum bei dem Lyriker Ossip Mandel'stam hinweisen. Dem heute wiederum als transzendent mystifizierten Silbernen Zeitalter der russischen Kultur (das zu Sowjetzeiten als bürgerliche Dekadenz verpöht wurde) setzte Mandelstam mit dem von ihm begründeten Akmeismus das „Steinzeitalter“ entgegen:<sup>27</sup> Die Zeit erscheint geschichtet, und die Dichtung erweist sich als Instrument, das, gleich dem Pflug, die in der Tiefe liegenden Schichten an die Oberfläche holt und damit „Neuland“ schafft. Der Stein ist für Mandel'stam nicht nur die Vergangenheit, er birgt durch seine periodische Schichtung auch die Zukunft in sich. Eine panchrone Struktur entsteht durch die Wiederholung: Der Pflug holt verborgene Schichten immer wieder an die Oberfläche – die Wiederholung widersetzt sich dem Vergessen und stellt sich in den Dienst der Memoria. In der Wiederholung liegt Erinnerung.

Mandel'stam ist von seinem jüngeren Kollegen Joseph Brodsky als „Rußlands größter Dichter im zwanzigsten Jahrhundert“ gepriesen worden. Er kam im Gulag um, seine Gedichte durften zu Sowjetzeiten nicht veröffentlicht, ja nicht einmal in Manuskriptform aufbewahrt werden. Nadežda Mandel'stam, seine Frau, lernte sie daher auswendig und wiederholte sie sich jahrzehntelang Tag für Tag, um sie nicht zu vergessen und der Nachwelt zu überliefern. Ihre Memoiren, 1971 und 1975 in deutscher, allerdings gekürzter Übersetzung erschienen,<sup>28</sup> stellen eines der größten und gleichzeitig bewegendsten Dokumente einer Epoche dar, in der die Zeit, zur Zukunftsperspektive verkürzt, die Gegenwart verachtet. Diese *longue durée* gelebten Lebens wieder in das (individuelle wie auch kollektive) Gedächtnis zurückzuholen, ist eine Aufgabe, die das heutige Rußland zu lösen hat. Und hierfür braucht es wahrscheinlich noch sehr viel Zeit.

26 Vgl. E. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995, zitiert von Koenen (Anm. 9), S. 407.

27 Vgl. O. Mandel'stam, Gespräche mit Dante und „Das Wort und die Kultur“.

28 N. Mandelstam, Vospominanija, New York 1970, und Vtoraja kniga, Paris 1972. Die deutsche Übersetzung: Das Jahrhundert der Wölfe, Frankfurt a. M. 1971 und Generation ohne Tränen. Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1975 (stark gekürzt).

---

**Arne Heise**

**Von den Nachbarn lernen.**

**Zur komparativen Arbeitsmarkt- und  
Beschäftigungspolitik in Großbritannien und  
Deutschland**

1. Einleitung: Das ewige Interesse am Systemvergleich

Seit jeher hat Sozialwissenschaftler der Vergleich verschiedener Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme gereizt: Lag in den sechziger und siebziger Jahren das Schwergewicht eindeutig auf Arbeiten, die sich mit dem Vergleich der beiden Blocksysteme, deren Entwicklung und mögliche Konvergenz – ein „dritter Weg“ – befaßte, so verschob sich der Fokus mit den nicht mehr zu übersehenden ökonomischen Schwierigkeiten und dem gleichfalls unübersehbaren Demokratiedefizit in den Ländern des Staatssozialismus auf die Betrachtung und den Vergleich scheinbar besonders erfolgreicher Modelle des westlichen Kapitalismus: In den achtziger Jahren waren dies insbesondere Japan und die Bundesrepublik Deutschland.

Der Zusammenbruch des osteuropäischen Sozialismus hat nun allerdings keineswegs – wie Francis Fukuyama prognostizierte – zu einem „Ende der Geschichte“ im Sinne einer überdeutlichen und deshalb nicht weiter hinterfragbaren Überlegenheit einer „liberalen Demokratie“ geführt, deren Evolution notwendig zu einer liberalen, marktgesteuerten Wirtschaftsverfassung bei demokratischem Selbstbestimmungsrecht führen muß: Mehr denn je haben sich die Ökonomen an die Arbeit von Andrew Shonfield<sup>1</sup> erinnert, der erstmals die ganze Breite möglicher kapitalistischer Divergenz aufzeigte – statt harmonischem „Ende der Geschichte“ also – wie der amerikanische Arbeitsökonom Richard Freeman es nannte – ein „Krieg der Modelle“.<sup>2</sup>

Kennzeichen dieses „Krieges der Modelle“ ist der besonders schnelle Stellungswchsel: Schon wenige Jahre einer überdurchschnittlichen Beschäftigungsperformanz – und dieses Kriterium ist es in erster Linie, welches am „Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft“ besondere Aufmerksamkeit genießt –, genügen, um ein Land in die Rolle eines „Modells“ zu rücken: Das niederländische „Polder-Modell“, das „Modell Dänemark“,

---

1 A. Shonfield, *Modern Capitalism. The Changing Balance of Public and Private Power*, Oxford 1965.

2 R. Freeman, *War of the models: Which labor market institutions for the 21st century*, in: *Labour Economics*, Vol. 5, 1998, S. 1-24.

das „Modell USA“, das „Modell Neuseeland“ usw. Bei der Kürze der Betrachtungszeiträume bleibt natürlich nicht aus, daß konjunkturelle (Sonder-) Entwicklungen mißinterpretiert und – womöglich zufällige – strukturelle Begleiterscheinungen zu vorbildlichen (oder, bei negativer Entwicklung, zu besonders reformbedürftigen) Arrangements stilisiert werden.

Gemessen an der Arbeitsmarktp Performanz kann auch Großbritannien für sich in Anspruch nehmen, als „Modell“ gehandelt zu werden: Sowohl über die gesamten neunziger Jahre, besonders aber am aktuellen Zeitrund ist die Beschäftigungsentwicklung deutlich günstiger als im Durchschnitt der Europäischen Union, vor allem aber als in der Bundesrepublik (vgl. Tab. 1).

*Tabelle 1:*

*Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Großbritannien, Deutschland und der EU 1990–1997<sup>3</sup>*

	Großbritannien	Deutschland	Europäische Union
$\hat{L}$ (94–97)	1,2	-1,0	0,5
ALQ (94/97)	9,6/7,0	8,4/10,0	11,1/10,7
$\hat{L}$ (90–97)	-0,1	-0,7	-0,2
ALQ (90/97)	7,1/7,0	4,8/10,0	7,7/10,7

$\hat{L}$  = Veränderungsrate der Beschäftigung; ALQ = standardisierte Arbeitslosenquote

Großbritannien ist aber auch aus anderen Gründen ein besonders gut geeigneter Vergleichspartner:

1. In Großbritannien hat in der Thatcher-Ära seit Beginn der achtziger Jahre jener institutionelle Wandel stattgefunden, der in der laufenden Beschäftigungs- und Standortdiskussion für die Bundesrepublik allenthalben gefordert wird: Deregulierung des Arbeitsmarkts, Dezentralisierung und Verbetrieblichung des Kollektivvertrags- und Arbeitsbeziehungssystems, Abbau der sozialen Sicherung. Verfolgt man die wirtschaftspolitischen Kontroversen insbesondere in einschlägigen Wirtschaftszeitungen – z.B. der Wirtschaftswoche und dem Economist –, so gewinnt man den Eindruck, die Bundesrepublik habe Großbritannien in der Rolle des „kranken Mannes Europas“ abgelöst.<sup>4</sup>

<sup>3</sup> Quelle: Europäische Kommission – Beschäftigung in Europa 1998, Luxemburg 1998.

<sup>4</sup> Vgl. Economist, The sick man of the euro, v. 5.-11.06.1999.

2. Großbritannien und Deutschland sind nach Größe, Struktur und außenwirtschaftlicher Exponiertheit, ebenso hinsichtlich ihrer industriesozio-logischen Kultur einander bedeutend ähnlicher als andere Kandidaten eines „Modellvergleichs“, namentlich die USA.
3. Interessanterweise hat in Großbritannien unter dem Stichwort „Stakeholder-Society“ eine Debatte und – wie einige Beobachter glauben – mit Tony Blairs „New Labour“ auch ein regierungspolitisches Programm das Licht der Welt erblickt, das mehr oder weniger starke Anleihen an das „Modell Deutschland“ macht.<sup>5</sup>

Damit bieten sich Großbritannien und die Bundesrepublik für einen „kontrastierenden Vergleich“ an, wobei sich die „kontrastierenden Länder“ nur in den zu untersuchenden Spezifika – hier: Arbeitsmarktinstitutionen und -regulierungen – wesentlich unterscheiden, ansonsten einander aber möglichst ähnlich sein sollten.<sup>6</sup>

Diese Ausführungen legen bereits nahe, daß wir uns bei der Betrachtung des britischen „Flexi-Modells“ und dessen vergleichende Entwicklung auf die „Thatcher-Ära“ konzentrieren werden. Dies gebietet einerseits die Motivation der Untersuchung, andererseits wäre der Untersuchungszeitraum der „Blair-Ära“ zu kurz, um gesicherte Erkenntnisse ableiten zu wollen. Schließlich aber bleibt auch fraglich, ob es – abgesehen von den Maßnahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik unter dem Programmtitel „New Deal“ – tatsächlich erkennbare Veränderungen in den Strukturen des britischen Modells a la „New Labour“ gibt, die es wert wären, untersucht zu werden.<sup>7</sup>

Der Untersuchungszeitraum wird einerseits von der Datenverfügbarkeit – was in der Komparatistik ein besonderes Problem darstellt –, andererseits von der Fragestellung und Methodik diktiert. Der „kontrastierende Vergleich“ erfordert es, einen Zeitraum zu wählen, der möglichst wenig verzerrende Einflüsse durch unterschiedliche Rahmenbedingungen – Konjunktur, Außenwirtschaft etc. – gewährleistet. Beides zusammen führt dazu, daß die Wirkungsanalyse – also nicht nur die Phänomenbeschreibung – mitunter mit Datenmaterial auskommen muß, das Anfang der neunziger Jahre endet. Dies mag vor dem Hintergrund aktueller politischer Debatten

---

5 Vgl. W. Hunton, *The State We're In*, London 1995; N. Thompson, *Supply Side Socialism: The Political Economy of New Labour*, in: *New Left Review*, 216 (1996), S. 37-54; P. Mandelson/R. Liddle, *The Blair Revolution. Can New Labour Deliver?*, London 1996; M. Barrett Brown, *The New Orthodoxy*, in: *European Labour Forum*, Summer 1995, S. 5-10.

6 M. Dogan/D. Pelassy, *How to Compare Nations. Strategies in Comparative Politics*, Chatham 1990, S. 144.

7 Vgl. J. Edmonds, *Die Wahrheit des Traumes – Gewerkschaftspolitik im Übergang von Thatcher zu Blair*, in: P. Scherrer/R. Simons/K. Westermann (Hrsg.), *Von den Nachbarn lernen. Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Europa*, Marburg 1998, S. 216-224, hier S. 216.

beklagenswert sein, für die wissenschaftliche Analyse ergeben sich daraus keine Probleme: Der Untersuchungszeitraum ist allemal lang genug, um gesicherte Erkenntnisse ableiten zu können. Eine etwaige Zeitverzögerung der Effekte von mehr als einer Dekade – worauf eine Argumentation hinausliefere, die Wirkungen erst am aktuellen Zeitrand auszumachen glaubt<sup>8</sup> – müßte wahrlich begründet werden. Wo intmet es die Datenlage und Methodik problemlos zuläßt (z.B. weil „verzerrende Effekte“ berücksichtigt werden oder gerade Teil der Untersuchung sind), wird der Untersuchungszeitraum – dem Aktualitätszwang letztlich doch nachgeben – bis Mitte der neunziger Jahre erweitert.

## 2. Stabilität versus Handel – Entwicklung der Arbeits(market)-beziehungen in Großbritannien und Deutschland

Es kann hier nicht im einzelnen auf die sehr unterschiedlichen Arbeitsmarktregulierungen und Arbeitsbeziehungssysteme in Großbritannien und Deutschland eingegangen werden<sup>9</sup> – vielmehr sollen die wesentlichen Merkmale und ihre Entwicklungslinien seit Anfang der 80er Jahre kurz beschrieben werden.

Das deutsche Arbeitsmarkt- und Industriebeziehungssystem ist durch seine Dualität, Intermedialität und Zentralität recht gut beschrieben, dessen Grundlage ein hoher Grad der Verrechtlichung (ordnungspolitischer, insbesondere aber auch prozeduraler Art) ist. Begleitet und unterstützt wird es von einer – zumindest de jure – Bereitschaft zu wirtschaftspolitischer Intervention durch den Staat und kollektiver Sozialsicherung auf hohem Niveau (dies wird gelegentlich als „Institutioneller Keynesianismus“ bezeichnet<sup>10</sup>).

Trotz einiger Deregulierungsversuche (z.B. die Initiative der FDP zu massiven Einschnitten bei der Mitbestimmungsgesetzgebung<sup>11</sup>) und -maßnahmen (vgl. Tabelle 2) kann eine erstaunliche institutionelle Stabili-

8 Vgl. z.B. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Internationales Beschäftigungs-Ranking 1996, Gütersloh 1996, S. 135; H. Klodt, Großbritannien: Die marktwirtschaftliche Strategie, in: MittAB, H.2, 1998, S. 277-293, hier S. 291.

9 Vgl. dazu A. Heise, Grenzen der Deregulierung, Institutioneller und struktureller Wandel in Großbritannien und Deutschland, Berlin 1999; W. Lecher/H.-W. Platzer (Hrsg.), Europäische Union – Europäische Arbeitsbeziehungen? Nationale Voraussetzungen und internationaler Rahmen, Köln 1994; R. Hyman, The Historical Evolution of British Industrial Relations, in: P. Edwards (Hrsg.), Industrial Relations. Theory and Practice in Britain, Oxford 1995, S. 27-49.

10 Vgl. I. Schmidt, Keynesianismus – Wissenschaftliche Revolution, wirtschaftspolitisches Paradigma oder institutionelles System?, in: A. Heise (Hrsg.), Renaissance der Makroökonomik, Marburg 1998, S. 41-50.

11 Vgl. S. Wood, Weakening Codetermination? Works Council Reform in West Germany in the 1980's; WZB discussion paper FS I 97 – 302, Berlin 1997.

tät des „Modells Deutschland“ konstatiert werden:<sup>12</sup> Die Regulierungsdichte ist weitgehend unverändert, auch das Regulierungsniveau hat sich nur geringfügig zugunsten höherer Handlungsspielräume der Unternehmen (bei entsprechenden Einschnitten der Handlungsoptionen der Gewerkschaften) verschoben.

*Tabelle 2:*

*Eingriffe in das Arbeitsmarkt- und Industriebeziehungssystem seit Anfang der achtziger Jahre in der Bundesrepublik*<sup>13</sup>

Eingriff	Datum	Wesentlicher Bestandteil
Beschäftigungsförderungsgesetz	1985, 1990, 1994, 1996	Lockerung der arbeitsrechtlichen Schutzvorschriften, Erhöhung der Möglichkeit der Befristung von Arbeitsverträgen
Änderung Par. 116 AFG	1986	Beschränkung der Arbeitskämpfmöglichkeiten der Gewerkschaften durch Einschränkung der Alimentation nach AFG bei 'sekundären Aussperrungen'
Novellierung des BetrVG	1988	Detailänderungen zur Bildung von Sprecherausschüssen von leitenden Angestellten und 'Demokratisierung' von BR-Wahlen
Arbeitszeitrechtgesetz	1994	Schaffung von Freiräumen bei der Lage und Länge der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit
Arbeitsförderungs-gesetz	1984, 1994	Kürzung der Lohnersatzleistungen, Verschärfung der Berechtigungskriterien

Und auch der Organisationsgrad der kollektiven Interessenvertreter, insbesondere aber die Bindungskraft der Kollektivverträge<sup>14</sup>, hat sich während

12 Vgl. u.a. W. Müller-Jentsch/H.-J. Sperling, Towards a Flexible Triple System? Continuity and Structural Changes in German Industrial Relations, in: R. Hoffmann u.a. (Hrsg.), German Industrial Relations under the impact of structural change, unification and European Integration, Düsseldorf 1995, S. 9-29.

13 Quelle: B. Keller/H. Seifert, Zwischenbilanz der Deregulierung, in: dies. (Hrsg.), Deregulierung am Arbeitsmarkt, Hamburg 1998, S. 9-35.

14 Trotz der vieldiskutierten „Erosion“ des Flächentarifvertrags (vgl. R. Bispinck, Reform des Flächentarifvertrages, in: WSI [Hrsg.], Tarifhandbuch 1998, Köln 1998, S. 117ff.)

der gesamten liberal-konservativen Regierungsära – die unseren Untersuchungszeitraum abdeckt – wenig verändert. Die Stabilität des deutschen Modells<sup>15</sup> wird besonders offenkundig, wenn sie mit den gravierenden Strukturveränderungen verglichen wird, die das britische System der Arbeitsmarkt- und Industriebeziehungen in der Thatcher-Ära erlebte: Obwohl der traditionelle Voluntarismus des britischen Modells, d.h. die weitgehende Zurückhaltung des Staates aus der ordnungs- oder prozeßpolitischen Regelung der Beziehung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und deren kollektiven Interessensvertretern – durch zahlreiche Eingriffe (vgl. Tabelle 3) zumindest partiell aufgegeben wurde – also die kodifizierte Regulierungsdichte zu- und keineswegs abgenommen hat –, kann doch von einem De-Regulierungsprozeß im üblichen Wortgebrauch gesprochen werden, weil die Eingriffe stets zum Ziel hatten, die Handlungsoptionen (Regulierungsniveau) der Unternehmen zu vergrößern.

Auch das traditionell stärker auf die Betriebsebene konzentrierte Kollektivvertrags- und Industriebeziehungssystem Großbritanniens erfuhr in der Thatcher-Ära eine weitere Dezentralisierung und, so muß man es wohl formulieren, Marginalisierung der kollektiven Interessensvertretung:

- Mit dem Rückgang der „Combine Committees“ und der „Joint Committees“ sowie der Abschaffung des „Burnham Committees“, welches für die zentralen Lohnverhandlungen der Lehrer zuständig war, wurden die letzten Bastionen zentralisierter Kollektivverhandlungen geschliffen.
- Die traditionelle Schwäche der britischen Unternehmensverbände, die bereits in den siebziger Jahren nur etwa 50 Prozent der Unternehmen vertreten konnten, stieg dramatisch mit einem Rückgang des Organisationsgrades auf nur mehr etwa zehn Prozent.
- Der Deckungsgrad von Kollektivverträgen – die in Großbritannien ohnehin nicht rechtlich bindend sind („Gentlemen's Agreements“) – fiel von etwa 70 Prozent in den siebziger Jahren auf unter 50 Prozent in den neunziger Jahren. 1997 lag der Anteil der Beschäftigten des privaten Sektors, der nur von Kollektivverträgen erfaßt war, bei nurmehr 33 Prozent nach 75 Prozent im Jahr 1960.<sup>16</sup>

---

kann wohl kaum bestritten werden, daß die kollektive Aushandlung des wichtigsten Bestandteiles der Tarifverträge – die Lohnkomponente – weiterhin der Normalfall ist und quantitativ in den letzten beiden Dekaden kaum an Bedeutung verloren hat.

15 Die von manchen Beobachtern durchaus in Zweifel gezogen (vgl. Keller/Seifert, Zwischenbilanz der Deregulierung [Anm. 13]), zumindest zukünftig gefährdet gesehen (vgl. Th. Schulten/J. Flecker, *The End of Institutional Stability: What Future for the 'German Model'?*, in: *Economic and Industrial Democracy*, Vol. 20 [1999], S. 81-115) oder auch als Ausdruck des Demokratie- und Staatsversagens interpretiert wird (vgl. N. Berthold/R. Fehn, *The Positive Economics of Unemployment and Labor Market Inflexibility*, in: *Kyklos*, Vol. 49 [1996] 4, S. 583-613).

16 *Labour Market Trends*, London 1998.

Tabelle 3:

*Eingriffe in das Arbeitsmarkt- und Industriebeziehungssystem seit Anfang der achtziger Jahre in Großbritannien*<sup>17</sup>

Eingriff	Datum	Wesentlicher Bestandteil
Employment Act	1980, 1982	Beschränkung der Immunitäten der betrieblichen Gewerkschaftssekretäre mit dem Ziel der Beschränkung der Streikfähigkeit, Beschränkung der Einrichtung sog. 'Closed Shops'
Social Security Act	1980	Kürzung der staatlichen Unterstützung an Familien streikender Arbeitnehmer
Trade Union Act	1984	Eingriffe in die 'innere Demokratie' der Gewerkschaften und Bindung von Streikaktivitäten an Mitglieder-voten
Revision des Employment Protection Act	1985	Neudefinition des 'unfair dismissal' (ungerechtfertigte Kündigung) mit der Zielsetzung, den allgemeinen Kündigungsschutz zu begrenzen
Wage Act	1986	Aufhebung der Mindestlohnvorschriften für jüngere Arbeitnehmer
Employment Act	1988	Faktische Auflösung des 'Closed Shop'
Employment Act	1990	Verbot des 'Closed Shop'
Trade Union Reform and Employment Rights Act	1993	Auflösung der 'Wages Councils'
Aufgabe des 'Earnings Related Supplement'	1982	Reduktion der sozialen Sicherung durch Aufgabe der lohnabhängigen Zusatzzahlung
Einführung der 'Job Seeker's Allowance'	1986	Knüpfung der Lohnersatzleistung an die aktive und nachgewiesene Arbeitsuche

Die Aufgabe des Prinzips der Nicht-Intervention und die Art der erfolgten Regulierung machen deutlich, daß es im wesentlichen darum ging, die nach dem „Winter of Discontent“ (1979) als überbordend empfundene Gewerkschaftsmacht zu brechen und einen grundlegenden Wandel in Richtung einer „Unternehmergesellschaft“<sup>18</sup> einzuleiten.

17 Quelle: Heise, Grenzen der Deregulierung (Anm. 9); Klodt, Großbritannien (Anm. 8).

### 3. Rigidität versus Flexibilität – „There is no alternative“?

Eine dynamische Wirtschaft braucht zweifellos ein hohes Maß an Flexibilität – Anpassungsfähigkeit an sich ständig ändernde Rahmenbedingungen. Um den Facettenreichtum des Begriffs „Flexibilität“ einzuschränken, wollen wir klar benennen, welche Flexibilität im folgenden genauer betrachtet werden soll: Die numerische und die finanzielle Flexibilität. Unter numerischer Flexibilität wollen wir die Fähigkeit zur (internen und externen) Anpassung an veränderte Auftrags- und Marktlagen verstehen, wie sie gewöhnlich über den Labour- und Job-Turnover gemessen wird. Unter finanzieller Flexibilität wird die Fähigkeit eines Lohnsystems verstanden, auf veränderte Marktlagen reagieren zu können.

Voraussetzung für ausreichende Flexibilität, so der allgemeine Tenor der wirtschaftspolitischen Beratung, die sich dem traditionellen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsmodell verpflichtet fühlt,<sup>19</sup> ist eine weitgehende Deregulierung des Arbeitsmarktes und eine Dezentralisierung der Kollektivvertragssysteme – nur so, so die Argumentation, sei die notwendige Mobilität am Arbeitsmarkt und Differenzierung der Löhne – als Signalmechanismus des Arbeitsmarktes – zu erzeugen. Da Großbritannien mittlerweile – nach den beschriebenen Reformen der Thatcher-Ära – eine größtmögliche Flexibilität bescheinigt<sup>20</sup>, die institutionelle Stabilität der Bundesrepublik hingegen als „Sklerose“ verstanden wird<sup>21</sup>, darf ein Vergleich der Entwicklung der numerischen und finanziellen Flexibilität in Großbritannien und Deutschland als vielversprechend gelten: Sowohl das Ausmaß als auch die Entwicklungsgeschwindigkeit der Flexibilität sollte, wenn denn der oben beschriebene Konnex zwischen Deregulierung/Dezentralisierung und Flexibilität Gültigkeit besitzt, in Großbritannien markant größer sein als in der Bundesrepublik.

18 Vgl. B. Jessop, Thatcherism and Flexibility. The White Heat of a Post-Fordist Revolution, in: ders. u.a. (Hrsg.), *The Politics of Flexibility*, Aldershot 1991, S. 135-161.

19 Vgl. Berthold/Fehn, *Positive Economics* [Anm. 15]; A. Brandt, Ursachen der Arbeitslosigkeit und Perspektiven der Beschäftigungspolitik in Deutschland, Frankfurt a. M. 1995; H. Siebert, *Geht den Deutschen die Arbeit aus?*, München 1994; E. Gaugler/H. G. Krüsselberg, *Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse*, Berlin 1986.

20 Vgl. R. Freeman, *Labor Markets in Action. Essays in Empirical Economics*, New York 1989, S. 275; OECD, *Economic Surveys – United Kingdom*, Paris 1994; P. Minford/J. Riley, *The UK labour market: micro rigidities and macro obstructions*, in: R. Barrell (Hrsg.), *The UK labour market. Comparative aspects and institutional developments*, Cambridge 1994, S. 258-272; UNICE; *Wirtschaftsbericht Mai 1999*, Brüssel 1999.

21 Vgl. H. Giersch, *Eurosclerosis*. Discussion Paper No. 112, Institut für Weltwirtschaft, Kiel 1985; H. Giersch/K.-H. Paqué/H. Schmieding, *The fading miracle*, Cambridge 1992; L. Funk, *Labour Market Dynamics in Western Europe and the USA*, in: W. Filz/C. Köhler (Hrsg.), *Macroeconomic Causes of Unemployment: Diagnosis and Policy Recommendations*, Berlin 1999, S. 189-225.

### 3.1 Finanzielle Flexibilität

Ein erster Blick auf die Lohnentwicklung ergibt Erstaunliches (vgl. Tab. 4). In keinem Zeitraum war die Nominallohnpolitik in Großbritannien – trotz der über die gesamten achtziger und frühen neunziger Jahre höheren Arbeitslosenquote, und der vollständigen Dezentralisierung des Kollektivvertragssystems und der Marginalisierung der Gewerkschaften – moderater als in der Bundesrepublik. Viel entscheidender aber: Die Reallöhne entwickelten sich in Großbritannien nicht nur rasanter als in der Bundesrepublik, sie schöpften auch den durch die Produktivitätsentwicklung gegebenen Spielraum deutlich höher aus – allerdings hatte dies keinen offensichtlichen Einfluß auf die komparative Beschäftigungsentwicklung: Trotz geringerer „Lohnzurückhaltung“ (LZH) Ende der achtziger und der zweiten Hälfte der neunziger Jahre verzeichnete Großbritannien eine deutlich günstigere Beschäftigungsentwicklung in diesen Zeiträumen, andererseits fiel diese Anfang der neunziger Jahre – bei ebenfalls geringerer Lohnzurückhaltung – noch bedeutend schlechter aus als in Deutschland.

Tabelle 4:  
Entwicklung ausgewählter Variablen<sup>22</sup>

	Deutschland				Großbritannien			
	71-80	81-90	90-94	94-97	71-80	81-90	90-94	94-97
$\hat{w}$	8,5	3,5	4,1	2,2	16,0	8,6	5,2	3,9
$\hat{P}$	5,0	2,6	3,2	1,7	13,6	6,1	3,4	2,6
$\hat{\left(\frac{w}{P}\right)}$	3,5	0,9	0,9	0,5	2,4	2,5	1,8	1,3
$\hat{\omega}$	2,6	1,5	1,8	2,7	1,7	2,1	2,0	1,6
LZH	0,9	0,6	0,7	2,2	-0,7	0,4	0,2	0,3
$\hat{L}$		0,5	-0,4	-1,0		1,2*	-1,1	1,2
ALQ	2,2	6,0	6,1	8,9	3,8	9,7	7,7	8,4

22 Quelle: Europäische Wirtschaft Nr. 54, 1993; S. Butcher/D. Hart, An analysis of working time 1979–1994, in: Employment Gazette, May 1995, S. 211–221; IAB-Zahlenbibel 1995; WSI-Tarifhandbuch 1997; Eurostat-Labour Force Survey (CD-Rom); Europäische Kommission – Beschäftigung in Europa 1998, Luxemburg 1998.

*Anmerkungen:*  $\hat{\cdot}$  = Wachstumsrate einer Variablen,  $w$  = Nominallohn,  $P$  = Preisindex der Lebenshaltung,  $(\frac{w}{P})$  = Reallohn,  $\varpi$  = Erwerbstätigenproduktivität, LZH = Lohnzurückhaltung definiert als Erwerbstätigenproduktivität minus Reallohn,  $L$  = Erwerbstätige, ALQ = standardisierte Arbeitslosenquote; \* = 1982–1989.

Betrachtet man die Sensitivität der Lohnpolitik, d.h. Rücksichtnahme auf die Marktentwicklung (gemessen als Elastizität der Nominallohnentwicklung in bezug auf die Arbeitslosenquote), so zeigt sich dreierlei:<sup>23</sup>

1. Einerseits reagieren beide Kollektivvertragssysteme gleichermaßen sensibel auf die Veränderung der Arbeitsmarktentwicklung, auch scheint die Sensibilität mit der trendmäßigen Verschlechterung der Arbeitsmärkte gleichermaßen zugenommen zu haben.
2. Allerdings läßt sich diese Sensitivität in Großbritannien tatsächlich erst seit den drastischen Reformen der Thatcher-Ära statistisch signifikant nachweisen – dies deutet auf bestehende, Ende der siebziger Jahre nach Reformen drängende Mißstände hin.
3. Schließlich zeigt das britische Lohnsystem – anders als das deutsche – deutliche Spuren von Insider-Verhalten: Die Lohnentwicklung berücksichtigt nicht nur die absolute Höhe der Arbeitslosigkeit – als Knappheitsindikator –, sondern auch die Veränderung der Arbeitslosenquote. Damit wirkt nicht erst der tatsächliche Abbau der Arbeitslosigkeit lohntreibend, sondern bereits der Rückgang des Anstiegs.<sup>24</sup> Diese sonderbar anmutenden Ergebnisse lassen sich recht gut im Rahmen eines Korporatismus-Modelles der Lohnbildung<sup>25</sup> erklären: Korporatistische, zentrale Kollektivvertragsorganisationen („umfassende Organisationen“ im Sinne Mancur Olsons) sind eher in der Lage und Willens, die gesamtwirtschaftlichen Effekte ihrer Handlungen einzuschätzen und zu berücksichtigen, als dezentrale, betriebsorientierte Organisationen.<sup>26</sup>

In der gegenwärtigen lohnpolitischen Diskussion spielt allerdings die Lohndifferenzierung eine größere Rolle als die Höhe der durchschnittlichen Abschlüsse. Die Argumentation ist einfach: Mangelnde Berücksichtigung regionaler, sektoraler und qualifikatorischer Gesichtspunkte bei der Lohngestaltung – Ergebnis zentraler Kollektivverhandlungen – reduzieren die

23 Vgl. Heise, Grenzen der Deregulierung (Anm. 9).

24 Vgl. C. Schnabel, Tariflohnpolitik und Effektivlohnfindung, Frankfurt a. M. u.a. 1997, S. 99f.

25 Vgl. C. N. Teulings, A new theory of corporatism and wage setting, in: European Economic Review, Vol. 41 (1997), S. 659-669.

26 Vgl. auch D. Soskice, Wage Determination: The Changing Role of Institutions in Advanced Industrialized Countries, in: Oxford Review of Economic Policy, Vol. 6 (1990) 4, S. 36ff.

räumliche und geistige Mobilität der Arbeitnehmer und führen so zu regionalen und qualifikatorischen Mißmatches, behindern den Strukturwandel und lassen Jobs am unteren Ende der Einkommens- und Qualifikationsskala unrentabel werden. Auch hier mag der deutsch-britische Vergleich überraschen: Zwar läßt sich nicht bestreiten, daß die Lohndispersion in Großbritannien seit Anfang der achtziger Jahre nicht nur schneller zugenommen hat als in der Bundesrepublik, sie hat auch ein erheblich höheres Ausmaß erreicht – so verdient das oberste (neunte) Einkommensdezil in Großbritannien durchschnittlich mehr als viermal so viel wie das unterste (erste) Einkommensdezil, während dies in der Bundesrepublik bei etwa 1:2,5 stabil verbleibt.<sup>27</sup> Damit hat die Lohndifferenzierung – wenn auch auf höherem absolutem Einkommensniveau – in Großbritannien längst wieder das Niveau „Viktorianischer Zeiten“ Ende des letzten Jahrhunderts erreicht.

Bei genauer Analyse wird man feststellen, daß diese Lohndispersionsunterschiede im wesentlichen auf stark differierende qualifikatorische Lohndifferenzierung zurückzuführen ist – sowohl die regionale als auch die sektorale Lohndispersion zeigt einerseits wenig Unterschiede zwischen beiden Ländern<sup>28</sup>, andererseits ein häufig bestrittenen Differenzierungsausmaß. Die weitgehend stabile Lohndispersion in der Bundesrepublik läßt sich dabei ebenso als Folge der Stabilität des korporatistischen Kollektivvertragssystems interpretieren<sup>29</sup>, wie die dramatische Zunahme der Lohnungleichheit in Großbritannien Folge des institutionellen Wandels ist<sup>30</sup>.

Zunehmende qualifikatorische Lohndifferenzierung ist aber natürlich kein Wert an sich – sie führt im Gegenteil zu hohen sozialen Kosten<sup>31</sup> und

27 Europäische Kommission, Beschäftigung in Europa 1998, Luxemburg 1999, S. 73ff.

28 Vgl. Heise, Grenzen der Deregulierung (Anm. 9), S. 109 ff; für den sektoralen Vergleich: L. Bellmann/J. Möller, Institutional Influences in Interindustry Wage Differentials, Regensburger Diskussionsbeiträge zur Wirtschaftswissenschaft Nr. 257, 1993; R. Elliot/M. White, Recent Developments in the Industrial Wage Structure of the UK, in: Cambridge Journal of Economics, Vol. 17 (1993), S. 109-129; M. Beatson, Labour Market Flexibility, Employment Department Research Series No. 48, 1995; Teulings, A new theory of corporatism (Anm. 25); für den regionalen Vergleich: G. Johnes/Th. Hyclak, Wage Inflation and Unemployment in Europe: The Regional Dimension, in: Regional Studies, Vol. 23 (1989) 1, S. 19-26; Th. Hyclak/G. Johnes, Regional Wage Inflation and Unemployment Dynamics in Great Britain, in: Scottish Journal of Political Economy, Vol. 39 (1992) 2, S. 188-200.

29 Vgl. J. Zweimüller/E. Barth, Bargaining structure, wage determination, and wage dispersion in 6 OECD countries, in: Kyklos, Vol. 47 (1994), S. 81-93; E. Barth/J. Zweimüller, Relative Wages under Decentralized and Corporatist Bargaining Systems, in: Scandinavian Journal of Economics, Vol. 97 (1995) 3, 369-384.

30 Vgl. D. Leslie/Y. Pu, What Caused Rising Earnings Inequality in Britain? Evidence from Time Series, in: British Journal of Industrial Relations, Vol. 34 (1996) 1, S. 111-130.

31 Vgl. A. Glyn/D. Miliband (Hrsg.), Paying for Inequality. The Economic Cost of Social Injustice, London 1994.

dynamischer Ineffizienz<sup>32</sup>, die durch überlegene ökonomische Arbeitsmarktp Performanz kompensiert werden müssen. Die qualifikatorische Lohn dispersion sollte die relativer Verbilligung der gering qualifizierten Arbeitnehmer einerseits den „skill biased“ technischen Fortschritt verzögern, andererseits den Strukturwandel in Richtung geringqualifizierter Dienstleistungen befördern.

*Tabelle 5:*  
*Qualifikationspezifische Arbeitslosenquoten*<sup>33</sup>

	Jahr	Erstes Viertel	Letztes Viertel	Verhältnis
D Männer	1978	3,6	1,7	2,12
	1987	11,0	4,2	2,64
	1995*	13,5	4,3	3,14
D Frauen	1978	4,4	3,5	1,24
	1987	12,5	8,1	1,54
	1995*	13,2	6,2	2,12
GB Männer	1979	5,9	1,9	3,14
	1990	11,6	2,2	5,3
	1992*	19,1	4,5	4,24
	1994*	21,0	4,3	4,88
GB Frauen	1979	6,1	4,1	1,47
	1990	7,6	3,7	2,04
	1992*	9,9	4,2	2,36
	1994*	10,0	4,1	2,46

*Anmerkungen:* \* = Daten nicht mit den übrigen Daten vollständig kompatibel: für Deutschland handelt es sich um Daten für 'less than upper secondary education' und 'tertiary level education', für Großbritannien 'ohne Abschluß' und 'Akademischer Grad oder gleichwertiger Abschluß'

Tabelle 5 macht deutlich, daß die geringqualifizierten Arbeitnehmer in Großbritannien nicht von der markant höheren qualifikatorischen Lohndifferenzierung profitiert haben – ihre spezifische Arbeitslosenquote ist nicht

32 Wenn z.B. die Ausbildung junger Menschen nicht mehr rentabel wird und auch die Ausbildungsbereitschaft der Arbeitnehmer bei zunehmender Kündigungs- und Entlassungswahrscheinlichkeit sinkt; vgl. J. S. Pischke, Ausbildung und Lohnstruktur: Deutschland und die USA in den achtziger Jahren, in: B. Gahlen/H. Hesse/H. J. Ramser (Hrsg.), Verteilungsprobleme der Gegenwart. Diagnose und Therapie. Wirtschaftswissenschaftliches Seminar Ottobeuren Nr. 27, Tübingen 1998, S. 95-117; G. Bosch, In der Globalisierungsfalle? Tendenzen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen im Ländervergleich, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 50 (1999) 4, S. 210-220.

33 Quelle: OECD-Jobs Study – Part 1, Paris 1994, P. Gregg, Was geschah eigentlich auf dem britischen Arbeitsmarkt?, in: A. Heise (Hrsg.), Beschäftigungskrise in Europa, Marburg 1997, S. 53-84; OECD-Employment Outlook 1997 und 1998; eigene Berechnungen.

nur<sup>34</sup> höher als in der Bundesrepublik, insbesondere die relative Betroffenheit, also das Verhältnis von gering- zu hochqualifizierter Arbeitslosigkeit ist in Großbritannien (für Männer und Frauen gleichermaßen) ausgeprägter als in der Bundesrepublik.<sup>35</sup> Und dieses Mißverhältnis hat sich in Großbritannien seit Ende der siebziger Jahre – entgegen aller Prognosen der Deregulierungstheoretiker – gar noch verschärft. Zieht man die gleichzeitig gesunkenen Partizipationsquoten der Geringqualifizierten von etwa 63 Prozent Ende der achtziger Jahre auf 55 Prozent Mitte der neunziger Jahre in Betracht (bei einer gleichzeitigen Erhöhung in der Bundesrepublik von etwa 51 Prozent auf etwa 57 Prozent<sup>36</sup>), dann wird die Diskrepanz zwischen Theorie und Wirklichkeit offensichtlich.<sup>37</sup> Zu diesen nackten Daten der Arbeitsmarktentwicklung passen dann auch einige Ergebnisse zum vergleichenden Strukturwandel<sup>38</sup>:

1. Der vielbeklagte Dienstleistungsrückstand der Bundesrepublik erweist sich im Vergleich mit Großbritannien im wesentlichen als ein statistisches Artefakt: Er ist einem in Großbritannien früher einsetzenden Prozeß des „Outsourcings“ – das heißt der betrieblichen Verselbständigung von Dienstleistungen – geschuldet. Vergleicht man den Anteil der Beschäftigten in Dienstleistungstätigkeiten (nicht -branchen), dann schmilzt der bestehende Unterschied schnell dahin: 1991 waren in

---

34 Dies gilt zumindest für Männer. In der geringeren Frauenarbeitslosigkeit in Großbritannien spiegelt sich einerseits die höhere Teilzeitquote, andererseits die geringere Partizipationsquote im Segment der 30- bis 50jährigen – gleichwohl muß dieses Phänomen als weiter untersuchungsbedürftig eingeschätzt werden.

35 Nach meiner Kenntnis gibt es nur eine Studie, die diesen Sachverhalt bestreitet: St. Nickell, *Unemployment and Labour Market Rigidities: Europe versus North America*, in: *The Journal of Economic Perspectives* 11 (1997) 3, S. 55-74. Nickell berechnet eine höhere Inzidenz der geringqualifizierten Arbeitslosigkeit in Deutschland als in Großbritannien – allerdings geht dies nicht auf eine niedrigere Arbeitslosenquote der Gering-, sondern der Hochqualifizierten zurück. Insgesamt leidet die Aussagekraft der Empirie von Nickell, weil er keine vergleichbaren Qualifikationskategorien wählt.

<sup>36</sup> Vgl. OECD *Employment Outlook* 1997, Paris 1997.

37 B. Fitzenberger/W. Franz (Flexibilität der qualifikatorischen Lohnstruktur und Lastverteilung der Arbeitslosigkeit: Eine ökonomische Analyse für Westdeutschland, in: B. Gahlen/H. Hesse/H. J. Ramser [Hrsg.], *Verteilungsprobleme der Gegenwart. Diagnose und Therapie*. Wirtschaftswissenschaftliches Seminar Ottobeuren Nr. 27, Tübingen 1998, S. 47-79) glauben zwar die Reagibilität der qualifikationsspezifischen Beschäftigung mit Blick auf die qualifikatorische Lohndispersion ökonomisch berechnet zu haben, weisen aber selbst auf die Vorläufigkeit des Ergebnisses hin. S. J. Nickell/B. Bell (*Changes in the Distribution of Wages and Unemployment in OECD countries*, in: *American Economic Review – Papers and Proceedings*, Vol. 86 [1996] 2, S. 302-314) unterstützen die hier vorgetragene Zurückweisung des Zusammenhangs anhand eines europäisch-amerikanischen Vergleichs.

38 Vgl. Heise, *Grenzen der Deregulierung* (Anm. 9), S. 133ff.

Deutschland 69 Prozent der Erwerbstätigen in Dienstleistungstätigkeiten beschäftigt, in Großbritannien waren es 70,7 Prozent.<sup>39</sup>

2. Bei erheblichen Parallelen in der sektoralen Entwicklung sind größere Differenzen nur im Bereich der Branchen „Kreditinstitute/ Finanzierungen“, „Allgemeine Dienstleistungen“ und „Handel“ auszumachen. Einerseits entpuppen sie sich als Kategorisierungsdifferenzen, andererseits zeigt sich hier die deutlich günstigere Entwicklung des privaten Verbrauchs in Großbritannien.
3. Schließlich läßt sich weder für Großbritannien noch für die Bundesrepublik noch für die komparative Entwicklung ein systematischer Zusammenhang von Qualifikationsniveau und Beschäftigungsentwicklung herleiten.

Die Quintessenz dieser Ausführung kann nur sein: Das deutsche Lohnfindungssystem unterscheidet sich vom britischen „Flexi-System“ in zwei wesentlichen Punkten: Es ist weniger anfällig für Insider-Verhalten und es verhindert eine Lohndifferenzierung, die zwar extreme Lohnungleichheit, nicht aber eine bessere gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsentwicklung oder auch nur verbesserte Beschäftigungschancen der Geringqualifizierten bedeuten muß.<sup>40</sup>

### 3.2. Numerische Flexibilität

Die numerische Flexibilität ist ein zweiseitiges Schwert: Einerseits bedarf es der Möglichkeit, auf marktliche Veränderungen mit Beschäftigungsanpassungen reagieren zu können – jede Einschränkung der Handlungsoptionen der Unternehmen bremst zwar im Konjunkturabschwung die Entlassungen, reduziert aber auch im Konjunkturanfchwung die Bereitschaft zum Beschäftigungsaufbau und erhöht die Möglichkeit der betrieblichen Insider, „Renten“ einzustreichen („Rent-Seeking“). Andererseits aber reduziert die Bereitschaft bzw. die Gefahr des Stellenwechsels gleichermaßen die Bereitschaft zur Bildung von (betriebsspezifischem wie allgemein verwendbarem) Humankapital aus Sicht der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Es kommt deshalb nicht darauf an, ein Höchstmaß an Arbeitskräftemobilität – gemessen als Labour- und Job-Turnover – zu realisieren, sondern ein optimales Ausmaß zu finden zwischen Entlassungsmöglichkeit (aus Sicht des Unternehmens) und Kündigungswahrscheinlichkeit (aus

39 Vgl. J. Haisken-DeNew u.a., Keine Dienstleistungslücke in Deutschland – ein Vergleich mit den USA anhand von Haushaltsbefragungen, in: DIW Wochenbericht Nr. 14, Berlin 1996, S. 221-226 und Institute for Employment Research (IER), Review of the Economy and Employment – Occupational Studies (3 Bde.), University of Warwick, Coventry 1995.

40 Für eine Erklärung dieses die Allokationstheorie in große Erklärungsnöte stoßenden Ergebnisses siehe A. Heise, Ungleichheit und Beschäftigung aus makroökonomischer Perspektive, in: ders. (Hrsg.), Renaissance der Makroökonomik, Marburg 1998, S. 241-266.

Sicht des Arbeitnehmers) einerseits und interner (betrieblicher Arbeitsmarkt) und externer Flexibilität andererseits. Der Vergleich der numerischen Flexibilität in der Bundesrepublik mit jener in Großbritannien kann zwar keine Auskunft über die Optimalität bringen (die von den institutionellen Rahmenbedingungen abhängt), wohl aber einen Hinweis darauf erlauben, ob jenen zuzustimmen ist, die wie Ronald Schettkat keine Mobilitätsbeschränkungen als Grund für die Arbeitsmarktprobleme erblicken<sup>41</sup>, oder jenen, die wie Norbert Berthold und Edgar Thode oder Henning Klodt genau hierin einen entscheidenden Mangel des deutschen Arbeitsmarktes zu erkennen glauben.<sup>42</sup>

Folgende Ergebnisse lassen sich festhalten:

- In der Bundesrepublik wird im Durchschnitt etwa jeder dritte Arbeitsplatz pro Jahr (!) mit einem neuen Arbeitnehmer besetzt – dieser Labour-Turnover ist seit Jahren weitgehend stabil, der leicht regressive Trend geht auf den Rückgang von „Kündigungen“ (als Ausdruck der freiwilligen Wechselentscheidung des Arbeitnehmers, im Gegensatz zur „Entlassung“ durch den Arbeitgeber) angesichts einer zunehmenden Arbeitsmarktschieflage zurück. Diese Arbeitskräftemobilität scheint – bei nur bedingter Vergleichbarkeit des Datenmaterials<sup>43</sup> – etwas größer zu sein als in Großbritannien, wo der Labour-Turnover ebenfalls – trotz der Deregulierungsmaßnahmen der Thatcher-Ära – weitgehend stabil verblieb. Auch Untersuchungen auf betrieblicher Ebene zeigen keinerlei erkennbare Anpassungsbeschränkungen für Unternehmen in der Bundesrepublik<sup>44</sup>, allerdings eine deutlich niedrigere „freiwillige“ Fluktuation gegenüber Großbritannien<sup>45</sup>.
- Der Job-Turnover, der im Gegensatz zum Labour-Turnover lediglich die über den externen Arbeitsmarkt abgewickelte Veränderung betrieblicher Stellen beschreibt, ist zwar in Deutschland höher als in Großbritannien, in beiden Ländern aber liegt er deutlich unter dem OECD-Durchschnitt. Allerdings ist der Job-Turnover ein unzureichendes Mittel, um die be-

---

41 R. Schettkat, Mobilität im Arbeitsmarkt – eine Funktion der Makroökonomie, in: W. Franz (Hrsg.), Mikro- und makroökonomische Aspekte der Arbeitslosigkeit (BeitrAB 165), Nürnberg 1992, S. 25-35, hier S. 33.

42 N. Berthold/E. Thode, Auslagerungen versicherungsfremder Leistungen – Ausweg oder Kreisverkehr?, in: Wirtschaftsdienst, H. 7, 1996, S. 350-358 oder H. Klodt, Großbritannien (Anm. 8).

43 Vgl. Heise, Grenzen der Deregulierung (Anm. 9), S. 117ff.

44 Vgl. D. Sadowski/U. Backes-Gellner/B. Frick, Works Councils: Barriers or Boosts for the Competitiveness of German Firms?, in: British Journal of Industrial Relations, Vol. 33 (1995) 3, S. 493-513.

45 Vgl. B. Frick, Mitbestimmung und Personalfluktuations, München/Mering 1997.

triebliche Anpassungsfähigkeit<sup>46</sup> oder gar die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsdynamik begründen zu wollen<sup>47</sup>.

- Schließlich weist auch die Durchlässigkeit des Beschäftigungssystems weder in der Bundesrepublik noch in Großbritannien auf Verkrustungen hin, die es beschäftigten Insidern ermöglicht, arbeitslose Outsider auszugrenzen – ein häufig hemühntes Argument für die Persistenz der Arbeitslosigkeit (Hysteresis): In Großbritannien wird etwa jeder 5,5. Arbeitsplatz mit einem Arbeitslosen besetzt, in der Bundesrepublik ist es etwa jeder sechste Arbeitsplatz.

Diese empirischen Befunde bedeuten – weder von der absoluten Größenordnung noch im deutsch-britischen Vergleich – auf Verkrustungen des deutschen Arbeitsmarktes, der eine vergleichbare Flexibilität wie der britische Arbeitsmarkt aufweist. Die weitgehende Stabilität der Arbeitskräftemobilität, die auch in Großbritannien trotz Arbeitsmarktderegulierung nicht auffällig zugenommen und keineswegs zu einem „Hire-and-Fire-System“ nach amerikanischem Vorbild führte, deutet auf die Optimalität des Flexibilitätsmixes hin – eine Erweiterung des Flexibilitätsspielraumes muß dann nicht notwendigerweise auch zu dessen Nutzung führen. Und dennoch mag die Deregulierungspolitik in Großbritannien – allerdings in negativer Weise – Auswirkungen gezeitigt haben: Die subjektive Wahrnehmung der Beschäftigungsstabilität zeigt ein extrem hohes und weiter steigendes Maß an Beschäftigungsunsicherheit in Großbritannien (1995 waren ca. 80 Prozent aller Beschäftigten unzufrieden mit der Arbeitsplatzsicherheit, demgegenüber die deutschen Arbeitnehmer von deutlich höherer Beschäftigungssicherheit ausgehen können – nur etwa 40 Prozent machten sich Sorgen um die Beschäftigungssicherheit<sup>48</sup>). Hohe Verweildauer in einem Unternehmen ist aber eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Bereitschaft zur Humankapitalbildung.

#### 4. Mikro versus Makro – Was erklärt die Beschäftigungsperformunz?

Auf den ersten Blick könnten die Auffassungen über die Makropolitik in Großbritannien und der Bundesrepublik kaum unterschiedlicher sein: In der Bundesrepublik wird die Bedeutung makroökonomischer Politikbereiche – insbesondere der Geld- und Finanzpolitik – für die Verbesserung der Arbeitsmarktlage gering geschätzt. Die Gründe sind vielfältig und allbekannt: Die zunehmende Globalisierung mache nationalstaatliche Interventionspolitik weitgehend unmöglich („Spill-Over-Effekte“ und „Exit-Möglichkeit“ des Kapitals), die hohe Staatsverschuldung lasse eine als „Deficit Spen-

46 Vgl. W. Sengenberger, Mangelnde Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt als Ursache der Arbeitslosigkeit, in: H. J. Krupp/B. Rohwer/K. W. Rothschild (Hrsg.), Wege zur Vollbeschäftigung, Freiburg 1986, S. 91-106.

47 Vgl. OECD Employment Outlook 1996, Paris 1996, S. 169.

48 Vgl. OECD Employment Outlook 1997, Paris 1997.

ding“ verstandene Intervention nicht länger zu, ohne die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik zu gefährden. Und überhaupt lägen die Probleme nicht im konjunkturellen, zyklischen Bereich, sondern in der Strukturschwäche der Arbeitsmärkte – jede Makropolitik müßte also an den Symptomen, nicht aber an den Ursachen herumdoktern<sup>49</sup>. Im Gegensatz dazu wird in Großbritannien die Makropolitik – bzw. ihre fehlerhafte Gestaltung – als der wesentliche Grund für den Fortbestand der Arbeitslosigkeit angesehen.<sup>50</sup> Auf den zweiten Blick verwundert es aber nicht, wenn in der Bundesrepublik – mit ihrer institutionellen Stabilität – im wesentlichen Mikrorigiditäten, in Großbritannien – nach vollzogener Deregulierung des Arbeitsmarkt- und Kollektivvertragssystems – aber Makroobstruktionen als Grundlage der anhaltenden Arbeitsmarktprobleme gesehen werden. Bemerkenswert aber ist zweierlei:

1. In Großbritannien wird immerhin eingeräumt, daß Makropolitik – zumindest beschäftigungsbeschneidend – wirksam und folglich eine bessere Abstimmung des ökonomischen Policy-Mix einer Beschäftigungsförderung dienlich sein kann.
2. Wenn es denn richtig ist, was wir bisher dargestellt haben, nämlich, daß es keine gravierenden Differenzen hinsichtlich der numerischen und finanziellen Flexibilität in Großbritannien und Deutschland gibt (mit Ausnahme der qualifikatorischen Lohndifferenzierung, die aber offenbar keine negativen Konsequenzen für die Beschäftigungschancen der Geringqualifizierten hat), dann müßten – der britischen Argumentation folgend – auch in Deutschland Makroobstruktionen von wesentlicher Bedeutung für die Erklärung der Arbeitsmarktentwicklung sein.

Wir wollen dieser Spur folgen und untersuchen, ob die komparative Arbeitsmarktentwicklung (vgl. Abbildung 1), die sich im wesentlichen durch

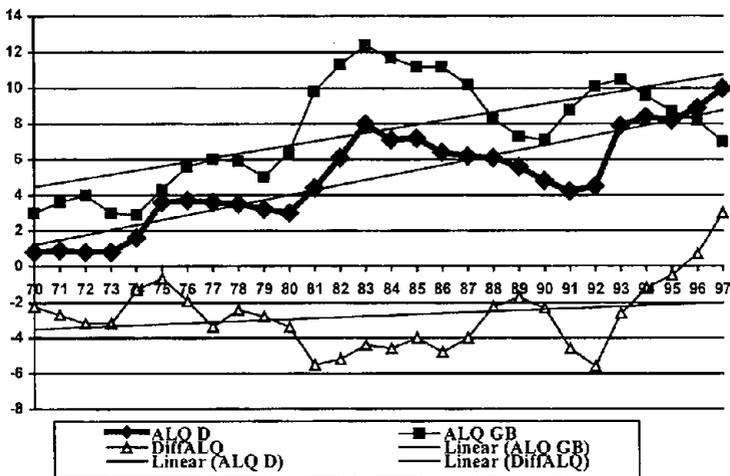
49 Vgl. N. Berthold, Abschied von überholten Glaubenssätzen, in: Wirtschaftsdienst, H. 1, 1996, S. 14-18; Siebert, Geht den Deutschen die Arbeit aus? (Anm. 19); Sachverständigenrat (SVR), Jahresgutachten 1998/99, Bundestagsdrucksache 14/73 v. 20.11.1998, Ziffer 335ff. Selbst in der modernen (Mainstream-)Makrotheorie spielen nunmehr mikroökonomische Erklärungsmodelle eine Rolle: vgl. z.B. W. Franz, Theoretische Ansätze zur Erklärung der Arbeitslosigkeit. Wo stehen wir 1995?, in: B. Gahlen/H. Hesse/H.-J. Ramser (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Möglichkeiten ihrer Überwindung, Tübingen 1996, S. 3-45. Lediglich eine Minderheit hält Makropolitik, d.h. geld- und finanzpolitische Intervention in einem keynesianischen Verständnis, insbesondere aber auch eine verbesserte Abstimmung der Politikbereiche für dienlich: vgl. J. Kromphardt, Ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in: Wirtschaftsdienst, H. 1, 1996, S. 10-14; H.-J. Krupp, Eine neue konzertierte Aktion ist wünschenswert und machbar, in: Wirtschaftsdienst, H. 2, 1995, S. 63-67; A. Heise, Arbeit für Alle – Vision oder Illusion?, Marburg 1996.

50 Vgl. Minford/Riley, The UK labour market (Anm. 20); P. Minford, Markets not Stakes. The Triumph of Capitalism and the Stakeholder Fallacy, London 1998. Auch hier gibt es Dissidenten: vgl. z.B. Gregg, Was geschah eigentlich auf dem britischen Arbeitsmarkt? (Anm. 33); D. G. Blanchflower/R. B. Freeman (Hrsg.), The UK labour market, Cambridge 1994, S. 51-92.

eine relative Verbesserung der Lage des britischen Arbeitsmarktes Mitte der siebziger Jahre, Ende der achtziger und, besonders wichtig in der gegenwärtigen politischen Debatte, seit Mitte der neunziger Jahre ausgezeichnet, auf makroökonomische Ursachen zurückgeführt werden kann. Betrachtet man hingegen eine trendmäßige, überzyklische Entwicklung beider Arbeitsmärkte, so zeigt sich ein weitgehend paralleler Verlauf<sup>51</sup>: Im Durchschnitt lag die Arbeitslosigkeit in Großbritannien um ca. zwei bis drei Prozentpunkte höher als in der Bundesrepublik.<sup>52</sup>

Abbildung 1:

Arbeitsmarktentwicklung in Großbritannien und Deutschland<sup>53</sup>



Anmerkung: standardisierte Arbeitslosenquoten; ab 1993 Gesamtdeutschland, vorher Westdeutschland; DiffALQ: Differenz der Arbeitslosenquoten. Ein negativer Wert zeigt eine niedrigere ALQ in der Bundesrepublik an.

Als wesentliche makroökonomische Einflußfaktoren identifizieren wir die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit, die Entwicklung der Finanz-

51 In Abbildung 1 muß zweierlei berücksichtigt werden: Die Arbeitslosenquote für die Bundesrepublik wird seit 1993 durch die Sonderentwicklung in Ostdeutschland verzerrt, in Großbritannien hat die Einführung der Job Seeker's Allowance ab 1986 die Arbeitslosigkeit statistisch reduziert.

52 Vgl. Heise, Grenzen der Deregulierung (Anm. 9), S. 177ff.

53 Quelle: OECD – Economic Outlook, verschiedene Jahrgänge, eigene Berechnungen.

und Geldpolitik sowie die Wechselkursentwicklung. In Tabelle 6 sind die Ergebnisse festgehalten.

Tabelle 6:  
Determinanten der komparativen Arbeitsmarktentwicklung<sup>54</sup>

DiffALQ = a DiffINV + b DiffDEBT(t-1) + c DiffRWK(t-1) + d DiffKRZ + e						
a	b	c	d	e	F-Wert	R-Quad.
-0,565 (-5,103)	-0,273 (-2,727)	-0,321 (-1,845)	0,462 (2,648)	-3,668 (-19,59)	28,40	0,89

Anmerkungen: Klammer-Ausdrücke geben die t-Werte an, ALQ: Arbeitslosenquote; INV: Netto-Anlagevermögen in jährl. Veränderungsraten; DEBT: konjunkturbereinigter, struktureller Saldo des öffentlichen Haushalts als Anteil am BIP; RWK: Realer Wechselkurs; KRZ: kurzfristiger Realzins

Etwa 90 Prozent der Differenz der Arbeitsmarktentwicklung können hiernach – statistisch gesichert – auf die komparative Entwicklung der Makrovariablen zurückgeführt werden. Etwa die Hälfte der Differenzklärung resultiert aus der differentiellen (privaten und öffentlichen) Investitionstätigkeit, die andere Hälfte wird durch Unterschiede in der Geld-, Finanz- und Währungspolitik erklärt. Wer nun glaubt, die Investitionstätigkeit hinge mittels der Entwicklung der Rentabilität letztlich doch am Arbeitsmarktgeschehen<sup>55</sup>, sieht sich getäuscht: Einerseits zeigt die empirische Überprüfung nur einen geringen, nicht- bzw. nur schwach-signifikanten Zusammenhang von Rentabilitäts- und Investitionsentwicklung, andererseits dürfte die Wirkungsrichtung ohnehin andersherum laufen: die Investitionstätigkeit (die anderweitig bestimmt werden muß) bestimmt die Rentabilität des Kapitalstocks. Auch ein Vergleich des Aufschwunges in Großbritannien Mitte der neunziger Jahre – also nach den Wirkungen der Reformen der Thatcher-Ära – und dem Aufschwung Anfang der achtziger Jahre – am Beginn dieser Ära – zeigt deutlich, daß die Investitionsneigung keine Verstärkung erfuhr: Bei fast paralleler Wachstumsentwicklung bleibt die Investitionsneigung im kontemporären Aufschwung markant hinter der Investitionstätigkeit im Aufschwung Anfang der achtziger Jahre zurück. Der jüngste

54 Quelle: Europäische Wirtschaft Nr. 54/1993 und Nr. 60/1995; OECD-National Accounts, verschiedene Jahrgänge; Eurostat-Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, Luxemburg 1996; Ph. Turner/J. Van't dack, Measuring International Price and Cost Competitiveness, BIS Economic Papers No. 39, Basel 1993; H. Flassbeck, Deutschland – kein Standort für Investitionen?, in: WSI-Mitteilungen, 48 (1995) H. 11, S. 699-704; SVR-Jahresgutachten 1996.

55 Vermachtete Arbeitsmärkte ermöglichen, so die Argumentation, „Rent-Seeking-Verhalten“ und bewirken eine Umverteilung zulasten der Gewinneinkommen der Kapitalbesitzer, die mit Investitionsverweigerung (bzw. -reduktion) antworten.

Aufschwung (der übrigens bereits wieder deutlich an Triebkraft verliert) wurde wesentlich von der Auslandsnachfrage, der Bereitschaft der öffentlichen Haushalte zu antizyklischer Finanzpolitik und der Entwicklung der Konsumnachfrage vorangetrieben. Folgende Beobachtungen sollen herausgestellt werden:

- Sowohl der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit zu Beginn der 80er Jahre und ebenfalls zu Beginn der neunziger Jahre in Großbritannien resultierte aus einer unseligen Mischung von geldpolitischer Restriktion, finanzpolitischer Konsolidierung und währungsseitiger Belastung
- Die Entwicklung Großbritanniens Ende der achtziger, aber auch seit Mitte der neunziger Jahre zeigt, wie selbst eine Halbierung der Arbeitslosigkeit in kurzer Zeit möglich ist, wenn die Geld- und Finanzpolitik einen konjunkturellen Aufschwung verstärkt und verstetigt und durch außenwirtschaftliche Entlastung (Abwertung) abgesichert wird.
- Die Entwicklung Anfang der neunziger Jahre in Großbritannien wie Deutschland ist aber geradezu exemplarisch dafür, was passiert, wenn keine Abstimmung zwischen Geld- und Finanzpolitik erfolgt: Es kommt zur 'Stop and go-Politik', die charakteristisch ist für die konjunkturelle Entwicklung Großbritanniens.
- Auch die komparative Arbeitsmarktentwicklung der jüngsten Vergangenheit, die erstmals seit 1975 wieder eine geringere Arbeitslosenquote für Großbritannien als für die Bundesrepublik ausweist (vgl. Tabelle 1), fällt in unser Erklärungsschema: Deutlich expansivere Finanzpolitik in Großbritannien als in der Bundesrepublik (konjunkturbereinigte Haushaltsdefizite in GB zwischen 4 und 5,8 Prozent des BIP gegenüber 2 bis 2,3 Prozent des BIP in der Bundesrepublik), eine expansivere Geldpolitik in Großbritannien (die schließlich 1992 zum Rücktritt von der Teilnahme am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS) führte) und, damit verbunden, eine starke Unterbewertung des Pfundes bei gleichzeitiger Überbewertung der D-Mark als Ankerwährung des kriselnden EWS schufen die Rahmenbedingungen für eine deutlich günstigere Arbeitsmarktentwicklung in Großbritannien als in der Bundesrepublik. Erst die Schwächetendenzen der D-Mark ab Herbst 1996 – bei gleichzeitiger Stärkung des britischen Pfundes – führte zu einer gewissen Entlastung, die sich bereits heute in einer konjunkturellen Spiegelbildlichkeit zeigt (BIP-Wachstum in Großbritannien: 3,3 Prozent im Jahr 1997, 1,7 Prozent in 1998, BIP-Wachstum in Deutschland: 2,2 Prozent im Jahr 1997, 2,8 Prozent in 1998).

Anfänglich wurde das Bild vom „kranken Mann Europas“ verwendet, dessen Rolle die Bundesrepublik Anfang der neunziger Jahre von Großbritannien übernommen habe. Jetzt werden die Zusammenhänge verständlich: Ähnlich wie Großbritannien Anfang der achtziger Jahre befand sich die Bundesrepublik Mitte der neunziger Jahre in einer Markt- und Politikkon-

stellation, die eine gleichermaßen restriktive Geld- und Finanzpolitik (Einhaltung der Maastrichter Konvergenzkriterien) mit zusätzlicher wechselseitigen Belastung (und hierin unterschied sich die Konstellation im wesentlichen von jener in der Bundesrepublik Anfang der achtziger Jahre) verband. Makro-, nicht Mikropolitik ist die eigentliche Medizin zur Gesundung des Patienten Deutschland.<sup>56</sup>

### 5. Großbritannien – hast Du es besser?

Der Prozeß des institutionellen Wandels in Großbritannien während der Thatcher-Ära stand unter dem Motto „TINA – There is no Alternative“. Die Hinfälligkeit der militanten Arbeitsbeziehungen wurde im streikgebeutelten „Winter of Discontent“ 1979 deutlich, die mangelnde Sensitivität des britischen Tarifsystems Ende der siebziger Jahre haben wir dargestellt. Zweifellos haben die Reformen hier notwendige Veränderungen gebracht. Ungeklärt, aber auch einigermaßen müßig ist die Frage, ob es eine Alternative zur De-Regulierung a la Thatcher gegeben hätte, die die betrieblichen Stakeholder hätte stärken können (bzw. erst hätte schaffen müssen<sup>57</sup>). Als eigentlichen Erfolg des „britischen Modells“ muß die Produktivitätsentwicklung angesehen werden: Einerseits ermöglichen die Veränderungen des Arbeitsbeziehungssystems (insbesondere die Beschränkung des restriktiven Einflusses der Shop Stewards auf die „working practices“ und den Abbau des „overmanning“) einen sprunghaften Anstieg der Arbeitsproduktivität, andererseits konnte der scharf fallende Trend der Arbeitsproduktivität gebrochen werden<sup>58</sup> – ohne allerdings den Rückstand gegenüber der Bundesrepublik aufholen zu können.

Trotz der großen Euphorie, durch Systemvergleiche Erkenntnisse für den eigenen Reformprozeß bekommen zu können (sog. „Best Practice-Verfahren“, wie sie der Monitoringprozeß innerhalb der EU vorsieht), muß die eingeschränkte Übertrag- und Verallgemeinerbarkeit nationaler Erfahrungen betont werden. Die Komplexität und gegenseitige Bedingtheit nationaler Institutionen und Regulierungssysteme verhindert den isolierten Export einzelner Systemmerkmale – Patentrezepte gibt es nicht. Gleichwohl lassen sich sinnvollerweise einige Schlüsse ziehen:

– Institutionelle Stabilität darf nicht mit Inflexibilität oder Sklerose<sup>59</sup> gleichgesetzt werden. Die Flexibilitätpotentiale bestehender Institutio-

56 Vgl. H. Flassbeck u.a., Unemployment in Europe and the US: Macroeconomics is the Key, in: Internationale Politik und Gesellschaft, H.4, 1997, S. 412-424.

57 Vgl. Hutton, The State We're In (Anm. 5).

58 Vgl. Ch. Bean/N. Crafts, British economic growth since 1945: relative economic decline ... and renaissance?, in: N. Crafts/G. Toniolo (Hrsg.), Economic Growth in Europe since 1945, Cambridge 1996, S. 131-172; Klodt, Großbritannien (Anm. 8).

59 Vgl. Giersch, Eurosclerosis (Anm. 21).

- nen werden häufig und im Falle der deutschen Arbeitsmarktinstitutionen und -regulierungen unterschätzt.
- Die Schaffung weiterer Flexibilitätspotentiale führt dann nicht zu einer meßbar höheren Flexibilität, wenn der Flexibilitäts-Mix als optimal empfunden wird. Dann aber kann die 'Überschuß-Flexibilität' sogar negative Auswirkungen haben, wenn Sie die Bildung betrieblicher 'Stakeholder' (durch Verkürzung der Verweildauern, Erhöhung der (subjektiven) Beschäftigungsunsicherheit) be- oder verhindert.
  - Institutioneller Wandel, der wesentlich die mikroökonomischen Strukturen einer Volkswirtschaft betrifft, wirkt in erster Linie auf die Effizienz der eingesetzten Produktionsfaktoren, nicht aber auf die Menge eingesetzter Faktoren.
  - Eine Niedriglohnstrategie – wie sie Großbritannien durch eine extreme Lohndifferenzierung verwirklicht hat - taugt weder zur Überwindung der Beschäftigungsprobleme im allgemeinen, noch zur relativen Besserstellung der Geringqualifizierten.
  - Der eigentliche Schlüssel zum Beschäftigungserfolg liegt in der Schaffung einer expansiven Marktconstellation – dazu kann die Finanz- und Geldpolitik ihren Beitrag leisten, aber auch die außenwirtschaftliche Absicherung gehört dazu. Damit aber Makropolitik nicht lediglich temporäre Effekte zeigt, bedarf es einer effektiven Abstimmung der makroökonomischen Politikbereiche, wozu dann auch die Lohnpolitik gehört.

Die Probleme hochentwickelter Volkswirtschaften kulminieren in der seit über zwei Jahrzehnten anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, deren Trendentwicklung für den Beginn des nächsten Jahrtausends nichts gutes erwarten läßt. Der Schluß, diese Entwicklung habe etwas mit der Anpassungsfähigkeit moderner Wohlfahrtsstaaten und deren institutionellem Rahmengerüst zu tun, ist ebenso naheliegend wie die weitverbreitete Auffassung, nur eine Reform der Institutionen verhindere eine „blockierte Gesellschaft“<sup>60</sup>. Wenn natürlich keineswegs bestritten werden soll, daß Institutionen und Regulierungen einer ständigen Prüfung unterzogen und im Zweifel auch einer Reform nicht entgehen können, wenn sie im wesentlichen nurmehr Partikular-, nicht aber den gesamtgesellschaftlichen Interessen dienen, so hat der deutsch-britische Vergleich aber auch gezeigt, daß Reform und Veränderung allein nicht das Ziel sein kann: „Als sie das Ziel endgültig aus den Augen verloren hatten, verdoppelten sie ihre Reisegeschwindigkeit“.

---

60 R. G. Heinze, Die blockierte Gesellschaft. Sozio-ökonomischer Wandel und die Krise des Modells Deutschland, Wiesbaden/Opladen 1998.

---

## Buchbesprechungen

**Helmut Bräuer, „... und hat seithero gebetlet“. Bettler und Bettelwesen in Wien und Niederösterreich zur Zeit Kaiser Leopolds I., Böhlau Verlag, Wien u.a. 1996, 294 S.**

Der große Themenbereich frühneuzeitliche Armut wurde trotz der historischen Bedeutsamkeit dieses Phänomens von der Historikerkunft lange Zeit stiefmütterlich behandelt. Quellengegründete Detailuntersuchungen zu Armut und Bettel im Ancien Régime sind immer noch Mangelware. Um so begrüßenswerter ist die vorliegende Studie Helmut Bräuers, die nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Sozialgeschichte Österreichs der Frühen Neuzeit liefert, sondern auch methodisch Grundlagenarbeit leistet. Während ähnlich motivierte Arbeiten vornehmlich aus normativen Quellen gespeist sind und die Armutsproblematik somit notgedrungen aus obrigkeitlichem Blickwinkel darstellen, ist es das dezidierte Hauptanliegen des Verfassers, Bettlern eine faßbare Biographie zu verleihen und ihre lebensweltlichen Bezüge darzustellen. Bräuer sieht in der Nichtbeachtung der Persönlichkeit und des biographischen Ansatzes die Gefahr einer immer noch wirksamen Ausgrenzungsstrategie, die nicht allein in der Quellenproblematik begründet ist, denn mit der weiteren Vernachlässigung der Bettler als Menschen und Individuen beteiligen sich Historiker „an der weiteren Ausgrenzung jener, die ehemals bereits die Ausgegrenzten waren“ (S. 17).

Der zentrale Quellenfundus, aus dem der Verfasser schöpft, sind Bettlerverhörprotokolle von aufgegriffe-

nen Bettlern in Wien in der zweiten Hälfte des 17. Jhs. und Visitationsniederschriften über in Wien ansässige Notleidende, die um eine städtische Bettelgenehmigung in Form des Stadtzeichens nachgesucht hatten. Dieses „individuelle Datenmaterial“ macht es möglich, biographische Aufschlüsse über ca. 1500 Wiener Bettler zu erhalten.

Bräuer nähert sich seinem Vorhaben, den Bettleralltag zu erhellen, zunächst über die Darstellung des konkreten Lebensraumes der Wiener Bettler. Er skizziert die Entwicklung der Residenzstadt, die aufgrund der barocken Prachtentfaltung und Selbstdarstellung der absolutistischen Herrschaftsträger und der Präsenz des Hofes eine immense Sogwirkung auf das Umland entwickelte, und macht die enge Wechselwirkung zwischen städtischer und ländlicher Armut deutlich. Nach dem Dreißigjährigen Krieg vollzog sich ein drastischer Wandlungsprozeß der sozialen Struktur der Wiener Stadtbevölkerung, die sich in der „Abdrängung des alten stadtbürgerlichen Elements nach den Vorstädten und die Etablierung feudalen Bevölkerungspotentials in der Innenstadt“ (S. 29) manifestierte. Die Vorstädte und das Wiener Umland waren das Hauptrekrutierungsfeld der Wiener Bettlerschaft. Hier wurde die Dynamik der vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungsprozesse nach dem Dreißigjährigen Krieg offensichtlich. Schwerwiegende äußere Belastungsfaktoren wie die allseits präsente Türkengefahr und Pestwellen taten ein weiteres, um das Armutspotential zu vergrößern.

Im folgenden Teil versucht *Bräuer* der Person Leopolds I., in der Literatur lange Zeit als „personifizierte Mildtätigkeit“ (S. 45) charakterisiert, der im Spannungsfeld zwischen christlichem caritas-Gedanken und absolutistischem Disziplinierungswillen agierte, gerecht zu werden. Er untersucht die Grundkonturen städtischer Armenpolitik seit dem Spätmittelalter, die Leopold I. aufgreift, mitgestaltet und neu akzentuiert. Mit dem quantitativen Anwachsen der Bettlerproblematik in Wien übernahm auch der Kaiser und Erzherzog die sich seit dem Spätmittelalter mehr und mehr durchsetzende Unterscheidung zwischen erhrbarer und – gemäß zeitgenössischer Einschätzung – selbstverschuldeter Armut. Das hieß in der Praxis mildtätige Unterstützung und eingeschränkte Bettelerlaubnis für die ortsansässigen und unverschuldet in Not geratenen Armen und strafrechtliche Sanktionen für die vagierende Form der Armut. Wie problematisch und zum Teil zynisch diese Differenzierung ist, läßt sich vielleicht am ehesten am heutigen Arbeitslosenproblem nachvollziehen. Strukturelle Schwächen des Feudalsystems versuchte man nicht zuletzt durch individuelle Schuldzuweisungen zu übertünchen.

Diese generelle strukturell angelegte Dimension der Armut nicht aus dem Auge verlierend, kommt es *Bräuer* auf den einzelnen Menschen an, dessen „Denken, Fühlen und Handeln“ (S. 217) er aufgrund ihrer eigenen Aussagen nach quellenkritischer Überprüfung in den Mittelpunkt der Untersuchung stellt. Dabei läßt der Verfasser die Selbstaussagen der Wiener Bettler intensiv zu Wort kommen und zeichnet Einzelschicksale nach, die leidvolle Lebenswege und dramatische individuelle Notlagen nachvollziehbar werden lassen. Das Bild, das *Bräuer* über die Lebenswelt und die Mentalität bettel-

der Frauen, Männer und Kinder zeichnet und anschließend analysiert, enthält neben den soziologischen Kategorien des Alters, der Geschlechtszugehörigkeit und der familiären Beziehungen eine große Fülle von Details zum Alltagsleben der Wiener Bettler. Thematisiert werden die Schwierigkeiten bei der Suche nach Arbeit und Lohn einerseits und geeigneten Bettelplätzen andererseits. Der Verfasser beleuchtet die Wohnbedingungen, der Zustand der Kleidung und die körperlich-geistige Verfassung der Notleidenden, die bei der überwiegenden Mehrzahl der nach obrigkeitlicher Einschätzung in selbstverschuldeter Armut lebenden Bettlern als desolat bezeichnet wird. Ein äußerst interessanter Punkt, wenn auch an die Grenzen der Quellenauswertung stoßend, ist die Analyse des Selbsteinschätzungspotentials der Randständigen, die *Bräuer* als primär „versorgungs- und überlebenszentriert“ (S. 227) bezeichnet. Abschließend wird das Problem der Kriminalität und des organisierten Bandenwesens sozial entwirzelter thematisiert, das jedoch entgegen obrigkeitlicher Unterstellungen nur in Einzelfällen zutage trat. Die Hoffnung *Bräuers* auf einen Perspektivenwechsel „vom Bettelwesen zu den bettelnden Frauen, Männern und Kindern“ (S. 229) kann nur unterstrichen werden. Ein Anfang ist jedoch gemacht.

Rainer S. Elkar

Rossijskaja Akademija Nauk. Naučnyj sovet po istorii mirovoj kult'ury. Komissija po kult'ure prosvěćenija/Institut Vseobščej Istorii (Hrsg.), Čelovek epochi prosvěćenija, Nauka, Moskau 1999, 223 S.

Neben quellengesättigten Studien zur Geschichte sozialer Bewegungen in

Westeuropa und Nordamerika im 18. und 19. Jh. gehört das biographische Genre schon seit vielen Jahren zu den besonderen Stärken der Mitarbeiter in den Instituten für allgemeine Geschichte der Akademie und der Universität in Moskau. Dies hängt sicherlich auch in einem bestimmten Maße mit den spezifischen Arbeitsumständen zusammen: der vollständige Zugriff auf die internationale Fachliteratur, mit der das sozio-kulturelle Umfeld der Sujets rekonstruiert werden kann, findet sich ergänzt durch beeindruckende Sammlungen von Archivalien, die sich auf einige im Erinnerungsverständnis der russischen „Westler“ entscheidende Personen konzentrieren. Vergleichsweise kurze Arbeitsaufenthalte im westeuropäische Ausland lassen zwar die Komplettierung solcher personen-zentrierter Studien zu, seltener aber sozial- oder mentalitätshistorische Untersuchungen, die eine langwierige Auswertung serieller Quellen „vor Ort“ notwendig machen. Biographien aus der Feder russischer Historiker und Historikerinnen zu Babeuf (V. M. Dalin, G. S. Čertkova) oder zu Napoleon (E. Tarlé, A. Z. Manfred), um lediglich auf diese Beispiele zu verweisen, konnten so auch Maßstäbe für die Forschungen in Frankreich setzen.

In den achtziger Jahren zeichnete sich in der sowjetischen Historiographie ein Generationswechsel ab. In zahlreichen Sammelbänden mit Studien zu sozialen Bewegungen, politischen Fraktionen in den Auseinandersetzungen der Revolutionszeit nach 1789 und 1848 in Frankreich, aber auch mit diskursgeschichtlichen Untersuchungen wurde der Dialog mit der westlichen Geschichtswissenschaft auf neue Felder ausgedehnt. In einigen Periodika, wie den „Annales Historiques de la Révolution française“ in Paris, oder den „Studies on Voltaire“,

ist inzwischen eine regelmäßige Teilnahme dieser jüngeren Moskauer Vertreter ihres Faches festzuhalten. Tagungen zu den kulturellen Austauschprozessen im 18. Jh. zwischen Ost- und Westeuropa haben in der ersten Hälfte der neunziger Jahre die Zusammenarbeit verbreitert. Diese intensive Kooperation hat auch neue methodische Ausrichtungen in der russischen Historiographie hervorgebracht und sozial- wie kulturgeschichtlichen Forschungen über den „Westen“ stünnliert.

Der Enthusiasmus der ersten Jahre nach der Öffnung von 1990 ist inzwischen aber deutlich zurückgegangen. Es drängt sich der Eindruck auf, daß gerade jene Historiker und Historikerinnen in Rußland, die mit einer Entscheidung für Gegenstände der westlichen Geschichte, ihren vorzüglichen Fremdsprachkenntnissen und ihrem Überblick zur westlichen historiographischen Produktion keine adäquate Aufmerksamkeit für die Logik ihrer Forschungsprojekte gefunden haben, so daß sie sich (unter zumeist materiell außerordentlich schwierigen Verhältnissen!) wieder jenen Strategien zuwenden, die den Erfolg ihrer akademischen Lehrer begründeten.

Der vorliegende Band über herausragende Figuren des Aufklärungszeitalters ordnet sich insofern nicht nur in die allerorten zu beobachtende Rehabilitierung der Biographie ein, sondern spiegelt auch eine wieder stärker werdende Hinwendung der „allgemeinen Geschichte“ in Rußland zu älteren Präzessionsmustern.

Insgesamt 15 Aufsätze behandeln vom französischen König Ludwig XVI. (*L. Pimenova*) über den englischen Philosophen Lord Boolingbroke (*E. Rubinstein*) und den liberalen Revolutionspolitiker Antoine Barnave (*A. Tyrsenko*) bis zum konservativen Emi-

granten Joseph de Maistre (*D. Rostislavlev*) ein weites Spektrum von Persönlichkeiten. Eine quantitative Verteilung auf verschiedene Länder abzulesen, fällt allerdings insofern schwer, als die Stärke zahlreicher Artikel gerade in der Wahrnehmung interkultureller Verschränkungen liegt. So etwa, wenn die Beziehungen zwischen Bernhardin de Saint-Pierre und Katharina II. (*A. Stroeve*) oder die Wirkung der englischen Aufklärung bei den französischen Enzyklopädisten (*T. Labutina*) behandelt werden. In ersten Ansätzen läßt sich an diesem Band ablesen, wie diejenigen Forscher, die sich in Rußland mit der ausländischen, westlichen Geschichte befassen, die Dichotomie zur russischen, slavischen Geschichte zu überwinden. Beispiele sind die Untersuchung von *L. Kisliagina* über Nikolai Karamsin oder von *I. Lecilovskaja* über den serbischen Enzyklopädisten Zacharia Orphelin sowie von *J. Ananian* über Lazarevs Beitrag zur russischen Aufklärung. Dies ist ein bemerkenswerter Trend, denn die strikte Trennung beider Gebiete hatte in der Vergangenheit oft zur Folge, daß einerseits die exzellente Vertrautheit der „Westler“ mit den internationalen historiographischen Standards wenig auf die gesamte russische Geschichtsschreibung ausstrahlen konnte, und andererseits übten die Spezialisten der Geschichte Italiens, Frankreichs oder Englands oftmals eine große Zurückhaltung gegenüber den hochpolitisierten Auseinandersetzungen um die sog. vaterländische Geschichte, so daß professionelle Reflexion und naiv-objektivistische Erregung um die Deutung der vielen strittigen Punkte in der russischen Geschichte jene Parallelen beschränkten, die erst im Unendlichen zusammentrifft.

Liest man die Texte dieses Bandes im einzelnen, erweist sich, daß es kei-

neswegs um eine methodisch anspruchslose Erforschung einzelner Schicksale geht, die von solch weitverbreiteten Annahmen wie der von der Kohärenz der personalen Entwicklung und der linearen Entfaltung durch Sozialisation und lernende Adaption an einen Kontext ihren Ausgangspunkt nimmt. Ganz im Gegenteil, die Vielfalt persönlicher Reaktionen, die Suche nach den kulturellen Ausdrucksformen für individuelle Ziele in einem Zeitalter weitgehender zivilisatorischer Umbrüche, die Verkörperung von und Auseinandersetzung mit neuen Werten sowie die Wege der Bildung sind Schwerpunkte des Bandes. Dies zeigt, eine scheinbare Wende zur historiographischen Präsentationsstrategie der vorherigen Generation von Historikern bleibt doch geprägt von Erfahrungen eines intensiven Kontaktes mit der neuen Kultur- und Mentalitätsgeschichte seit den achtziger Jahren. Es bietet sich deshalb an, die west-östliche Kooperation nicht länger nur auf Themen und Gegenstände (oder gar allein auf die Frage des Zugangs zu den in Rußland aufbewahrten Quellen) zu konzentrieren, sondern eine gemeinsame Methodendebatte zu führen. Sonst wird gerade die notwendige Internationalisierung in diesem Bereich zu einem Motor des Rückfalls in kruden Positivismus.

Mathias Middell

**Otfried Dankelmann (Hrsg.),  
Entdeckung und Selbstentdeckung.  
Die Begegnung europäischer  
Reisender mit dem England und Irland  
der Neuzeit, Peter Lang, Frankfurt  
a. M. u. a. 1999, 213 S.**

Die deutsche Geschichts- und Literaturwissenschaft haben sich lange Zeit erfolgreich geweigert, Reisen und die

daraus resultierenden spezifischen Quellen umfassend zur Kenntnis zu nehmen. In den letzten zwei Jahrzehnten ist dagegen eine nahezu unübersehbare Fülle an Fallstudien verschiedenster Provenienz erschienen. Neben literaturwissenschaftlichen Untersuchungen sind wichtige historische Forschungen zur Reaigeschichte des Reisens, zur Wahrnehmung fremder Länder, zu kulturwissenschaftlichen und kulturanthropologischen Fragestellungen und zur Alteritätsproblematik entstanden.

Der von *Otfried Dankelmann* herausgegebene Band vereint sechs Fallstudien zu Reisen, wie sie unterschiedlicher sicherlich nicht sein können. So gehören die behandelten Reisenden nicht allein verschiedenen Epochen und Herkunftsländern an, auch differieren z. T. die Zielländer und erheblich mehr noch die Motive ihrer Reisen. Der wichtigste Beitrag des Bandes stammt ohne Zweifel von *Editha Ulrich*. Darin widmet sie sich zunächst aktuellen Problemen der Forschung. Ausgehend von Herfried Muenklers Sammelband „Die Herausforderung durch das Fremde“ (Berlin 1998) konstatiert sie ein steigendes Interesse verschiedener Wissenschaftsdisziplinen am Phänomen der Fremdheit und ihrer Wahrnehmung („Ansätze zu einer Xenologie“). Im folgenden referiert sie die seit ca. 1980 zahlreich emstandene Reiseforschung. Deutlich zeichnet sie hierbei eine Entwicklung von der Erforschung des Reisens als kulturhistorisches Phänomen hin zu einer Erforschung der Wahrnehmung fremder Welten durch Reisende nach. Überwiegend wird heute davon ausgegangen, daß Reiseberichte weniger über die beschriebenen Länder als vielmehr über Denkstrukturen der Verfasser und über die Mentalitäten der Heimatländer aussagen können. Allerdings ist eine

fundierte Quellenkritik der behandelten Reiseberichte unumgängliche Voraussetzung, um vorschnellen Schlüssen zu entgehen. Es verwundert etwas, daß *Ulrich* bei ihrem ansonsten sehr umfangreichen Literaturüberblick zwei grundlegende Studien wie die Dissertation Michael Maurers und die Habilitationsschrift von Horst Walter Blanke<sup>1</sup> nicht erwähnt. Der erste, mehr theoretische Teil ihres Beitrags schließt mit der Darstellung von Otrifried Schäftters vier Deutungsmustern von Fremdheit zur Erklärung systemspezifischer Innen-/Außenbeziehungen.<sup>2</sup> Schäftters Theorie soll denn auch die Grundlage ihrer Untersuchung von Reisebriefen der heute eher in Vergessenheit geratenen Esther Bernard darstellen. Die aufgeklärte jüdische Schriftstellerin, 1767 oder 1770 als Tochter einer wohlhabenden Familie in Breslau geboren, hatte 1801/02 Portugal und England bereist. In ihren Reisebriefen, bis 1808 in zwei Bänden veröffentlicht, kommt ihre Bewunderung für England und ganz besonders für seine Metropole London zum Ausdruck, die allerdings mit zunehmender Aufenthaltsdauer mehr und mehr kritische Töne auf sich zieht. Am Ende ihrer Reise steht die dauerhafte Niederlassung in London, wo sie bis auf kürzere Abschnitte in Deutschland und auf Malta bis zu ihrem Tode nach 1830 bleiben sollte.

In eine ganz andere Zeit weist der folgende Beitrag von Gerrit *Deutschländer*, der die England, genauer gesagt, London betreffenden Passagen von Thoinas Platters Reisebericht<sup>3</sup> untersucht hat. Der Basler Bürgersohn Platter (geb. 1574) hatte von 1595 bis 1600 Frankreich, das nördliche Spanien, die Niederlande und England bereist. Interessant ist sein Bericht u. a. wegen der geschilderten Begegnungen mit Elisabeth I. und eines Besuchs im Theater, der wohl ersten Erwähnung

von Shakespeares Trauerspiel „Julius Cäsar“.

Auf eine bei Reiseberichten häufig anzutreffende Schwierigkeit weist *Deutschländer* hin, wenn er die Tendenz Platlers zur werturteilsfreien Darstellung erwähnt. So gestaltet es sich als schwierig, aus seinem Bericht Hinweise auf die eigene Person oder Identifikationsmuster zu entnehmen. Dennoch kann *Deutschländer* Platter als einen Mann beschreiben, der sich eher als Deutscher denn als Schweizer gefühlt haben dürfte.

Einer der berühmtesten Reisenden der Weltgeschichte ist ohne Zweifel der russische Zar Peter I., der als Teilnehmer der „Großen Gesandtschaft“ in den Jahren 1697 und 1698 Westeuropa besuchte. Von Januar bis April 1698 verweilte er auch in London, vornehmlich wohl, um sich seinen Leidenschaften, dem Schiffbau und der Navigation, zu widmen. Die Reise Peters ist erschreckend dürftig überliefert; ein Reisetagebuch existiert nur in Fragmenten. Im Laufe seines Engländeraufenthaltes hatte Peter wiederholt Gelegenheit, mit einflussreichen englischen Klerikern (Gilbert Burnet, Bischof von Salisbury, Thomas Tenison, Erzbischof von Canterbury, William Penn jun.) lange und intensive Gespräche zu führen. *Harms Mentzel* versucht bei der Auswertung von Briefen der englischen Kirchenmänner, in denen sie auf ihre Begegnungen mit Peter Bezug nehmen, die Wahrnehmung des exotischen Gastes und Rußlands darzustellen.

Teilweise geprägt von Bekehrungsversuchen, schwankt ihre Wahrnehmung des russischen Zaren zwischen Euphorie und Enttäuschung. Einige kurze Bemerkungen über mögliche Folgen der Gespräche bei den petrini-schen Kirchenreformen lenken den Blick auf das weite und in weiten Tei-

len unerforschte Feld einer Reisefolgenforschung.

Neunzehn französische Reiseberichte des 17. und 18. Jahrhunderts untersucht Sebastian *Kühn* in seinem Beitrag auf individuelle und kollektive Englandbilder, die er fünf Kategorien (Land der Freiheit, Insel des Wohlstands, Land der Philosophen, Sitten und Bräuche sowie der englische Charakter) zuordnet. Deutlich wird eine Tendenz in der Berichterstattung von der enzyklopädischen Landesbeschreibung hin zur Darstellung, besser noch, Konstruktion eines Nationenbildes durch die Reisenden, in dem der Mensch in Gestalt von Teilen der Bevölkerung der bereisten Länder immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Mit einem nachgerade als typisch für Englandreisen betrachteten Phänomen, der technologischen Spionagereise, beschäftigt sich Ulf *Hartmann*. Er nimmt anhand der gedruckten Lebensgeschichte des preußischen Bergbeamten Friedrich August Alexander Eversmann, der in staatlichem Auftrag 1783 u. a. Großbritannien besuchte, die Resultate einer solchen Reise in den Blick. Doch während die technologischen Innovationen in Folge einer Instruktionsreise recht häufig in den Fokus der Forschung geraten sind,<sup>4</sup> deutet gerade der Versuch *Hartmanns*, Veränderungen in Eversmanns Vorstellungen über Politik und Wirtschaft sowie in seinem Habitus nachzuzichnen, auf ein lohnendes Feld einer künftigen Reiseforschung hin.

Während sich England schon seit mehreren Jahrhunderten im Visier von Reisenden aus ganz Europa befunden hatte, kann Irland als lange vernachlässigtes Zielland angesehen werden. Um so höher ist es zu bewerten, wenn Marcus *Rau* zwei umfangreiche Beschreibungen Irlands miteinander vergleicht. Es handelt sich um die Darstellungen

des englischen Agrarwissenschaftlers Arthour Young (1741–1820, in Irland 1776–1779) und des deutschen Schriftstellers und Ethnographen Johann Georg Kohl (1808–1878, in Irland 1842). Trotz des langen Abstands zwischen den Reisen der beiden Autoren scheint sich ihre Wahrnehmung Irlands und „der Iren“ erstaunlicherweise recht häufig sehr zu ähneln.

Die sechs im vorliegenden Band vereinten Studien lenken den Blick vor allem auf zwei große Bereiche künftiger Forschungen im Zusammenhang mit Reisen in der Neuzeit. Einerseits ist Fragen der Fremd- und Eigenwahrnehmung verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken, was gegenwärtig nicht nur kaum bestritten, sondern sogar verstärkt gefordert wird. Andererseits zeigt sich aber, daß die weitestgehend für abgeschlossen erklärte, faktengesättigte Realgeschichte des Reisens durch eine Reisefolgenforschung neue und durchaus wertvolle Impulse erhalten kann. Dabei reicht die Bandbreite der gedachten Reisefolgen von technologischen Innovationen über politische, philosophische, künstlerische und kulturelle Transferprozesse bis hin zu individuellen Folgen, etwa für die Karrieren einzelner Reisender. Ein Problem wird aber generell deutlich: Der Blick wurde bisher oftmals, wohl auch durch die hohe Zahl von literaturwissenschaftlichen Untersuchungen zum Thema, auf gedruckte Reisebeschreibungen verengt. Es ist an der Zeit, ihm auf die in Archiven und Bibliotheken häufiger als gedacht handschriftlich überlieferten Reisequellen auszuweiten. Dieser Mangel soll aber dem vorliegenden Band in keiner Weise angekreidet werden.

- 1 M. Maurer, *Aufklärung und Anglophilie in Deutschland*, Göttingen/Zürich 1987; H. W. Blanke, *Politische Herrschaft und soziale Ungleichheit im Spiegel des Anderen. Untersuchungen zu den deutschsprachigen Reisebeschreibungen vornehmlich im Zeitalter der Aufklärung*, 2 Bde., Waltrop 1997.
- 2 O. Schäffter, *Modi des Fremderlebens. Deutungsmuster im Umgang mit Fremdheit*, in: ders. (Hrsg.), *Das Fremde. Erfahrungsmöglichkeiten zwischen Faszination und Bedrohung*, Opladen 1991.
- 3 Manuskript UB Basel, Edition: Thomas Platter d. J.: *Beschreibung der Reisen durch Frankreich, Spanien, England und die Niederlande 1595–1600*, hrsg. von R. Keiser, 2 Bde., Basel 1968.
- 4 Vgl. etwa (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) M. Schumacher, *Auslandsreisen deutscher Unternehmer 1750–1851 unter besonderer Berücksichtigung von Rheinland und Westfalen*, Köln 1968, W. Kroker, *Wege zur Verbreitung technologischer Kenntnisse zwischen England und Deutschland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts*, Berlin 1971; H.-J. Braun, *Technologische Beziehungen zwischen Deutschland und England in der Mitte des 17. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts*, Düsseldorf 1974; ders., *German Entrepreneurs and Technicians in England in the Eighteenth Century*, in: *Der curieuse Passagier. Deutsche Englandreisende des 18. Jahrhunderts als Vermittler kultureller und technologischer Anregungen*, Heidelberg 1983, S. 63–74 sowie W. Weber, *Innovationen im frühindustriellen deutschen Berg- und Hüttenwesen*, Göttingen 1976.

**Marcela Suárez Escobar, Sexualidad y Norma sobre lo prohibido. La ciudad de México y las prostrimerías del virreinato, Universidad Autónoma Metropolitana, México 1999.**

*Marcela Suárez* hat mit ihrer Studie zum Diskurs über die Sexualität, das juristische Regelwerk zur Sanktionierung von Verstößen gegen sexuelle Normen und die Rechtspraxis in diesem Bereich der Geschlechterbeziehungen im späten kolonialen Mexiko einen wesentlichen Beitrag zur *gender history* der letzten vier Dekaden des Vizekönigreichs Neuspanien geleistet, der auch interessante Einblicke in die mexikanische Alltagsgeschichte jener Zeit bietet.

Nach einer einführenden Schilderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der kolonialen Hauptstadt Neuspaniens stellt *Suárez* den Diskurs der katholischen Kirche über Erlaubtes und Verbotenes im Hinblick auf sexuelle Beziehungen und Ehe, besonders die Festlegungen des Tridentiner Konzils, dar. Darauf folgt eine Schilderung der gesetzlichen Regelungen, die die spanische Kolonialmacht in Mexiko in bezug auf diese Themen zur Geltung brachte, vom *Fuero Juzgo*, dem *Fuero Viejo de Castilla*, dem *Fuero Real*, den *Siete Partidas* bis zu den *Leyes de Toro* sowie die in der *Recopilación de Leyes de los Reinos de Indias* und deren Neuauflagen zusammengefaßten besonderen Bestimmungen für die Kolonien. Dabei wird besonders die lange historische Tradition der Konkurrenz der monogamen und unauflösbaren Ehe als christliche Norm und der real existierenden *barraganía* (langjähriges Konkubinat) und der strengen Bestrafung des Ehebruchs durch die Frau einschließlich des Rechts des Ehemannes, seine in flagranti mit einem Liebhaber erwischte Frau nebst diesem zu töten,

deutlich, sowie die Sanktionierung der Konkubinate von Priestern, jeder Form des Inzests, der Bigamie und die besonders scharfe Verurteilung der Homosexualität. Diese Ausführungen sind auch für jene Historiker von Bedeutung, die sich mit den ersten Jahrzehnten des unabhängigen Mexiko befassen, denn im wesentlichen galten diese Bestimmungen bis zur Einführung der liberalen Reformen der 1850er Jahre weiter, z.T. sogar darüber hinaus.

Ein weiterer Abschnitt von *Suárez'* Buch widmet sich dem Diskurs über Ehe und Sexualität innerhalb der katholischen Kirche vom Tridentiner Konzil bis ins späte 18. Jh. und dem Diskurs der Aufklärung in bezug auf Geschlechterverhältnisse und Sexualität, in welchem Stimmen, die sich für die Aufhebung der untergeordneten Stellung der Frau aussprachen, deutlich in der Minderheit blieben, während die Mehrheit der Aufklärer sich darauf beschränkte, die Unterdrückung der Frauen naturgesetzlich statt religiös zu begründen. Der aufgeklärte spanische Absolutismus begann, sich in den ursprünglich fast ausschließlich durch die Kirche kontrollierten Bereich der Ehe, der privaten und sexuellen Beziehungen einzumischen, ohne freilich die grundlegenden Dogmen des Katholizismus in Frage zu stellen. *Suárez* erklärt ausführlich die Bedeutung der „Pragmatischen Sanktion“ (1776 in Spanien verabschiedet, 1778 in den Kolonien eingeführt): Die darin enthaltene Möglichkeit für Eltern bzw. im Falle von deren Fehlen anderen Verwandten, ihren Kindern unter 25 Jahren die Ehen mit ethnisch ungleichen Personen zu verbieten, stand der katholischen Doktrin von der freien Wahl des Ehepartners entgegen. Andere gesetzliche Regelungen, mit denen der säkulare Staat in den genannten Bereich eingriff, waren u.a. eine stärkere

Verfolgung von Konkubinen von Priestern, die Verschlechterung der rechtlichen Möglichkeiten von Frauen, gegebene Eheversprechen einzuklagen inklusive eines weniger strengen Vorgehens gegen Verführer und Vergewaltiger und die Anordnung, daß Offiziere nur mit Erlaubnis der Krone heiraten durften, die genaue Bestimmungen hinsichtlich der geforderten sozialen Qualität und Mitgift von Offiziersbräuten erließ. Suárez wertet diese Veränderungen nicht, aber aus ihren Ausführungen folgt, daß Aufklärung und „Fortschritt“ in der Periode der bourbonischen Reformen keine rechtliche Besserstellung der Frauen im Bereich der Ehe und Paarbeziehungen bewirkten.

Am verdienstvollsten an Suárez' Arbeit ist aus meiner Sicht ihre Auswertung von Dokumenten im *Archivo Judicial del Distrito Federal* und im *Archivo General de la Nación* in México, die die Anwendung der beschriebenen gesetzlichen Regehungen und die Auswirkungen der – oft konkurrierenden – kirchlichen und staatlichen Einmischung in das Privatleben der Menschen zeigen. Untersucht wurden Akten zu Fällen von Ehebruch, Mißhandlung von Ehefrauen, Scheidungen („divorcios“ = Trennung von Tisch und Bett ohne Möglichkeit der Wiederverheiratung), Prostitution und Zuhälterei, Konkubinaten („amancebamiento“ = Zusammenleben ohne Tauschein), Inzest, „solicitud“ = sexuelle Übergriffe im Beichtstuhl durch den Priester, Bigamie und „sodomía“ (Bezeichnung für Homosexualität, Analverkehr von Heterosexuellen, manchmal auch Sex mit Tieren). Die letzten drei Delikte wurden am Ende des 18. Jahrhunderts noch immer von der Inquisition verfolgt.

Ein kurzes Exkurs zu Suárez' Forschungsergebnissen zeigt die Spannweite erzielter Erkenntnisse: Diejeni-

gen, die wegen solcher Delikte verfolgt wurden, stammten meist aus den unteren sozialen Schichten der Bevölkerung, sie waren z.B. Handwerker, Tagelöhner, Soldaten unterer Ränge, ambulante Verkäuferinnen, Näherinnen, aber auch Diebe und Prostituierte. Das bedeutet natürlich nicht, daß Verstöße gegen die kirchliche und staatliche Sexualmoral nicht auch in der mexikanischen Oberschicht vorkamen, aber deren Angehörige konnten sich der korrupten Justiz leichter entziehen. Suárez stellte bei der Analyse der Prozesse wegen Ehebruchs, die auf Initiative der betrogenen Partei in Gang gesetzt wurden, sehr deutlich fest, daß in den erwähnten sozialen Schichten das Ideal der lebenslang dauernden christlichen Ehe in der Praxis nicht anwendbar war. Frauen flohen vor Ehemännern, die sie mißhandelten, nicht versorgten oder einfach verließen, in eine Beziehung zu einem anderen Mann; daß die ursprüngliche Ehe wieder funktionierte, wenn die Frauen von der Justiz nach einem Aufenthalt im Gefängnis zu ihren Ehemännern zurückgeschickt wurden, darf bezweifelt werden. Auch Ehemänner landeten wegen einer Ehebruchsanzeige ihrer Frau im Gefängnis, jedoch meist für kürzere Zeit, da dieselbe Ehefrau ihnen oft bald „verzieh“, brauchte sie doch ihren Mann zur Versorgung der Kinder. Prozesse um Ehen widerspiegeln auch die Normen für das angemessene Verhalten der Geschlechter. Es zeigt sich, daß viele Frauen entgegen der Norm das Haus ohne Erlaubnis ihrer Männer verließen, nachts auf der Straße unterwegs waren und Lokale frequentierten, freilich oft um den Preis, hinterher von Ehemännern oder Lebensgefährten verprügelt zu werden. Die schlechte Bezahlung traditioneller Frauenberufe und die schlechte Behandlung von Dienstmädchen, die se-

xuellen Mißbrauch einschloß, trieb viele Frauen in die Prostitution, die von der spanischen Krone geduldet wurde. Zuhälterei und jede Art „skandalösen Verhaltens“ wurden jedoch bestraft. Suárez fand heraus, daß die Strafverfolgung des Zusammenlebens unverheirateter Paare, die von Amts wegen erfolgte, diese u.a. wegen der hohen Kosten der Heirat und den zahlreichen Eheverböten des katholischen Kirchenrechts weit verbreitete Sitte nicht eindämmen konnte. Die von Suárez ausgewerteten Prozesse wegen „solicitud“ zeigen, daß viele Frauen erotische Berührungen und Sex mit Priestern im Beichtstuhl – ob von ihrer Seite freiwillig oder gewaltsam erzwungen – erst anzeigten, wenn sie von späteren Beichtvätern dazu durch Verweigerung der Absolution gezwungen wurden. Ihre Verhöre demonstrieren, daß sie sich der Strafwürdigkeit dieses Vergehens oft gar nicht bewußt waren, das sie ja mit einer Autoritätsperson in Sachen christlicher Moral begangen hatten. Jedenfalls gelang es der katholischen Kirche ebensowenig, alle ihre Priester zur sexuellen Enthaltensamkeit zu zwingen, wie es dem Staat gelang, alle seine Untertanen zu zwingen, alle seine unglücklichen Ehen zu verbleiben.

Suárez hat mit ihrer Arbeit demonstriert, daß die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Spannungsverhältnis Diskurs über die Normen des Zusammenlebens der Geschlechter – geltendes Recht – Konfrontation der Justiz mit dem alltäglichen Zusammenleben von Männern und Frauen sehr produktiv sein kann. Für die *gender history* Mexikos ist besonders zu hoffen, daß das in bezug auf dieses Thema wenig untersuchte 19. Jh. vergleichbaren Studien unterzogen wird.

Ulrike Schmieder

**Douglas Peter Mackaman, *Leisure settings. Bourgeois culture, medicine, and the spa in Modern France, The University of Chicago Press, Chicago/London 1998, 209 S., Abb.***

In den Getränkeabteilungen der Supermärkte stehen sie zuhauf – Wasser aller Couleur: Vittel, Evian, Vichy. Auf dem richtigen Tisch serviert, begleiten sie ein anspruchsvolles Essen oder zeugen vom ausgewählten Geschmack des Konsumenten. Vielleicht kommt auch der eine oder andere auf die Idee, während einer Reise durch Frankreich einen Abstecher in eines der namengebenden Bäder zu unternehmen. Es steht heute jedoch weniger zu erwarten, daß diese Orte ausgesucht werden, um einen Jahresurlaub zu verbringen. Im 19. Jh. war der Wasserversand dagegen ein lukratives Nebengeschäft der Bäder und ein naturales Werbemittel für den Ferienaufenthalt am „Abfüllungsort“. Die Geschichte der französischen Bäder und ihres Publikums im 19. Jh. steht im Mittelpunkt dieser Untersuchung. Sie füllt eine Lücke in der Erforschung der bürgerlichen Kultur und Identität zunächst für den französischen Fall, und ihr sind nachfolgende Vergleichsstudien für andere Regionen oder Nationen zu wünschen. Mackamans Studie zeigt zweifellos, wie zentral die bürgerliche Lebenswelt von Faktoren und Attributen beeinflusst wurde, die außerhalb der bisher im Mittelpunkt stehenden Welt der Arbeit angesiedelt waren. Sie entschlüsselt die symbolische Aufladung von Freizeit und die wichtige Funktion des Bades als Ausdruck distinktiven Verhaltens.

Der Verfasser sieht die im 19. Jh. so zahlreich aufgesuchten Bäder als die Orte an, in denen es dem aufstrebenden Bürgertum gelang, eigene, identitätsstiftende Ferienpraktiken zu entwickeln

und schließlich diese Praxis als die einzig richtige Art zu definieren, seine Ferien zu verbringen. Angeregt vom Werk Michel Foucaults und von Arbeiten französischer Historiker, deren Œuvre von Foucault beeinflusst wurde – explizit werden Alain Corbin und Michelle Perrot genannt –, interessieren *Mackaman* die Bäder als Orte, an denen sich medizinische Diskurse mit denen eines aufstrebenden, identitätssuchenden Bürgertums vermischten und überlagerten. Im Ergebnis offerierte die Medizin eine mögliche Gebrauchsanweisung für einen Ferienaufenthalt, der von den Besuchern ob seiner Rationalität und Produktivität gern aufgegriffen wurde. Die zentrale Frage, warum die Medikalisierung in den Bädern ab 1850 zugunsten von Vergnügungen abnimmt, während sie gleichzeitig die Gesellschaft überzieht, beantwortet *Mackaman* mit der These, daß die Bourgeoisie der medizinischen Diktate einer Kur seit der Mitte des 19. Jh. nicht mehr bedurfte, da sie ihre identitätsstiftende Funktion erfüllt hatte.

Im ersten Teil zeichnet der Autor die Entwicklung der französischen Bäder und ihres Publikums seit der Frühen Neuzeit nach und betont die Kontinuitäten in der Geographie der Kurorte. Die zentralen Bassins der Bäder waren bis ins 18. Jh. hinein offene Geschlechter und Stände trafen sich, zum Teil wurde nicht einmal das Vieh ausgeschlossen vom anregenden und heilenden Bad. *Mackaman* betont insbesondere, daß in den Orten keine medizinischen Einrichtungen vorhanden waren, und die Gäste auch ohne ärztliche Beaufsichtigung auskamen. Die Badeorte besaßen ein Mindestmaß an infrastruktureller Ausstattung, der Bäderbetrieb leistete indes nur einen marginalen Beitrag zur lokalen Ökonomie. Am Ende des 18. Jh.s veränderte sich der Gebrauch der Bäder: Sie

wurden nun beaufsichtigt und ihre Nutzung gebührenpflichtig. Die in Gang gekommene Differenzierung reagierte – so *Mackaman* – auf eine veränderte kulturelle Sensibilität der Besucher bezüglich Privatheit und Moral. Der Wunsch nach Diskretion und die Absage an Kollektivität wird architektonisch in Form kleiner privater Baderäume und spezieller Umkleieräume sowie durch eine behördlich angeordnete temporäre oder räumliche Exklusion von Armen und Invaliden umgesetzt. Vichy und Aix-les-Bains entwickelten sich hierbei zu Vorbildern für alle anderen französischen Bäder.

Im Unterschied zum planlosen Agieren vorher, strebten die Bäderverwaltungen am Anfang des 19. Jh.s eine koordinierte Entwicklung in ‚ihren‘ Orten an. *Mackaman* unterscheidet drei Strategien von lokalen Akteuren unter der Restauration und Julimonarchie. In allen drei Beispielen – die drei „Strategien“ entpuppen sich als drei verschiedene Eigentumsverhältnisse – gibt es vor Ort eine hoch motivierte Gemeinschaft von Ärzten, Unternehmern und Gemeindebeamten, die ‚ihr‘ Bad nach vorn bringen wollen. Im Falle des Staatsbades Vichy verzögerte sich die Umsetzung der hochfliegenden Pläne derart, daß die einheimischen Unternehmer den Staat bei künftigen Projekten nicht mehr um Unterstützung baten. Aix-les-Bains befand sich im Besitz der piemontesisch-sardinischen Krone. Eine größere Gruppe von Investoren nahm dort die Umgestaltung des Bades selbst in die Hand und entwickelte es zu einem der populärsten des Kontinents. Die Mehrzahl der französischen Bäder stand in keiner ökonomischen Beziehung zum Staat oder zu Kommunen. Évian-les-Bains z. B. wurde nur wenig frequentiert und erlebte daher nur einen Hauch des spekulativen Geistes, der die beiden anderen

Bäder vorangebracht hatte. In diesem Ort war es eine kleine Gemeinschaft von Gleichgesinnten, die ein Badehaus und ein Hotel errichteten. Die fehlende Tradition und Reputation ließen die Anstrengungen jedoch zunächst scheitern.

Das Ringen um die Patienten übernahmen im Laufe des 19. Jh.s mehr und mehr die Ärzte, die mithin zu Experten des Sinns von Ferien wurden, waren sie doch die besten Beobachter und Kenner ihrer Gäste. Mit dem beginnenden 19. Jh. erlebten die Bäder einen Besucherboom. Darunter waren viele Gäste, die ein Bad zum ersten Mal aufsuchten. Orientieren konnten sich die neuen Fremden vor allem an der verbreiteten ‚Etiketteliteratur‘, die *Mackaman* als Gradmesser der sich verändernden bürgerlichen Identität interpretiert und entsprechend auswertet. Dort wurde die hohe Verantwortung der Frau für das Wohlergehen der Familie und die symbolische Aufladung der Freizeit betont: das Verlassen der Stadt avancierte zum entsprechenden Ausdruck für distinktives Verhalten, die Reise ins Bad zum Zeichen eines exklusiven Lebensstils. Die nicht zuletzt durch die Eisenbahn begünstigte enorme Prosperität der Bäder transformierte die Orte und führte zu ihrer neuen Bezeichnung als *ville d'eaux*.

Im vierten Teil steht die Genese der Ferien via Medikalisation im Mittelpunkt. *Mackaman* widmet sich ausführlich der Werbung, ist es doch deren Aufgabe, das Bild vom „neuen“ Bad für „neue“ Gäste zu vermitteln. Die Verwandlung des Touristen in einen Patienten begann bereits mit der Pflichtuntersuchung nach der Ankunft. Der Aufenthalt war einem strengen *leisure-regime* unterstellt, das den Alltag regelte. Die detaillierte Beschreibung der verschiedenen Praktiken der Hydrotherapie, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Quellen

und die Verweise auf das gut ausgebildete Personal sollten die Seriosität der Unternehmung praktisch vor Augen führen. *Mackaman* leitet aus diesen Beobachtungen sein Modell von medikalisierten Ferien als einer bürgerlichen Art der Konsumtion von *séjour* ab. War die rationale Form von Urlaub etabliert, bedurfte es der Hydrotherapie nicht mehr.

Daß die Patienten die Vorschriften nicht immer so genau genommen haben, führt der Autor dann in seinem abschließenden Kapitel vor, in dem er sich der wachsenden Rolle des Vergnügens in der zweiten Jahrhunderthälfte widmet. Die bisherige Darstellung wird insofern korrigiert, als nun betont wird, das Vergnügen sei immer Teil der Investition und Werbung gewesen, sein Vorhandensein habe letztlich über den Erfolg eines Bades entschieden. *Mackaman* analysiert anhand von Reiseführern vor allem die in den Bädern offerierte Ferienpraxis. Sie gewähre Sicherheit und Geborgenheit und symbolisiere den sozialen Platz in der Gesellschaft, die Bäder seien damit zu realen Etikettenbüchern mutiert. Alle Attribute, die Architektur der Hotels, die publizierten Kurlisten, das Prozedere des Eintritts in das Casino, die Garderobe trugen dazu bei, Klasse in Status zu transferieren. Der Austausch kultureller Güter erreichte seinen Höhepunkt im Arrangement des beruflichen Fortkommens und glänzender Partien: die Bäder boten demnach soziale Vorteile als Ware feil.

*Mackamans* These ist eingängig und wird durch die Anlage der Studie in abgeschlossenen thematischen Blöcken fast zu oft in Variationen wiederholt. Und doch oder gerade deshalb bleibt Skepsis angebracht. Eben weil die Medikalisation als unbedingte Voraussetzung eines bürgerlichen Ferienmodells gesehen wird, verblüfft, wie

wenig Aufmerksamkeit ihr vor ihrer zugeschriebenen „Sattelzeit“ entgegengebracht wird. Die eher allgemeinen und zeitlosen Ausführungen im ersten Kapitel führen die Bäder überspitzt als medizinfreie Räume vor. Schaut man in das *Mackaman* durchaus als Vorbild dienende Buch von Corbin<sup>1</sup>, der darin den Wandel der Seebilder vom therapeutischen zum hedonistischen Ort im 19. Jh. nachzeichnet, oder in zeitgenössische balneologische Literatur, entsteht ein anderes Bild: So kam auch im 18. Jh. kein Bad ohne eine medizinische Werbeschrift aus. Ein wenig hat es den Anschein, als soll die Rolle der Medizin im 18. Jahrhundert unterbelichtet bleiben, um die ausgemachte Zäsur stärker hervortreten zu lassen. Gleiches gilt für das Vergnügen und die Funktion des Bades als Lernort bürgerlichen Verhaltens – beides soll erst ab 1850 wichtig werden. Paul Gerbod<sup>2</sup> hat schon darauf hingewiesen, daß sich bereits am Ende des 18. Jhs und vor allem zu Beginn des 19. Jhs in den Bädern bürgerliche Geselligkeitsformen entwickelten, deren weitere Verbreitung wesentlich mit den ‚Auführungen‘ in den Bädern im Zusammenhang standen. Überhaupt wären die Begriffe Bürger, Kurist oder Patient stärker zu hinterfragen. Der Verfasser verwendet den Begriff *bourgeoisie*, um das Publikum bis in die 1860er Jahre zu bezeichnen, und *middle class* für die Zeit nach 1870. Damit soll der zunehmenden Diversifizierung des Publikums begrifflich Ausdruck verliehen werden. Über die tatsächliche Veränderungen der Besucherstruktur erfährt man indes nichts. *Mackaman* kritisiert Corbin für dessen Vertrauen in die Imaginationen der Ärzte, d.h. das von ihm herangezogene Material. Nur muß er sich dann selbst die Frage gefallen lassen, ob seine Quellen: Etikettenbücher, Reiseführer, Werbeschriften ver-

schiedener Couleur, Romane usw., nicht ebenfalls lediglich Imaginationen widerspiegeln. Und gibt es wirklich erst ab den 1850er Jahren mehr Touristen als Kuristen in den Badeorten? Oder war es vielleicht vorher üblicher, sich zwar als Patient in der Kurliste einzutragen, sich aber weniger aus gesundheitlichen Gründen im Bad aufzuhalten?

Gänzlich vernachlässigt wurde in der Darstellung die Umgebung der Badeorte und alle Praktiken, die sich aus deren „Nutzung“ ergeben: Spazieren, Wandern, Reiten, allgemein sportliche Betätigung, Besichtigen von Sehenswürdigkeiten etc. Hatten sie keinen Einfluß auf die Ausbildung einer bürgerlichen Ferienpraxis? Zudem drängt sich die Frage auf, ob die identitätsstiftenden Praktiken – die bürgerliche Art, seine Ferien zu verbringen – auch außerhalb des Bades vorkamen. Hierzu wären weiterführende und vergleichende Studien zu wünschen, denn auch für die französischen Badeorte dürfte gelten, daß sich Krankheitsbehandlung und Regeneration im späten 19. Jh. voneinander auch örtlich schieden: insbesondere anhand der Ferienpraktiken am Meer und in der *villégiature* wäre zu überprüfen, inwieweit dieser Typ rationaler Ferien Bestand hatte oder ob auch konkurrierende Modelle zum Zuge kamen<sup>3</sup>.

Das alles schmälert allerdings keinesfalls *Mackamans* Verdienst, ein flüssig zu lesendes, knappes und zugleich dichtes Buch vorgelegt zu haben – an ihm wird künftig kein Weg vorbei führen, wenn man sich mit französischem Bürgertum, Freizeit und Badekultur im 19. Jh. beschäftigen möchte.

Andreas Mai

1 A. Corbin, Meereslust. Das Abendland und die Entdeckung der Küste, Frankfurt a. M. 1994. *Mackaman* hat die

- Chance, seine These von der Entwicklung eines allgemeinen bürgerlichen Ferienmodells im Bad mit der Studie Corbins zu diskutieren, leider nicht genutzt.
- 2 P. Gerbod, Une forme de sociabilité bourgeoise: le loisir thermal en France, en Belgique et en Allemagne (1800–1850), in: E. François (Hg.), Sociabilité et société bourgeoise en France, en Allemagne et en Suisse, 1750–1850, Paris 1986, S. 105–119.
  - 3 Vgl. z.B. A. Rauch, Les vacances et la nature revisitée, 1830–1939, in: A. Corbin (dir.), L'avènement des loisirs, 1850–1960, Paris 1995, S. 83–117.

**Daniel Mollenhauer, „Auf der Suche nach der „wahren Republik“. Die französischen „radicaux“ in der frühen Dritten Republik (1870–1890), Bouvier, Bonn 1998, 411 S.**

*Mollenhauer* legt mit dem anzuzeigenden Buch seine 1996 in Freiburg/Br. angenommene Dissertation vor. Der Autor nimmt die frühe Phase der Dritten französischen Republik, die Jahre 1870 bis 1890, und insbesondere die *radicaux* (d.h. die radikalrepublikanische Bewegung) in den Blick. Der behandelte zeitliche Rahmen ist für *Mollenhauer* mit dem Formierungsprozeß der Dritten Republik identisch. Hier schließt er sich der Argumentation von Jocelyne George und Jean-Yves Mollier an, die nicht, wie verbreitet, 1879, das Jahr, in dem ein Republikaner das Präsidentenamt übernahm, sondern erst 1890 nach dem Scheitern der populistisch-plebiszitären Volksbewegung Boulangers den erfolgreichen Abschluß der Republikgründung sehen.<sup>1</sup> Aus dem Blickwinkel seines Themas wird diese Periodisierung gestützt, können sich doch die *radicaux* erst nach der Boulanger-Krise in ihrer ganzen Breite mit den zum Teil von Mon-

archisten installierten republikanischen Institutionen versöhnen. Erst nach 1890 beginnt dann auch die Neukonstituierung der *radicaux*, die den Weg bereitet für die Bildung des *parti radical et radical socialiste* 1901, der Trägerpartei der Dritten Republik im 20. Jahrhundert, die durch ihre Integration eines breiten politischen Spektrums offen und koalitionsfähig nach links und rechts wird. *Mollenhauer* geht den Gründen für die Aufspaltung der *radicaux* in „Opportunisten“ und „Intransigente“ seit den Verfassungsgesetzen von 1875 nach, wobei er eine striktere Trennung beider „Nuancen“ vornimmt, als bisher vielfach geschehen. *Intransigeants* setzt er ab 1880 gleichbedeutend mit *radicaux*, während er die „Opportunisten“ den gemäßigten Republikanern annähert.

Die Untersuchung fußt auf der systematischen Auswertung ausgewählter Pariser Zeitungen, auf Polizeiakten, Pamphletliteratur, veröffentlichten Protokollen der Parlamentsdebatten und einigen Nachlässen von Radikalen.

Die Arbeit beginnt im ersten Teil mit der Darstellung der politischen Situation nach 1871, der Stellung der *radicaux* zu den gemäßigten Republikanern des linken Zentrums unter Thiers. Das Aufbrechen der Widersprüche im radikalen Lager während der Verabschiedung der Verfassungsgesetze 1875, die später zur Abspaltung der Parlamentsfraktion der intransigenten Radikalen führten, wird dargestellt. *Mollenhauer* beleuchtet zugleich die Funktionsmechanismen des Parlaments nach dem Sieg der Republikaner 1879. Dahinter steht die Frage, auf welche Weise sich demokratische Organisationsformen im Frankreich der Dritten Republik ausprägten.

Im mittleren Teil wird die chronologisch angelegte Studie durch Untersuchungen der radikalen Theorie, der

radikalen Symbolik und der radikalen Identitätsangebote unterfüttert. *Mollenhauer* macht deutlich, daß der aufbrechende Konflikt im Lager der *radicaux* aus der Frage um die weitere programmatische Ausrichtung resultierte: Während die „Opportunisten“ auf dem Reformweg voranschritten und alte Programminhalte politischem Pragmatismus unterordneten, plädierten die „Intransigenten“ für die „reine Lehre“. Das hieß vor allem das Streben nach einer grundlegenden Demokratisierung des Landes, nach der Unterordnung des Kabinetts unter das Parlament und richtete sich gegen die im Kompromiß mit den Monarchisten 1875 ausgehandelten Institutionen des Senats und der Präsidentschaft, die nicht ausreichend demokratisch legitimiert wären. In Zeiten der Gefahr von rechts wie auch in Fragen des Antiklerikalismus und der expansiven Kolonialpolitik kam es dagegen zum Schulter-schluß beider Richtungen. Auch durch die Untersuchung der Haltung, die die „Intransigenten“ gegenüber der sich entwickelnden sozialistischen Arbeiterbewegung einnehmen, wird deutlich, daß sie in vielen Punkten so weit von den „Opportunisten“ gar nicht entfernt waren.

Im dritten Teil thematisiert *Mollenhauer* die Krise des intransigenten Radikalismus der Jahre 1885–1890. Nachdem es ihrer Parlamentsfraktion 1884 gelungen war, die Regierung des verhassten Opportunisten Jules Ferry zu stürzen, hatte sie in den Parlamentswahlen 1885 deutlich zugelegt, wodurch eine republikanische Regierung ohne sie nicht mehr auskam. Die Einbindung in die Regierung von zwei Radikalen führte allerdings zu heftigen Konflikten innerhalb der radikalen Fraktionen, die sich als Regierungsfaktionen zudem in tagespolitischen Ereignissen, wie dem Bergarbeiter-

streik in Decazeville, zurücknehmen mußten und dadurch Prestige und Wähler an die Sozialisten verloren. Die Krise wurde durch die fehlende Organisationsstruktur verschärft, da keine effiziente Bindung von Wählern, radikalen Aktivisten und gewählten Parlamentariern bestand. Die Unangemessenheit des radikalen Programms, so wie es in den Anfängen der Dritten Republik formuliert worden war, in bezug auf die Situation der ausgehenden 1880er Jahre wurde immer deutlicher. Die Boulangerkrise beschleunigte dann die grundlegende Neuorientierung der Radikalen und führte zu einer Annäherung an die „Opportunisten“. Die Radikalen versöhnten sich mit den bestehenden Institutionen der Republik, nachdem sich gezeigt hat, daß ein Teil ihrer Wählerschaft für die antiparlamentarische Bewegung des ehemaligen radikalen Kriegsministers Boulanger anfällig war. Die zuvor betriebene grundsätzliche Infragestellung der bestehenden Institutionen durch die *radicaux* hatte bei ihren Wählern auch den Boden für die Empfänglichkeit für boulangistische Propaganda bereitet.

*Mollenhauer* macht in seiner gut informierten Studie auf den langwierigen Prozeß der Herausbildung der parlamentarischen Republik in Frankreich aufmerksam, der nicht nur durch die Startbedingungen – die monarchistische Mehrheit in der Nationalversammlung vom Februar 1871 – erschwert wurde, sondern auch von der bewegten revolutionären Geschichte Frankreichs im 19. Jh. Die Fundamentalopposition der radikalen Wortführer, die aus den Zeiten der 1848er Revolution und des II. Kaiserreichs resultierte, konnte sich nur langsam den veränderten Bedingungen und ihren neuen Anforderungen nach 1870 anpassen. Die Konzeptlosigkeit der Radikalen in der Sozialpolitik ist dafür ein schlagendes

Beispiel. Zugleich macht *Mollenhauer* gut deutlich, wie langsam und tastend die Herausbildung parlamentarischer Verhältnisse erfolgte. Das zeigt sich auch an den verschiedenen Versuchen zur Schaffung klarerer organisatorischer Strukturen, die auf die Herausbildung von Parteien im modernen Sinne hindeuten. Auch wenn *Mollenhauer* durch die Betonung der grundlegenden Meinungsverschiedenheiten von „Intransigenten“ und „Opportunisten“ die Offenheit von Geschichte unterstreicht und nicht von vornherein von einer sekundären Erscheinung innerhalb der *radicaux* ausgeht, scheint doch auch viel für eine Nuancierung dieser scharfen Trennung zu sprechen: Die Neuformierung der *radicaux* nach 1890 unter Einbeziehung von „Opportunisten“ sowie ihre Versöhnung mit den bestehenden republikanischen Institutionen nach 1890 betonen doch stärker das letztlich gemeinsame der beiden „Nuancen“. Diese Gemeinsamkeiten waren überdies auch schon zuvor in vielen Punkten deutlich geworden. Die Schärfe der Gegensätze weist wohl auch auf die große Schwierigkeit der *radicaux*, die Breite der ganzen Linken hinter sich zu bringen. Immerhin haben diese „Flügelkämpfe“ auch dazu beigetragen, einen sehr integrationsfähigen *parti radical* zu formen, die nach der Jahrhundertwende in den meisten der französischen Regierungen präsent war.

Die positive Gesamteinschätzung wird kaum durch die redaktionellen Mängel beeinträchtigt, die an verschiedenen Stellen auffallen. Auf wenigen Seiten häufen sich vor allem die Trennfehler; auf Seite 191 ist von einem Coup d'Etat Napoleon Bonapartes 1851 die Rede (diese Bezeichnung für Louis-Napoléon Bonaparte ist zumindest unüblich und irreführend); zugleich sind nicht in jedem Fall Verwei-

se auf im Text behandelte Personen im Register zu finden. Das stellt aber den grundsätzlich positiven Gesamteindruck nicht in Frage, den man beim Lesen der differenziert argumentierenden Studie gewinnt.

Thomas Höpel

I La plus longue des Républiques, 1870–1940, Paris 1994.

**Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika – Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der fünfziger Jahre (=Ordnungssysteme – Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit), Oldenbourg, München 1999.**

In seiner Habilitationsschrift befaßt sich der Hamburger Historiker mit der Kulturgeschichte der frühen Bundesrepublik. Im ersten Teildruck<sup>1</sup> stellt er Freizeit, Massenmedien und 'Zeitgeist' in den 1950er Jahren dar. Im nun erschienenen und hier zu besprechenden zweiten Teildruck beleuchtet er disparate Aspekte von Denken und kulturellen Praktiken in bildungsbürgerlichen Kreisen, um weiße Flecken auf der Karte der Ideenlandschaft der fünfziger Jahre zu kolorieren. Sich gegen das ältere Verdikt über das angeblich restaurative Kulturklima der Adenauer-Zeit wendend, akzentuiert er auf mediengeschichtlicher Ebene die Strukturveränderung von Öffentlichkeit auf die heute existierende informierte Gesellschaft hin, die trotz der vorherrschenden traditionellen Inhalte bürgerlicher Selbstvergewisserung eingesetzt habe (S. 1). Er verortet seine Beiträge in den Forschungsdiskussionen über Kontinuität und Neubeginn, Milieukontinuität u.ä. (S. 3). Er lokalisiert seine Befunde diachron im Diskurs ambivalenter Modernität in Deutschland seit dem Kaiserreich, verweist auf

die entsprechenden öffentlichen Diskurse und hebt den nun neuen kulturellen Impuls der „Westernization“ von Teilen der bildungsbürgerlichen Öffentlichkeit heraus (S. 6f.). Seine Studien sieht er als einen Beitrag zur in Gang befindlichen Rekonstruktion der Ideenlandschaft jener Zeit. *Schildt* listet disparate Forschungsthemen auf, wie die kulturellen Foren (Verlage, Buchreihen, überregionale Presse, gehobene Zeitschriftenpublizistik, Vortragsaktivitäten vor verschiedenen Öffentlichkeiten, S. 8-11), Netzwerke („Hitliste“ der „Zeitgeistmacher“ von Günther Anders bis Hans Zehrer sowie „Ideenmakler“) und mögliche Rezipientenkreise (S. 12f.) einschließlich des vielzitierten Strukturwandels der Öffentlichkeit (S. 13).

Inhaltlich geht *Schildt* davon aus, daß bereits die Diskurse der zweiten Hälfte der vierziger Jahre das Potential enthalten, welches sich in der Folge entfaltet, darunter auch die Ideologie vom christlichen Abendland mit ihren supranationalen Komponenten. Die Diskussionen über Schuld in den vierziger Jahren schrieben zwar ältere antibolschewistische, aber auch antiliberalen und antiamerikanischen Topoi fort, doch dominierten in den späten fünfziger Jahren die Bejahung von Technik und technischer Konkurrenz; unter der großen Hülle des Antibolschewismus habe sich „konservative“ Ideologie gewandelt – dank dem Vordringen einer prookzidentalen Strömung. Im Rahmen seiner Erkundungen will *Schildt* diesen Verlauf als idealtypisch verstanden wissen (S. 17f.). Doch unterläßt er, das realhistorische Gewicht seines Modells auszuwägen.

Die Bedeutung der „Abendland-Topik“, deren Propagierung sich die erste Erkundung des Bandes widmet, schätzt *Schildt* sehr hoch ein: „Die Berufung auf das ‚Abendland‘ erfüllte,

rückblickend betrachtet, in geradezu idealer Weise politisch-kulturelle Anforderungen der Nachkriegsjahre: In dieser Gedankenwelt hatten nationalistische Ressentiments keinen legitimen Platz, sie wurden in eine Randexistenz gedrängt. Der gemeinsame Bezug auf das ‚Abendland‘ war außerdem geeignet, die Konfessionen zusammenzuführen, allerdings unter katholischer Suprematie. ‚Abendländische Freiheit‘ war eine weithin anerkannte politisch-kulturelle Formel im Kampf vor allem gegen den als gottlos charakterisierten ‚Bolschewismus‘, der damit wie der Nationalsozialismus als Kumulation und Konsequenz der Säkularisierung und weitergehend als noch lebendiger und gefährlicherer Feind erscheinen mußte. Während die abendländischen Assoziationen an die mittelalterliche Ostkolonisation die infolge des Krieges entstandenen östlichen Grenzen als nicht endgültig erscheinen ließen, förderten sie zugleich die friedliche Verständigung mit den westlichen Nachbarn, nicht zuletzt mit dem vormaligen ‚Erbfeind‘ Frankreich“ (S. 197-198). In den Gruppierungen um die Zeitschrift „Neues Abendland“ und die kurzlebige „Abendländische Akademie“ hätten die schillernden Konnotationen des Wortes „Abendland“, mit denen sich schon zu NS-Zeiten der Ostkrieg kulturell überhöht legitimieren ließ, überdauert – kein Wunder bei einer bis zu den Rechtsintellektuellen der Weimarer Republik zurückreichenden personellen Kontinuität, die sich in Autoren wie Hans Zehrer und Giselher Wirsing (von der „Tar“ zum „Sonntagsblatt“ bzw. zu „Christ und Welt“) verkörpere (S. 32). Die intellektuell lebhaftere katholische Berufung auf das „Abendland“ habe z.T. alte antipreußische Ressentiments aufgegriffen (S. 45) oder auf ständestaatliche Vorstellung ‚Cortes‘ und Spanns rekurriert (S. 50; S.

54). Die aus „Neues Abendland“ hervorgegangene „Abendländische Akademie“ erlebte seit der Mitte der fünfziger Jahre einen schnellen Niedergang, den die unscharfe Abgrenzung gegenüber autoritären Vorstellungen der antidemokratischen Rechten einerseits und die fehlende Akzeptanz gegenüber Kernbeständen des Grundgesetzes andererseits verursachten und diverse Veröffentlichungen im „Spiegel“ vorantrieben (S. 67-79).

Für die Ende der 1950er Jahre offene Krise der neuabendländischen Bewegung führt *Schildt* ein Bündel sich gegenseitig verstärkender Gründe an: Die kritische Bundestagsdiskussion über Francos Spanien als Bundeswehrstandort, die Bindung der Aktivitäten der entsprechenden Alterskohorte durch neugewonnene Posten und das Fehlen gleichgesinnter Nachwuchses sowie der Strukturwandel des innerkatholischen Diskurses durch die Vorbereitungen auf das II. Vatikanische Konzil sowie die Verlagerung des kulturkritischen Diskurses von der politischen auf die theologische Ebene bei den Bemühungen, den nun vordringenden „Pluralismus“ zu entlarven. (S. 77-81) Im Ergebnis fungierte „Abendland“ als ein Rahmen, um vor allem eine bestimmte Alterskohorte überwiegend katholisch-universalistischer, liberalismuskritischer Rechtsintellektuellern in eine antibolschewistische BRD zu transferieren, sich aber danach als nicht weiter tragfähig zu erweisen (vgl. S. 82).

In seiner Darstellung beschränkt sich *Schildt* leider darauf, Zitatreihungen und die Ergebnisse seiner Archivstudien zu präsentieren, ohne (von der „Spiegel-Affäre“ um die „Abendländische Akademie“ 1958 abgesehen) die Rezeption solcher Ideologeme weiter auszuloten. Dazu hätte es m.E. einerseits einer semantischen Analyse, an-

dererseits eines ideologieanalytischen Anschlusses an die biographischen Erfahrungen jener Intellektueller bedurft.

Die zweite Studie widmet sich den elitären Diskursen in den anspruchsvollen Nachtsendungen des sog. „Dritten Programms“ des Nordwestdeutschen Rundfunks und der späteren Nachfolgeanstalt für Norddeutschland, des NDR. Trotz der geringen Hörerquote von ca. einem Prozent zu Zeiten des NWDR lauschten doch immerhin über 100.000 Gebildete den Features und Vorträgen von Autoren wie Schüddekopf, v. Rezzori, Marek, Vieta, Lewalter oder Schickel, aber – in der politischen Richtung weniger repräsentativ – auch von Haselberg oder Eggebrecht (S. 84-87). Über eine allgemeine Zuordnung zu einer Generation hinaus erfährt man jedoch über Erfahrungshintergrund und mögliche Erklärungen ihrer Affinität zu gehobenen kulturkritischen Diskursen sehr wenig. *Schildt* konstatiert lediglich: „Wichtiger war die gemeinsame Kulturempfängerphase und stete Suche nach neuen Entwürfen in Kunst und Wissenschaft, selbst wenn die scheinbare Originalität oft genug mit starken Kontinuitätssträngen auf die Ideenwelt der Zwischenkriegszeit verwies, was offenbar wenig bewußt war und nicht thematisiert wurde.“ (S. 87) Eine Inhaltsübersicht zeigt die Bedeutung der Suche nach einem festen Halt, auch als Konsequenz der im NWDR gepflegten kulturpessimistischen Diskurse, die Sorge um einen geistigen Pauperismus, die totalitären Gefahren technischer Verdinglichung, die Kritik der Masse im Gefolge der Ideen Ortega y Gassetts, aber auch Amerika und die von dort kommenden Veränderungen des Lebensstils, diachron mit abnehmendem kulturkritischem Unterton (S. 90-106).

Das Kapitel präsentiert sich als eine methodisch nicht zureichende Sammlung von stereotypen Denkfiguren und archivalischen Materialien, deren Erkenntniswert für eine Ideenlandkarte unbefriedigend bleibt – zumal das quantitative Gewicht dieser Diskurse im Rahmen anderer kulturell relevanter Diskurse nicht taxiert wird. Es fehlt eine Untersuchung der Hörerpost, der prosopographischen Netzwerke ebenso wie der Aspekt von „Vergangenheitsbewältigung“ auf Antoren- wie auf Hörerseite. Hier ließen sich möglicherweise Aussagen über die eventuelle eskapistische Funktion solcher Diskurse von der Vor- bis zur Nachkriegszeit gewinnen und somit die faktische Rolle solcher Sendungen für die Integration einer konservativen Bildungsbürgerschaft in die neue Republik ausloten.

Aus dem Zusammenbruch zogen beide großen Volkskirchen die Lehre, geistig eine „Öffnung zur Welt“ zu vollziehen und dazu in Tagungen kirchlicher Akademien neue Antworten auf die allenthalben beklagte „Säkularisierung“ zu finden. *Schildt* konstatiert in dieser dritten, exemplarisch der Evangelischen Akademie Loccum und dem katholisch-sozialen Franz-Hitze-Haus Münster gewidmeten Studie (ab S. 111), daß in beiden Kirchen der gesellschaftliche Pluralismus im Laufe der Zeit allmählich bejaht wurde (S. 118, S. 165). Dieses Ergebnis enttäuscht in seiner völlig überraschungslosen Allgemeinheit, was auf eine insgesamt unpräzise und nicht entfaltete Fragestellung zurückzuführen ist. *Schildt* leitet seine Fallstudien nämlich folgendermaßen ein: „...stellten sich die Kirchlichen Akademien, in den fünfziger Jahren ein vielbeachtetes Forum öffentlicher Diskussion, als ein besonderer Ort der Begegnung von 'Kirche und Welt' dar, wo über gesell-

schaftliche Probleme gestritten und konsensfähige Formeln gesucht wurden. Die Untersuchung solcher Diskurse als ein Stück zeitnaher 'Kirchengeschichte als Gesellschaftsgeschichte' und darüber hinaus als 'Religionsgeschichte' im Sinne eines 'sozialgeschichtlichen Faktors ersten Ranges' soll anhand zweier Fallstudien erfolgen.“ (S. 119) *Schildt* reflektiert nicht einmal, inwieweit gerade diese zwei Beispiele entweder repräsentativ sein können oder sich forschungsstrategisch besonders gut zum ersten Schneiseinschlagen in dieses Forschungsfeld eignen. Es unterbleiben Untersuchungen über den Typ der Zuhörer und deren potentielle Wirkung als „opinion making strata“ z.B. in Lehrer- und anderen Multiplikatorentätigkeiten, es fehlt die Frage nach expliziten oder impliziten Strategien zum Gewinn oder Erhalt einer kulturellen Hegemonie beispielsweise im Sinne Gramscis ebenso wie die Erklärung des dialektischen Verlaufes vor allem des innerprotestantischen Diskurses während des Jahrzehnts, da anfangs ja explizit konservativ-restaurative Impulse zur Gründung der Akademie-Foren geführt haben.

Der in deutscher Tradition gemeinhin ambivalente bis kritische Amerika-Diskurs und dessen zielgerichtete Beeinflussung durch die „Amerikahäuser“ steht im Zentrum der vierten Erkundung (ab S. 167). Dazu heißt es abschließend: „... Die Auffassung, in der Gegenwart gar keinen geistigen sicheren Halt mehr finden zu können, und die Attitüde des Individualismus vertragen sich zunehmend schlechter mit der Selbstsicherheit der christlich-abendländischen Gedankenwelt. Gerade das publizistisch immer wieder erörterte Thema 'Amerika' zeigte die Bemühungen, Vorurteile durch die Betrachtungen der Gesellschaft der USA zu überprüfen. Das Ergebnis sol-

cher Betrachtungen konnte sein, daß 'Amerika' zum einen nur das zukünftige Bild der eigenen Gesellschaft spiegelte, zum anderen viel mehr abendländische Wurzeln besaß, als zuvor angenommen wurde. Nicht zuletzt die Selbstdarstellung der USA als Kulturnation in den Amerika-Häusern legte diese Sichtweise nahe.“ (S. 198f.) Dieser Diskurs konvergierte mit einer realistischen Sicht kulturkonservativer Kreise auf die technischen Aspekte zeitgenössischer Moderne (S. 199). Es gelang den in unterschiedlichen Trägerschaftstypen organisierten Amerikahäusern und -instituten (S. 170), sich bis etwa 1950 einen anerkannt Platz in der städtischen Öffentlichkeit Westdeutschlands, vor allem in der gebildeten Jugend, zu sichern (S. 171), wobei seit der Mitte des Jahrzehnts das Interesse abzunehmen begann (S. 172). Thematisch ging man über den natürlich dominierenden USA-Bezug hinaus und bot zahlreiche Veranstaltungen zur Thematik westeuropäischer und transatlantischer Integration und besonders zu Frankreich, womit man sich auf die Bedürfnislage europäischer Funktionsebenen einstellte (S. 188-191). Für die späten fünfziger Jahre läßt sich konstatieren: „Der sich seit der Mitte der fünfziger Jahre abzeichnende Bedeutungsverlust der Amerikahäuser in der westdeutschen Ideenlandschaft hing offenbar auch damit zusammen, daß die Propaganda für eine westliche Moderne mittlerweile in breiterem Maße in die bundesdeutsche gehobene Publizistik, die kulturellen Hörfunkprogramme usw. Eingang gefunden hatten, so daß hier eine besondere Kompetenz der Amerika-Häuser weniger gefragt war, diese zunehmend auf ihre wichtigste Service-Funktion, die Information über die USA, zusammenschmolz.“ (S. 194) Zu diesem Schluß kommt *Schildt* im wesentlichen auf-

grund einer Analyse der Veranstaltungsprogramme, ohne die Wirkung der Themen und Thesen weiter zu verfolgen. Dies ist insofern bedauerlich, als man hier die Formierung einer bestimmten Generation von Funktionsebenen der jungen Bundesrepublik, die seit den späten 1950er Jahren in ihre Wirkungsbereiche in Wissenschaft, Bildung, Publizistik und Management gelangte, kultursoziologisch fassen könnte.

In seinen abschließenden Überlegungen skizziert *Schildt* den weitergehenden Kontext: „Zugleich aber begann sich die Öffentlichkeit gerade in diesem Zeitraum zu wandeln. Die zunehmende massenmediale Durchdringung der Gesellschaft, die Verbreiterung der Bildung und Qualifikation, welche die vormals schmale und relativ klar abgegrenzte bildungsbürgerliche Schicht diffuser werden ließ, und der beginnende Generationswechsel in der Publizistik und beim Publikum hatten gravierende Auswirkungen auf die Ideenlandschaft. Als Indiz ist die Krise zahlreicher Gesprächsforen, nicht zuletzt der kirchlichen Akademien, in den 1960er Jahren zu werten, kumulierend im Protest der 68er-Bewegung nicht nur gegen 'alte Zöpfe', sondern auch gegen die als folgenlos stigmatisierten Einlassungen wohlwollender liberaler Begleiter“ (S. 199).

Diese Hypostasierungen bleiben unscharf, da sie nicht auf einer systematischen Reflexion von generationstypischen Erfahrungen der jeweiligen Alterskohorten basieren, die dialektische Dynamik der Ungleichzeitigkeit diverser Diskurse nicht einfangen und folglich den Anteil der fünfziger Jahre an der mentalen Vorbereitung der 68er nicht ausmessen können. Damit entgeht *Schildt* die lohnende Perspektive, aus der Sicht der fünfziger Jahre zur These von 1968 als einer radikalen

Okzidentalisation Stellung zu nehmen.

Im Jahre 10 nach der „Wende“ von 1989/90 hätte man die Vergleichsperspektive zur SBZ/DDR wenigstens andeuten können, wo ja als typisch deutsch geltende, technik- und kulturkritische Vorstellungen in bestimmten Phasen tradiert oder auch offiziell unterstützt wurden. Den intellektuell-kulturellen Weg der BRD nach Westen hätte man so komparatistisch stärker fassen können.

Die im Titel angedeutete Polarität zwischen „Abendland“ und „Amerika“ verdiente eine weitere Differenzierung: Nicht weniger ambivalent als der Amerika-Diskurs erscheint traditionell der Frankreich-Diskurs, der ebenfalls – wie man u.a. an Victor Klemperer studieren kann – in Teilen des deutschen Bildungsbürgertums gepflegt wurde. Dieser unterliegt m.E. aufgrund der neuen Rolle des Nachbarlandes einem noch einschneidenderen Wandel der Diskursbedingungen als der Amerika-Diskurs: Frankreich fließt in eine karolingisch geprägte Abendlands- und Europa-Ideologie ein und verliert sein Negativstigma „oberflächliche Zivilisation statt tiefgründiger Kultur“. Einige strukturierende Bemerkungen hierzu hätten den Amerika-Diskurs ebenso wie den Abendland-Diskurs zum einen genauer plazieren, zum anderen zusätzliche Nuancen und Bedingungen im Mentalitätswandel meinungsbildenden Schichten vor allem, aber nicht nur im Südwesten der BRD hervorheben können. Insgesamt treiben solche Anmerkungen zur forschungsstrategischen Überlegung, inwieweit das Interesse für bestimmte Länder und dessen Befriedigung durch bestimmte stereotype Topoi mentale „black boxes“ generierten, innerhalb derer eine subjektiv gefahrlose Mentalitätstransformation, d.h. ein partieller Wandel von Weltbildern,

möglich ist. Andere Länder scheinen sich nicht nur aufgrund der Folgen des Zweiten Weltkrieges, sondern evtl. auch aus Gründen einer nur begrenzten Anpassungsfähigkeit an bestimmte Perzeptionsbedürfnisse als solche „black boxes“ weniger zu eignen, sei es Polen, sei es Rußland bzw. die Sowjetunion.

Eine Kritik muß dem Band die Selbstbegrenzung, die in seinem ausdrücklichen „Erkundungscharakter“ liegt, fairerweise zubilligen. Doch auch dabei muß sie auf dem Einsatz angemessener Erkundungsinstrumente und -ziele beharren. Auf der „Textebene“ vermißt der Rezensent eine Analyse der Struktur der geführten Diskurse vor allem auf ihre Potentiale zu einer eigendynamischen Entwicklung hin, z.B. hinsichtlich des Abendland-Diskurses eine Aufschlüsselung von mangels Anpassungsfähigkeit allmählich verschwindenden und dank semantischer Polyvalenz überlebensfähigen Komponenten. Auf der „Produzentenseite“ fehlt der Bezug auf die Subjekte, die ja mittels solcher Diskurse eine sinnhafte biographische Kontinuität konstruieren, diese Konstruktion auf entsprechenden Foren in ihrer meinungsbildenden Bezugsgruppe modifizieren oder stabilisieren und daraus gegebenenfalls die in ihren Äußerungen ja durchaus spürbare Missionierungsmotivation zur Intervention auf den Feldern der veröffentlichten Meinung ziehen. Auf der „Rezipientenseite“ mangelt es an einer genaueren archivalischen Aufschlüsselung, um die „Mechanik“ von Wandlungsprozessen in Meinungsklimata zu erfassen und den Anteil der hochkulturellen Diskurse und deren Foren im Verhältnis zu den massenkulturellen Phänomenen des Jahrzehnts zu gewichten. Angesichts der Kritik bleibt zumindest die Frage, ob *Schildt* bei seinen Erkundungen mit

einer Landkarte genaueren Maßstabs und kleineren Zuschnitts forschungsökonomisch effektiver weiße Flecken hätte färben und so zu einem (im Erklärungswert) umfangreicheren Kartenwerk hätte beitragen können.

Friedemann Scriba

- 1 A. Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und 'Zeitgeist' in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre*, Hamburg 1995.

**Remi Hess/Christoph Wulf (Hrsg.), Grenzgänge. Über den Umgang mit dem Eigenen und dem Fremden (= Europäische Bibliothek interkultureller Studien, Bd. 3), Campus-Verlag, Frankfurt am Main/New York 1999, 232 S.**

Dieses Buch ist nicht einfach zu besprechen, denn hinter dem Titel, der Neuigkeiten zu einem kulturwissenschaftlichen Forschungsprogramm und neuen Deutungsanspruch anpreist, verbirgt sich eine Textsammlung aus Anlaß der Pensionierung von Ewald Brass, dem langjährigen Referatsleiter im Deutsch-Französischen Jugendwerk. Aus solchem Anlaß wären Ergebnisse von einschlägigen Untersuchungen denkbar gewesen. Statt dessen bietet der Band aber Miniaturen von Weggefährten eines zweifellos wichtigen Animateurs der deutsch-französischen Begegnungen. Leider sind diese Erinnerungen außerordentlich abstrakt konzipiert – so besonders augenfällig im Beitrag von *Jacques Demorgeon*, dessen Titel („Von Forschern und Gruppen“) doch Konkreta zu den Begleitforschungen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes verspricht. Für diejenigen, die nicht an der offensichtlich beeindruckenden Kooperation unter der Führung von

Brass teilgenommen haben, bleibt da wenig nachzuvollziehen, und der Verdacht drängt sich auf, daran hätte die Absicht von Herausgebern und Verlag gelegen.

Erstauslich auch der Stil der Übersetzungen aus dem Französischen, der beim Leser beinahe ständig das Bedürfnis nach dem Original hinterläßt, um herauszubekommen, worum es dem Autor im einzelnen gehen könnte. Dies liegt nun aber, soweit kann der Rezensent aus eigener Erfahrung bestätigen, kaum in der Schuld der Übersetzer, sondern signalisiert eher den Übergang zu einer Sprache, die sich in terminologischen Festlegungen und Kombinationen ergeht, zu deren Übertragung in die Fremdsprache oftmals jeglicher empirischer Anhaltspunkt fehlt, wenn denn keine konkreten Geschichten davon, worum es eigentlich geht, hinzugeliefert werden. Die Glasperlenspiele schweißtreibender Begriffssarbeit, die allein dem Zweck dienen, die berühmten kleinen Unterschiede zum eigenen Vorteil zu erfinden, erschweren jedwede Übersetzung ungemein, und die vorliegenden Beiträge zu pädagogischen Konzepten interkultureller Ausbildung bestätigen dies aufs Eindrucksvollste.

So bleibt ein Bändchen, das zahlreiche durchaus bedenkenswerte Formulierungen zum Multikulturalismus enthält und über Eigenes und Fremdes klug räsoniert. So auch in Auseinandersetzung mit Huntingtons „Kampf der Kulturen“. Aber zum einen ist davon nichts wirklich überraschend im Verhältnis zu einschlägigen Veröffentlichungen, zum anderen erweisen sich die Schwierigkeiten mit dem Ansatz des Kulturrelativismus auf der Ebene der Konkretion, von der auf diesen mehr als 200 Seiten allerdings kaum die Rede ist. Sie bleibt das Mitgedachte des Insider-Kreises, der sich diesen

Band zur eigenen Verständigung geschenkt hat. Warum allerdings der renommierte Campus-Verlag eine gleich europäische Bibliothek interkultureller Studien mit einer solchen Festschrift füllt, bleibt für den Rezensenten unerfindlich.

Matthias Middell

**Eric Frère, Vergleich der Kommunen in Deutschland und Frankreich im föderalen und zentralen System, Deutscher Universitäts Verlag, Wiesbaden 1997, 258 S.**

Vergleich zum Zwecke der Verständigung und damit als Schritt auf dem Weg zur europäischen Integration ist die Intention der von *Eric Frère* verfaßten Dissertation. Unter dem Blickwinkel der Effizienzbestimmung vergleicht *Frère* das französische und das deutsche Kommunalsystem. Der Konflikt zwischen gesamtwirtschaftlicher Effizienz und lokaler Autonomie wird dabei besonders problematisiert.

Unter diesen Gesichtspunkten kontrastiert *Frère* die Herausbildung des modernen französischen Gemeinbewusstseins seit der Revolution von 1789 mit der Entwicklung in Deutschland seit der Steinschen Städteordnung. Er vergleicht dabei die rechtliche Stellung der Kommunen im französischen bzw. deutschen Staats- und Verwaltungssystem und berücksichtigt insbesondere Selbstverwaltung und Finanzautonomie. Nach dem historischen Rückblick stellt *Frère* die aktuelle Situation der Kommunen in der Republik Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland dar. Das beinhaltet sowohl die Struktur des Kommunalsystems (Größe und Zahl der Gemeinden) als auch die rechtliche Stellung der Kommunen und die Kommunalverfassung. Schließlich

stellt *Frère* auch die finanzpolitischen Kompetenzen sowie die Einnahmen und Ausgabenstruktur der Kommunen in Frankreich und der Bundesrepublik gegenüber.

Die deutschen Kommunen verfügten seit dem 19. Jh. über eine größere Autonomie als die französischen. Allerdings lassen sich im 19. Jh. noch zahlreiche Parallelen in der Entwicklung ausmachen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg entgegengesetzt verlaufende Entwicklung – föderal-dezentral in (West-) Deutschland, weiterhin zentral in Frankreich – hat sich seit den siebziger und achtziger Jahren wieder stärker angenähert. Parallel hat sich in beiden Ländern der staatliche Einfluß auf die Kommunen über staatliche Finanzzuweisungen verstärkt. Trotzdem erkennt *Frère* im föderalen (west-) deutschen Kommunalsystem das effizientere, könne es doch eher als das zentralisierte französische System ein optimaleres Angebot an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen zur gesellschaftlichen Wohlfahrtssteigerung bieten. Zugleich weist er gerade mit dem Blick auf die ostdeutschen Länder auf bestehende Defizite auch im deutschen Kommunalsystem, und zwar auf territorialer, rechtlicher und finanzieller Ebene hin.

Die Gegenüberstellung der Abschnitte zu Frankreich und Deutschland sowie die detaillierten Vergleiche sind die Stärken einer Arbeit, die im historischen Überblick jedoch zu schlaglichtartig bleibt und stilistische Schwächen aufweist. So hebt *Frère* die Steinsche Städtereform vor allem als Liberalisierung hervor und stellt sie in Opposition zur preußischen Staatsautorität. Das unterschlägt aber völlig die Ambivalenz der Reform, die altständische Momente bewahrte, und natürlich auch, daß der Staat zugleich zentrale Zuständigkeiten der Städte an sich zog.

Hier und in der Bewertung Steins wäre ein Blick in neuere Darstellungen hilfreich gewesen. Auch wenn der Ansatz von *Frère* legitim ist, so stellt sich doch die Frage, ob es sinnvoll ist, Kommunalsysteme ausschließlich mit Blick auf die ökonomische Nutzenmaximierung zu studieren.

Thomas Höpel

**Rudolf Stöber, Die erfolgverführte Nation. Deutschlands öffentliche Stimmungen 1866 bis 1945, Franz Steiner Verlag Stuttgart 1998, 394 S.**

„Kann man eine Zeit und Kultur verstehen, ohne an ihr teilzuhaben?“ fragt der Verfasser dieses der Geschichte und den Kommunikationswissenschaften gleichermaßen gewidmeten Buches am Anfang – jene Frage, die Historiker und auch die Konsumenten ihrer Produkte immer wieder beschäftigt.

Die Gefahr, daß die Vergangenheit mit den eigenen Urteilen des Historikers belastet, daß Geschichte nacherfunden, gemacht wird, ist groß. Um ihr zu begegnen, wird sich der redliche Historiker nicht nur mit jenen Quellen befassen, die etwas darüber aussagen, was geschah, sondern auch mit jenen, die darüber erzählen, was die Zeitgenossen darüber dachten. Aber wer schreibt auf, was „man“ damals dachte? Preußische Regierungspräsidenten hatten „Stimmungen und Meinungen“ ebenso aufzuzeichnen und zu interpretieren wie Hitlers Gestapo.

Aber sind die Stimmungsberichte, sofern sie nicht von vornherein im Interesse des Adressaten, an den sie gerichtet waren, verfälscht wurden, eine möglicherweise einseitige Auswahl? Haben die Medien nicht eher bestimmte „öffentliche Stimmungen“ erzeugt, die öffentliche Meinung manipuliert?

Wer interpretiert für den Historiker das Interpretat?

Der Autor hat sich dieser Aufgabe gestellt. Was *Stöber* da aus der Zeit des zu Ende gehenden Deutschen Bundes, des zweiten Deutschen Reiches, der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus an einschlägigen Berichten mit immensem Fleiß ausgewertet hat und anhand vieler Beispiele darlegt, ist vielfach hochinteressant, weil es oft den stereotypen Vorstellungen darüber, was „man“ in jenen Zeiten dachte, aber auch, darüber, wieweit öffentliche Stimmungen manipuliert werden konnten, widerspricht. Die Kerngedanken seiner Untersuchungsergebnisse sollten nachdenklich stimmen.

„Es waren vor allem Realitäten und reale Erfahrungen, die öffentliche Stimmungen und Meinungen beeinflussten“, schreibt *Stöber*. „Die Medien, theoretisch der effektivste Hebel zur propagandistischen Revolution, mußten sich nach der Decke strecken“ (S. 353). An dieser Grundeinschätzung, der die Erkenntnis der bedingten Wirksamkeit der manipulierenden Zielstellungen der Medien enthält, änderte sich innerhalb der Zeit von 1866 bis 1945, einer „Zeit ungewöhnlicher Dynamik und großer Veränderungen auf dem Mediensektor“ eigentlich nichts. Ausdrücklich bezieht der Autor in dieses Urteil auch das „Dritte Reich“ ein, dem erstmals alle seit etwa 1870 nacheinander entwickelten Mediensparten Parteipresse, Massenpresse, Film und Rundfunk einem Regime gleichzeitig zur Verfügung standen. Gerade für die NS-Zeit kann *Stöber* nachweisen: „Die Bevölkerung suchte auf vielen Wegen Ersatzinformationen zu beschaffen, wenn die normalen Vermittlungskanäle geschlossen oder stark reglementiert wurden.“ (S. 357)

Der Autor kommt weiterhin zu dem Ergebnis: „Offensichtlich waren Mei-

nungen und Stimmungen hinsichtlich außenpolitischer Themen und den wichtigsten Persönlichkeiten im Mittelwert immer deutlich positiver, als dies bei den Themen des alltäglichen Lebens der Fall war. Bei dem näheren Hemd war die Bevölkerung kritischer und dementsprechend Meinung und Stimmungen negativer als bei dem ferneren Rock“ (S. 357) Von den Medien gesetzte Themen hatten um so mehr den gewünschten Erfolg, je weniger sie überprüfbar, d.h. je kürzer in der Agenda bzw. je entfernter von der alltäglichen Erfahrung sie thematisch waren. „Wo voraussetzungslos und unüberprüfbar neue Medienthemen die Diskussionen der Öffentlichkeit beeinflussten, waren die von der Propaganda intendierten positiven Wirkungen am ehesten zu erzielen.“ (S. 357)

*Stöbers* Fazit: Die langen Trends in den öffentlichen Stimmen „waren eher Ursache denn Folge medialer Veränderungen“ (S. 353).

Der Autor hat ein Buch geschrieben, das wegen der genannten und anderer Schlüsse, aber natürlich auch wegen der Vielzahl von Einzelergebnissen für Historiker wie für Kommunikationsforscher unbedingt lesenswert ist.

Jörg Roesler

**Sebastian Conrad, Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan 1945–1960 (=Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 134), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1999, 485 S.**

Der Autor dieser Berliner Dissertation hat ein bemerkenswertes Lesepensum absolviert. Fast 60 Seiten Literaturverzeichnis verweisen auf zwei Stapel von Publikationen, die der Vf. vergleichend auf ihre Deutungen der deutschen resp.

japanischen Nationalgeschichte durchgesehen hat, und eine umfangreiche Sekundärliteratur, die es zur Geschichte der Geschichtsschreibung beider Länder für die Nachkriegszeit gibt. Der durchaus beträchtliche Gewinn dieses Unternehmens ergibt sich auf drei Ebenen: zum einen natürlich aus der Parallelisierung nationalgeschichtlicher Selbstvergewisserungen, wobei sich für das deutsche Publikum vor allem ein enormer Informationsgewinn zur japanischen Entwicklung ergeben dürfte. Zum zweiten nimmt Conrad mit seiner Arbeit an der Debatte darüber teil, was eigentlich Gegenstand von Historiographiegeschichte sein soll und plädiert – gegen die in der Rösen-Schule dominierende Aufmerksamkeit für die Entwürfe von Historikern und methodologischen Reflexionen, aus denen sich eine Art „Whig history of history“ (Charles Maier) ergibt – dafür, die materiale Produktion der Historiker, ihre Darstellungen der jeweiligen Geschichte in den Mittelpunkt zu rücken. Daß er sich dabei auf jenen Bereich der Geschichtswissenschaften stützt, die sich der Nationalgeschichte in Deutschland bzw. Japan zuwenden, mag derjenige bedauern, der sich eher für die Gegenströmungen der Weltgeschichtsschreibung oder der regionalen Zugriffe interessiert, aber der Vf. folgt hier doch einer weit verbreiteten und auch mit guten Gründen anerkannten Auffassung, daß die Nationalgeschichtsschreibung im 20. Jh. lange Zeit die vorherrschenden Geschichtsbilder konstituierte und zentrale Prägestkraft für Identifikationsprozesse entfaltete. Zum dritten führt Conrads vergleichende Absicht dazu, daß er dem japanischen Fall, in dem die gravierenden Veränderungen unmittelbar nach 1945 einsetzten, synchron den westdeutschen Fall gegenüberstellt, der für den gleichen Zeitraum normaler-

weise nur als eine langweilige Schwundstufe des Neohistorismus angesehen wurde, der erst durch die leuchtende Heraufkunft der Historischen Sozialwissenschaft zu Anfang der sechziger Jahre ein Ende bereitet wurde.

Auf jeder der drei Ebenen leistet die vorliegende Arbeit Bemerkenswertes in der Materialerschließung. Nach einer Einführung in den Zustand beider Historiographien in den späten vierziger Jahren, die im Falle Japans auch zeitlich ins 19. Jh. zurückgreift und in einem sehr dichten Abriss über die Entstehung der verwissenschaftlichen Geschichtsschreibung in Japan und ihre Beziehungen zum europäischen Modell der historischen Selbstvergewisserung informiert, folgen jeweils Abschnitte über die Behandlung des Ursprungs der Nation anhand der Bismarck-Ära und der Meiji-Zeit, über die Behandlung der jüngsten Vergangenheit des Faschismus/Nationalsozialismus einschließlich der Kriegsniederlage, über die „Erfindung der Zeitgeschichte“ und über die „Temporalisierung des Raumes“, d.h. die Verortung der jeweiligen Nation in ihrer europäischen bzw. asiatischen Umgebung.

Ausgangspunkt sind die Krise der Nationalgeschichtsschreibung und die Distanzierung von der Nation, die sich in der frühen Bundesrepublik und in Japan aufgrund parahieler Erfahrungen antreffen lassen. Dabei blieb doch aber – gerade in einem negativen Bezug auf sie – die Nation das „geheime Zentrum der Historiographie“, war der Rahmen für die meisten Historiker und galt ihnen als Motor der Geschichte (S. 12). Von hier ausgehend mustert *Conrad* eine große Masse von Büchern und Aufsätzen durch und behandelt mit einer bewundernswerten Fähigkeit zur Synthese ihre Autoren und die institutionellen Arrangements der beiden Hi-

storiographien. Etwas unbefriedigt bleibt der Leser dabei allerdings trotz oder gerade wegen der großen Materialfülle, weil man sich quantifizierende Befunde über die Gesamtheit der jeweiligen historiographischen Produktion hätte vorstellen können (etwa anhand einer Auswertung der wichtigsten Fachzeitschriften oder einschlägiger Bibliographien), die die Aussagen über die Bedeutsamkeit der hervorgehobenen Verfasser, Interpretationsrichtungen und Werke nachvollziehbarer gemacht hätten.

Getreu dem Titel seines Buches verfolgt *Sebastian Conrad* konsequent zwei Parallelgeschichten mit dem Argument der Ähnlichkeit der Konstellationen, Problemlagen und Ausdrucksformen. Obgleich er in der Einleitung einen komparatistischen Anspruch auf generelle Aussagen erhebt, die die Reaktionsweisen von Historiographien auf die Lage nach verlorenem Weltkrieg, unter Beobachtung der Besatzungsmacht und eingebettet in einen gesellschaftlichen Demokratisierungsprozeß betroffen sollen, bleibt dieses Anliegen letztlich uneingelöst und kann wohl auch gar nicht eingelöst werden. Anstatt sich auf einen Vergleich in systematischer Absicht einzulassen, der die Dichte der Beschreibung unnötig eingeschränkt hätte, entscheidet sich der Autor glücklicherweise dafür, diesem in der Einleitung angekündigten kontrastiven Vergleich nicht besonders engagiert nachzugehen. So bleibt die Kategorie der „Ähnlichkeit“ für die politisch-soziale Konstellation der beiden Historiographien auch weitgehend unreflektiert. Es ist evident, daß es sich dabei um eine – durchaus plausible – Konstruktion des Vf. handelt, der diese „Ähnlichkeit“ gegenüber Unterschieden in den Vordergrund rückt. Problematisch wird dieses Verfahren ledig-

lich dadurch, daß kaum ausführlicher diskutiert wird, ob es nicht konkurrierende Möglichkeiten zur Wahrnehmung von Ähnlichkeiten gibt, an denen sich die Ergebnisse der von Conrad gewählten Konfiguration seiner Analyse messen lassen müßten. Der Befund einer starken marxistischen Geschichtswissenschaft in Japan zwischen 1945 und 1960 könnte es nahe legen, den Vergleich mit anderen Ländern des Westens zu suchen, die ebenfalls nach dem Zweiten Weltkrieg eine einflußreiche marxistische Historiographie kannten, wie dies etwa für Frankreich der Fall ist. Führt man dieses Argument weiter, dann hätte ein Vergleich mit dem deutschen Fall nahegelegt, beide deutsche Teilhistoriographien einzubeziehen und dadurch das Bild der „Ähnlichkeiten“ zu komplettieren. *Conrad* führt gegen eine solche Sichtweise an, die westliche/amerikanische Besatzungsmacht und die Sicherheit einer westlichen Perspektive seien so zentral für die Ausrichtung der verglichenen Historiographien, daß das Fehlen dieser beiden Merkmale eine Einbeziehung der DDR-Geschichtswissenschaft nicht sinnvoll mache (S. 24). Allerdings verfolgt er dieses Argument des Vorrangs einer Prägung durch die spezifische Einbeziehung in ein Besatzungsregime im weiteren Verlauf der Arbeit nicht konsequent weiter, sondern erörtert vielmehr die Rolle von innerfachlichen Traditionen, methodischen Orientierungen und gesellschaftlichen Interpretationsbedürfnissen der jüngeren Geschichte. Betrachtet man dagegen den inzwischen erreichten Forschungsstand zur Geschichtsschreibung in der DDR, dann hätte sich ein reizvolles Deutungsmuster ergeben können. Denn all das, was *Conrad* am japanischen Fall innerhalb der marxistischen Historiographie beobachtet und am westdeutschen Fall vermißt

(oder als Verspätung deutet), läßt sich für die DDR-Geschichtswissenschaft ebenfalls zeigen: eine Umkehr der universalhistorischen Programmatik in eine nationalgeschichtliche Praxis, die für einen gewissen Zeitraum attraktiver als die neohistoristische Argumentation der älteren deutschen Schule gewesen ist, aber die Modernisierung der frühen sechziger Jahre zur westlich eingebundenen Sozialgeschichte nur ungenügend parieren konnte. So ließe sich gerade aus der bewußt in Kauf genommenen Fehlstelle der von Conrad gewählten Konstellation ableiten, daß für künftige Vergleiche des deutschen mit anderen nationalen Fällen in der Historiographiegeschichte ein synthetischer Blick auf west- und ostdeutsche Geschichtswissenschaft hilfreich wäre. Dies mag nach Jahrzehnten der Feilung ungewohnt sein und deshalb auf allerhand pragmatische oder politische Bedenklichkeiten stoßen, würde aber den „deutschen Fall“ in einem Vergleich erst abrunden.

Natürlich müßte eine solche Perspektive die grundsätzlichen Unterschiede in der Bundesrepublik und in der DDR angemessen beschreiben und prüfen, ab welchem Moment das Geflecht der deutschen Historiographie in ein ost- und ein westdeutsches System zerfiel, so daß ab diesem Zeitpunkt Vergleiche zwischen anderen nationalen Geschichtswissenschaften und der DDR- bzw. der bundesrepublikanischen Historiographie sachlich gerechtfertigt sind. Weder 1945 noch 1949 scheinen dafür geeignete Zäsuren, eher deutet sich das Ende der fünfziger oder der Beginn der sechziger Jahre an. Das Besondere an der deutschen Situation dürfte eine doppelte sein. Einmal löst sich die Entität „deutsche Historiographie“ in struktureller Hinsicht und in der Wahrnehmung der Akteure Schritt für Schritt auf. Andererseits wird da-

durch die innerfachliche Kommunikation zwischen den verschiedenen Richtungen der Historiographie besonders belastet, auch wenn man für Länder wie Frankreich oder Japan ebenfalls Tendenzen der weitgehenden Abschottung einzelner Lager konstatieren kann.

Dieser hier in aller Verknappung vorzutragende Einwand betrifft die von *Sebastian Conrad* in diesem Buch m.E. etwas verschenkten komparatistischen Möglichkeiten, er soll aber keineswegs verdecken, daß für die weitere Diskussion zur Historiographiegeschichte des 20. Jh.s eine hochkompetente Erschließung zweier wichtiger Fälle gelungen ist, was vor allem darauf beruht, daß der Vf. eine bemerkenswerte Fähigkeit besitzt, komplexe historische Darstellungen in ihrer Kernaussage zu erfassen und ebenso knapp wie umfassend wiederzugeben. Insofern kann man voraussagen, daß diese riesige kulturelle „Übersetzungsarbeit“ das Buch zu einem Nachschlagewerk für seine beiden Gegenstände machen wird.

Matthias Middeli

**Thomas Groß, Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation (Jus Publicum Bd. 45), Verlag J. C. B. Mohr (P. Siebeck), Tübingen 1999, XLX, 406 S.**

Die unerschwingliche Heidelberger Habilitationsschrift befaßt sich – äußerlich betrachtet – mit einem Querschnitt durch die Organisationsstrukturen vor allem im Verwaltungs- und Verfassungsrecht. Vor einer Phänomenologie findet sich allerdings ein Einleitungskapitel zur Verwaltung als rechtlich gesteuerter Organisation. Nach den Erscheinungsformen der Kollegialverwaltung werden ihre Funktionen untersucht. Dann wird sie den

Kategorien der Fremd- und der Selbststeuerung unterworfen. Darauf wird vor diesem Hintergrund die Verwaltungsorganisation in der rechtsstaatlichen Demokratie ins Auge gefaßt. Daran schließt nahtlos ein Kapitel über die Organisationsverantwortung des Gesetzgebers an. Dann wird ein Kollegialverfahrensrecht im Sinne einer allgemeinen Typologie entwickelt und schließlich das Kollegialprinzip in den Institutionen der Europäischen Gemeinschaften entfaltet. Am Ende stehen zusammenfassende Thesen, die zugleich genutzt werden können, um sich einen Überblick zu verschaffen.

Die Schrift ist zugänglich und übersichtlich gestaltet. Sie gestattet ihren Gebrauch wie ein Handbuch. Dies ermöglicht neben dem Sachverzeichnis die ausgezeichnete systematische Gliederung. Auch ist ihre Begrifflichkeit nicht nur rechtsdogmatisch, sondern zudem verwaltungswissenschaftlich ausgerichtet. Das macht sie interdisziplinär interessant. Das innere Erkenntnisinteresse ist zu sehen, wie sich ein modernes, freiheitliches Element in den Verwaltungsstrukturen jeweils spiegelt, die dadurch nicht in dem eingangs zitierten System einer rationalen Beamtenverwaltung verharren konnten, das auf Seiten des Bürgers ein modernes Fellachentum, wie es Max Weber befürchtete, hätte hervorbringen können. Dieses Interesse veranlaßt die ausgezeichnete Durchdringung des Stoffes, die die Schrift erreicht.

Von der Kommunalverwaltung bis zu den europäischen Institutionen, über die grundrechtsgeprägten Bereiche des Rundfunks und der Wissenschaft, ebenso der öffentlich-rechtlichen Versicherungsträger wie solcher Versicherungen und Kreditinstitute und der Organisation der Aufsichtsämter und der Rechnungskontrollen – überall setzt *Groß* seine Sonde an und ordnet die

Erscheinungen etwa unter Gesichtspunkten von kooperativen, pluralistischen oder professionellen Kollegialstrukturen. Dabei sind auch Zweckverbände aller Art und Verwaltungskooperationen sowie ihre Kollegialgremien in die Betrachtung einbezogen. Sie sind wiederum nach Kategorien der partizipativen oder der korporativen aber auch justizähnlicher Funktionen zu unterscheiden, die sie wahrnehmen. Hier spielt die Aufgabe des Sachverständigen ebenso wie diejenige der Leitung eine Rolle, neben der der Kontrolle, ähnlich Gerichten, etwa in Prüfungsausschüssen, Abteilungen des Bundespatentamtes und des Bundessortenamtes oder in Ausschüssen im Bereich der Wirtschaftsaufsicht und nicht zuletzt in den Ausschüssen für Kriegsölenstverweigerung. Dabei kommen auch „privatrechtliche“ Organisationsformen nicht zu kurz, etwa der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft oder die Gremien des Vereins, nicht nur weil sie in der Tat verwalten, sondern das oft auch gerade im Bereich der Erfüllung öffentlicher Aufgaben tun. Der bürokratischen Organisationsform als Erscheinung der Fremdsteuerung wird eine Typologie der Selbstorganisation gegenübergestellt nicht nur in der kommunalen und der funktionalen Selbstverwaltung, sondern in einem Griff durch alle auch privatrechtlichen Organisationsformen bis hin zur Stiftung. Angesichts der damit immer verbundenen Legitimation einer Vernetzung nicht nur um einer eigenen Vernetzung willen, sondern auch gerade aus Gründen der Abschottung gegen politische Einflüsse schließt sich sinnfällig an, sich mit der Verwaltungsorganisation in einer rechtsstaatlichen Demokratie auseinanderzusetzen. Anschließend fügt sich, die Aufgaben der Gesetzgebung nicht nur zu bezeichnen, sondern auch zu untersuchen, näm-

lich die notwendigen Strukturen im Wege der Organisationsgesetzgebung zur Verfügung zu stellen. Dazu fügt sich dann das Kollegialverfahrensrecht und seine internes und sein externes Kontrollrecht, das um so mehr an Bedeutung gewinnt je stärker die Verwaltung in kollegiale Formen schlüpft.

Auf dem Wege wird völlig klar, daß die Wahrnehmung von Verwaltung, wie sie etwa die herkömmliche Juristenausbildung vermittelt, überhaupt nicht mehr das einfängt, was heute viele Bereiche prägt. Der große Annex zum Europarecht spiegelt all dies noch einmal auf dessen Ebene ganz deutlich, zumal das Europarecht finale Formen der Steuerung ohnehin bevorzugt, deren Orientierungen oft erst durch kollegiale Willensbildung und Konkretisierung vollständig ausgeprägt wird, so daß ihnen gemäß gehandelt werden kann.

Die damit einhergehende „Kollegialisierung“ des Verwaltungshandelns zieht notwendig seine „Prozeduralisierung“ nach sich. Das hat auch Auswirkungen für die Kontrolle. Der Sache nach liegt darin aber zugleich ein Schritt zur Modernisierung der Verwaltung als Verwaltung eben in der rechtsstaatlichen Demokratie, die anders als der Fürstentum in vielen Bereichen nicht mehr vorwegnehmen kann durch legislative Entscheidungen, wie die Dinge zu regeln sind. Dies nicht nur, weil ihr fehlt, was man die höhere Gewißheit fürstlicher Weisheit nennen könnte, die erlaubt, ihre Einsichten in abschließende materielle Regeln als Handlungsanweisungen an die Verwaltung zu gießen. Vielmehr ergibt sich die ganz andere Situation aus der demokratischen Legitimation ebenso wie aus der Struktur heutiger Aufgaben und die heute stets wachsende Ungewißheit über die Folgen der Komplexität menschlichen Handelns in

Bereichen, die alle angehen, weil sie alle betreffen, mithin in allen Feldern dessen, was moderne Risikogesellschaften anpacken, ohne zu wissen, wohin es führt.

Die in der Willensbildung damit vollzogene Prozeduralisierung des Geschäfts der Verwaltung wie des Rechts geht dabei mit Gewißheitsverlusten einher, die ihren Preis haben. Wird dieser Weg weiter beschritten, so wird die Dynamik dieses Weges begleitet werden müssen von einer Mobilität der Betroffenen, sich in einer neuen Form der Selbstbehauptung an diesen Vorgängen zu beteiligen. Denn andernfalls werden jene Gewißheitsverluste nicht nur im Recht von zu großen Unvorhersehbarkeiten begleitet, die als Rationalitätsrückschritte erscheinen, jedenfalls demjenigen erscheinen müssen, der sich am Verfahren nicht beteiligt hat.

In diesem Sinne erfordert das, was *Groß* so großartig transparent macht, größere Anstrengungen einer Selbstorganisation der Betroffenen. Daher sind auch die erwähnten Befürchtungen, die Max Weber geäußert hat, nun zu modifizieren:

Die Defizite der Gewißheit müssen mit Mut und Selbstbewußtsein vom Bürger dieser rechtsstaatlichen Demokratie beherrschbar gehalten werden, sonst wird er zwar nicht ein Fellache, aber ein Untertan des Unvorhergesehenen, der sich dann allzu leicht in Furcht oder neuen Rückbindungen an falsche Götter verhält.

Zu solchen Erwägungen gibt die Schrift Anlaß, die einen Ausschnitt aus den Wandlungen der öffentlichen Rechts bietet, und zwar an einem neuen Wendepunkt. Nach den Debatten um die Bedeutung von Grundrechten für Organisation und Verfahren seit zwanzig Jahren ist mit dieser Schrift nämlich ein weiterer *point of no return* markiert, der das Ende des obrigkeitsstaatlichen Gepräges im Recht besiegelt. Das leistet sie unpräntiös und selbstverständlich, hellwach und verbindlich.

Jedem, das es wahrnehmen will, ist der Zugriff auf diese ausgezeichnete Schrift nun möglich.

Helmut Goerlich

---

## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

*Arndt Brendecke*, Dr. phil., Ludwig-Maximilians-Universität München,  
Historisches Seminar, Abteilung Frühe Neuzeit

*Dan Diner*, Prof. Dr., Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und  
Kultur, Leipzig

*Andreas Eckert*, Dr. phil., Zentrum Moderner Orient, Berlin

*Rainer S. Elkar*, Prof. Dr., Universität der Bundeswehr München, Fakultät  
für Sozialwissenschaften, Professur für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

*Suraya Faroqui*, Prof. Dr., Ludwig-Maximilians-Universität München, In-  
stitut für Geschichte und Kultur des Nahen Orients sowie Turkologie

*Helmut Goerlich*, Prof. Dr., Universität Leipzig, Juristenfakultät

*Arne Heise*, Prof. Dr., University of Economics Wien, Department of Eco-  
nomics, VWL I

*Thomas Höpel*, Dr. phil., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien

*Wolfgang Luutz*, Dr. phil. habil., Universität Leipzig, Sonderforschungsbe-  
reich 417

*Andreas Mai*, M.A., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien,  
Promotionskolleg Ambivalenzen der Okzidentalisation

*Matthias Middell*, Dr. phil., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Stu-  
dien

*Steffi Richter*, Prof. Dr., Universität Leipzig, Ostasiatisches Institut/Japa-  
nologie

*Jörg Roesler*, Prof. Dr., Leibniz-Sozietät Berlin

*Jutta Scherrer*, Prof. Dr., EHESS, Paris/Centre Marc Bloch, Berlin

*Ulrike Schmieder*, Dr. phil., Universität zu Köln, Historisches Seminar,  
Iberische und lateinamerikanische Abteilung

*Andreas Schöne*, M.A., Universität Leipzig, Sonderforschungsbereich 417

*Friedemann Scriba*, Dr. phil., Evangelisches Schulzentrum Leipzig

# Aus dem Inhalt

## Aufsätze

- Steffi Richter* Synchronisierung von Welt
- Arndt Brendecke* Vom Zählschritt zur Zäsur. Die Entstehung des modernen Jahrhundertbegriffs
- Suraya Faroqui* Die Zeit der Dynastie und ihre Feiern im Osmanischen Reich
- Dan Diner* Zeitenemblematisierung der Zugehörigkeit in Israel
- Andreas Eckert* Zeit, Arbeit und die Konstruktion von Differenz. Über die koloniale Ordnung in Afrika
- Jutta Scherrer* „Zeit und Sein“ in Rußland

## Forum

- Arne Heise* Von den Nachbarn lernen. Zur komparativen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Großbritannien und Deutschland